Schutzgebühr DM 15,–

arbeitsheft

Links ist da, wo keine Heimat ist

Theoretische Konferenz über Nation, Nationalismus und Antinationalismus

Dresden
Samstag, 12. November 1994

Veranstalter: Bahamas, Die Beute, junge Welt, KONKRET, 17° C Zeitschrift für den Rest

Kurzinformation

B A H A M A S Zirkular der gruppe k, Debattenorgan für antinationale, antikapitalistische, kommunistische Politik, erscheint vierteljährlich. Einzelpreis: DM 6,—, im Abonnement drei Exemplare in Fortsetzung für DM 18,—
Bezug: Büro der gruppe k, Postfach 306237, 20328 Hamburg

D i e B e u t e Politik und Verbrechen, vierteljährlich, Zeitschrift für die politische & kulturelle Opposition, Einzelpreis: DM 14,—, im Abonnement vier Ausgaben DM 52,— (inkl. Porto)
Bezug: ID-Archiv/Buchversand, Kobelsdorffstr.8, 14059 Berlin

J U N G E W E L T Die Tageszeitung, deutlich kritisch & links, Einzelpreis: DM 1,50, im Abonnement (Inland, regulär) DM 45,— monatlich
Bezug: VerlagsVertriebsCOoperation (VVCO), Postfach 66, 12414 Berlin

k o n k r e t Magazin für Politik und Kultur, herausgegeben von Hermann L. Gremliza, Einzelpreis: DM 8,—, im Abonnement zwölf Hefte DM 90,— (inkl. Porto)
Bezug: Überall im Bahnhofsbuch- und gut sortierten Zeitschriftenhandel und beim KONKRET Abonnementservice, Postfach 1o4532, 20022 Hamburg

1 7 ° C Zeitschrift für den Rest, vierteljährlich im linken Buchhandel. Einzelpreis: DM 6,—, im Abonnement: vier Ausgaben DM 25,—/Förderabonnement DM 100,—
Bezug: c/o Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55, 20357 Hamburg

Impressum
Druck: gedruckt als Arbeitsmaterial,
nicht für den freien Verkauf bestimmt
Schutzgebühr: DM 15,—
Verlag: KVV »konkret« Vertriebsgesellschaft
für Druck- und andere Medien GmbH & Co KG,
Postfach 30 61 39, 20327 Hamburg
ISBN 3-930786-01-X

INHALT

Einleitung

Schwerpunkt dieses Readers antinationaler Linker zur Konferenz »Links ist da, wo keine Heimat ist« sind widerstreitende Texte zur Definition dessen, was eine Nation ist und zur Entwicklung eines positiv linken Begriffs von Nation. Die meisten der dokumentierten Texte stammen aus der kommunistischen Linken. Die Wirkungsmächtigkeit ihres Umgangs mit der Nation hatte ihre Wurzeln in der Existenz des realsozialistischen Machtblocks und beeinflußte Politik und Ideologie der antikolonialen nationalen Befreiungsbewegungen. Nachfolgend ein kurzer Überblick über die Aufsätze dieses Readers. Verfasser und Titel sind *kursiv* gesetzt, um sie im Inhaltsverzeichnis leichter wiederzufinden.

Im Kommunistischen Manifest von 1848 schrieben Karl Marx und Friedrich Engels: »Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben.« Seither hat die linke Diskussion um die Nation eine Umkehrung dieser Aussage gebracht. U.a. diese Entwicklung aufzuzeigen, ist Absicht dieses Readers. Der dokumentierte Text von *Friedrich Engels, Was hat die Arbeiterklasse mit Polen zu tun?*, in dem er sich mit den Versuchen Mitte des letzten Jahrhunderts eine polnische Nation zu konstituieren auseinandersetzt, ist vor allem aus zwei Gründen interessant: in seiner Analyse der besonderen politischen Umstände dieses Versuchs wird das Bemühen deutlich, nationale Bestrebungen grundsätzlich nach dem Kriterium zu beurteilen, wieweit sie den Interessen des internationalen Proletariats nutzen. Er befürwortet die Gründung einer polnischen Nation, da diese reaktionären Kräften in Europa, vor allem aber Rußland schade. Andererseits lehnt er eine lappische Nation als ein von russischen Interessen forciertes Projekt ab. Deren ethnische Begründung kritisiert er als »...Absurdität, in ein volkstümliches Gewand gekleidet, um einfältigen Leuten Sand in die Augen zu streuen« ab. Demgegenüber hat *Josef W. Stalin in »Marxismus und nationale Frage«* aus dem Jahr 1912/13 gerade solche Kategorien eines abstrakten Nationen-Schemas - »die Nation (als) eine historisch entstandene stabile Gemeinschaft von Menschen, entstanden auf der Grundlage der Gemeinschaft der Sprache, des Territoriums, des Wirtschaftslebens und der sich in der Gemeinschaft der Kultur offenbarenden psychischen Wesensart« - als konstitutiv für eine Nation bezeichnet. Auch jener dokumentierte Abschnitt unter dem *»Stichwort Nation«* aus einem *DDR-Lexikon von 1969* und ein brandaktueller Text aus dem *»Kurdistan-Report« 1994 von Mehmet Silopi* belegen das Fortbestehen dieser theoretischen Tradition. Silopis Aufsatz zeigt die Genese des linken Nationenbegriffs zu einer rein bürgerlichen Kategorie, weg vom Internationalismus, hin zum »proletarischen Nationalismus«, am krassesten auf: »Die nationale Frage ist vor allem ein Problem der Schichten der Gesellschaft, die kein Kapital besitzen. In einer Welt, in der das Kapital sich monopolisiert hat und international geworden ist, ist die Nation für das Kapital kaum mehr von Bedeutung.« Nicht mehr: die Arbeiter haben kein Vaterland, sondern: nur die Arbeiter brauchen ein Vaterland lautet die Botschaft.

»Nicht die Nationen sind es, die Staaten und Nationalismen hervorbringen, sondern umgekehrt«, schreibt Eric J. Hobsbawm und zitiert den italienischen Abgeordneten Massimo d'Azeglio, der auf der ersten Sitzung des Parlaments des geeinten Italien 1860 die Idee der Nation auf den Punkt brachte, als er enthusiastisch ausrief: »Wir haben Italien geschaffen, jetzt müssen wir Italiener schaffen«. Die Nation als Form der Zusammenfassung der bürgerlichen Gesellschaft seit der französischen Revolution, als Nationalstaat, der als politischer Souverän etablierte bürgerliche Staat« und sein Gewaltmonopol, ist Gegenstand unserer Analyse der Frage »Was ist die Nation?«. *Jost Müller, Ein Mythos, ein Staat, ein Volk*, hat im einleitenden Beitrag den nationalen Mythos und Nationalismus auf seine Bedeutung und Grundlagen hin untersucht: Nationalstaat, Staatsvolk. Gegenüber dem engen, teilweise von Strategie und Taktik motivierten ML-Ansatz, haben wir als moderne Beiträge zur Nationsforschung aus *Eric J. Hobsbawm, Nationen und Nationalismus*, sowie aus *Benedict Andersons, Schrift Die Erfindung der Nation* die Einleitung der Bücher aufgenommen. Anderson entwickelt seine These von der »Nation als vorgestellte(r) politische(r) Gemeinschaft« in einer Untersuchung kultureller Wurzeln und der Bedeutung von Sprache und Schrift für die Entwicklung von Nation und Nationalismus.

Bereits Ende des letzten Jahrhunderts formulierte der Sozialdemokrat Eduard Bernstein: »Der Satz, daß der Proletarier kein Vaterland hat, wird von dem Augenblick an, wo, und in dem Maße modifiziert, als derselbe als vollberechtigter Staatsbürger über die Regierung und Gesetzgebung seines Landes mitzubestimmen hat und dessen Einrichtungen nach seinen Wünschen zu gestalten vermag.« Im Zusammenbruch der Zweiten Internationale und der Zustimmung der sozialdemokratischen Parteien zum jeweiligen Krieg »ihres« Vaterlands im Ersten Weltkrieg wurde die Abkehr vom Internationalismus des Kommunistischen Manifests offenkundig. In der Versöhnung mit dem bürgerlichen Vaterland hatte die Abspaltung der kommunistischen von der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung ihre entscheidende Wurzel. Die entstehende marxistisch-leninistische Bewegung lehnte zwar die bürgerliche Nation ab, schuf aber einen eigenen, sozialistischen Nationenbegriff. Für diesen leistete Stalins Schrift von 1913 Schrittmacherdienste. *Jürgen Elsässer, Schafft zwei, drei, viele Sarajewo*, entwickelt seine Thesen vom notwendigen antideutschen, antinationalen Internationalismus der Linken aus seiner Beschäftigung mit der Kontroverse Luxemburg/Lenin um die nationale Frage und deren Verarbeitung durch die Linke. *Rosa Luxemburg, Nationalitätenfrage und Autonomie*, hat ihre Polemik von 1908 gegen Lenin sehr grundsätzlich auf der Kritik am Klassencharakter der »Nation« aufgebaut. »Ein 'Recht der Nationen', das sich mit gleichem Recht auf alle Länder und Zeiten bezieht, ist nichts anderes als eine metaphysische Phrase von der Art der 'Menschenrechte' und der 'Bürgerrechte'.« Es

suggeriere die »Nation« als »eine homogene gesellschaftliche politische Einheit«, obwohl es doch »nicht einen gesellschaftlichen Bereich« gebe, »in dem die besitzenden Klassen und das bewußte Proletariat ein und dieselbe Haltung einnähmen«. *Lenin, Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen* unterschied in seiner Polemik gegen Luxemburg unterdrückte und unterdrückende Nationen. Die Unterdrückung begründe das Recht solcher Nationen auf Selbstbestimmung und Lostrennung als demokratisches Recht, das von den Kommunisten prinzipiell unterstützt werden müsse. In Anknüpfung an Marx und Engels argumentiert er allerdings auch taktisch am Beispiel der irischen Nation. Sowohl die englische als auch die irische Arbeiterklasse hätten noch stärker für die Unabhängigkeit Irlands eintreten müssen, da diese ihre Gegner - die britische Bourgeoisie - enorm geschwächt hätte und »nur eine solche Lösung der geschichtlichen Aufgabe für die Interessen des Proletariats und für eine schnelle gesellschaftliche Entwicklung am günstigsten wäre.« In *Lenin, Kritische Bemerkungen zur Nationalen Frage* betont er den fortschrittlichen Charakter der Nationenbildung bei der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Auch wenn er die Gefahr der »Verseuchung des Proletariats mit bürgerlichem Nationalismus« durchaus anmerkte, vertraute er auf jene fortschrittliche Tendenz der kapitalistischen Entwicklung, die nationale Schranken niederreiße und die Möglichkeit schaffe, »den Kapitalismus in Sozialismus zu verwandeln«. Diese Tendenzprognose hat sich nicht nur als zu optimistisch, sondern als falsch erwiesen. Es blieb Stalin 1924 vorbehalten, die Theorie endgültig der schlechten internationalen Realität und den sowjetischen Intressen anzupassen. In *Stalin, Grundlagen des Leninismus* entwickelt er eine schematische Kategorisierung der nationalen Bewegungen als objektiv fortschrittliche. Nationalistische Bewegungen dürften zwar nicht von einem formalen Standpunkt, sondern nur vom »Standpunkt der Interessen der revolutionären Bewegung betrachtet« werden, um sogleich selber formal zu werden, wenn er behauptet, daß während der Epoche »der imperialistischen Unterdrückung« auch »der Kampf des Emirs von Afghanistan für die Unabhängigkeit Afghanistans ein objektiv revolutionärer Kampf« ist. In dieser Einschätzung sieht der Linkskommunist Karl Korsch die ideologische Fundierung einer »verräterischen Haltung« gegenüber dem Proletariat, das von den durch die Sowjetunion gestützten »objektiv revolutionären« Reaktionären unterdrückt wird. Die Unterstützung der chinesischen Kuomintang durch die Dritte Internationale, bei gleichzeitiger Ignoranz der eigenständigen proletarischen Kämpfe, schreibt er 1927 in *Karl Korsch, Die chinesische Revolution*, resultiere aus den nationalen Interessen »des russischen Staatskapitalismus«. Dagegen fordert er - auch im Interesse des internationalen Proletariats - »die Sprengung der Kuomintang«, »des Blocks mit der Bourgeoisie« und die eigenständige Machtergreifung des chinesischen Proletariats. Fast vierzig Jahre später gewichtete das *ZK der KP China in der Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung* die Klassenfrage im internationalen Maßstab wieder anders, da »in einem gewissen Sinne... die ganze Sache der internationalen proletarischen Revolution letzlich von den revolutionären Kämpfen der Völker« in der Dritten Welt abhängig sei. Diese Einschätzung ist von der stalinschen insoweit nicht wesentlich unterschieden, da die Führer dieser Völker meist bürgerliche Nationalisten (von den chinesischen Kommunisten Demokraten genannt) waren, die sich damals über ihre vermeintlich »objektiv revolutionäre Rolle« im Weltgeschehen hinaus häufig zu antiimperialistischen Verlautbarungen hinreißen ließen. Ihren antikolonialistischen, nationalistischen Bestrebungen waren einige Überlegungen, wie die *Frantz Fanons in Gegenseitige Begründung von Nationalkultur und Befreiungskampf* nicht unwillkommenes Propagandamaterial, das die Installation ihrer Klassenherrschaft als »nationale Wiedergeburt« legitimierte. Indem die nationale Bourgeoisie als zumeist Staatsbürokratie sich als Träger und Förderer einer fast verlorengegangenen »Nationalkultur«, deren Zerstörung systematisch durch die Kolonialmächte betrieben worden war, definierte, setzte sie ihre partikularen Klasseninteressen gegen die Unterdrückten durch. Fanon, Teilnehmer am algerischen Befreiungskampf, glaubte an Befreiung, wenn er sagte: »Wenn die Kultur eine Äußerung des Nationalbewußtseins ist, so zögere ich nicht zu sagen, daß das Nationalbewußtsein die am meisten entwickelte Form der Kultur ist.« Der bewaffnete Befreiungskampf legte seine Waffen zu Füßen der neuen nationalen Eliten.

Reinhart Kößler/Tilmann Schiel, Verstaatlichung nationaler Befreiungsbewegungen, untersuchen die Entwicklungsbedingungen, unter denen nationale und revolutionär angetretene Befreiungsbewegungen zu faktischen Repräsentanten des Staates wurden, und wie in diesem Prozeß die Befreiung auf der Strecke blieb. *Andreas Fanizadeh, Antiimperialismus und Neue Linke in der BRD* kritisiert den linken Antiimperialismus in seiner positiven Bezugnahme auf die Form des Nationalstaats und ihre jeweiligen Hinwendung zu und Abwendung vom Antiimperialismus, wenn die Befreiungsbewegungen die metropolitanen Erwartungen nicht erfüllten, nicht erfüllen konnten. Daß Widerstand gerechtfertigt ist, war für die metropolitane Linke Grund, die nationale und staatliche Orientierung des Befreiungskampfs nicht zu hinterfragen.

Im letzten Teil unserer Dokumentation veröffentlichen wir Texte aus der Geschichte von KPD und SED. Die Rede von *Karl Radek* über *Leo Schlageter, den Wanderer ins Nichts*, markierte den »Schlageter-Kurs« der KPD 1923, in dem erstmals auf der praktisch-politischen Ebene mit national-radikaler Rhetorik versucht wurde, den Nationalisten ihre Anhänger abspenstig zu machen. Die verquere Dialektik Radeks (»Die Sache des Volkes zur Sache der Nation gemacht, macht die Sache der Nation zur Sache des Volkes«) war der Durchbruch für die Verbindung von Klassenkampf mit nationalem Kampf in der KPD, wenngleich versucht wurde, den nationalen dem Klassenwiderspruch unterzuordnen. Aus dieser Zeit stammen die Warnungen, sich in den »anationalen«, »antinationalen Trutzwinkel« zu flüchten und die Klage vom »Mißbrauch der nationalen Begriffe« durch die Bourgeoisie.

Ernst Thälmann begründete 1930 mit der These von den »zwei Nationen in Deutschland« (»die Nation der Reichen und die Nation der Armen«) die *»KPD-Progammerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes«*. Sie scheute neben der revolutionären Rhetorik die nationalistische Phrase nicht und zielte auf die NSDAP-Anhänger. Ihr Inhalt basierte auf der seit 1923 aufgestellten These von Deutschland als »Industriekolonie« aufgrund des Versailler Vertrages, dessen Auflagen die Annahme einer »doppelten Ausbeutung« der Arbeiter durch die deutsche und die imperialistische Bourgeoisie der Entente-Staaten rechtfertigen sollte. Die kommunistische Volksfrontpolitik setzte die Auffassung, daß die Bourgeoisie die Nation verraten und die Arbeiterklasse sie zu retten habe, an die Stelle der sozialistischen Revolution. Scharf lehnte der Repräsentant der Volksfrontpolitik, Dimitroff, jeden »nationalen Nihilismus« ab. Diese Politik begründete einen im Patriotismus wurzelnden Antifaschismus, der konstitutiv für die Politik von KPD und SED nach 1945 wurde. Höhepunkt der nationalistischen Entwicklung der KPD war das *»Programm der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands«* von 1952, in dem die Kolonisierungsthese von 1923 aufgegriffen, ausdrücklich die »nationalen Interessen« als bestimmend für die Lösung der sozialen Klasseninteressen definiert, und Deutschland zum Opfer des Zweiten Weltkriegs umdefiniert wurde. *Im Deutschlandplan des Volkes des ZK der SED* ist die inhaltiche Kapitulation der nationalen Gemeinsamkeit vor dem Klasseninteresse des Proletariats angelegt, die 1989 als »Wir sind ein Volk« ihren Sieger im neuen Großdeutschland fand.

Last not least analysiert *Günther Jacob in Ich-Identität und nationale Identität* nicht nur am Beispiel der »Ostidentität«, sondern auch von Grünen, Anti-AKW- und Friedensbewegung sowie der Heimatsehnsucht der Stadtteillinken, daß in allen diesen Versuchen nicht nur keine »Relativierung 'nationaler Identitäten'« stattfinde, sondern diese »deren unteren Ebenen« bilden, »auf denen in ideologischer Verkleidung die Konkurrenz um ökonomische Ressourcen ausgefochten wurde«. »In den regionalistischen Sub-Nationalismen« manifestiere »sich der ambivalente Charakter der Nation-Form (Partikularität versus Homogenität) wie auch der der Bewegung des Kapitals (Zentrum versus Region/Peripherie).« Sie fungieren »als identitätssstiftendes Angebot«, als »alternativer Weg« zur Vollendung der »Einheit von unten«.

Gerd Kuhnen, Heiner Möller, Holger Schlüter

Ein Mythos, ein Staat, ein Volk
Zur Theorie der Nationform des Politischen

I. Nationaler Mythos

Die Mythen, aus denen sich die Nationalismen speisen, sind keine atavistischen Formen, sondern vor allem moderne Legenden und Erzählungen, historistische Erfindungen des 19. Jahrhunderts. Den kapitalistischen Wirtschaftssubjekten dienten sie feierabends und -tags der Versicherung einer Gemeinschaft, die ihnen in der alltäglichen Konkurrenz abzugehen schien. Der Stoff, aus dem ihre Retrospektionen gewebt waren, ist dabei ebenso anheimelnd wie kriegerisch, privat-sentimental wie öffentlich-monumental. Das deutsche Bürgertum hatte den Lindenbaum für die romantisch-biedermeierliche Seele und das Hermannsdenkmal mit dem drohend gegen Frankreich gerichteten Schwert. Bereits 1838 wurde bei Detmold der Grundstein für dieses erst 37 Jahre später dann von Kaiser Wilhelm I. eingeweihte Monstrum gelegt, das den nationalen Urspungsmythos der Deutschen zelebrieren sollte, das Bild einer Schlacht, von der niemand so genau weiß, ob sie tatsächlich im Teutoburger Wald stattfand, und das ihres Siegers, der fälschlicherweise Hermann der Cherusker genannt wurde. Die Legende des Arminius wird seit Martin Luther, der »in von hertzen lib« gewonnen hatte, und Ulrich von Hutten immer wieder aus den dürftigen antiken Quellen, vor allem des Tacitus, nacherzählt und ausgeschmückt und nacherzählt, von dem Barockdichter Lohenstein, von Klopstock, Kleist und Grabbe, bis sie sich als historische Wahrheit im deutschen Bürgertum festgesetzt hatte. Heine dagegen spottete im »Wintermärchen« über die bürgerliche Verbrämung, ironisierte den Teutoburger Wald als »klassischen Morast« und höhnte: »Die deutsche Nationalität, die siegte in diesem Drecke.« Und dennoch hat Engels die nationale Legende in seiner »Urgeschichte der Deutschen« weiterverbreitet und gemeint, »daß die Deutschen hier, am Anfang ihrer Geschichte, entschieden Glück« gehabt hätten. So fischen nicht selten auch marxistische Lehrbücher und Einführungen - gestützt auf bezweifelbare Zitate über die »Unabhängigkeit Deutschlands« (Engels) im Jahr 9 n. Chr. - im »klassischen Morast«, um den Faden der deutschen Nationalgeschichte aufnehmen zu können.

Im nationalen Mythos verdichten sich die Legenden und Erzählungen zu einem historischen Bild, das unmittelbar und unwillkürlich eine politische Funktion erfüllen soll. Der revolutionäre Syndikalist Georges Sorel hat zu Beginn dieses Jahrhunderts die Funktion des modernen Mythos zu definieren versucht. Der Mythos ist ihm zufolge eine »Ordnung von Bildern«, ein »Gesamtbild«, das - rational unwiderlegbar - den jeweiligen Gesinnungen ein »Höchstmaß an Spannkraft« verleihe und nicht als residuale Form, sondern »als Mittel einer Wirkung auf die Gegenwart« zu beurteilen sei. Sorel betrachtete seine Mythos-Definition als Konsequenz aus der Krise des ökonomistischen Marxismus um die Jahrhundertwende und als Beitrag zur Revitalisierung der Marxschen Revolutionstheorie. In diesem Sinne wollte er den proletarischen Generalstreik als einen sozialen Mythos verstanden wissen, der die Nation spalte, das Proletariat von ihren anderen Teilen absondere und die »Revolution en bloc« gebe. Formell hat er damit allerdings zugleich die Definition des Antipoden geliefert, des nationalen Mythos, der die sozialen Spaltungen der Nation überwölbt, die Teile zusammenführt und die Nation »en bloc« gegen andere Nationen richtet. Nationalisten und Faschisten zumindest haben sich seine Mythos-Definition zu eigen gemacht und im Bild der »nationalen Wiedergeburt« oder der »nationalen Erneuerung« mobilisierend eingesetzt.

Grundsätzlich lassen sich zwei Typen, oder besser: zwei Modi des nationalen Mythos innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsformationen unterscheiden. Der erste Modus kann als genealogischer Mythos bezeichnet werden, der das Bild einer ursprünglichen Verwandtschaft der Gesellschaftsmitglieder hervorruft, indem dynastisch bestimmte Erbfolgen national umgemünzt und auf die soziale Kategorie »Volk« übertragen werden. Solche Volksgenealogien, wie sie im »ius sanguinis« rechtlich kodifiziert sind, lassen sich in allen Nationalismen des 19. und 20. Jahrhunderts finden. Sie stellen eine gemeinsame »Abstammung« her, wie sie etwa Sieyès in seiner Revolutionsschrift »Qu'est-ce que le Tiers-état?« von 1789 für die von der »fränkischen« Aristokratie »gereinigte Nation« artikuliert hat, die »nur aus Abkömmlingen der Gallier und Römer zusammengesetzt« sei, oder wie sie Fichte in seinen »Reden an die deutsche Nation« von 1807/08 mit der Behauptung eines deutschen »Urvolks« seinem Programm einer Nationalerziehung unterlegte. Im genealogischen Mythos geht der Nationalismus eine wechselseitige Beziehung mit dem Rassismus ein, wie Léon Poliakov sie am Beispiel des »arischen Mythos« deutlich aufgezeigt hat, die eine rassistische Ausgrenzung gesellschaftlicher Gruppen installiert.

Der zweite Modus kann als demokratischer oder plebiszitärer Mythos der Nation charakterisiert werden. Der nationale Einschluß wird hier nicht über das Bild der Verwandschaft, sondern über eine gemeinsame Willensäußerung hergestellt, die juristisch dem »ius soli« entspricht. Ernest Renan hat in seiner Rede »Qu'est-ce qu'une nation?« von 1882, die seit 1990 in der Bundesrepublik wohl am häufigsten zitiert worden ist, diesen Modus des nationalen Mythos verdeutlicht, indem er ihn in dem Bild des »täglichen Plebiszit« faßte. Allerdings findet er sich bereits in Rousseaus »Du contrat social« vorkonstruiert, wenn dieser auf die »eigentliche Verfassung des Staates«, auf die »Macht der Gewohnheit« zu sprechen kommt, die »weder in Erz noch in Marmor, sondern in die Herzen der Bürger eingegraben« sei und »von Tag zu Tag neue Kraft« gewinne. Für Renan nun ist die Nation »eine große Solidargemeinschaft, getragen von dem Gefühl der Opfer, die man gebracht hat, und der Opfer, die

man noch zu bringen gewillt ist«; eine Solidargemeinschaft, die zu ihrer Bildung historische Legenden voraussetze, in denen die nationalen Greueltaten vergessen gemacht werden, und die »sich in der Gegenwart in einem greifbaren Faktum« zusammenfassen lasse, nämlich in dem »deutlich ausgesprochenen Wunsch, das gemeinsame Leben fortzusetzen«. Damit rekurriert Renan auf die identitätsbildende Funktion des demokratischen Mythos, in dem die imaginären Gemeinschaft des Volkes sich als Einheit der Nation spiegelt. Er macht jedoch weder Aussagen über die staatliche Institutionalisierung dieser Willensgemeinschaft, also über den Nationalstaat, in dem die historische und territoriale Umgrenzung der »nationalen Gemeinschaft« materialisiert ist. Noch gibt er Auskunft über die soziale Zusammensetzung dieser Solidargemeinschaft, die historisch ebenso als Ein- wie als Ausschlußverfahren gewirkt hat, bedenkt man nämlich, daß die Repräsentation in der parlamentarischen Demokratie zunächst auf die »nationale Gemeinschaft« von »weißen erwachsenen männlichen Eigentümern« beschränkt war und sich erst in Folge sozialer Kämpfe des Proletariats und der Frauen sukzessive erweitert hat.

Beide Modi des nationalen Mythos implizieren mithin Formen der sozialen Ausschließung, die im Bild der verwandtschaftlichen beziehungsweise solidargemeinschaftlichen Homogenität darzustellen versucht werden. Ohne die Bestimmung der sozialen Herrschaftsverhältnisse allerdings kann nicht verstanden werden, wie der nationale Mythos die Verwandschaft oder den »Wunsch, das gemeinsame Leben fortzusetzen«, produziert, welche die Individuen zur Anerkennung der Nation aufrufen und sie in der 'freiwilligen Unterwerfung' unter die nationale Ideologie leben lassen, gar zu der Bereitschaft treiben, für das Vaterland zu töten oder sich töten zu lassen. Roland Barthes hat in seinem Buch »Mythen des Alltags« den modernen Mythos als ein »sekundäres semiologisches System« bestimmt, das die historischen Artikulationen der realen gesellschaftlichen Beziehungen zum »Rohstoff« enthistorisierender, entpolitisierender und sozial anonymisierender Transformationen macht, die sich entlang verschiedener Verbreitungslinien ausdehnen. In Analogie dazu läßt sich der nationale Mythos zugleich als eine bestimmte Ordnung von historischen Bildern im Sinne Sorels und als bestimmte Vorstellung einer territorialen Gliederung fassen, in denen sowohl die Konstruktions- als auch die Ausbreitungsbedingungen der Nationform verdeckt und unkenntlich gemacht sind.

II. Nationalstaat

In der neueren kritisch-materialistischen Gesellschaftstheorie wird die »Institution Staat« weder schlicht als Agentur der herrschenden Klasse noch als »ideeller Gesamtkapitalist« (Engels) verstanden, sondern als eine komplexe Struktur, in der sich legitimatorische wie repressive Beziehungen zwischen allen gesellschaftlichen Klassen und ihren Fraktionen kristallisieren. Allerdings sind diese Beziehungen bestimmt durch die sozialen Konflikte und Kämpfe, und die »Institution Staat« selbst bildet ein Terrain, auf dem sie ausgetragen werden. In dieser Hinsicht steht der kapitalistische Staat den gesellschaftlichen Klassen nicht in äußerlicher Relation gegenüber; er ist weder das politische Instrument der herrschenden Klasse oder einer ihrer Fraktionen, wie er grundsätzlich in der parteikommunistischen Staatstheorie aufgefaßt wurde, noch ein politisches Subjekt mit einer klassenneutralen Schiedsrichterfunktion, wie er sich zumeist in den Köpfen sozialdemokratischer Theoretiker darstellte. Insofern die »Institution Staat« Produkt wie Terrain von Klassenkämpfen und sozialen Konflikten ist, führt schließlich jede Vorstellung eines monolithischen Staatswesens in die Irre.

In seinem strukturellen Aufbau stellt sich der kapitalistische Staat vielmehr nicht als eine Institution, sondern als ein Ensemble verschiedener Apparate und Institutionen dar, die in einem funktionalen Verhältnis zu den verschiedenen gesellschaftlichen Klassen und ihren Fraktionen stehen. Der »Staatstheorie« von Nicos Poulantzas folgend ist der kapitalistische Staat durch seine institutionelle Materialität und funktionale Ausdifferenzierung in allen gesellschaftlichen Beziehungen präsent, so daß die Unterscheidungen, die etwa zwischen privatem und öffentlichem Bereich innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsformationen oder zwischen ökonomischem und politischem Raum im Sinne der marxistischen Basis-Überbau-Topik getroffen werden, nicht nur konstitutiv für den kapitalistischen Staat sind, sondern ebenso durch ihn konstituiert werden.

Bezogen auf die Nationform des kapitalistischen Staates kommt dieses doppelte Konstitutionsverhältnis in der Umwälzung der Raum- und Zeitordnungen zum Tragen. Durch die arbeitsteilige Kooperation, die nach Marx die Grundform der kapitalistischen Produktionsweise bildet, werden die verschiedenen Operationen aus ihrer zeitlichen Reihenfolge gelöst und räumlich nebeneinander gestellt. Im kapitalistischen Produktionsprozeß wird das Produkt nicht mehr in einem kontinuierlichen und homogenen Raum hergestellt, der durch die Einheit von unmittelbarem Produzenten und seinen Produktionsmitteln, wie etwa in der handwerklichen Produktion, bestimmt ist. Vielmehr wird es innerhalb eines seriell-segmentierten Raumes weitertransportiert, der sich unter dem Kommando des Kapitals über die lebendige Arbeitskraft aus einer irreversiblen Folge verschiedener Stationen mit diskontinuierlichen und parzellenförmig festgelegten Operationen zusammensetzt. Genauso verhält es sich mit der kapitalistischen Zeitordnung: Die Zeit ist hier nicht mehr eine homogene und reversible Einheit, in der das Produkt unter der persönlichen Bindung des Produzenten an ritualisierte, stets wiederkehrende Rhythmen, seien sie nun natürlich, kultisch oder religiös fundiert, verfertigt wird, sondern sie schreitet völlig unabhängig von solchen Bindungen des Produzenten unaufhörlich voran. Dabei ist die

kapitalistische Zeit so zerlegbar, daß die auf die Fertigstellung des Produkts angewendete Arbeitskraft in zeitlichen Einheiten meßbar und damit kalkulierbar wird. Das Produkt durchläuft verschiedene serielle Abschnitte einer kumulativen Zeit, innerhalb derer zwar ein Produktionsziel vorgegeben wird, die aber im Hinblick auf die erweiterte Reproduktion endlos ist.

Marx hat diese Revolutionierung der Raum- und Zeitordnungen lediglich als Ökonomisierung von Raum und Zeit begriffen. Zugleich aber bedeutet sie deren Politisierung. Die historische Koinzidenz der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise mit der Etablierung der Nationform des Staates, die Engels zu der historizistischen Aussage verführt hat, daß »seit dem Ausgang des Mittelalters die Geschichte auf die Konstituierung Europas aus großen Nationalstaaten« hingearbeitet habe, ist nur vor dem Hintergrund der neuen Raum- und Zeitordnungen verstehbar. Sind daher der serielle Raum und die serielle Zeit als konstitutive Momente des Nationalstaates anzusehen, so gilt umgekehrt auch, daß der entstehende Nationalstaat die »Auflösung der Feudalität« (Marx) vehement betrieben hat und somit konstitutiv für die auf die arbeitsteilige Kooperation aufbauende große Industrie war. Nicht zuletzt die Fabrikgesetzgebungen, die den »Heißhunger nach Mehrwert« (Marx) zügeln sollten, um die »Lebenskraft der Nation« zu erhalten, sind ein entscheidender Motor der kapitalistischen Ökonomisierung von Raum und Zeit. Engels ignoriert also gerade den Prozeß der Politisierung, der sich etwa in den englischen »Factory-Acts« unter den Begriffen Nation und Volk vollzogen hat, und unterstellt ein evolutionäres historisches Schema, das letztlich die kumulative Zeit des kapitalistischen Produktionsprozesses affirmiert.

Der kapitalistische Staat produziert in der Homogenisierung der seriellen Raum- und Zeitordnung zu einem evolutionären Schema allerdings gerade jene soziale Passivierung, durch die Volk und Nation als verallgemeinerte Entitäten des Politischen erscheinen. Er setzt die Grenzen und definiert räumlich ein Innen und ein Außen, zeitlich ein Vorher und ein Nachher, indem er die nationale Einheit »zur Historizität eines Territoriums und zur Territorialisierung einer Geschichte, zur nationalen Tradition eines Territoriums« (Poulantzas) macht, die sich in seinem institutionellen Aufbau materialisiert hat. In dieser doppelten Bewegung manifestiert sich der ambivalente Charakter, in der die Nationform die soziale Einfriedung bewerkstelligt: die räumliche Partikularisierung mittels der Grenzziehung und die zeitliche Universalisierung durch die Erfindung einer Nationalgeschichte. Vor dem Hintergrund der seriellen Raum- und Zeitordnung innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise besitzt der Nationalstaat folglich die Fähigkeit, sich weitere Raumsegmente territorial einzugliedern, sie zu annektieren, und im Rahmen einer evolutionären Einheit von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft historisch zu assimilieren.

Die bisherige Konsolidierung der Nationalstaaten zeigt schließlich, daß die Unterscheidung zwischen öffentlichem und privatem Bereich hierbei von sekundärer, ja variabler Bedeutung ist. Sie ist vielmehr gekennzeichent durch eine Demokratisierung der Politik als »Nationalisierung der Massen«, wie Nationalisten und Faschisten sie stets propagiert haben (zum Beispiel Hitler in »Mein Kampf« im 12. Kapitel unter der Überschrift »Die erste Entwicklungszeit der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei«). Es handelt sich hierbei um die autoritär organisierte und staatlich reglementierte Formierungen der Massen, die getragen von unterschiedlichen öffentlichen wie privatisierten Institutionen und Ritualen von Wahlkämpfen, Wahlen und Volksabstimmungen, über die Armee mit ihren Militärparaden, die semimilitärischen Aufmärsche der Schützenvereine, korporierten Studenten und Neonazis bis hin zu den Volksparteien, Sportveranstaltungen und Massenmedien wie Presse, Film, Rundfunk und Fernsehen reichen. Demokratisierung bedeutet darüber hinaus eine Ausweitung der staatlichen Regulation im Sinne eines »sozialen Nationalstaates« (Balibar), der die gesamten Reproduktionstätigkeiten aller StaatsbürgerInnen in der öffentlichen wie privaten Sphäre zu gewährleisten, anzuleiten und zu kontrollieren beansprucht.

Analysiert man nun das staatliche Ensemble von Apparaten und Institutionen unter dem Aspekt politischer Herrschaft, so ergibt sich eine strukturelle Dominanz von Kapitalinteressen, die den Nationalstaat als Klassenstaat, eben als kapitalistischen Staat charakterisiert. Als Struktur und als soziales Verhältnis organisiert und repräsentiert der kapitalistische Staat, wie Antonio Gramsci festgestellt hat, in einer Verbindung aus Zwang und Konsens die Hegemonie der herrschenden Klassen und ihrer Fraktionen und desorganisiert dergestalt die beherrschten Klassen. Diese politische Hegemonie gewährleistet die Kohärenz des staatlichen Ensembles aus unterschiedlichen Apparaten und Institutionen, die Einheit des kapitalistischen Staats, indem sie die Interessen der herrschenden Klassen(fraktionen) verallgemeinert. Mit dieser Feststellung bewegt man sich auf dem Terrain des Nationalstaates, denn auf diese Kohärenz, formuliert als hegemoniales Projekt einer nationalen Politik, bezieht sich die identifikatorische Konstruktion des Volkes als einer »imaginären Gemeinschaft«, die sich in dem vermeintlich einheitlichen Staat als der einen Institution wiedererkennt und sie im Unterschied zu anderen Staaten als »ihren Staat« anerkennt. Etienne Balibar schließlich hat darauf hingewiesen, daß durch dieses Verhältnis der Wieder- und Anerkennung die politischen Kämpfe in einen staatlichen Horizont gestellt sind, in dem die imaginäre Gemeinschaft des Volkes sogar noch das »Streben nach Reform und sozialer Revolution als Projekt formuliert, das 'ihren' Nationalstaat umgestalten soll«.

Allerdings können solche politischen Kämpfe auch zu einer hegemonialen Instabilität, zu einer Staatskrise führen, in der die nationale Einheit implodiert und der ambivalente Charakter der sozialen

Einfriedung partikularistische und universalistische Strategien hervorruft, welche sich nicht länger in einem nationalen Herrschaftsprojekt bündeln lassen. Nicht anders hat Marx etwa die Pariser Commune von 1871 interpretiert, nämlich als »Rücknahme der Staatsgewalt durch die Volksmassen«, die zugleich die »politische Form ihrer sozialen Emanzipation« bilde, und als »wahrhaft nationale Regierung«, deren internationaler Charakter sich gleichzeitig durch die ins Werk gesetzte »Befreiung der Arbeit« ausgedrückt habe. Nicht anders aber konstituieren sich auch regionalistische, separatistische oder irredentistische Tendenzen auf dem Terrain des sich in der Krise befindenen Nationalstaates. Sie zielen auf die Rekonstruktion imaginärer Gemeinschaften mittels eigenständiger Institutionen innerhalb des Nationalstaats, der Eigenstaatlichkeit oder des staatlichen Anschlusses, auf staatliche Institutionen also, in denen sich die »Volksmassen« wiedererkennen und die sie erneut als die »ihrigen« anerkennen sollen.

III. Konstruktion des Volks als Nation

Die innere Homogenisierung des Nationalstaates verlangt eine Konstruktion von Volk und Nation, die über die sozialen Ungleichheiten, Spaltungen und Differenzen hinweggeht. Hegemonie kann in diesem Sinne ohne die Modulation eines »politischen Körpers Volk-als-Nation« (Poulantzas) nicht bestehen. Logisch wie historisch gehen bestimmte Aspekte des kapitalistischen Staates, etwa die zentralisierte Verwaltung und die Doktrin der Staatsräson, zwar seiner nationalen Form voraus, aber erst der politische Prozeß der äußeren wie der inneren Kolonialisierung schafft Nationen, die sich als Entitäten in einer Rangordnung von kolonisierenden und kolonisierten Staaten, in Zentrum und Peripherie gliedern. Für die Konstruktion des Volks als Nation sind die Mechanismen der inneren Kolonialisierung von grundlegender Bedeutung, weil durch sie die »unterentwickelten« Regionen innerhalb des nationalen Territoriums und die »schwach ausgebildeten« Traditionen innerhalb der nationalen Geschichte tendenziell zu isolieren, zu negieren oder auszulöschen versucht werden. Sowohl in sozialer als auch in kultureller Hinsicht zerstört der Nationalstaat andere Muster der Traditionsbildung, indem er sie entweder der nationalen Tradition assimiliert oder im Namen dieser Tradition annihiliert, um in einem raum-zeitlichen Kontinuum das »eigene Volk« zu kreieren und es als eine »absolut autonome Einheit« (Balibar) darzustellen. Die beiden wichtigsten historischen Kontrahenten des Nationalismus, der Regionalismus und der Internationalismus, sind dagegen bisher vor allem an dieser Konstruktion des »eigenen Volks« gescheitert: wo sie nicht selbst zum Staat, etwa in Form des Separatismus beziehungsweise Irredentismus oder auch des »sozialistischen Vaterlandes« und des Sozialismus in den jeweiligen »nationalen Farben«, und damit dem Nationalismus völlig symmetrisch geworden sind, treten regionalistische und internationalistische Artikulationen lediglich diskontinuierlich auf.

Mit der Verknüpfung von Nationalismus und Rassismus erzeugt der Nationalstaat neben der historischen Kontinuität des Staatsvolks eine weitere Modalität der inneren Homogenisierung. Da kein Nationalstaat eine ethnische Basis besitzt, produziert er zur Modulation des 'Volkskörpers', laut Balibar, eine »fiktive Ethnizität«, die zwei komplementäre Wege zur Konstruktion des Volkes einschließt. Zum einen handelt es sich um die »sprachliche Gemeinschaft«, zum anderen um die »rassische Gemeinschaft«. Die erste rekurriert auf die Nationalsprache, die im linguistisch-philologischen Nationalismus als »natürliche Sprache« auftaucht, tatsächlich sich aber in staatlich organisierten Prozessen der Alphabetisierung und Schriftreformierung, der Sprachplanung und -normierung erst etabliert. Eine Fiktion ist die sprachliche Gemeinschaft insofern, als ihr - linguistisch gesprochen - ein gemeinsamer »Code« zwischen Senderinnen und Empfängern unterstellt wird, der ihnen sozial komensurabel und völlig transparent erscheinen muß. Allerdings bleibt die sprachliche Gemeinschaft eine prekäre nationalstaatliche Homogenisierung, denn sie assimiliert tendenziell alle kompetenten Sprecherinnen und Sprecher und ihr Ausschlußmodus reicht kaum eine Generation zurück.

Die sprachliche Praxis geht jedoch noch über die imaginäre Gemeinschaft der Kommunizierenden hinaus, wenn diese auf der Identifizierbarkeit der »Muttersprache« als Merkmal nationaler und ethnischer Zugehörigkeit beharren. Obgleich also die Nationalsprache einer grundsätzlichen Unwägbarkeit der nationalen Zuschreibung ausgesetzt ist, liefert sie dennoch das Material für rassistische Ausgrenzungen. Es sind die Metaphern der Sprache als Ausdruck der nationalen Seelenkräfte, der ursprünglichen Gemeinsamkeit eines Volks und als des gemeinsamen Bandes, das seine Mitglieder zusammenhalte, die schon im 18. Jahrhundert charakteristisch für den linguistisch-philologischen Nationalismus der bürgerlichen Intellektuellen, etwa den Nationenbegriff Herders, waren. Ausgehend davon gleitet die »sprachliche Gemeinschaft« über zur »rassischen Gemeinschaft«, deren konstitutives Merkmal die Fiktion einer ursprünglichen Verwandschaft ihrer Mitglieder, die Eingliederung der Individuen in Volkgenealogien ist, wie sie dem genealogischen Mythos der Nation entsprechen. Die »rassische Gemeinschaft« fußt im Unterschied zur Sprachgemeinschaft auf einer fiktiven Kette der Generationen, die sich quasi beliebig in Vergangenheit und Zukunft verlängern läßt, aber Integration und Assimilation per se reduziert oder sogar ganz ausschließt. Für sie steht die Metapher der Nation als einer großen Familie, die Hegel etwa 1810, damals Rektor eines neuhumanistischen Gymnasiums in Nürnberg, in dem Text »Rechts-, Pflichten- und Religionslehre für die Unterklasse« durch folgende Formulierung ausgedrückt hat: »Wenn die Familie sich zur Nation erweitert hat und der Staat mit der Nation in eins zusammenfällt, so ist es ein großes Glück.«

Der Hinweis auf Familie und Schule, der sich diesem Beispiel aus Hegels Nürnberger Zeit entnehmen läßt, ist keineswegs zufällig. Tatsächlich erweisen sich beide nicht nur als zentrale Orte der Nationalerziehung, wie sie den bürgerlichen Intellektuellen zu Beginn des 18. Jahrhunderts vorschwebte, sondern auch als solche der Reproduktion der fiktiven Ethnizität. Balibar zumindest geht davon aus, daß Schule und Familie eine institutionelle Verbindung innerhalb des Nationalstaates eingehen und so das Volk als ethnische Gegebenheit in Form der »sprachlich-rassischen Gemeinschaft« konstruiert wird. Mehr noch, als schulische und familiäre Staatsapparate bleibt dieses institutionelle Arrangement nicht auf die Schule und die Familie im engeren Sinne, etwa auf den »muttersprachlichen Unterricht« beziehungsweise die bürgerliche Kernfamilie, beschränkt. Hinzu kommen weitere öffentliche und private Institutionen, von der Kinderkrippe bis zum Altersheim, von den Standesämtern bis zu den Familienberatungsstellen, von den Sport- und Freizeitvereinen bis zu den Jugendämtern, in denen die Praktiken und Rituale der »sprachlich-rassischen Gemeinschaft« geregelt werden. Demnach definiert der Nationalstaat sowohl staatlich-administrative als auch zivilgesellschaftliche und private Einrichtungen, in denen die Vermittlung von Sprachkompetenz und die Einübung des generativen Verhaltens stattfindet, zu wichtigen Orten der Konstruktion des Volks als Nation, so daß die staatliche Bevölkerungsplanung vor allem darin besteht, diese koordinierend und antizipierend einzusetzen. Der schulische und der familiäre Staatsapparat haben dabei nicht nur die Reproduktion der Arbeitskraft zu garantieren und die Zugänge innerhalb der Hierarchien der gesellschaftlichen Arbeitsteilung zu reglementieren, ihre Bedeutung liegt, Balibar zufolge, vielmehr vor allem darin, diese Funktionen der Reproduktion der fiktiven Ethnizität unterzuordnen. Hierdurch erhält schließlich die Bevölkerungspolitik einen zentralen Stellenwert in der nationalstaatlichen Regulation der Ökonomie.

IV. Kritik des Nationalismus

Die Geschichte von der amerikanischen und der französischen Revolution im 18. Jahrhundert bis zur antikolonialen Revolution in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts, von Boston und Paris bis Managua war zugleich die Geschichte eines internationalen Befreiungskampfs wie die einer »Nationalisierung der Welt« (Hobsbawm). Im Inneren wie im Äußeren der kapitalistischen Zentren hat sich die Nationform des Politischen etabliert, weil sie auf der Grundlage der kapitalistischen Zeit- und Raumordnungen eine ungleichzeitige und kombinierte Entwicklung der Gesellschaftsformationen ermöglichte, die sich in den Formen der nationalstaatlichen Territorialisierung und Deterritorialisierung niedergeschlagen hat. Die Herausbildung von Zentren mit konkurrierenden Staaten und von Peripherien mit ihren unterschiedlichen, hierarchisierten Beziehungen zueinander und zu den Zentren, wie Immanuel Wallerstein sie in der Theorie des historischen Kapitalismus als eines Weltsystems gefaßt hat, ist begleitet von einem Prozeß ständiger Grenzziehungen und Grenzrevisionen wie von einem permanenten Prozeß der Erfindung und Wiederherstellung nationaler Mythen. Tatsächlich hat die Internationalisierung der kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsbedingungen den Rahmen der nationalen Politik verengt, ohne jedoch die Nationalstaaten als die bestimmende Form des Politischen aufzulösen. Vielmehr hat sie diese Form sogar noch verhärtet, was sich nicht zuletzt in der Renationalisierung Osteuropas und der verschärften Konkurrenz nationaler Politiken und nationalistischer Bewegungen niedergeschlagen hat. Hieraus entsteht die paradoxe Situation, daß gerade aufgrund der Internationalisierung des Kapitalverhältnisses linke Politik zunehmend auf den nationalstaatlichen Rahmen verwiesen ist. Sie birgt die Gefahr, daß sich die Linke selbst nationalisiert und zum sozialpatriotischen Flügel nationaler und supranationaler Hegemonialbestrebungen depraviert.

Zumindest die parteiförmig organisierte Linke hatte bisher mit nationalen Anrufungen kaum Schwierigkeiten. In ihrer Mehrheit waren die Sozialdemokraten in aller Regel keine »vaterlandslosen Gesellen«, sondern »anständige Deutsche« und treue Patrioten. Und als die Kommunisten in den zwanziger Jahren, nach dem Scheitern der revolutionären Bewegung des Proletariats in Westeuropa, daran gingen den »Sozialismus in einem Land« und den »proletarischen Staat« aufzubauen, taten sie es ihnen gleich, indem sie sich ihre Ziele von einer dekretierten Dialektik vorgeben ließen, wie sie etwa in der Stalinschen Formel von 1925 zum Ausdruck gebracht wurde: »Proletarisch ihrem Inhalt nach, national ihrer Form nach - das ist die allgemeinmenschliche Kultur, der der Sozialismus entgegengeht«. Wenn die etatistische Linke heute den Patriotismus wiederentdecken will, so reagiert sie auf das scheinbare Paradoxon kapitalistischer Internationalisierung und Nationalisierung mit einer national-partizipatorischen Strategie; eine fatale Strategie, die dem demokratischen Mythos der Nation verhaftet bleibt und so vergessen machen soll, daß der Nationalstaat zwar das Terrain der sozialen Kämpfe herrschaftlich vordefiniert, mithin auch ein Ausgangspunkt strategischer Überlegungen sein muß, zugleich aber die unerbittliche Schranke der politischen und sozialen Befreiung bildet.

Das Dilemma der befreiungsnationalistischen Politik schließlich, das den linken Internationalismus nicht erst seit 1968 geprägt hat, verzeichnete der auf Martinique geborene algerische Revolutionär Frantz Fanon bereits in seinem berühmten Buch »Les damnés de la terre« von 1961 mit Bezug auf die antikoloniale Revolution. So fokussiert er einerseits die Theorie des Befreiungskampfs im Begriff der Nation, um den Prozeß der »Dekolonisation« als inneren und äußeren Prozeß der »Wiederherstellung der Nation« und der Gründung einer anerkannten Nation zu bestimmen. Andererseits verweist Fanon auf die »Mißgeschicke des nationalen Bewußtseins«, auf die bedrohlichen Übergänge vom Nationalismus »zum Ultranationalismus, zum Chauvinismus, zum Rassismus« in den neuen Nationen und auf

die Etablierung autoritärer Regimes in den halb- und nachkolonialen Nationalstaaten. Seine Schlußfolgerung lautet: »Wenn der Nationalismus nicht erklärt, bereichert und vertieft wird, wenn er sich nicht sehr rasch in politisches und soziales Bewußtsein, in Humanismus verwandelt, dann führt er in eine Sackgasse.« Diese Sackgasse allerdings ist zum Prinzip des historischen Prozesses der »Dekolonisation« geworden.

Schon im »Kommunistischen Manifest« war diese Aporie vorgezeichnet. Der Weg der Befreiung führte in den Augen von Marx und Engels unweigerlich über die Nationform des Politischen. Das Proletariat sollte zuerst »sich die politische Herrschaft erobern, sich zur nationalen Klasse erheben, sich selbst als Nation konstituieren«, um dann die Grenzen der Nation zu überschreiten und den »mit der Entwicklung der Bourgeoisie« einsetzenden Prozeß vollenden, der die »nationalen Absonderungen und Gegensätze der Völker« zum Verschwinden bringe. Der Nationalismus ist ihnen nicht mehr als eine ephemere Form der bürgerliche Ideologie, während der Vormarsch der industriellen Bourgeoisie und die Entstehung der proletarischen Bewegung ihnen die kosmopolitische Ablösung der Nationen garantierte, so daß sich eine Kritik des Nationalismus zu erübrigen schien. Dennoch taucht sie auch hier auf; in apodiktischen Sätzen wie: »Die Arbeiter haben kein Vaterland«, und schließlich in der Aufforderung: »Proletarier aller Länder, vereinigt euch!«

Explizit formuliert wurde die Kritik des Nationalismus und Patriotismus bereits vorher von Autoren, die auch Marx und Engels beeinflußt haben, 1842 von dem Mitgründer des »Bundes der Gerechten« Wilhelm Weitling in »Garantien der Harmonie und Freiheit«, und 1844 von den junghegelianischen Schriftstellern Arnold Ruge in »Der Patriotismus« und Max Stirner in »Der Einzige und sein Eigentum«. Sie stellten sich gegen die gesamte Tradition des bürgerlichen Republikanismus, der in der eigenen Nation seine Grenze findet und heute wieder als linke Alternative zur bundesrepublikanischen Verfassungswirklichkeit gepredigt wird. Gemeinsam war ihnen die Einsicht, die Ruge in dem schlichten Satz zusamenfaßte: »Die Freiheit ist nicht national.« Diese Einsicht allerdings war durch grundlegend verschiedene philosophische und politische Auffassungen fundiert, die man als die drei Quellen und Bestandteile einer linken Kritik der Nationform bezeichnen könnte. Weitling vertrat einen kommunistischen Egalitarismus, Ruge einen humanistischen Kosmopolitismus und Stirner einen individualistischen Radikalismus. Sicherlich, alle drei Richtungen positiv genommen, beinhalten abstrakte Setzungen, die zu doktrinären Systematisierungen, moralisierenden Postulaten oder egoistischen Idiolatrien verkommen können. Als Formen der Kritik haben sie sich jedoch in historischen Augenblicken, etwa in den kurzen Phasen des Kampfes für die proletarische Weltrevolution und in den kulturrevolutionären Bestrebungen der künstlerischen Avantgarde, sozial konkretisiert und die Artikulationen sozialer Ungerechtigkeit und politischer Unterdrückung ihrer nationalen Formierungen zu entwinden versucht.

Die klassische Kritik des Nationalismus von seiten der radikalen Linken war dagegen in einen sozialen Mythos, in die Evidenz einer Einheit des internationalen Klassenkampfs eingesponnen, die eben jene zentrale Funktion unsichtbar machte, die der schulische und der familiäre Staatsapparat für die Reproduktion der Nationform spielen. Je mehr die radikale Linke in den kapitalistischen Metropolen sich später in Identifikationen mit kämpfenden Bewegungen im Trikont ergab, die sie als emanzipatorische Nationen, als Speerspitze einer umfassenden Emanzipationsbewegung ansah, je mehr sie die kulturrevolutionären Impulse beiseite schob, die die eigene politische Existenz und Lebensweise angingen, desto unausweichlicher hat sie sich schließlich nationalen Mystifikationen ausgeliefert. Diese wirkten sich umso verwerflicher aus, je deutlicher eine kämpfende Bewegung zum Staat wurde und sich die Abkehr der enttäuschten metropolitanen Linken von ihr als deren Heimkehr herausstellte.

Jost Müller

Literaturhinweise

Etienne Balibar/Immanuel Wallerstein: Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten. Hamburg, Berlin 1990
Roland Barthes: Mythen des Alltags. Frankfurt a. M. 1964
Eric J. Hobsbawm: Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780. Frankfurt a. M., New York 1991
Nicos Poulantzas: Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Sozialistische Demokratie. Hamburg 1978

Jürgen Elsässer
Schafft zwei, drei, viele Sarajewo
Die Linke und die Nationale Frage (Auszüge)

Eine kurze Geschichte der nationalen Linken: Wie sie Rosa Luxemburg vom Kopf auf den Hintern setzte und Lenin bis zur Kenntlichkeit entstellte, waraum sie von Hannah Arendt nichts wissen sollte und schließlich Che Guevara gegen Franjo Tudjman ausstauschte.
Alle Linken liebten Rosa Luxemburg. Die Sozis reklamierten sie als Ahnherrin von Willy Brandt, die Grünen als historische Melange aus Petra Kelly und Jutta Dithfurth, die DKPisten als Weggefährtin Lenins. Die Spontis waren begeistert, weil man mit einigen ihrer Sätze aus der Massenstreikdebatte manche Uni-Vollversammlung zum Revoluzzen bringen konnte. Zuletzt entdeckten sie sogar die Ökopaxe, die sich an den Natur- und Tierschilderungen in ihren Privatbriefen delektierten.
Wie blind diese narzißtische Liebe gemacht hat, zeigt der Umstand, daß ausgerechnet jene ihrer Schriften nie gelesen wurden, die heute so verzweifelt aktuell sind: ihre Kritik am Nationalismus, ihre Radikalisierung des Internationalismus zum Antinationalismus. Das taugte nicht als Munition in der innerlinken Konkurrenz, hätte das eigenen Glashaus zu sehr exponiert. Das »Selbstbestimungsrecht der Nationen« gehörte schließlich zum Katechismus aller linken Strömungen, längst bevor der »Völkerfrühling« der Jahre 1989 ff. die Realitätstüchtigkeit dieser Kannibalenparole demonstrierte.
Rosa Luxemburg hat nach Ende des 1. Weltkrieges eine ähnliche Zeitenwende erlebt. Genau wie heute zerfielen auch begrüßten oder verwarfen, je nachdem, ob sie der »Außenpolitik« des internationalen Proletariats, die damals im wesentlichen an der Schwächung der europäischen Ordnungsmacht Rußland interessiert war, nützten oder nicht. Eine Methode, so betonte Luxemburg gegen Lenin, »die sich nach keinerlei abstrakten Formeln richtet, sondern einzig und allein nach den realen Verhältnissen eines jeden einzelnen Falles.«
Lenin verteidigte seine Doppelstrategie mit einer Analogie zum Scheidungsrecht. Auch in diesem Fall bedeute ja das grundsätzliche Eintreten für dieses Recht noch lange nicht, daß prinzipelles Recht schließe eine korrekte Einzelfallentscheidung nicht aus, sondern ermögliche sie im Grunde erst. Fragwürdig ist bei dieser Analogie, daß Lenin die Entscheidungskategorie '»Mensch/Individuum« (Lostrennung durch Scheidung) umstandslos gleichsetzte mit der Entscheidungskategorie »Volk/Nation« (Lostrennung durch Staatsbildung). Für Rosa Luxemburg war diese Auffassung von der Nation- »als ein Ganzes, als eine geschlossene soziale und politische Einheit ... eine derjenigen Kategorien der bürgerlichen Ideologie, die von der marxistischen Theorie radikal revidiert wurden (...) In einer Klassengesellschaft gibt es die Nation nicht als einheitliches gesellschaftlich-politisches Ganzes; es existieren hingegen in jeder Nation Klassen mit antagonistischen Interessen und 'Rechten'.« Daher war es für Luxemburg logisch, daß die »Selbstbestimmung der Nation« im Kapitalismus nur eine Maske für das Klasseninteresse der Bourgeoisie ist, die die neu entstandenen Staaten beherrscht, ohne daß sich für das Proletariat etwas ändert.

Der Antagonismus von Nation und Demokratie

Lenins gesamte Revolutionstheorie beruht auf einer engen Verknüpfung mit dem demokratischen Kampf. »Wie der siegreiche Sozialismus, der nicht die vollständige Demokratie verwirklicht, unmöglich ist, so kann das Proletariat, das den in jeder Hinsicht konsequenten, revolutionären Kampf um Demokratie nicht führt, sich nicht zum Sieg über die Bourgeoisie vorbereiten.« Die entscheidende Differenz zwischen Lenin und Luxemburg liegt also keineswegs in der Geringschätzung der Demokratie, wie von Sozialdemokraten immer unterstellt wird, sondern in der Identifikation der demokraktischen mit den nationalen Aufgaben; beide seien - so Lenin - in der bürgerlichen Revolution angepackt, aber in der Regel nicht gelöst worden. In den Ländern wie Rußland oder in Kolonien, wo die bürgerliche Revolution noch nicht stattgefunden habe, könnten ihre demokratisch-nationalen Ziele mit den sozialistischen verbunden werden.
Im Unterschied dazu vertrat Rosa Luxemburg, eine progressive Lösung der nationalen Frage sei gar nicht mehr möglich, und zwar weltweit, unabhängig vom jeweiligen Entwicklungsstand. »Das nationale Programm hatte nur als Ausdruck der aufstrebenden, nach der Macht im Staate zielenden Bourgeoisie eine geschichtliche Rolle gespielt. (...) Seitdem hat der Imperialismus das alte bürgerlich-demokratische Programm vollends zu Grabe getragen, indem er die Expansion über nationale Grenzen hinaus und ohne jede Rücksicht auf nationale Zusammenhänge zum Programm der Bourgeoisie aller Länder erhoben hat.« Rosa Luxemburg hielt es deswegen für »völlig verfehlt, eine Analogie hezustellen zwischen allen demokratischen Postultaten, wie dem 'Recht' auf Rede-. Presse-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit und dem 'Selbstbestimmungsrecht der Nationen'« In letzterem sah sie lediglich einen Passepartout für die herrschenden Klassen: »Das 'Volk'soll das Recht' auf Selbstbestimmung haben. Aber wer ist denn das 'Volk', wer ist der Mächtige, wer hat das 'Recht', der berufene Vertreter des 'Volkes' und seines Willens zu sein? (...) Mit dem echten' Willen des Volkes geht es wohl ähnlich wie mit dem echten Ring der Parabel in Lessings 'Nathan, der Weise': Er verschwand, und es scheint fast unmöglich, ihn wiederzufinden und von Fälschungen und Nachahmungen zu unterscheiden.«
Die Russische Revolution war für Rosa Luxemburg eine Bestätigung ihrer Ansichten. Sie kritisierte die Bolschewiki: »Während sie gegenüber der Konstituierenden Vesammlung, dem allgemeinen Wahlrecht, der Presse- und Versammlungsfreiheit, kurz, dem gesamten Apparat der demokratischen

Grundfreiheiten der Volksmassen, die alle zusammen das 'Selbstbestimmungsrecht' in Rußland selbst bildeten, eine sehr kühle Geringschätzung an den Tag legten, behandelten sie das Selbstbestimmungsrecht der Nationen als ein Kleinod der demokratischen Politik...«
>>Proletarische<< und >>Plutokratische<< Nationen.
Wann darf man von »unterdrückten Völkern« sprechen? Wurden die Kroaten von den selben unterdrückt, weil sie einen geringeren Anteil an der Staatsbürokratie hatten? Oder die Serben von den Kroaten, weil man in Zagreb einen höheren Lebensstandard genoß als in Beograd? Die Ausweglosigkeit des Streits geht nicht auf die Konfusion der Epigonen zurück, sondern war schon bei Lenin selbst angelegt. Nach Aschluß des Versailler Friedens gehörte für ihn plötzlich auch das imperialistische Deutschland, dessen »Griff nach der Weltmacht« (Fritz Fischer) immerhin den 1. Weltkrieg herbeigeführt hatte, zu den unterdrückten Opfern, denen - so Lenin - »ein Häuflein Staaten die Kehle zuschnürt«. Ein deutsch-sowjetisches Handelsabkommen wurde von Lenin als »Bündnis, das den Bund gegen den Weltimperialismus festigt«, glorifiziert. Diese Beschönigung des deutschen Imperialismus erinnert an die düstere Prophezeiung von Rosa Luxemburg nach dem Separatfrieden von Brest-Litowsk: »Wie ein unheimliches Gespenst nähert sich - ein Bündnis der Bolschewiki mit Deutschland! (...) Mit der grotesken 'Paarung' Lenin und Hindenburg wäre die moralische Lichtquelle im Osten verlöscht.«
Rosa Luxemburg befürchtete, daß auch die Staaten vormals »unterdrückter« Nationen, »obwohl im Kern nur Ausdruck für einen ganz jungen, erst keimartigen Kapitalismus, zugleich doch schon in der allgemeinen Atmosphäre der imperialistischen Tendenzen gefärbt« sind. Nach ihrem Tod sollten sich diese Befürchtungen aufs schlimmste bestätigen. Die in der Folge des 1. Weltkriegs in Ost- und Südosteuropa entstandenen Staaten und neu anerkannten Volksgruppen prallten vom ersten Tag an im Streben nach imaginierten »überlieferten Rechten« oder »historischen Grenzen« aufeinander. »Es hätte in dieser Ecke Europas wahrlich nicht Hitlers bedurft, um alle gegen alle zu hetzen.«
Die Nazis waren für diese Konstellation also nicht verantwortlich, konnten sie jedoch in ihrem Sinne nutzen. Sie propagierten den Aufstand der »proletarischen« gegen die »plutokratischen« Nationen (DAF-Chef Robert Ley) und destabilisierten so die anti-deutsch orientierten Staaten von Zwischeneuropa. Die linken Nationalisten besorgten dabei nur zu oft das Geschäft der Nationalsozialisten. Die Selbtbestimmung der Sudetendeutschen »bis zum Recht auf Lostrennung«, einer der wesentlichen Hebel bei der Entfesselung des 2. Weltkrieges, wurde von der KPC noch vor den Henlein-Faschisten gefordert! Und in Österreich trommelte die austomarxistische SPÖ so lange für den Anschluß an Deutschland, daß sie schließlich nur schwer plausibel machen konnte, wieso sie Hilters Version dieses Anschlusses nicht unterstützte. Ihr prominentes Mitglied Karl Renner blieb selbst nach dem Einmarsch der Wehrmacht noch auf großdeutschem Kurs und rief zum »Ja« beim Annexionsreferendum im April 1938 auf. Die NSDAP mobilisierte nicht nur die »deutschen Volksgruppen«, sondern ermunterte auch andere »unterdrückte Völker« zu Sezession oder Expansion: Ungarn, Kroatien, die Ukraine und die Slowakai eroberten sich ihre »nationale Selbstbestimmung« an der Seite von Nazi-Deutschland und kollaborierten bei der Ausmerzung der »Volksschädlinge«. Heinrich Himmler faßte das Kalkül dieser »Neuordnung des Ostens« wie folgt zusammen: »Bei der Behandlung der Fremdvölkischen ... müssen wir darauf sehen, so viel wie möglich einzelne Völkerschaften anzuerkennen und zu pflegen... Ich will damit sagen, daß wir nicht nur das größte Interesse haben, die Bevölkerung des Ostens nicht zu einen, sondern im Gegenteil in möglichst viele Teile und Splitter zu zergliedern... Die Angehörigen aller dieser Völkerschaften, insbesondere die kleinen, wollen wir selbstverständlich in den Stellen von Polizeibeamten und Bürgermeistern verwenden.«

ANTISEMITISMUS ALS LEERSTELLE DER IMPERIALISMUS-THEORIEN

Die Erfahrungen mit dieser Epoche spiegeln sich in der kommunistischen Theoriebildung nicht wider. Lenins Trennung zwischen »unterdrückenden« und »unterdrückten« Nationen konnte als Rechtfertigung der völkischen Mobilisierung der »kleinen Nationen« in Ostmitteleuropa verstanden werden, und Rosa Luxemburg pauschaler Antinationalismus hätte, auch wenn er von der Komintern nicht dem Vergessen anheimgegeben worden wäre, keine Antwort auf die besondere Aggressivität der Neo-Nationalismen an der Seite Deutschlands gehabt.
Es war eine bürgerliche Denkerin, die sich den Erscheinungen des faschistischen Zeitalers mit der Konsequenz stellte, die man der marxistischen Bewegung gewünscht hätte: Hannah Arendt. Ähnlich wie Lenin war sie nicht grundsätzlich antinational, ähnlich wie Lenin unterschied sie zwischen einer harmlosen und einer gefährlichen Variante des Nationalismus. Allerdings wählte sie eine völlig andere Kategorisierung: nicht unterdrückender versus unterdrückter, sondern westlicher versus völkischer Nationalismus war das Gegensatzpaar, das sich aus ihrer Analyse ergab. Während der erstere le peuble als politische Gemeinschaft von Menschen ungeachtet ihrer Herkunft definiert - Renan sprach von der Nation als »täglichem Plebiszit« -, sieht der letztere das Volk als naturwüchsigen Stammesverband kraft biologischer Determination. Hannah Arendt: »Der völkische Nationalismus hat die nationale Gesinnung aller zentral- und osteuropäischen Nationen und Nationalitäten entscheidend bestimmt und geformt. Er unterscheidet sich von dem westlichen Nationalismus und dann, wenn dieser in seiner pervertierten chauvinistischen Form in Erscheinung tritt. Der Chauvinismus vor allem französischer Prägung (...) konnte sich in allen möglichen romantischen Verherrlichungen der Vergangenheit, der Toten- und Ahnenkulte ergehen. Er konnte ein unglaubliches Vokabular der Großsprecherei ersinnen und versuchen, die ganze Nation mit 'gloire' und 'grandeur' besoffen zu machen; aber er hat niemals behauptet, daß Menschen französischer Abstammung, die in einem anderen Lande geboren und erzogen, ohne Kenntnis der französischen Sprache und Kultur, nur dank mysteriöser

Qualitäten ihres 'Blutes' Stammesfranzosen seien. (...) Psychologisch gesprochen ist der Unterschied zwischen dem verrücktesten Chauvinismus und diesem völkischen Nationalismus immer noch der, daß der eine sich immerhin mit der Welt und ihren greifbaren Raalitäten beschäftigt, (...) während das Völkische selbst in seiner harmlosesten Form (etwa in der deutschen Jugendbewegung) sich nach innen richtet und anfängt, die menschliche Seele als die 'Verkörperung' allgemeiner Stammeseigenschaften anzusehen, und da die Seele ja offenbar nicht etwas sein kann, was 'verkörpert', findet man seine Aushilfe im 'Blut'.«

In Ländern, in denen sich der Kapitalismus und die einheimische Bourgeoisie »verspätet« durchgesetzt haben, bildet sich nicht nur ein besonders gefährlicher Nationalismus, sondern auch ein besonders gefährlicher Imperialismus, den Hannah Arendt als »kontinentalen« bezeichnet - im Unterschied zum »überseeischen« Imperialismus von England, Frankreich und den USA. »So wie der kontinentale Imperialismus in den Ländern entsteht, die glauben, bei der Neuverteilung der Erde im imperialistischen Zeitalter zu kurz gekommen zu sein, so verbreitet sich der völkische Nationalismus überall da, wo europäischen Völkern eine nationale Emanzipation gar nicht oder nur halb gelungen war.«

Dieser »zu-spät-gekommene« Imperialismus versucht seinen Startnachteil dadurch wettzumachen, daß er nicht in Übersee, sondern auf dem eigenen Kontinent nach Annexionen schreit, wobei ihm der völkische Nationalismus gute Dienste leistet: Er erlaubt ihm die Berufung auf seine verstreut lebenden »nationalen Minderheiten«, die »heim ins Reich« geholt werden müßten. Mit dieser Orientierung unterscheidet er sich doppelt vom etablierten (überseeischen) Imperialismus: Das antidemokratisch-terroristische Bündnis, das bei den »alten« Mächten ausschließlich in den Kolonien herrscht, stellt sich bei den Zuspätkommern auch im Mutterland selbst her. Und der Anspruch, die kontinental verstreuten Partikel des »eigenen« Volkes zu vereinigen, evoziert nicht nur Kriegsgefahr, sondern auch Antisemitismus. »Vergegenwärtigt man sich die völkischen Doktrinen und die Tatsache, daß sie nur zu gut auf die Existenzform der in kleinen Volkssplittern durcheinander siedelnden Nationalitäten zugeschnitten waren, so fällt auf, daß sie keiner besser entsprachen als der des jüdischen Volkes (...). im Sinne der völkischen Theorien mochte es sogar so scheinen, als seien die Juden das einzige vollkommene Modell eines Volkes, dessen geschichtlich bewährte Stammesorganisation die Panbewegungen nur nachzuahmen brauchten.(...) Politisch ist das Mißliche in all solchen Konkurrenzkämpfen zwischen völkischen Auserwähltheitsansprüchen, daß innerhalb des abendländischen Kulturkreises die Juden unfehlbar als diejenigen empfunden werden müssen, deren Anspruch der älteste und legitimste ist. (...) Der Haß der Völkischen auf die Juden entsprang den traurigen Residuen christlicher Frömmigkeit, die sich in die abergläubische Furcht verwandelt hatte, es seien vielleicht eben doch die Juden und nicht das eigenen Volk, das Gott auserwählt und für den endgültigen Sieg über alle anderen Völker aufgespart habe.«

ARBEITERARISTOKRATIE UND MOB

Eine Wurzel der Fehler, aber paradoxerweise auch der Leistungen von Lenin liegt in seiner Erklärung der nationalistischen Einflüsse in der Arbeiterbewegung. Er bezeichnet die entsprechende Haltung als »Sozialchauvinisums« (Sozialismus in der Theorie, Chauvinismus in der Praxis) und wirft die Frage auf: »Gibt es einen Zusammenhang zwischen dem Imperialismus und jenem ungeheuer widerwärtigen Sieg, den der Opportunismus (in Gestalt des Sozialchauvinismus) in der Arbeiterbewegung in Europa davongetragen hat?« Die Bejahung diese Frage leitet er aus dem monopolistischen Charakter des Imperialismus ab: »Weil durch ein Monopol Extraprofit erzielt wird, d.h. ein Profitüberschuß über den in der ganzen Welt üblichen, normalen kapitalistischen Profit. Von diesem Extraprofit können die Kapitalisten einen Teil(...) verwenden, um ihre Arbeiter zu bestechen, um eine Art Bündnis der Arbeiter der betreffenden Nationen mit ihren Kapitalisten gegen die übrigen zu schaffen.«

Damit grenzt sich Lenin scharf von den frommen Märchen des Vulgärmarxismus ab, wonach die Proletarier per Definition internationalistisch seien und sich nur wegen der Manipulation des Klassenfeindes mit der Nation gemein machten - einem Märchen, dem auch Rosa Luxemburg anhing. Die Kriegsbegeisterung in der SPD zu Beginn des 1. Weltkrieges war ihr mit den Mitteln der Gesellschaftsanalyse überhaupt nicht erklärbar, für ausschlaggebend hielt sie allein den »Verrat« der Parteiführung. Da der sozialdemokratische Nationalismus für sie - anders als für Lenin - keine ökonomische Grundlage hatte, gab sie die Hoffnung auf revolutionäre Mehrheiten in de SPD lange Zeit nicht auf und ging an die organisatorische Spaltung sehr zögerlich heran, die KPD wurde schließlich erst nach Kriegsende, zum Jahreswechsel 1918/19, gegründet. Selbst vor einem nationalistischen Austrutscher während des 1. Weltkrieges war sie, die prinzipielle Antinationalistin, nicht gefeit. Sie bekannte: »Ja, die Sozialdemokraten sind verpflichtet, ihr Land in einer großen historischen Krise zu verteidigen«, und stellt Gedankenspiele an, unter welchen Voraussetzungen aus dem imperialistischen Weltkrieg ein gerechter nationaler Krieg werden könnte. Sie fand zwei: die demokratische Entscheidung der Bevölkerung über die Frage Krieg und Frieden und die Beseitigung jeder politsichen Entrechtung. Zwar trat auch sie gegen einen Burgfrieden mit dem Kapital ein und propagierte eine Intensivierung des Klassenkampfes. Gleichzeitig lehnte sie jedoch die Leninsche Parole der »Umwandlung des imperialistischen Krieges in einen Bürgerkrieg und die Orientierung auf die Niederlage der »eigenen« Bourgeoisie (»revolutionärer Defätismus«) ab. Stattdessen formulierte sie unverbindlich-pazifistisch. »Die Frage Sieg oder Niederlage kommt unter diesen Umständen für die europäische Arbeiterklasse in politischer genau wie in ökonomischer Beziehung auf die hoffnungslose Wahl zwischen zwei Trachten Prügel hinaus.«

Lenin kämpfte also weitaus aggressiver gegen den »proletarischen« Nationalismus, weil er ihn als einen zentralen Stützpfeiler imperialistischer Herrschaften erkannt hatte. Der Nachteil seiner

Sozialimperialismus-These war ihre rein ökonomische Herleitung - Bestechung durch Extraprofite -, die versagen mußte, wo sich Nationalismus aus anderen Quellen speiste (z.B. psychischen). Folgerichtig teilte die Leninsche Klassenanalyse das Proletariat horizontal. Die »bestochenen« Proletariar, die gutverdienenden, bilden die Arbeiteraristokratie; die ausgebeuteten Proletarier, die schlechtverdienenden, das potentielle revolutionäre Subjekt. Was aber, wenn gerade die Armen und Ärmsten nach Nation und Rasse schreien? Im Deutschland der frühen 20er Jahre schufen Demobilisierung, Depressionen und Inflation ein Millionenheer von Entwurzelten. Ihre soziale und politische Frustation mündete oft nicht im Klassenkampf, sondern entlud sich im Haß auf die Siegerstaaten, die im Verseiller Vertrag hohe Reparationslieferungen für die deutsche Industrie festgelegt hatten. Zumindest in einem Aufsatz von Lenin findet sich die Befürwortung eines Bündnisses mit diesen pauperisierten Nationalisten, nämlich ein euphorisch eingestreuter Hinweis auf die »Durchbrechung der politischen Schranken« in Deutschland, so daß sich »die deutschen Schwarzhunderter (dieser russische Terminus bezeichnet die extreme Rechte!! Anm. J.E.) in ihrer Sympathie für die russischen Bolschewiki mit den Spartakusleuten trafen.«

Auch Hannah Arendt geht von einer Verschränkung der Interessen von Imperialismus und Teilen der abhängigen Klassen aus. Als Massenbasis dieses gesellschaftlichen Bündnisses sieht sie allerdings nicht die »Arbeiteraristokratie«, sondern das Lumpenproletariat, den »Mob«: »Die menschlichen Abfallprodukte, die nach jeder Krise, wie sie unweigerlich auf jede Periode industrieller Ausdehnung folgte, aus der Reihe der Produzenten ausgeschieden und in permanente Arbeitslosigkeit gestoßen wurden.« Diese »überflüssigen« Kapital, d.h. mit dem Kapital, das im Inland keine rentable Anlagemöglichkeit mehr findet, und stürzt sich auf andere Länder und Erdteile. Ein Beispiel war die Kolonialisierung Afrikas, die - im Interesse des Großkapitals! - von gewissenlosen Abenteurern und Beutejägern ins Werk gesetzt wurde, welche im Mutterland kein Auskommen mehr hatten. »Das Bündnis zwischen Kapital und Mob steht am Anfang aller konsequent imperialistischen Politik«, resümiert Hannah Arendt. Und weiter. »Die von allen Prinzipien und aller Heuchelei gereinigte Gewaltpolitik konnte sich erst durchsetzen, als sie mit einer Masse von Menschen rechnen konnte, die aller Prinzipien ledig und numerisch so stark eingewachsen war, daß sie Fürsorgetätigkeit und Fürsorgefähigkeit des Staates überstiegen. (...) Daß dieser Mob von niemand anderem als imperialistischen Politikern organisiert und von nichts anderem als Rasse-Doktrinen je hat begeistert werden können, zeigt deutlich seinen Ursprung aus der bürgerlichen Gesellschaft an.« (...)

Sechs Thesen zum Abschluß

1. Der Nationalismus als babarisches Stadium des Imperialismus

Erneut entfesselt die Warengesellschaft am Ende einer »langen Welle« die barbarischen Mechanismen, die sie in ihrer stabilen Phase integriert hatte. Das straft all diejenigen Lügen, die eine »neue Weltordnung« erträumten oder befürchteten. Tatsächlich droht nicht der weltweite Durchmarsch der Marktwirtschaft und der Krieg »Nord gegen Süd« - all das haben wir nämlich längst!-, sondern etwas weit Schlimmeres: der Kollaps der Marktwirtschaft und der Krieg jeder gegen jeden. Die Internationale des Kapitals hat sich zu Tode gesiegt und setzt - kaum ist der einigende Gegner gefalllen - die konkurrierenden ökonomischen Kräfte als antagonistische Nationalismen frei. In einer solchen Epoche zusammenbrechender Sicherheiten und Hoffnungen hat die Barberei eine neue Chance. Sie droht im »Hause des Henkers« und bei anderen »zu spät gekommenen« Nationen in besonderem Maße (wenn auch keineswegs ausschließlich dort).

2. Die Separatismen als 5. Kolonne Deutschlands

Das »Gemeinsame Haus Europa«, von dem Gorbatschow naiv träumte, wird von den Termiten des Separatismus zerfressen. In Ostdeutschland ebnen diese Bewegungen dem deutschen Kapital, das dort größere Investitionen getätigt hat als seine Konkurrenten zusammengenommen, durch die Parzellierung der großen Staatensysteme den Weg. Die aggressivsten Nationalismen sind wesensmäßig und historisch mit dem deutschen verbunden: Auf dem Balkan und in Osteuropa wurde Nation immer völkisch verstanden, die bürgerlich-demokratische Interpretation blieb schwach. Kroaten, Litauer und Ukrainer stellten Hilfstruppen bei der Schaffung eines SS-Europas und Schergen bei der Druchführung der Endlösung. Da der ganze Separatismus in Zeiten der Rezession ökonomisch völlig perspektivlos ist, werden sich die neuen Kleinstaaten schon bald nach potenten Unterstützern umschauen. »Kommt die DM, bleiben wir, kommt sie nicht, gehen wir zu ihr!« - mit dieser Parole haben schon die DDR-Bevölkerung und das Bundeskanzleramt eine großdeutsche Lösung gegen das moderate Kalkül er Bundesbank durchgesetzt. Warum sollte das Vabanque nicht öfter klappen? Die Wirtschaftskraft der BRD und das ideologische Echo der historischen Partnerschaft bilden als Gravitationsfeld, das auf die neuen Natiönchen wirkt und die Europäisierung zur Germanisierung transformiert.

3. die Linke ist anti-deutsch, oder sie ist nicht

Liebknechts Losung »Der Hauptfeind steht im eigenen Land« brach mit dem Sozialchauvinismus der SPD und war die Voraussetzung zur eigenständigen Formierung der revolutionären Kräfte. KPD und SED setzten diese Orientierung außer Kraft, und auch die »Neue Linke« blieb im Sog des Nationalkommunismus. Da sie »im Hause des Henkers« (Adorno) nicht vom Strick sprechen wollte, suchte sie sich Ersatzfeinde: die USA,der Westen, die Supermächte, Israel, das Ozonloch. Heute sind die Zefallsprodukte der deutschen Linken als Trittbrettfahrer der Wiedervereinigung und Komplizen des

balkanischen Sezessionismus zum Wurmfortsatz des anti-westlichen Flügels der herrschenden Politik verkommen, wo sie sich oft genug im Bündnis mit Faschisten wiederfinden. Die deutsche Linke gibt es also nicht mehr, das Adjektiv hat sich gegen das Substantiv durchgesetzt. Die Linke ist antideutsch, oder sie ist nicht.

4. Internationalismus ist Antinationalismus
Ein neuer Internationalismus muß sich dem nationalen Wahn weltweit entgegenstemmen. Er kann sich stützen auf den prinzipiellen Antinationalismus von Rosa Luxemburg; auf die aggressive Polemik Lenins gegen die »Vaterlandsliebe« in der Arbeiterklasse; auf die Studien von Hannah Arendt über die besondere Gefährlichkeit des völkischen Nationalismus. Stichwortartig ließe sich formulieren: Links ist da, wo keine Heimat ist. Nicht um nationale Selbstbestimmung geht es, sondern um gesellschaftliche; nicht um den Schutz von Völkern, sondern um den Schutz der einzelnen und Minderheiten vor den Völkern; nicht um die Konstruktion neuer Staaten, sondern um die Destruktion der bestehenden; nicht um die Zwangshomogenisierung der Individuen zu Nationen, sondern um ihre freie Assoziation zur staaten- und klassenlosen Weltgesellschaft.

5. Nie wieder Deutschland
Diese Eckpunkte einer neuen internationalistischen Bewegung wären für die deutsche Situation zu radikalisieren. Mit den Worten, Deutschland kombiniere »die zivilisierten Mängel der modernen Staatswelt ... mit den barbarischen Mängeln des ancien regime« resümierte Marx die Aufladung von kapitalistischer Rationalität mit völkischem Irrationalismus, die später den Nazismus ermöglichte und bis heute im Grundgesetz durch die Blutbildung der Staatsbürgerschaft (ius anguinis) fixiert ist. Daraus schlußfolgerte er: »Krieg den deutschen Zuständen! Allerdings! Sie stehen unter dem Niveau der Geschichte, sie sind unter alle Kritik, aber sie bleiben ein Gegenstand der Kritik, wie der Verbrecher, der unter dem Niveau der Humanität steht, ein Gegenstand des Scharfrichters bleibt. Mit ihnen im Kampf ist die Kritik keine Leidenschaft. Sie ist kein anatomisches Messer, sie ist eine Waffe. Ihr Gegenstand ist ihr Feind, den sie nicht widerlegen, sondern vernichten will.«

6. Die Deutschen zu Menschen revolutionieren
Wie eine Strategie gegen den Rassismus nach Mölln und Solingen liest sich Marx' Appell: »Es handelt sich darum, den Deutschen keinen Augenblick der Selbsttäuschung und Resignation zu gönnen. Man muß den wirklichen Druck noch drückender machen, indem man ihm das Bewußtsein des Drucks hinzufügt, die Schmach noch schmachvoller, indem man sie publiziert. (...) Man muß diese versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen bringen, daß man ihnen ihre eigene Melodie vorsingt! Man muß das Volk vor sich selbst erschrecken lehren, um ihm Courage zu machen.« Dies erfordere allerdings den völligen Umsturz der Gesellschft:« Nicht die radikale Revolution ist utopischer Truam für Deutschalnd, nicht die allgemein menschliche Emanzipation, sondern vielmehr die teilweise, die nur politische Revolution, die Revolution, welche die Pfeiler des Hauses stehen läßt. (...) in Deutschland kann keine Art der Knechtschaft gebrochen werden, ohne jede Art der Knechtschaft zu brechen. Man muß kein Marxist sein, um die Evidenz und Aktualität dieser Sätze zu erkennen.

Reinhart Kößler/Tilman Schiel
Verstaatlichung nationaler Befreiungsbewegungen

Eine der einschneidendsten Ent-täuschungen der 1980er Jahre dürfte die Entmystifizierung der gesellschaftlichen Entwicklungsperspektiven sein, die der militärisch-politischen Erfolg nationaler Befreiungsbewegungen in kolonialen und postkolonialen Gesellschaften scheinbar eröffnet hatte. »Befreiung« enthielt zunächst das Versprechen der Erringung nationaler Identität. Mit dem Erreichen der Staatlichkeit verband sich die offiziell sanktionierte Aufnahme als gleichwertiges Mitglied in die internationale Gemeinschaft der staatlich organisierten Völker. Darüberhinaus aber schien das Programm der Befreiung die Perspektive einer fundamentalen Veränderung gesellschaftlicher Strukturen, wenigstens soweit sie direkt als Ergebnisse kolonialer Herrschaft und extern bestimmter Inwertsetzung der kolonisierten Länder erkennbar waren. Hier schienen die Gesellschaften, die einen erfolgreichen nationalen Befreiungskrieg durchgemacht hatten, Mitte der 1970er und Anfang der 1980er Jahre Chancen zu besitzen, Fehlentwicklungen zu vermeiden, die nach anderthalb Entwicklungsdekaden in anderen postkolonialen Gesellschaften auf der Hand lagen. Hier war die Unabhängigkeit kein »Geschenk« der abziehenden Kolonialherren gewesen, sondern Ergebnis einer intensiven gesellschaftlichen Auseinandersetzung sowohl zwischen den Kolonialisten und den Kolonisierten, als auch innerhalb der Kolonialgesellschaft selbst (vgl. Decke 1981, S. 95-125). So war die Hoffnung nicht unbegründet, der Machtwechsel werde mehr bedeuten als den bloßen Wechsel in der Hautfarbe der Herrschaftsgruppe. Das schien durch die konkreten Prozesse, in deren Verlauf die Unabhängigkeit errungen worden war, weitgehend ausgeschlossen. In anderen Fällen hatte der nationale Befreiungskampf gerade die Vertreibung solcher »Kompradoren«, der Thieus und Somozas also, zum Inhalt gehabt.

Die allgemeine Hoffnung, aus den Erfahrungen anderer postkolonialer Gesellschaften Lehren ziehen zu können und gute Voraussetzungen für deren Nutzanwendung zu haben, verband sich mit zwei spezifischen Perspektiven, die jedenfalls sympathisierende Beobachter und Kooperanten beflügelten: Der militärische Kampf, der als wesentliche Komponente des Befreiungsprozesses verstanden wurde, schien zusammen mit den scharfen innergesellschaftlichen Konfrontationen die Gewähr zu bieten, daß die »Befreiungsbewegungen an der Macht« wirklich in der Lage sein würden, die nationalen Ressourcen zu kontrollieren. Das schien die reale Chance zu eröffnen, das aus den Schlußfolgerungen der Dependenztheorie abgeleitete Postulat selektiver Abkoppelung vom kapitalistischen Weltmarkt und den durch ihn vermittelten Handlungszwängen zu verwirklichen und so eine »selbstbestimmte Entwicklung« einzuleiten.

In welchem Maß der militärische Charakter des Befreiungskampfes mit der Radikalität des durch ihn bewirkten Umbruchs häufig gleichgesetzt wurde, zeigt das verbreitete Mißtrauen, mit dem Teile der internationalen Linken der auf parlamentarischem Weg an die Regierung gekommenen chilenischen Unidad Popular begegneten. Ein Korrelat, wenn auch nicht notwendige Folge davon war die Option für die Zusammenarbeit mit dem den alten Kolonialmächten entgegengesetzten weltpolitischen Machtzentrum, dem von der Sowjetunion beherrschten Block. Diese in unterschiedlichem Maß realisierte Tendenz verstärkte noch den durch die Rhetorik des Befreiungskampfes und die zumeist erheblich überschätzte Unterstützung der Befreiungsbewegungen durch die Sowjetunion und ihre Verbündeten hervorgerufenen Eindruck, hier gehe es um die Verwirklichung »sozialistischer« Ziele. Diese von außen herangetragene, aber auch durch die Selbstinterpretation der Befreiungsorganisationen geförderte Sichtweise ignorierte vor allem die Konsequenzen der Konstituierung der Befreiungsorganisationen zu Trägern von Staaten angesichts des von ihr im Prinzip geteilten und akzeptierten modernistischen Impulses, der nun in einer spezifischen historischen Situation noch eine Zupsitzung erfuhr (vgl. Kößler 1990, S. 17ff). Hier aber liegt der Schlüssel, die Erfahrungen der letzten anderthalb Jahrzehnte jenseits von analytisch leeren Kategorien des Verrats oder der Usurpation zu verstehen.

Die entscheidende Bedeutung des Modernisierungsimpulses erklärt insbesondere die häufig verwirrende Kombination zwischen sozialistischer und in jüngeren Beispielen zwischen leninistischer Rhetorik und der Realität postkolonialer staatlicher Praxis. Solche Argumente haben einen Großteil der Debatte geprägt, wo es nicht zum apologetischen Rückgriff auf die »Sachzwänge« kam, sei es, daß diese unmittelbar vom Weltmarkt ausgingen oder vermittelt waren durch Destabilisierungsbemühungen zumal Südafrikas gegenüber Angola und Moçambique und der USA gegenüber dem sandinistischen Nicaragua. Die schwerwiegenden Auswirkungen der skrupellosen Destabilisierungspolitik der 1980er Jahre oder der Isolation Vietnams nach 1975 sind unzweifelhaft. Der Verweis darauf erklärt aber kaum den Erfolg solcher Strategien und vor allem die Passivität gerade der ländlichen Bevölkerung ihnen gegenüber. Erst recht bleibt unklar, welche Ansatzpunkte die Strategie der Destabilisierung in der Politik der Befreiungsbewegungen an der Macht fand (vgl. z.B. Campbell 1985). Auch hier hilft die Frage nach den Formen und den Folgen staatlicher Modernisierungsstrategien weiter.

Antikoloniale Mobilisierung zur Gegen-Gesellschaft?

Mitte der 1950er Jahre erfuhren nationale Befreiungsbewegungen mit der Entwicklung des algerischen Befreiungskampfes, bald auch mit der Entstehung einer militärisch agierenden Widerstandsbewegung im Süden Vietnams international einen neuen Aufschwung. Die Perspektive, nationale Unabhängigkeit mit sozialer Emanzipation zu verknüpfen, wurde neben der VR China besonders durch die ersten unabhängigen Staaten im Afrika südlich der Sahara - Ghana unter Kwame Nkrumah und Guinea - unter Sekou Touré repräsentiert. Dennoch war das postkoloniale Dilemma, daß mit der formalen Unabhängigkeit wenig mehr zu geschehen schien, als der Austausch von Herrschaftsgruppen, bereits erkennbar. Dem so gesehen sehr milden »Wind der Veränderung«, den der damalige britische Premier Macmillan mit der schlagartigen Entkolonialisierung des größten Teils des Kontinents 1960 über Afrika wahrzunehmen glaubte und der zuvor schon andere ehemalige Kolonialländer erfaßt hatte, standen unmittelbar konträre Erfahrungen gegenüber: Der algerische Befreiungskampf belegte in den Augen seines Teilnehmers Frantz Fanon, daß die Überwindung der durch den Kolonialismus angerichteten Zerstörungen einen komplizierten Prozeß erforderte, in dem gesellschaftliche Veränderungen mit der Rekonstruktion eigenständiger Persönlichkeitsstrukturen und der Wiedergewinnung kultureller Autonomie ineinandergreifen müßten (vgl. Fanon 1967, S. 251f). Seit 1959 belegte in anderer Form die Dynamik der cubanischen Revolution den engen Zusammenhang, der zwischen wirklicher nationaler Unabhängigkeit, sozialer Umwälzung und der Schaffung eines »neuen Menschen« (Guevara 1968b, S. 41) zu bestehen schien.

Die folgenden nationalen Befreiungsbewegungen, die wie jene im Südlichen Afrika, aber auch in Indochina um 1960 in eine neue, verstärkt mit bewaffneten Kämpfen verbundene Phase eintraten, entwickelten sich vor diesem Erfahrungshintergrund. Vor allem wurden sie im Bezugsrahmen der Selbstinterpretationen verstanden, wie sie in erster Linie von Frantz Fanon und Che Guevara, später auch von Amilcar Cabral gegeben wurden. Die Hoffnung, der durch den »langdauernden Krieg« (Mao Zedong) wesentlich geprägte Unabhängigkeitskonflikt schaffe besondere Chancen zur Einlösung der Hoffnungen der Kolonisierten auf ein menschenwürdiges Leben, gründete sich zum einen auf die Radikalität und Militanz, mit welcher der antikoloniale Widerstand den Kolonisatoren entge-

gentrat, zum andern auf die allmähliche Konsolidierung »befreiter Gebiete«. In ihnen sollten sich wesentliche Strukturen der künftigen Gesellschaft herausbilden, noch während der Kampf um die staatliche Unabhängigkeit anhielt. Als wichtigstes Vorbild hierfür diente wohl die Erfahrung mit den ländlichen Räte- und Sondergebieten, von denen aus die KP Chinas nach ihrer säkularen Niederlage in den Städten 1927 während der 1930er und 1940er Jahre den Kampf gegen die Nationalregierung und vor allem gegen die japanischen Besatzer geführt hatte (vgl. z.B. Selden 1972). Vergleichbare Strukturen waren bis 1954 vom Vietminh in Indochina geschaffen worden. Auch das cubanische Konzept des Guerilla-Fokus ordnet sich trotz wichtiger Unterschiede hier ein (vgl. Guevara 1968a, S. 13).

In den befreiten Gebieten sollte sich das Gegenbild zur kolonialen Gesellschaft entfalten. Die Vorwegnahme einer besseren Gesellschaft galt zugleich als Moment der Mobilisierung im nationalen Maßstab. In der Perspektive sozialistischer Projekte und Experimente schien damit ferner ein altes Dilemma gelöst zu sein. Da die Arbeiterklasse im Kapitalismus nicht über Produktionsmittel verfügt, war es ihr auch verwehrt geblieben, ähnlich wie das Bürgertum im westlichen Europa im Rahmen der alten Gesellschaft produktive Strukturen aufzubauen, die dann durch eine Revolution oder auch durch evolutionäre Veränderungen in der Sphäre der Politik ergänzt werden konnten. Vielmehr schien die Verwirklichung sozialistischer Projekte abhängig zu sein von der vorgängigen Erringung der politischen Macht. Dies Problem schien nun durch die Möglichkeit eines vorübergehenden Rückzugs der Avantgarde gesellschaftlicher Veränderung auf ländliche Gebiete gelöst, da hier unter dem Schutz der militärischen Macht der Befreiungsarmee gesellschaftliche Gegenstrukturen aufgebaut werden konnten.

So knüpften sich an die Proklamierung befreiter Gebiete im Verlauf verschiedener nationaler Befreiungskämpfe große Hoffnungen, aber auch Wunschprojektionen. Etwas anderes ist die Wirklichkeit dieser befreiten Gebiete. Das betrifft sowohl die tatsächliche Kontrolle, welche Befreiungsbewegungen über die so bezeichneten Territorien erreichen konnten, als auch die Realität der dort in Szene gesetzten Veränderungen. Betrachten wir die nationalen Befreiungskämpfe, die während der letzten anderthalb Jahrzehnte zur Übernahme der Staatsmacht führten, so ist das Bild vom Aufbau einer Gegen-Gesellschaft in befreiten Gebieten schon auf der Grundlage allgemein bekannter Tatsachen zu relativieren: Die FNL und Truppen Nordvietnams kontrollierten während des Dritten Indochina-Kriegs große Teile Südvietnams sowie von Laos und Kambodscha, doch irgendwelche über die unmittelbaren Anforderungen von Kriegsführung und Überleben hinausgehenden »Aufbau«-Leistungen vereitelte schon der gnadenlose Luftkrieg. Unter den Befreiungsbewegungen in Afrika sticht Guiné-Bissau durch das langjährige Bestehen befreiter Gebiete auf einem Großteil des Territoriums geradezu hervor; hier gelang der Aufbau politischer Strukturen und der viel beachteten Volksläden (armazens do povo; vgl. Davidson 1969, S. 121ff), die nach der offiziellen Unabhängigkeit in ein System von Staatsläden überführt wurden (vgl. Rudebeck 1988, S. 207ff). Dagegen waren zum Zeitpunkt des Zusammenbruchs der portugiesischen Kolonialmacht in Angola die unter Kontrolle der Unabhängigkeits- und Befreiungsbewegungen stehenden Gebiete auf kleine Reste reduziert, und auch in Moçambique gab es nur in den nördlichen Grenzgebieten zu Tanzania Ansätze wirklicher Gegenstrukturen. Die Inselländer Kapverde sowie S~ao Tomé und Principe fallen aus diesem Raster heraus. Auch in der Folge, als 1979 die Sandinisten in Nicaragua sowie nationale Befreiungsbewegungen 1980 in Zimbabwe und 1990 in Namibia die Staatsmacht übernahmen, geschah dies keineswegs vor dem Hintergrund des Aufbaus selbstbestimmter Strukturen auf zuvor schon längere Zeit kontrollierten Teilen des nationalen Territoriums. Für etwas Vergleichbares stehen hier allenfalls Flüchtlingslager und andere Exil-Einrichtungen wie vor allem Bildungsinstitutionen. Hier trat aber die zuvor unterschätzte und verdrängte Problematik eines von der Befreiungsorganisation kontrollierten, jeder anderen Kontrolle entzogenen Bereichs 1989 mit den Enthüllungen über Inhaftierungen und Folterungen in Lagern der SWAPO in erschreckender Weise zutage (vgl. Helbig/Helbig 1990).

So liegt im Aufbau von Gegen-Strukturen eine tiefe Ambivalenz. Diese Strukturen sind ja nicht einfach Gegen-Gesellschaft, sondern wesentlich auch Gegen-Staat (s. schon Guevara 1968a, S. 13); die Legitimation für die Existenz, aber auch für das Handeln dieser quasi-staatlichen, gesellschaftlich kaum kontrollierbaren Instanzen geht zurück auf die Konfrontation mit dem bestehenden kolonialen oder postkolonialen Staat, dem eine äquivalente, der Tendenz nach kongruente Struktur entgegengesetzt wird. Dies freilich hat kaum mehr etwas zu tun mit Fanonscher Befreiungsemphase, die ja wesentlich in der Perspektive stand, die aus Konfrontation entstehende Reproduktion von Herrschaft und herrschaftsförmigem Verhalten im Prozeß des Befreiungskampfes zu durchbrechen und zu überwinden.

Der Aufbau einer Gegen-Gesellschaft, an deren Strukturen ein selbstbestimmter Neuaufbau nach der Abschüttelung des Kolonialjochs hätte ansetzen können, ist demnach ein Mythos. Das aber mindert nicht die gesellschaftliche Verankerung und Legitimität der Befreiungsbewegungen und der in ihnen wirkenden Organisationen. In Indochina belegt dies allein der immer wieder fortgeführte Widerstand gegen aufeinanderfolgende koloniale und neokoloniale Regime und externe Aggressionen. Daß die afrikanischen Befreiungsorganisationen tatsächlich über eine Massenbasis verfügten, zeigten die Mobilisierung vor allem in den vom Befreiungskrieg zuvor kaum berührten städtischen Zentren während entscheidender Phasen der Entkolonialisierungskonflikte in Angola und Moçambique, aber

Mythos „Gegengesellschaft"

etwa auch in Kapverde, ebenso wie später die Wahlen in Zimbabwe 1980 und Namibia 1989.

Es ist eine ganz andere Frage, ob mit dieser Massenbasis und der Erringung der Staatsgewalt reale Alternativen gesellschaftlicher Entwicklung verknüpft waren und ob diese Perspektiven dem Anspruch der »Befreiung« genügten. Die Erfahrungen der Befreiungsbewegungen an der Macht seit 1975 ebenso wie die älteren, zuweilen unter »sozialistische Entwicklungsländer« subsumierten Experimente in China, Nordkorea, Albanien und Cuba oder auch in Algerien, erst recht die Realität der unterschiedlichen Spielarten eines »afrikanischen Sozialismus« oder der Umwandlung von Militärdiktaturen in Regimes mit sozialistischen Ansprüchen, etwa in Äthiopien, sprechen deutlich gegen eine solche optimistische Sichtweise. Damit ist aber noch nichts über die Interpretation dieses Befunds ausgesagt.

Wir möchten dem im Rahmen einer umrißhaft vorliegenden Theorie postkolonialer Gesellschaften näherzukommen. Diese Theorie läßt sich ihrerseits in ein übergreifendes Konzept der »Moderne« als Gesellschaftsformation einordnen (vgl. Kap. 2); diese hat bisher neben postkolonialen Gesellschaften Ausdruck gefunden in Gesellschaften sowjetischen Typs sowie den industriekapitalistisch entwickelten Gesellschaften, welche den Gesamtzusammenhang dominieren. Der bestehende hierarchische Weltzusammenhang läßt sich so als Einheit denken, ohne in Gefahr zu geraten, dabei unversehens die real sehr unterschiedlichen gesellschaftlichen Beziehungen konzeptionell zu vereinheitlichen. Einige Dimensionen einer solchen Interpretation der Dynamik von Befreiungsbewegungen wollen wir nun skizzieren.

Von der Befreiungsorganisation zur repräsentativen Institution im neuen Nationalstaat.

Ziel nationaler Befreiungsbewegungen ist die staatliche Konstituierung der Nation. Dies galt offenbar auch da, wo sich solche Kämpfe wie in Vietnam, Nicaragua und vorher auch in China gegen einheimische Machthaber richten, die mehr oder weniger eindeutig als Kompradoren identifizierbar sind, also innergesellschaftliche Chancen der Ausbeutung und Aneignung mit spezifischen, Herrschaft vermittelnden Positionen im intersozietären Herrschaftsgefüge verknüpfen. Die scheinbar fast tautologische Zielbestimmung ruft bei genauerer Betrachtung eine Vielzahl komplexer, im je konkreten Fall auch deutlich divergierender Problemstellungen auf. Zunächst einmal existiert die »Nation« nicht vor Einsetzen der Unabhängigkeits- bzw. Befreiungsbewegung (vgl. z.B. No Sizwe 1979, S. 165-172). Diese muß ihr Subjekt gleichsam selbst konstituieren. Das nimmt in Gesellschaften, die auf relativ alte Traditionen der Staatenbildung zurückblicken können, sicher andere Formen an als da, wo das nationale Territorium und die in ihm lebenden Lokalgesellschaften erst durch koloniale Willkür zusammenkamen. Freilich sind auch »nationale« Tradition, auf die sich kommunistisch geführte Bewegungen wie der antijapanische Widerstand in China oder die nationalistische Bewegung in Vietnam beziehen konnten, zumindest in dem Sinn »erfundene« Traditionen (s. Hobsbawm/Ranger 1983), als es den historischen Vorbildern eben in keinem Fall um das spezifische Ziel eines national bestimmten Staates ging, der vor allen Dingen absolute und gleichmäßige Kontrolle über ein völkerrechtlich abgegrenztes Territorium ausübte. Die vorhandenen Widerstandstraditionen bezogen sich vor allem auf Mehrheitsnationen in einem ethnisch-national uneinheitlichen staatlichen Verband oder auf die Abgrenzung von dieser Mehrheit. Diese Traditionen erleichterten gewiß die frühzeitige Herausbildung einer staatlichen Struktur (vgl. Kößler 1982, Kap. 3). Sie trugen aber nichts zu dem durchgängigen Problem der Kontrolle des Gesamtterritoriums bei, dessen Grenzen übrigens auch hier Ergebnis der Entscheidungen europäischer Kolonialmächte sind. Damit war in jedem Fall ein vielschichtiger Nationalitätenkonflikt angelegt, soweit die Minderheiten nicht bereit sind, sich der durchgreifenden Kontrolle und strukturellen Hegemonie der Mehrheitsnation zu beugen.

Die meisten nationalen Befreiungsbewegungen verfügen im Gegensatz zu China und Vietnam über keinerlei historischen Bezugspunkte zur Konstruktion von Tradition. Der nationale Zusammenhang war hier zunächst ausschließlich als Herrschaftszusammenhang gegeben, gegen den sich der antikoloniale Widerstand gerade richtete. Noch in ganz anderem Sinne als in Ost- und Südostasien schien etwa in den ehemaligen portugiesischen Kolonien in Afrika die Selbstkonstituierung der »Nation« verknüpft mit der Entfaltung gesellschaftlicher Kämpfe, die sich gegen die Grundlagen des bisherigen, von außen oktroyierten territorialen Zusammenhangs richteten. Das Bild der Nation als vorgestellter Gemeinschaft konnte so keinen Anhaltspunkt in der Vergangenheit, kein »altes Material« (Hobsbawm) finden. Solche Bezugspunkte mußten neben der Realität der aktuellen, militant und militärisch geführten Auseinandersetzung in Zukunftsprojektionen gesucht werden. Die wichtigste dieser Zukunftsperspektiven bestand wenigstens dort, wo der Befreiungskampf mit dem Entkolonisierungskonflikt zusammenfiel, in der Konstituierung der Befreiungsbewegung als Staat und dem damit verbundenen Eintritt in die internationale Gemeinschaft von Staaten als zumindest formell gleichberechtigtes Mitglied.

Dieser Vorgang erfaßte nun nicht »die Nation« als ununterscheidbares Ganzes. Amilcar Cabral hat frühzeitig betont, daß mit der Überwindung der Kolonialsituation eine Rückkehr in die Geschichte in dem Sinne verbunden sei, daß während des antikolonialen Widerstands suspendierte gesellschaftliche Gegensätze jetzt neu aufbrechen (vgl. 1983, S. 121ff). Das zeigte sich zu allererst in der Aktualisierung des Gegensatzes zwischen der Befreiungsbewegung, die ja zumindest in Cabrals sicherlich über-

höhter Sicht die Gesamtheit der Kolonisierten ausgemacht hatte, und den Organisationen, die aus dieser Bewegung hervorgegangen sind und sie repräsentiert haben. Die Befreiungsorganisationen und besonders ihre führenden Kader wurden mit der Übernahme der Staatsmacht zu repräsentativen Institutionen einer Nation, die nach wie vor außerhalb dieser aus dem Befreiungskampf hervorgegangenen Strukturen und den Resten des kolonialen Verwaltungsapparats nur sehr begrenzte Realität besaß. Chancen eines Verzichts auf staatliche Strukturen und deren Festigung wurden offensichtlich auch da nicht reflektiert, wo wie im Falle von Guiné-Bissau die Einbeziehung vorstaatlicher Gesellschaften in die antikoloniale Widerstandsbewegung dafür hätte Anstoß sein können (vgl. Sigrist 1982).

Modernisierung und Legitimität

Die Legitimität der neuen Regimes war ferner mit einem emphatisch formulierten Modernisierungs-Projekt verknüpft. Die Gründe dafür sind vielschichtig. Nicht zuletzt dürfte hierzu die »sozialistische« Programmatik der meisten Befreiungsbewegungen an der Macht beigetragen haben. Das dieser Programmatik zugrundeliegende Sozialismus-Konzept orientierte sich weitgehend am sowjetischen Modell einer nachholenden Industrialisierung, wobei die Entwicklung der Schwerindustrie besonders forciert und eine industrielle, großbetriebliche Landwirtschaft als wesentliches Moment fortschrittlicher Veränderung begriffen wurde. Solche Vorstellungen kamen deutlich zum Ausdruck in dem Anfang der 1980er konzipierten Plan der FRELIMO, innerhalb von zehn Jahren die Unterentwicklung zu liquidieren, oder auch in den Versuchen zur Industrialisierung der Landwirtschaft in Vietnam (vgl. Kößler 1990, S. 20ff; Nguyen 1982). Etwas anders stellt sich die industrialistische Emphase in einem kleinen Land wie Guiné-Bissau dar, wo ohne direkten sozialistischen Anspruch Industrieanlagen dennoch eher als Symbole und Garanten von Fortschritt denn als sinnvolle Momente zur Ergänzung der nationalen oder gar regionalen Produktionsstruktur entwickelt wurden. Der modernistische Charakter der postkolonialen Strategie läßt sich hier konkret an der weitgehenden Übernahme von Entwicklungsplänen der portugiesischen Kolonialmacht festmachen (vgl. Schiefer 1982; 1986, bes. S. 204-209).

Auch da, wo ein jahrzehntelanger, vorwiegend in ländlichen Gebieten geführter Befreiungskampf gute Voraussetzungen für eine intensive Beziehung zwischen den Organisationen der Befreiungsbewegung und Kleinbauern als den wichtigsten landwirtschaftlichen Produzenten geschaffen hatte, setzten die staatlichen Zentralen nun auf die Entwicklung industrieller Großprojekte, die oft auf Kosten der Landwirtschaft gingen, sowie auf großbetriebliche Organisationsformen im Agrarbereich selbst (vgl. Adam 1988). Ungeachtet gelegentlicher Kritik, wie sie vor allem von Mao Zedong (bes. 1975) formuliert wurde, orientierte sich diese Grundkonzeption deutlich an dem in der Sowjetunion unter Stalin begründeten Entwicklungsmodell. Erst nachträglich kam es seit Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre in so unterschiedlichen Fällen wie China, Vietnam oder Moçambique zu Ansätzen zur Korrektur dieser industrialistischen, einseitig auf Großbetriebe setzenden Strategie und zur Revision der mit durch sie bedingten Fehlentwicklungen.

Dort, wo sich bei der Entwicklung solcher Konzeptionen Diskontinuitäten zur Phase des Befreiungskampfes zeigen, lassen diese sich teilweise aus dem grundlegenden Unterschied zwischen einer allenfalls von einem Teil des nationalen Territoriums aus operierenden Widerstandsbewegung und der vollzogenen Übernahme der Staatsmacht erklären. Jetzt geht es nicht mehr um das Überleben eines besonderen soziopolitischen und ökonomischen Zusammenhangs, der zugleich Vorbildfunktion für die erst intendierte Nation beansprucht, sondern vielmehr um die Nutzung der nationalen Ressourcen einer offiziell konstituierten Nation zur Überwindung der Unterentwicklung. Unabhängig von der eingeschlagenen konkreten Strategie, etwa eines »assoziativen« oder »dissoziativen« Verhältnisses gegenüber dem Weltmarkt, steht diese Zielsetzung vor dem Dilemma, sich auf einen von vornherein hierarchisch strukturierten Globalzusammenhang in der Weise letztlich positiv zu beziehen, daß der Endpunkt der angestrebten Entwicklung weithin identisch erscheint mit den Produktions- und vor allem den Konsumtionsformen, die jeweils in den am Weltmarkt dominierenden industriekapitalistisch entwickelten Ländern gerade gültig sind.

Ökonomisch fußt der Legitimitätsanspruch des postkolonialen, zumal des durch gesellschaftliche Massenkämpfe zustandegekommenen Staates wesentlich auf dem Versprechen der Überwindung der Unterentwicklung in diesem Sinne. Dies gilt für ein breites Spektrum von Regimen, die »Entwicklung« gleichsam als Gegenleistung für den Verzicht auf Demokratie und Partizipation versprechen (vgl. Shivji 1985, S. 53). Die bisherige Erfahrung weist dies zugleich als Legitimationsdilemma aus. Daß dies zunehmend materiell wirksame Einsicht wird, unterstreichen die demokratischen, politische Mitsprache fordernden Bewegungen in vielen postkolonialen Gesellschaften. Damit ist freilich noch wenig gesagt über die solchen Bewegungen ebenfalls zugeschriebene Einsicht in die Unmöglichkeit, es dem Westen in der Wirtschaft und im Konsum gleichzutun, oder über ihre Bereitschaft, Vorstellungen von der Stärke der »Armut« oder Forderungen nach »Selbstbegrenzung« zu akzeptieren. Das ist zumindest für die Städte eher zu bezweifeln. Andererseits dürfte gerade in der Frage nach glaubhaften ökonomischen Alternativstrategien wenigstens mittelfristig eine wesentliche Konsequenz aus dem Zusammenbruch des sowjetischen Modells liegen, das noch Mitte der 1970er Jahre als ernstzunehmende Alternative zur Erreichung wenn nicht fordistischer Konsumformen, so doch kohärenter Industriestrukturen gesehen wurde.

Nationale Einheit als Mittel und als Ziel.

Die Demokratie-Bewegungen unterstreichen gerade die Bedeutung der ökonomischen Legitimitätsebene für postkoloniale Regime und für Befreiungsbewegungen an der Macht im Besonderen. Mit den Zwängen, die eine Strategie zur schnellen Überwindung von Unterentwicklung und damit auch von Armut implizierte, ließen sich politische Restriktionen ehestens rechtfertigen. Solche Strategien erforderten zugleich die möglichst konsequente Nutzung aller verfügbaren Ressourcen. Sie verstärkten damit eine allgemeine Tendenz des modernen Staates, das entschiedene Streben nach umfassender und gleichmäßiger Kontrolle des »nationalen« Territoriums. Das bedeutet mehr als die Übernahme staatlicher Funktionen im nationalen wie im internationalen Rahmen und die internationale Legitimität des Regimes, die sich eben daraus ergibt. Die oft beschworene »Einheit der Nation« wird zur häufig genug fiktiven Grundlage staatlichen Handelns, aber auch zu einem seiner vitalsten Ziele, zu dessen Durchsetzung auch staatliche Gewaltmittel eingesetzt werden. Das gilt u.a. da, wo kleinbäuerliche Lokalgesellschaften aktiv zum Erfolg des Befreiungskampfes beigetragen haben aber nun gehindert werden sollen, ihre Zielsetzung einzulösen, die gerade nicht in der Einheit der Nation besteht, sondern im Rückzug auf die eigenen sozioökonomischen und kulturellen Zusammenhänge und in der Abwehr von Intervention. Wie wir noch zeigen wollen, schließen an diesen Zusammenhang Prozesse der Neukonstituierung von Herrschaft unmittelbar an.

Das Ziel der nationalen Einheit hat mit der Staatswerdung einen völlig neuen Inhalt bekommen. Es geht nicht mehr um die Zusammenfassung möglichst vieler Kräfte zum Kampf gegen einen zunächst übermächtig scheinenden Gegner, sondern um den Aufbau staatlicher Strukturen, welche diese Einheit repräsentieren und garantieren, nicht zuletzt auch durch die Kontrolle des nationalen Territoriums. Die wichtigste Institution, die hierzu nach erfolgreichen Befreiungskämpfen in der Lage war, war die dominierende Organisation der Befreiungsbewegung. In ihrer Stärkung liegt das Motiv zur Umformung von »Fronten« und »Bewegungen« in »Parteien«, zusätzlich verbunden mit dem offiziellen Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus als der scheinbar effektivsten Alternative zu »kapitalistischer« Entwicklung.

Die tranformierten Befreiungsorganisationen besitzen damit in aller Regel ein Monopol oder Quasi-Monopol bei der Repräsentation der »Nation«. Daraus folgt die auch unter Einsatz staatlicher Gewalt verteidigte Monopolisierung politischer Macht. Da mit dem politischen Monopol aber staatlich vermittelte Appropriationschancen verbunden sind, ergibt sich neben den eher politisch-ideologischen Aspekten eine Ebene handfester Interessen und damit auch ein Streben, diese zu verteidigen.

Neuer Nationalismus und Primat der Politik.

Der neue Nationalismus litt also an einem veritablen »Geburtsfehler«; er war gewissermaßen eine Kopfgeburt. Ein kurzer Vergleich mit (West-)Europa zeigt dies (s. hierzu Braun 1995, Kap. II, IV.5): Dort war die Nation, als Selbstverständnis einer in spezifischer Weise staatlich verfaßten, nämlich der bürgerlichen Gesellschaft, das Resultat eines jahrhundertelangen kumulativen Prozesses. In diesem Prozeß hatten sich mehrere grundlegende Charakteristika in Wirtschaft und Gesellschaft entwickelt, die der Vorstellung von Nation als Super-Gemeinschaft Glaubwürdigkeit und damit der zugrundeliegenden Gesellschaft klassenübergreifende Kohärenz verliehen.
Obwohl diese Strukturen nicht gleichzeitig auftauchten und sich in verschiedenen Nationalstaaten in recht unterschiedlicher Intensität durchsetzten, entwickelten sich diese Elemente, namentlich die Elemente einer bürgerlichen Repräsentativ-Demokratie, der Rechtssicherheit und -gleichheit und des Wohlfahrtsstaates, in synergetischer Wechselwirkung miteinander. Sie schufen eine substantielle Grundlage, die der Parole von »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit« Überzeugungskraft verlieh. Eben diese Voraussetzungen bzw. substanziellen Bedingungen fehlten den postkolonialen Nationalstaaten: Sie mußten ja die Erbschaft des Kolonialstaates antreten, der durch seine Funktion als Appendix und Gegenstück des »Mutterlands« von vornherein einer konträren Entwicklung unterworfen war (vgl. Schiel 1989).

Oben wurde schon auf die Problematik verwiesen, daß eigenständige sozio-ökonomische Strukturen vor der Befreiung nicht aufgebaut werden konnten oder sich höchstens in rudimentärer Form entwickelten. Ansätze dazu, etwa in befreiten Gebieten, standen unter dem Vorzeichen der puren Notwendigkeit, des nackten Überlebenskampfes. Da auch nur ansatzweise geeignete sozio-ökonomische Strukturen kaum vorhanden waren, entwickelte die politische Zielsetzung einschließlich der politischen Ideologie ein Eigenleben und erhielt zugleich ein signifikantes Über-Gewicht, da ja die Idee »Nation« hier keinerlei Substanz im angegebenen Sinn besaß.

Auch deshalb fixierten sich Versuche zur Lösung der komplexen Probleme ganz auf das Ziel der formell-juristischen Unabhängigkeit und internationalen Anerkennung als eigenständige Nation. Dies sollte der Schlüssel sein, der das Tor öffnete zur Realisierung von »Entwicklung«, die hier verständlich wird als Kurzform des materiellen Substrats, auf dem charakteristisch der westeuropäische Nationalstaat aufbaute; diese Hoffnung negierte freilich den wesentlichen Umstand, daß dieser Prozeß in den westlich-kapitalistischen Gesellschaften systematisch auch mit den expansionistischen Tendenzen des imperialistischen Nationalstaats verbunden war. Unter dem politischen Vorzeichen der anti-kolo-

nialen, anti-bürgerlichen Revolution glaubte man jedoch, die Charakteristika einer Super-Gemeinschaft auch ohne imperiale Begleiterscheinungen erreichen zu können, wenn auch gerade nationalistische und »sozialistische« Regimes deutliche, freilich meist verlustreiche Expansionstendenzen an den Tag legten, etwa Indonesien gegenüber West-Irian und Ost-Timor, Vietnam gegenüber Kampuchea, Äthiopien gegenüber Erithrea. Die substanziellen Elemente der Super-Gemeinschaft bildeten also das Fernziel einer politischen Entwicklung und nicht, wie in Europa, die Grundbedingung, die einer politischen Revolution nur bedurfte, um die letzten Fesseln zu sprengen. Die Situation der Befreiungsbewegungen und erst recht der Organisationen, die aus ihnen hervorgingen und den Befreiungskampf leiteten, war daher in besonderer Weise von einem Primat der Politik gekennzeichnet.

Es wäre trotz des Anscheins, den auch die vorstehende Begründung erwecken mag, kurzschlüssig, diese Betonung, ja Verabsolutierung der Politik als voluntaristisch zu bezeichnen. Eine solche Interpretation würde das spezifische, durch die Kolonialsituation geschaffene Dilemma verkennen, das sich artikuliert in Entkolonialisierungskonflikten und Befreiungskämpfen ebenso wie in postkolonialen Entwicklungsstrategien, das vor allem aber diese postkolonialen Strategien und die nach der Beendigung kolonialer Herrschaft entstehenden staatlichen Strukturen entscheidend mit bestimmt.

Damit erscheinen auch Maßnahmen der Verstaatlichung großer Teile der Wirtschaft in einem anderen Licht: Es handelt sich nicht um Sozialisierung, und die verstaatlichten Ressourcen werden ja keineswegs als Volkseigentum behandelt. Vielmehr dient diese »Repropriierung des Staates« (Goldscheid 1976) dem einfachen Zweck, der politischen Fiktion »Nation als Super-Gemeinschaft« materielle Substanz und damit mehr Glaubwürdigkeit zu geben. Diese also buchstäbliche Nationalisierung insbesondere des »modernen Sektors« hat auch noch einen zusätzlichen wichtigen Aspekt. Die Konstituierung eines eigenen National-Staates bedeutet für sich betrachtet schon den Eintritt in die Moderne als anerkannter kollektiver Akteur. Nation wird mit Moderne identifiziert, sie ist fortschrittlich, während subnationale Eigenständigkeit als Eigensinn, als rückständig (»Tribalismus«) gesehen wird.

Die sich konstituierende Nation eignet sich daher gerade den »modernen Sektor« als Motor des Fortschritts an. Er dient zugleich als leichter handhabbares Kontrollinstrument gegenüber dem »traditionellen« Sektor, den es zu »modernisieren« gilt: Damit ist hier die Entmachtung des subnationalen Eigensinns gemeint: Lokale, »tribale« Zusammenhänge hatten sich zumal in nationalen Befreiungskämpfen neu artikuliert; die zum Nationalstaat transformierte Befreiungsbewegung sieht sich schon aus Gründen der Kontrolle des nationalen Territoriums und seiner Ressourcen aufgerufen, sie ihrer nationalen Herrschaft zu unterwerfen. Nationalisierung ist so auch Aneignung der (ehemals gegnerischen) Moderne und Fort-Schritt aus der (unverschuldeten) Rückständigkeit. Wer dies Fort-Schreiten verweigert, erscheint automatisch als reaktionär, der kolonialistischen Spaltungsidee verhaftet usw. Freilich ist hier die Alternative zum Vorbild der westlichen Moderne, die Frantz Fanon einst in nationalen Befreiungsbewegungen erblickt hatte, aus dem Gesichtsfeld verbannt.

Diese weniger ökonomisch denn politisch begründete Nationalisierung verfolgte demnach einen doppelten Zweck. Sie zielte auf konkrete Aneignung der Moderne, Versicherung des Fortschritts und war zugleich gedacht als Substantiierung der »Nation«. Diese wäre ja aufgrund ihrer Kopfgeburt sonst nur abstrakt, abstrakte Moderne und abstrakte Super-Gemeinschaft geblieben. Sie existiert ohne Substanz nur als Pathos, als Beschwörung des Super-Organismus des »Volksganzen«, dem alle Teile sich einzuordnen haben. Erst die postkoloniale Appropriation ökonomischer Vermögungswerte durch die Nation verleiht dieser also so etwas wie eine materielle Existenz. Die politische Unabhängigkeit als Voraussetzung der Nationwerdung nimmt daher chiliastische Züge an: Sie bedeutet den grundlegenden Fortschritt, nationale Erneuerung. Sie schafft daher auch die neue Gesellschaft, den neuen Menschen, das neue Zeitalter. Die nationale Tradition als erfundene, etwa als Überhöhung des Befreiungskampfs, als Neuaneignung und damit Uminterpretation vorkolonialer Traditionen, ist immer prekär; damit kommt dem grundsätzlich Neuen umso größere Bedeutung zu.

Das »schlechte Alte«, chiffriert als Traditionalismus, Partikularismus, Stammesdenken, erscheint demgegenüber als Ballast, der die volle Verwirklichung des Fortschritts behindert. Dieser Ballast wurde am deutlichsten sichtbar in der Persistenz von Armut. Der Kampf gegen die Erscheinungsformen von Armut ist daher nicht einfach materiell zu sehen, er ist zugleich Kampf gegen Rückständigkeit, gegen das koloniale Erbe, aber eben auch gegen Widerständiges, das den zentral- und nationalstaatlich definierten Fortschritt behindert. Kampf gegen die Armut erscheint als Kampf für die neue Gesellschaft, als Verlängerung des anti-kolonialen, zumal des bewaffneten Befreiungskampfes mit seiner Ethik der Unterordnung, der Disziplin, der Bescheidenheit in die postkoloniale Epoche hinein. Der Umstand, daß die Substantiierung der Nation durch Verstaatlichung das Telos der neuen Gesellschaft ohne Armut nicht erreicht wird, läßt in diesem verlängerten Berfreiungskrieg das Pathos wieder in den Vordergrund treten. Die doppelte Schwäche einer materiellen Basis, die nicht in der Lage ist, ein Minimum an materieller Wohlfahrt zu gewährleisten, und der mit Glaubwürdigkeitsdefiziten behafteten »nationalen Tradition« (die ja meist weder auf einer erhabenen Geschichte noch auf einer Mono-Kultur aufbaut), macht es notwendig, den Super-Organismus Nation als instistierende Behauptung zu beschwören. Dieser pathetisch beschworene Super-Organismus Nation duldet weder Fremdkörper (z.B. »bourgeoise Elemente«), noch Auswüchse, noch Abweichungen (und schon gar nicht »Spaltungstendenzen«). Dieser organologisch »begründete« Nationalismus ist daher unvermeidlich

autoritär, weil er Zweifel gar nicht erst aufkommen lassen darf. Die Persistenz der Armut läßt ja wieder die nackte Notwendigkeit (die aristotelische anangké), und damit der klassischen oiko-nomía zufolge despotische Herrschaft in den Vordergrund treten (vgl. dazu Kap. 3). Diese ist weiterhin noch stark nicht-ökonomisch überfrachtet durch den Primat der Politik bzw. ganz besonders durch die Notwendigkeit, die Schwäche der Kohärenzkräfte auszugleichen.

Mit dem Primat der Politik gewinnt der Staat das Übergewicht über die soziale(n) Bewegung(en). Die Befreiungsorganisationen, ursprünglich gedacht als Ausdruck und Rückgrat dieser sozialen Bewegungen, transformieren sich in Momente des Staatsapparats, gehen auf in der Administration des neuen Nationalstaats. Sie ordnen sich im Rahmen dieser autoritären Beschwörung der Nation und der Organisation des verlängerten Befreiungskampfes gegen die Armut, als wesentliches Moment ein in einen rigiden Disziplinierungsapparat. Neben — bzw. eben gerade als Werkzeug — dieser (ehemaligen) Befreiungsorganisation dient nun die nationale Wirtschaft als Disziplinierungsinstrumentarium: Vom Staat beherrschte Großstrukturen in der Kontrolle von Mitgliedern der Befreiungsorganisationen erlauben eine Reglementierung der Produzenten sowie indirekt auch der Konsumenten. Dieser Wunsch nach staatlicher Kontrolle zur Disziplinierung der Massen im verlängerten Befreiungskampf muß sich auch gegen die Selbstorganisation kleiner bäuerlicher und handwerklicher Produzenten wenden. Der Primat der Politik als treibender Faktor wird dabei verschleiert durch den Verweis auf Rückständigkeit, auch wenn dies in Wahrheit höchst zweifelhaft ist, wie das Beispiel des hier häufig genannten Schwendbaus in Südostasien schlaglichtartig zeigt (s. Schiel 1990).

Dem Streben nach Kontrolle über die kleinen Produzenten entspricht auch die Anstrengung, das gesamte nationale Territorium der herrschaftlichen Kontrolle der Zentralregierung zu unterwerfen. Damit sollen alle verfügbaren Ressourcen effektiv für den Kampf der Nation gegen Armut und Rückständigkeit mobilisiert werden. Hier wird die koloniale Hypothek mit willkürlichen kolonial bestimmten Grenzen ganz deutlich spürbar: Diese Territorien konnten nur durch den kolonialen Despotismus zusammengehalten werden. Das trägt zusätzlich zur autoritären Tendenz postkolonialer Regimes bei. Wo diese aus Befreiungsbewegungen hervorgingen, konnten sie sich lediglich auf die von ihnen geführten Befreiungsorganisationen als wenigstens rudimentäres, im strengen Sinn nationales, umfassendes Netzwerk stützen. Die Alternative des unmittelbaren Rückgriffs auf kolonial- bzw. siedlerstaatliche Strukturen kann, wie das Beispiel Zimbabwes nach 1980 zeigt, zwar ökonomische Brüche, nicht aber despotische Herrschaftsstrukturen vermeiden helfen. Generell kommt es so im Namen des Kampfes gegen die koloniale Hypothek, nämlich gegen Rückständigkeit und Armut, zur Suspendierung des Versprechens der Freiheit durch die verstaatlichten Befreiungsorganisationen.

Das kostet einen Preis: Die Befreiungsorganisation sieht auch den Staat zunehmend als ihren Staat. Staat und Befreiungsorganisation verschmelzen bis zur Identität, symbolisiert in der Bestimmung der bis 1990 gültigen Verfassung von Moçambique, die den Präsidenten der FRELIMO zugleich zum Staatspräsidenten erklärte. Dies ist auch folgenreich für die Wirtschaft: Die »nationalisierten« Betriebe werden zum materiellen Rückhalt der verstaatlichten Befreiungsbewegung. Sollte die nationalisierte Wirtschaft einerseits dem Pathos Nation greifbarere Substanz geben, so wird sie nun andererseits zur konkreten Basis für eine bestimmte Gruppe, die sich mit dem Staat identifiziert, weil ihr eine monopolartige Rolle zur Verwaltung dieses Staates nolens volens zuwuchs. Diese monopolisierte Beherrschung der Staatsapparate durch eine nicht per se als Klasse charakterisierte »strategische Gruppe« (vgl. Evers/Schiel 1988) macht die Schwierigkeit ihrer Charakterisierung aus.

Einerseits sind wir aufgrund der spezifischen Bedingungen bürgerlicher Herrschaft nicht gewohnt, den Verwaltungsapparat als Klasse zu verstehen: Die Bürokratie ist ja im entwickelt bürgerlichen Staat eine klassenüberschneidende soziale Kategorie, ohne Teilhabeidentität mit einer bestimmten Klasse
(vgl. Poulantzas 1973, S. 40f). Andererseits dient der postkoloniale Staat, vermittelt über die nationalisierte Wirtschaft durchaus u.a. Mitgliedern der Befreiungsorganisation an der Macht direkt als Appropriationsbasis.

Einerseits ist die verstaatlichte Befreiungsorganisation also Nicht-Klasse, weil eben mit dem Staat als Werkzeug des allgemeinen, übergeordneten Interesses assoziiert. Andererseits behandelt sie die repropriierten Staatsapparate in ihrem besonderen Interesse, nämlich zur Revenue-Aneignung, handelt also zumindest ähnlich wie eine (herrschende) Klasse. Ist sie also eine Art Wechselbalg, eine partikulare Klasse, die das Wunder vollbringt, zugleich das übergeordnete, generelle Interesse zu vertreten? In der Tat vertritt Elsenhans (vgl. 1981, bes. S. 20ff) mit seinem Konzept der »Staatsklasse« Ansichten, die in diese Richtung gehen.

Wir halten den Begriff »Staatsklasse« für irreführend. Zwar benutzen alle herrschenden Klassen den jeweiligen Staat bzw. seine Apparate direkt oder indirekt als ihre eigenen Herrschaftsmittel. Die großen Vorzüge einer indirekten Vorgehensweise wie in bürgerlich-kapitalistischen Staatswesen liegen gerade in der geringen Transparenz dieser Herrschaftsverhältnisse. In diesem Sinn wäre jede herrschende Klasse auch »Staatsklasse«. Entscheidend aber ist, daß jeder Staat, trotz seines Klassencharakters umfassendere Aufgaben wahrnimmt, die sich nicht in dem engen, spezifischen Interesse der jeweils herrschenden Klasse erschöpfen. Der Staat muß neben herrschaftlichen Funktionen in striktem

Sinne auch die gesellschaftliche Gesamtreproduktion gewährleisten. Aus der Erfüllung dieser Aufgabe und der Art und Weise, wie er ihr nachkommt, leitet sich ein Großteil seiner »Legitimität« ab. Daher kann auch eine Klasse mit ihren spezifischen, partikularen Interessen nicht mit dem Staat als Körperschaft mit umfassenderen Aufgaben identifiziert werden — jede Gleichung Staat=Klasse ist buchstäblich ab-wegig.

Die Formel »Staatsklasse« wird diesem doppelten Charakter des Staates nicht gerecht, vermittels seiner Funktion bei der Stabilisierung der gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse auch zugleich Werkzeug zur Aufrechterhaltung von Herrschaft zu sein. Dahinter steckt tatsächlich eine »Verlängerung« des Warenfetischismus: Bürgerliche Herrschaft erhält den Anschein sachlich vermittelter, Sachzwängen gehorchender Notwendigkeit. Diese scheinbare Sachlichkeit, also Distanziertheit von persönlichen und Klasseninteressen als spezifische Erscheinungsform wurzelt in grundlegenden Triebkräften der kapitalistischen Produktionsweise (vgl. Evers/Schiel 1988, Kap. 4.3).

Zivile Gesellschaft und postkolonialer Staat.

Ein wesentlicher Aspekt der Herausbildung bürgerlicher Verhältnisse, der die Fiktion der Super-Gemeinschaft »Nation« und an sie anschließend den »Nationalstaat« ermöglichte, war der Prozeß, der von Karl Polanyi (1978) als »the great transformation« benannt wurde, die »Ausbettung« der Wirtschaft aus der Gesellschaft. Polanyi vernachlässigte freilich, daß gleichzeitig mit dem Entstehen einer »disembedded economy«, also dem »Rückzug« der Wirtschaft ins Private und dem Bereich des bourgeois, auch ein spezifischer gesellschaftlicher Bereich entstand, der öffentlich ist, jener des citoyen als des idealen politisch-öffentlichen Staatsbürgers (vgl. Kap. 3). Daher kann jedes Mitglied einer solchen bürgerlichen Nation, sich als citoyen(ne), als Teil des »Kollektivsouveräns« verstehen. So können in gewissem Maß despotische Ausbeutungsverhältnisse in der privaten Sphäre der Ökonomie durch demokratische Partizipation in der öffentlichen Sphäre der Politik kompensiert werden.

Es ist nur ein scheinbares Paradox, daß gerade die Entstehung einer dichotomen, dualen, anstelle abgestuft-hierarchischer, pluraler Klassengesellschaften zur Stabilisierung der bürgerlichen Nation als ideeller Super-Gemeinschaft beitrug. Die Wortführer der Interessen von Kapital bzw. Proletariat lassen sich unschwer den genannten Sphären der bürgerlichen Gesellschaft zuordnen: Die theoretischen Wortführer des Kapitals in der Tradition der politischen Ökonomie von Smith, Ricardo und — nicht zu vergessen — Mandeville argumentierten im Sinne des privaten Bourgeois. Zwar glaubten die Begründer der politischen Ökonomie keineswegs, Allgemeininteressen bzw. Staatsgeschäfte seien ausgerechnet beim einzelnen Bourgeois am besten aufgehoben; für solche Aufgaben favorisierten sie eher die Rentier-Klasse der Grundbesitzer. Sehr wohl aber glaubten sie, auch die übergeordneten Interessen des Gemeinwohls würden am ehesten dadurch gewahrt, daß man den Privatinteressen der Bourgeoisie möglichst freien Lauf lasse.

Ganz gegensätzlich die Wortführer proletarischer Interessen mit ihren Forderungen nach konsequenter Einlösung der Parole von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Das schien nur realisierbar auf der Grundlage einer neuerlichen Transformation der Ökonomie, und zwar in eine öffentliche Angelegenheit des Gemeinwohls. Der öffentliche citoyen sollte also auch im ökonomischen Bereich über den Bourgeois triumphieren. Erst die Revisionisten aller Schattierungen — und der »Marxismus-Leninismus« war nichts als eine besonders rabiate Revision der Marxschen Theorien — setzten an die Stelle des öffentlichen citoyen den Staat, der in leninistischer Version sogar zum Super-«Betrieb« werden sollte, womit nicht die Öffentlichkeit die private Ökonomie, sondern umgekehrt diese die Öffentlichkeit absorbierte (s. Kößler i.E.). Gegen eine solche »Lösung« hatte sich übrigens Marx bis zuletzt gestellt (s. bes. 1962, S. 27ff). Ursprünglich hatten für die Kritiker der Bourgeoisie, die sich auf das Proletariat beriefen, die allgemeinen, gesamtgesellschaftlichen Interessen Vorrang vor den Privatinteressen; eine Herrschaft der Bourgeoisie wurde als Bedrohung des Gemeinwohls gesehen. Kritiker wie Begründer der politischen Ökonomie sahen jedoch — wenn auch in unterschiedlichem Maße und mit spezifischen Zuweisungen von Wirkungssphären — den citoyen als die übergeordnete öffentlich-politische Figur und forderten entsprechend eine politische Organisation der zivilen Gesellschaft, die »bürgerlich« im Wortsinn von cives oder citoyen wäre.

Der in diesem Sinne bürgerliche, weil buchstäblich zivile Staat als Staat des citoyen ist eine historische Besonderheit, und somit auch die sichtbare Ausdifferenzierung der öffentlichen Aufgaben des Allgemeininteresses gegenüber den besonderen Interessen einer herrschenden Klasse. Alle früheren Staaten unterschieden sich davon in zumindest einer spezifischen Weise: Die Einbettung der Wirtschaft in die Gesamtgesellschaft, ihre Orientierung an nicht spezifisch »ökonomischen« Zielen, sondern an solchen, die durch Moral, Religion, Zeremoniell, Meriten usw. vorgegeben waren, implizierte eine untrennbare Verschränkung von »öffentlichem« und »privatem« Interesse, die begrifflich erst mit den realen Differenzierungsprozessen am Beginn der Moderne auseinandertraten. Ohne identisch mit ihm zu sein, beruhte daher auch die Position der herrschenden Klassen auf direkter Verfügung über den Staat bzw. seinen Institutionen. Persönliche Aneignung wurde legitimiert durch Amtsinhabe, der Einsatz persönlichen Reichtums zur Erlangung hoher politischer Positionen legitimierte sich allerer st im Nachhinein als nicht selbstsüchtig. Aus moderner Sicht bedeutet dies selbstverständlich »Korruption«, aber eben die normale, mit vormodernen Staatsapparaten regelmäßig assoziierte Form (vgl. z.B. Balazs 1970, S. 10).

Der Kolonialismus verlieh dieser Nicht-Trennung von »öffentlichen« und »privaten« Interessen, die die herrschenden Klassen zwar nicht zu Staatsklassen machte, wohl aber zu solchen mit administrativen, gewissermaßen »offiziellen« Aspekten, allererst ihre tatsächlich korrupte Form: Nun kam es zur herrschaftsmäßig erzwungenen Einbruch der Privatinteressen des Kapitals in die betroffenen Gesellschaften, aber eben unter Vorenthaltung der öffentlichen Kehrseite, des zivilen Staates. Der Kolonialstaat war eben nicht der Staat des citoyen, sondern er war despotisch; er machte die gesamte Kolonie zum gigantischen oikos, zum privat verfügten Betätigungsfeld der Kapitalinteressen. Dies ließ wiederum die Trennung von politischem Amt und ökonomisch dominanter Klasse auf der Ebene der »Eingeborenen«-Gesellschaft gar nicht zu: Amtsinhabe und Ausbeutungsmöglichkeiten waren für die »Eingeborenenherrscher« aufs Engste verbunden. Wenn auch nicht immer völlig legal, wurde dies fast stets wohlwollend geduldet, solange nicht »Übertreibungen« dieser Aneignungsmöglichkeiten zu einer Beeinträchtigung der »weißen« Ausbeutungsinteressen führten.

Es gehört demnach zur Hypothek der postkolonialen Gesellschaften, daß sie keine wirkliche Trennung zwischen öffentlichem und privatem Bereich kennen. Die monopolartige Verfügung über Ämter blieb weiter Grundlage für strategisches Handeln zur Aneignung von Revenuen und Sicherung von Appropriationschancen. Die im Zuge der Dekolonisierung, auch der durch Befreiungsbewegungen erkämpften, an die Macht gekommenen Gruppierungen unterlagen den damit gegebenen »push«- und »pull«-Faktoren. Letztere bedeuteten eine Weiterführung — unter verbesserten strategischen Voraussetzungen — der vorherigen Bedingungen ökonomischer Dominanz vermittels Ausnutzung administrativer Entscheidungspositionen. Die Gruppen, die das von der abgetretenen Kolonialadministration hinterlassene Vakuum füllten, nutzten diese Positionen zu Strategien der Aneignung und Sicherung von Revenuen.

Ironischerweise wurden solche Strategien durch die oberflächliche Übernahme des Modells »Nationalstaat« ohne die in Westeuropa bestehende substantielle Grundlage der Idee der Super-Gemeinschaft »Nation« gerade begünstigt: Die politischen Repräsentanten, die nationalen Amtsinhaber, beanspruchten in dieser Eigenschaft auch einen entsprechend »repräsentativen«, aufwendigen Lebensstil, um die »Nation« würdig zu verkörpern. Persönliche Bereicherung konnte als Glaubhaftmachung der nationalen Würde verstanden werden.

Die »push«-Faktoren sind gerade im Falle siegreicher Befreiungsorganisationen, die unter einem entsprechenden Erwartungsdruck standen, besonders deutlich sichtbar. Die Kolonien und neokolonialen Staaten, in denen sie siegten, entsprachen in besonderer Reinheit dem oikos-Modell und standen so dem polis-Modell polar gegenüber. Der politischen Elite, eben den verstaatlichten Befreiungsorganisationen, fielen dadurch Schlüsselpositionen mit großer Machtfülle zu. Zugleich aber blieben die oikos-Charakteristika erhalten, da die Ex-Kolonien weiterhin dem ökonomischen Diktat der nackten Notwendigkeit unterworfen waren: Die ökonomische Struktur der Kolonien bot keine guten Voraussetzungen für die Befriedigung selbst elementarer Bedürfnisse. Weiter erschwerten die vorgegebenen Strukturen jeden Versuch einer Neuorientierung, weil sie Weltmarktabhängigkeit als übergewichtiger Ausgangspunkt setzten. Sie erhielt zudem in vielen Fällen unmittelbar gewaltförmigen Ausdruck in Gestalt fortgesetzter militärischer Intervention. Die Gewinnung irgendeiner Form von autonomer Handlungsfähigkeit gegenüber den Einwirkungen der kapitalistischen Weltwirtschaft war so erschwert oder gar von vornherein illusorisch. Der Primat der Politik und das Fortbestehen der oikos-Qualität traten nun in unheilvolle Wechselwirkung: Der despotes wurde zugleich zum politischen Despoten, also zu einer in gleichfalls aristotelischem Verständnis strikt abgelehnten Entartung!

Die Entwicklung der verstaatlichten Befreiungsorganisationen zu Trägern einer despotischen Politik hat weitreichende Konsequenzen: Gerade unter »sozialistischen« Vorzeichen einer weitgehend staatlich dominierten Wirtschaft erhält eine solche, nun mit dem Staatsapparat verschmelzende Befreiungsorganisation eine sehr starke Position gegenüber potentiell konkurrierenden strategischen Gruppen. Sie ist in besonders privilegierter Weise zu strategischem Handeln mit dem Ziel der Ressourcenkontrolle und Surplusappropriation befähigt. Der »push«-Faktor des Diktats ökonomischer Notwendigkeit — Bedürfnisbefriedigung unter Bedingungen, die sich der Weltmarktdominanz allenfalls unter katastrophalen Folgen (Kampuchea, Nordkorea) entziehen konnten — schuf zugleich Bedingungen, die den Verlockungen des »pull«-Faktors entgegenkamen, und die entsprechende Sachzwang-Legitimität.

Sozialistische Programmatik, bürgerliche Hybridisierung, zivile Gesellschaft.

Noch eine Besonderheit der sozio-ökonomischen Situation verstaatlichter Befreiungsorganisationen verdient Beachtung: Selbst als pure Parole verhindert »Sozialismus« einen sehr spezifischen, ganz auf die postkolonialen Bedingungen zugeschnittenen Entwicklungsweg oder erschwert ihn zumindest: den hin zu einer »hybriden Bourgeoisie«. In nichtsozialistischen postkolonialen Staaten ist es den strategischen Gruppen, die entsprechende Positionen in der staatlichen Administration innehaben, möglich, diese für eine bestimmte Investitionsstrategie zu nutzen. Sie verfügen nicht nur über Ressourcen, deren Erträge sie teilweise in die eigene Tasche umleiten können, sondern auch über Positionen, um diese Erträge in besonderer Weise anzulegen. Sie können sich etwa selbst günstige Darlehen

im Rahmen von Entwicklungsprogrammen zuweisen, mit denen sie dann Unternehmen gründen, deren Produkte oder Dienste von der entsprechenden Entwicklungsbehörde durch langfristige Verträge zu lukrativen Preisen abgenommen werden. Sie können von Anfang an Entwicklungsprojekte so planen, daß ihr unternehmerisches alter ego darin seinen lukrativen Platz hat, der durch politische Monopole gegen »freie« Konkurrenz geschützt ist. Allein schon das Wissen über entwicklungspolitische Langzeitplanung läßt sich für Grundstückskäufe und Spekulation jeder Art nutzen.

Gleichzeitig können Angehörige einer solchen hybriden Bourgeoisie durch ihre administrativen Positionen diese Unternehmungen gegen ökonomische Risiken absichern. Diese Art von Unternehmertum ist einsichtigerweise nur unter der Bedingung personaler oder familiärer Einheit von »öffentlichem« Administrator und »privatem« Unternehmer erfolgreich. Der Erfolg beruht also auf einer Hybridisierung beider Aspekte; Paradebeispiel ist der Suharto-Clan in Indonesien. Zwar wird eine wirklich kapitalistische Entwicklung dadurch entschieden be- wenn nicht sogar verhindert; doch ermöglicht dies immerhin eine gewisse wirtschaftliche Dynamik.

Dieser Weg ist in »sozialistischen« Entwicklungsländern verbaut, weil Unternehmertätigkeit dort offiziell weitgehend tabuisiert ist. Aneignung von Surplus ist für strategisch handelnde Angehörige von Befreiungsorganisationen daher auf Revenuen, also auf Approbation für unmittelbaren Konsum und Genuß beschränkt, Akkumulation von Kapital dagegen zumindest im Inland kaum möglich. Das muß kein Nachteil für die Bevölkerung sein, solange dadurch ein Teil des Mehrprodukts oder der Auslandshilfe, statt für die private Kapitalakkumulation abgezweigt zu werden, an seinem eigentlichen Bestimmungsort, etwa im Gesundheits- oder Bildungswesen ankommt also tatsächlich für gemeingesellschaftliche Zwecke genutzt wird, nicht zum (Bourdieu) für hohe Politiker bzw. zur Glaubhaftmachung von »Nation« eingesetzt wird.

Dennoch bleibt die Verstaatlichung von Befreiungsbewegungen letztlich nur eine Variante der Entstehung postkolonialer Staaten. Sie ist keine revolutionäre Neuschöpfung. Koloniale Hypothek und verstärkte systemische Zwänge der kapitalistischen Weltwirtschaft obsiegen über die Befreiungsideale. Im Zuge ihrer Verstaatlichung verwandeln sich die Befreier unwillkürlich in strategische Gruppen, die ihre politischen Machtpositionen zum eigenen ökonomischen Vorteil nutzen. Die Zwänge des Weltmarktes können durch Dissoziationsbestrebungen nicht wirkungsvoll ausgeschaltet werden, so daß eine eigenständige nachholende Entwicklung Illusion bleibt, zumal die Entwicklungsziele der »sozialistischen« Länder im Grundsatz mit denen der weltmarktorientierten Länder weitgehend übereinstimmten: »technischer Fortschritt«, Formen der »Modernisierung«,Vorstellungen von »tarditioneller Rückständigkeit«, die es zu überwinden gelte, nicht zuletzt die Beschwörung »nationaler Einheit und Größe«. Gerade der Primat der Politik zeitigt ja eine übermächtige Tendenz zu Großprojekten auf Basis importierter Technologie, die weniger an Rentabilität und Nutzen als an »Nationaler« Symbolwirkung und Kontrollmöglichkeiten orientiert sind.

Sozialismus und Rückständigkeit.

Die Bilanz der erfolgreichen Revolutionen des 20. Jahrhunderts ist ernüchternd. Alle fanden sie gleichsam »programmwidrig«, in rückständigen Gesellschaften statt. Seit frühen 1920er Jahren war unter dem Eindruck der Oktoberrevolution in zuvor kaum denkbarer Weise das Projekt des Sozialismus mit dem Aufholen von Entwicklungsrückständen verbunden, bis »Einholen und Überholen« geradezu synonym wurden mit Sozialismus. Hatte Engels einmal gemeint, Revolutionären könne nicht schlimmeres geschehen, als daß sie für Brot sorgen müßten, so würde nun Kargheit, Not und Schufterei für kommende Generationen mit Sozialismus assoziert anstelle von reichen Bedürfnissen und Freiheit. Schlimmer noch: Der despotische, von gesellschaftlicher Kontrolle weitgehend emanzipierte Staatsapperat konkretisierte das Programm unmittelbarer Vergesellschaftung, das einmal höhere Rationalität im Umgang mit Ressourcen und Arbeitskräfte verheißen sollte, in unmittelbaren, brutalen Zwang bis hin zu den Gulags oder den menschlichen Hekatomben des Experiments Kampuchea. Die Ereignisse des Jahres 1989 haben endgültig die Illusion beseitigt, die aus dem bolschewistischen Modell nachholender Entwicklung abgeleiteten Verhältnisse böten eine realistische Entwicklungs-Alternative. Gleichzeitig haben die aus nationalen Befreiungsbewegungen hervorragenden Staaten mit wenigen Ausnahmen gleichsam offiziell ihre Ansprüche auf einen Entwicklungsweg aufgekündigt, der sich von den übrigen postkolonialen Staaten unterscheidet.

Literatur:

Braun, Bärbel 1995: Nationalstaat als politische Fitkion und als Realität. Anti-koloniale Nationalbewegung und postkoloniale Staatsinformation in Indonesien. Frankfurt am Main..

Campell, Horace 1985: »Krieg, Neuaufbau und Abhängigkeit in Mosambik.« PERIPHERIE 18/19, S. 116-142.

Davidson, Basil 1969: The Liberation of Guiné. Aspects of an Afrikan Revolution. Harmondsworth usw.

Elsenhans, Hartmut 1981:Abhängiger Kapitalismus oder bürokratische Entwicklungsgesellschaft. Versuch über den Staat in der Dritten Welt. Frankfurt am Main.

Goldscheid, Rudolf 1976: »Finanzwissenschaft und Soziologie.« In: R. Hickel (hg.), R. Goldscheid/J.

Schumpeter: Die Finanzkrise des Steuerstaates. Beiträge zur politischen Ökonomie der Staatsfinanzen. Frankfurt am Main (1917).
Guevara, Ernesto Che 1968a: »Partisanenkrieg — eine Methode.« In ders., Partisanenkrieg — eine Methode. Mensch und Sozialismus auf Cuba. zwei Studien. München, S. 1-23
Guervara, Ernesto Che 1968b: »Mensch und Sozialismus auf Cuba.« En: ebd., S. 25-47.
Helbig, Helga und Ludwig (1990): »Die Menschenrechtsverletzungen der SWAPO.« In: medico international (hg.), Menschenrechtsverletzungen der SWAPO. Eine Auseinandersetzung. Frankfurt am Main, S. 2-17.
Hobsbawm, Eric/Terence Ranger (hg.) 1983: The Invention of Tradition. Cambridge usw.
Kößler, Reinhart 1990a: Arbeitskultur im Industrialisierungsprozeß. Studien an englischen und sowjetrussischen Paradigmata. Münster.
Kößler, Reinhart 1990b: »Arbeit und Revolution. Sozialistische Perspektiven.« Leviathan-Sonderheft.
Mao Zedong 1975: Das machen wir anders als Moskau! Kritik an der sowjetischen Politökonomie. Reinbek.
Marx, Karl 1962: Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei (Kritik des Gothaer Programms). In: Marx-Engels-Werke, Bd. 19, Berlin (DDR), S. 11-32.
No Sizwe 1979: One Azania, One Nation. The National Question in South Africa. London.
Polanyi, Karl 1978;: The Great Transformation. Frankfurt am Main (1944).
Poulantzas, Nicos 1973: »On Social Classes,« New Left Review 78, S. 27-54.
Rudebeck. Lars 1988: »Kandjadja, Guinea-Bissau, 1976-1986. Beobachtungen zur politischen Ökonomie der Entwicklung eines afrikanischen Dorfes.« In: Meyns (Hg.), S. 199-233.
Schiefer, Ulrich 1986: Guiné-Bissau zwischen Weltwirtschaft und Subsistenz. Transatlantisch orientierte Strukturen an der oberen Guiné-Küste. Bonn
Schiel, Tilman 1989: »Modernization as Paganization: How to Make a `Traditional` Peasant World;« SOJOURN: Social Issues in Southeast Asia 4,1.
Schiel, Tilman 1990: »`Angepaßte` vs. sozial adäquate Technologie,« PERIPHERIE 38, S. 74-88.
Shivji, Issa 1985: »Das Wiedererwachen der Politik in Afrika«. In: Günter Hopfenmüller (hg.), Reader zum Internationalismus-Kongreß der Grünen Kassel 4./5./6. Oktober 1985, Bonn, S. 53-56.
Sigrist, Christian 1982: »Subsistenzökonomie und nationaler Befreiungskampf — Das Beispiel Guiné-Bissaus.« In: Georg Elwert/Roaland Fett (Hg.), Afrika zwischen Subsitenzökonomie und Imperialismus. Frankfurt am Main/New York, S. 274-293.

Der Artikel ist zuerst erschienen in: Peripherie 41 (1991); Wiederabdruck vorgesehen in: Reinhart Kößler/Tilman Schiel, Auf dem Weg zu einer kritischen Theorie der Modernisierung. Frankfurt am Main: IKO-Verlag (in Vorbereitung).

Andreas Fanizadeh
Antiimperialismus und Neue Linke in der BRD

Der nachfolgende Text wurde 1991 verfaßt. Geschrieben wurde er als Einleitungstext für ein Kapitel in dem Band »Küss den Boden der Freiheit. Diskus - Texte der Neuen Linken«, das 1992 in der Edition ID-Archiv erschienen ist.

»Erhard und Bonner Parteien unterstützen den Mord.
Mord durch Naplambomben! Mord durch Giftgas! Mord druch Atombomben! Die US-Agression in Vietnam verstößt nicht gegen die Interessen des demokratischen Systems: Wer es wagt, sich aufzulehnen gegen Ausbeutung und Unterdrückung, wird von den Herrschenden mit Brutalität niedergemacht. Die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas kämpfen gegen Hunger, Tod und Entmenschlichung. Die ehemaligen Sklaven wollen Menschen werden.
Kuba, Kongo Vietnam - die Antwort der Kapitalisten ist Krieg. Mit Waffengewalt wird die alte Herrschaft aufrechterhalten. Mit Kriegswirtschaft wird die Konjunktur gesichert. Ost und West arrangieren sich immer wieder auf Kosten der wirtschaftlich unterentwickelten Länder. Jetzt bleibt den Unterdrückten nur noch der Griff zur Waffe. Für sie heißt Zukunft: Revolution! Wir sollen den Herrschenden beim Völkermord helfen. Deshalb beschwören sie das Gespenst der gelben Gefahr. Wie lange noch lassen wir es zu, daß in unserem Namen gemordet wird?
Amis raus aus Vietnam - Internationale Befreiungsfront.«

Dieses Textplakat wurde 1966 von der Gruppe um Rudi Dutschke im Westberliner SDS in Umlauf gebracht. Es stellte die antiautoritäre Bewegung in den Kontext eines weltweit zu führenden Befreiungskampfes. Die positive Bezugnahme auf die Focus-Theorie der lateinamerikanischen Guerilla und die Spitze gegen die Staatsbürokratien des Ostens führten fast zum Ausschluß der Dutschke-Gruppe aus dem SDS. Die Mehrzahl der anpolitisierten StudentInnenschaft glaubte noch an die Verwirklichung ihrer humanistischen Ziele innerhalb der bestehenden Gesellschaftssysteme. Erst über die Ereignisse um den 2.Juni 1967 radikalisierte sich ein größerer Teil der Bewegung. In eine durch die geplante Einführung der Notstandsgesetzgebung augeheizte innenpolitische Atmosphäre platzte der Besuch des Schah von Persien.

gern. Unter solchen nicht genau festgelegten Bedingungen aber wird das »Selbstbestimmungsrecht« des Volkes wohl ziemlich problematisch. Die nationalistischen Anhänger des Rufes nach einer separaten Warschauer Konstituanten gäben sich durchaus nicht mit einer Reduzierung ihrer Kompetenz auf den engumgrenzten Bereich der polnisch-russischen Beziehung zufrieden, sondern wünschten ihr die Gesamtheit der äußeren und inneren Verhältnisse im gesellschaftlichen Leben Polens zur endgültigen Entscheidung zu übergeben. Und vom Standpunkt des »Selbstbestimmungsrechts des Volkes« wären Recht und Konsequenz unleugbar auf ihrer Seite. Denn es gibt keinen Grund, warum die »Selbstbestimmung« nur für die Bestimmung über die Verfassung eines Volkes und sein politisches Schicksal nach außen hin gelten soll, nicht aber für alle gesellschaftlichen und politischen Angelegenheiten. Außerdem ist es eine in hohem Maße künstliche Konstruktion, die Fragen der Beziehung Polens zu Rußland und der Verfassung Polens von »allgemeinen Angelegenheiten der Politik und des Sozialismus« abzugrenzen und zu trennen. Wenn die »Polnische Verfassung« - wie es sich von selbst versteht - über Wahlrecht, Vereinigungs-, Versammlungs-, Presserecht usw. für Polen entscheidet, so ist nicht klar, welche politischen Angelegenheiten eigentlich für eine Entscheidung der gesamtstaatlichen Konstituanten im Hinblick auf Polen übrigbleiben. Wenn man es so betrachtet, ist natürlich nur einer der beiden Gesichtspunkte möglich: entweder soll die Warschauer Konstituante das eigentliche Organ der Selbstbestimmung des polnischen Volkes sein, und in diesem Fall kann sie nur ein der Petersburger Konstituanten vollkommen gleichgeordnetes Organ mit unbegrenzter Kompetenz sein, oder aber die Warschauer Konstituante spielt lediglich die Rolle eines Landessejms in Abhängigkeit und Untergebenheit gegenüber der gesamtstaatlichen Versammlung, in diesem Fall ist dann »das Selbstbestimmungsrecht« an Sanktionen des russischen »Volkes« gebunden, umd man ist stark an das berühmt-berüchtigte deutsche Wort erinnert: »die Republik mit dem Großherzog an der Spitze«.
Der Autor selbst hilft uns erraten, warum bei seiner Art, Schlüsse zu ziehen, »das Recht des Volkes« am Anfang so glänzend in Form der Warschauer Konstituanten eingeführt wird und am Ende durch die Kompetenzzuordnung und das Recht der Petersburger Konstituanten auf Sanktionen aufgehoben wird. Der menschewistische Publizist läßt sich hier von dem Gesichtspunkt leiten, daß die Warschauer Konstituante das Organ für die nationalen Interessen sein wird, die gesamtstaatliche Versammlung aber das Organ für die gesamtstaatlichen und Klasseninteressen und die Ebene der Klassenkämpfe des Proletariats mit der Bourgeoisie. Der Autor zeigt sogar soviel Mißtrauen gegenüber dem Organ des »nationalen Willens«, daß er sich rundheraus gegen die Repräsentation dieses nationalen Sejms in der Petersburger Konstituanten erklärt, für die er von Polen unmittelbare Wahlen zur Sicherung einer besseren Verteilung der Interessen des polnischen Proletariats fordert. Der Befürworter zweier Konstituanten fühlt instinktiv, daß sogar bei allgemeinen Wahlen zur Warschauer Versammlung gerade seine Unterscheidung die Position des polnischen Proletariats schwächen würde, würde dies aber mit dem Proletariat des ganzen Staates vereint in der allgemeinen Konstituanten auftreten, so wäre die Klassenposition stärker und ihre Verteidigung leichter. Deshalb das Schwanken zwischen beiden Standpunkten und das Bedürfnis, das Organ des »nationalen« Willens dem Organ des Klassenkampfes unterzuordnen. Das ist nun wieder einmal ein Dualismus in der politischen Haltung, bei dem das Aufeinanderstoßen von »nationalem« und Klassengesichtspunkt zur Abwechslung die Form des Gegensatzes von Warschauer und Petersburger Konstituante annimmt. Es bleibt nur noch die Frage: wenn aber die Repräsentation in der gesamtstaatlichen Versammlung für die Verteidigung des polnischen Proletariats nützlicher ist, warum denn kann kieses Gremium nicht auch über die polnische nationale Frage entscheiden, um dem Willen und den Interessen des polnischen Proletariats auch auf diesem Gebiet ein mögliches Übergewicht zu sichern? Soviel Schwanken und so viele Widersprüche rufen das Bedürfnis hervor, den »nationalen« Standpunkt mit dem Klassenstandpunkt des Proletariats zu verbinden.
Außerdem muß man wohl noch hinzufügen, daß die gesamte Konstruktion der Warschauer Konstituanten als nationales Organ der »Selbstbestimmtung« solange ein Kartenhaus bleibt, bis die nationalstaatliche Abhängigkeit oder Unabhängigkeit der Länder nicht mehr durch die Abstimmung einer Mehrheit in parlamentarischer Repräsentation entschieden werden, sondern durch die gesellschaftliche und ökonomische Entwicklung, durch materielle Klasseninteressen und, was äußere politische Erscheinungen betrifft, durch bewaffneten Kampf, Krieg oder Aufstand. Die Warschauer Konstituante könnte erst dann wirklich über das Schicksal Polens bestimmen, wenn Polen vorher auf dem Weg des siegreichen Aufstands die tatsächliche Unabhängigkeit von Rußland erobert hätte. Mit anderen Worten: sein »Recht« auf Selbstbestimmung könnte das polnische Volk erst dann verwirklichen, wenn es die faktische, gewaltsam erreichte Fähigkeit dazu hätte, und es würde dieses Recht dann nicht auf Grund des »Rechtes«, sondern auf Grund der Fähigkeit verwirklichen. Da aber die gegenwärtige Revolution nicht nur keine Unabhängigkeitsbewegung in Polen hervorrief und durchaus keine Tendenz zeigte, Polen von Rußland abzutrennen, sondern im Gegenteil, die Reste dieser Tendenzen gründlich beseitigte, nachdem die eine nationalistische Partei, die Nationaldemokraten, gezwungen war, auf das Programm der Wiederherstellung Polens zu verzichten, und bei der anderen, der PPS, nachdem sie sich gespalten hatte, die eine Hälfte ebenfalls gezwungen war, dies Programm offen abzulehnen, so wird wohl das »Recht« des polnischen Volkes auf Selbstbestimmung ein Recht bleiben, von goldenen Tellern zu essen.
Das Postulat der Warschauer Konstituanten ist natürlich seinem Wesen nach völlig ohne politisches oder theoretisches Gewicht, es ist bloß eine momentane versuchsweise Improvisation des heruntergekommenen polnischen Nationalismus, eine Seifenblase, die im Entstehen schon platzte. Geeignet ist dies Postulat nur als Illustration, wie das »Selbstbestimmungsrecht einer Nation« in der Praxis angewendet wird. Diese Illustration ist ein neuer Beweis, daß durch die Anerkennung des »Selbstbestim-

mungsrechts der Nationen« im Rahmen des gegenwärtigen Systems die Sozialdemokratie entweder den »Nationen« einen billigen Segen erteilt, das zu tun, was die »Nationen« auf Grund der »Macht« imstande sind zu tun, oder aber sie ist eine leere, kraftlose Phrase. Dagegen bringt dieser Standpunkt die Sozialdemokratie in Konflikt mit ihrer eigentlichen Berufung: der Verteidigung der Klasseninteressen des Proletariats und der revolutionären Entwicklung der Gesellschaft; einzig und allein durch diese Gesichtspunkte ließen sich bei der Untersuchung von Nationalitätenfragen die Schöpfer des wissenschaftlichen Sozialismus leiten.

Lenin, Kritische Bemerkungen zur Nationalen Frage, 1913 (Auszüge)
Lenin, Werke Band 20, Berlin 1977

Der Kapitalismus kennt in seiner Entwicklung zwei historische Tendenzen in der nationalen Frage. Die erste Tendenz: Erwachen des nationalen Lebens und der nationalen Bewegungen, Kampf gegen jede nationale Unterdrückung, Herausbildung von Nationalstaaten. Die zweite Tendenz: Entwicklung und Vervielfachung der verschiedenartigen Beziehungen zwischen den Nationen, Niederreißung der nationalen Schranken, Herausbildung der internationalen Einheit des Kapitals, des Wirtschaftslebens überhaupt, der Politik, der Wissenschaft usw.
Beide Tendenzen sind ein Weltgesetz des Kapitalismus. Die erste überwiegt im Anfangsstadium seiner Entwicklung, die zweite kennzeichnet den reifen, seiner Umwandlung in die sozialistische Gesellschaft entgegen den Kapitalismus. Das nationale Programm der Marxisten rechnet mit beiden Tendenzen, es verficht erstens die Gleichberechtigung der Nationen und Sprachen, die Unzulässigkeit aller wie immer gearteten Privilegien in dieser Hinsicht (aber auch das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, wovon eigens weiter unten die Rede sein wird) und zweitens den Grundatz des Internationalismus und des unversöhnlichen Kampfes gegen die Verseuchung des Proletariats mit bürgerlichem Nationalismus, und sei es auch in seiner verfeinertsten Form...
Es bleibt jene welthistorische Tendenz des Kapitalismus zur Niederreißung der nationalen Schranken, zur Verwischung der nationalen Unterschiede, zur Assimilation der Nationen, die mit jedem Jahrzehnt immer mächtiger hervortritt und eine der größten Triebkräfte darstellt, die den Kapitalismus in Sozialismus verwandeln.
Wer die Gleichberechtigung der Nationen und Sprachen nicht anerkennt und nicht verteidigt, wer nicht jede nationale Unterdrückung oder Rechtsungleichheit bekämpft, der ist kein Marxist, der ist nicht einmal ein Demokrat. Das unterliegt keinem Zweifel, daß ein Quasimarxist, der einen Marxisten einer anderen Nation wegen »Assimilantentum« nach Strich und Faden heruntermacht, in Wirklichkeit einfach ein nationaler Spießer ist...
4. »National-Kulturelle Autonomie«
Das Problem der Losung der »nationalen Kultur« ist für Marxisten enorm wichtig nicht nur deshalb, weil sie den idellen Inhalt unserer ganzen Propaganda und Agitation in der nationalen Frage zum Unterschied von der bürgerlichen Propaganda bestimmt, sondern auch noch deshalb weil das ganze Programm der berüchtigten national-kulturellen Autonomie auf dieser Losung basiert.
Das fundamentale, prinzipielle Gebrechen dieses Programms besteht darin, daß es danach trachtet, den raffiniertesten und absolutesten, bis zu Ende geführten Nationalismus zu verwirklichen. Das Wesen dieses Programms: Jeder Staatsbürger bekennt sich zu dieser oder jener Nation, und jede Nation bildet ein juristisches Ganzes mit dem Recht obligatorischer Besteuerung ihrer Mitglieder, mit nationalen Parlamenten (Landtagen) und nationalen »Staatssekretären« (Ministern).
Eine solche Idee in bezug auf die nationale Frage ähnelt der Idee Proudhons in bezug auf den Kapitalismus. Den Kapitalismus und seine Grundlage, die Warenproduktion, nicht vernichten, sondern diese Grundlage von Mißbräuchen, Auswüchsen usw. säubern; den Tausch und den Tauschwert nicht abschaffen, sondern ihn, im Gegenteil, »konstituieren«,ihn zu einem allgemein gültigen, absoluten, »gerechten« Wert machen, der von Schwankungen, Krisen und Mißbräuchen frei wäre - das war Proudhons Idee.
Ebenso kleinbürgerlich wie Proudhon ist, wie seine Theorie den Tausch und die Warenproduktion zu etwas absolutem macht und zu einer Perle der Schöpfung erhebt, ebenso kleinbürgerlich sind die Theorie und das Programm der »national-kulturellen Autonomie«, die den bürgerlichen Nationalismus zu etwas Absolutem machen, zu einer Perle der Schöpfung erheben und ihn von Gewalt, Ungerechtigkeiten usw. säubern wollen.
Der Marxismus ist unvereinbar mit dem Nationalismus, mag dieser noch so »gerecht«, »sauber«, verfeinert und zivilisiert sein. Der Marxismus setzt an die Stelle jeglichen Nationlaismus den Internationalismus, die Verschmelzung aller Nationen zu einer höheren Einheit, die vor unseren Augen wächst mit jedem Eisenbahnkilometer, mit jedem internationlen Trust, mit jedem (in seiner wirtschaftlichen Tätigkeit sowie in seinen Ideen und seinen Bestrebungen internationalen) Arbeiterverband.
Der Grundsatz der Nationalität ist in der bürgerlichen Gesellchaft historisch unvermeidlich, und der Marxist, der mit dieser Gesellschaft rechnet, erkennt die geschichtliche Berechtigung nationaler Bewegungen durchaus an. Damit aber diese Anerkennung nicht zu einer Apologie des Nationalismus werde. muß sie sich strengstens auf das beschränken, was an diesen Bestrebungen fortschrittlich ist, damit sie nicht zur Vernebelung des proletarischen Klassenbewußtseins durch die bürgerliche Ideologie führe.
Fortschrittlich ist das Erwachen der Massen aus dem feudalen Schlaf, ihr Kampf gegen jede nationale

im Rahmen von Entwicklungsprogrammen zuweisen, mit denen sie dann Unternehmen gründen, deren Produkte oder Dienste von der entsprechenden Entwicklungsbehörde durch langfristige Verträge zu lukrativen Preisen abgenommen werden. Sie können von Anfang an Entwicklungsprojekte so planen, daß ihr unternehmerisches alter ego darin seinen lukrativen Platz hat, der durch politische Monopole gegen »freie« Konkurrenz geschützt ist. Allein schon das Wissen über entwicklungspolitische Langzeitplanung läßt sich für Grundstückskäufe und Spekulation jeder Art nutzen.

Gleichzeitig können Angehörige einer solchen hybriden Bourgeoisie durch ihre administrativen Positionen diese Unternehmungen gegen ökonomische Risiken absichern. Diese Art von Unternehmertum ist einsichtigerweise nur unter der Bedingung personaler oder familiärer Einheit von »öffentlichem« Administrator und »privatem« Unternehmer erfolgreich. Der Erfolg beruht also auf einer Hybridisierung beider Aspekte; Paradebeispiel ist der Suharto-Clan in Indonesien. Zwar wird eine wirklich kapitalistische Entwicklung dadurch entschieden be- wenn nicht sogar verhindert; doch ermöglicht dies immerhin eine gewisse wirtschaftliche Dynamik.

Dieser Weg ist in »sozialistischen« Entwicklungsländern verbaut, weil Unternehmertätigkeit dort offiziell weitgehend tabuisiert ist. Aneignung von Surplus ist für strategisch handelnde Angehörige von Befreiungsorganisationen daher auf Revenuen, also auf Approbation für unmittelbaren Konsum und Genuß beschränkt, Akkumulation von Kapital dagegen zumindest im Inland kaum möglich. Das muß kein Nachteil für die Bevölkerung sein, solange dadurch ein Teil des Mehrprodukts oder der Auslandshilfe, statt für die private Kapitalakkumulation abgezweigt zu werden, an seinem eigentlichen Bestimmungsort, etwa im Gesundheits- oder Bildungswesen ankommt also tatsächlich für gemeingesellschaftliche Zwecke genutzt wird, nicht zum (Bourdieu) für hohe Politiker bzw. zur Glaubhaftmachung von »Nation« eingesetzt wird.

Dennoch bleibt die Verstaatlichung von Befreiungsbewegungen letztlich nur eine Variante der Entstehung postkolonialer Staaten. Sie ist keine revolutionäre Neuschöpfung. Koloniale Hypothek und verstärkte systemische Zwänge der kapitalistischen Weltwirtschaft obsiegen über die Befreiungsideale. Im Zuge ihrer Verstaatlichung verwandeln sich die Befreier unwillkürlich in strategische Gruppen, die ihre politischen Machtpositionen zum eigenen ökonomischen Vorteil nutzen. Die Zwänge des Weltmarktes können durch Dissoziationsbestrebungen nicht wirkungsvoll ausgeschaltet werden, so daß eine eigenständige nachholende Entwicklung Illusion bleibt, zumal die Entwicklungsziele der »sozialistischen« Länder im Grundsatz mit denen der weltmarktorientierten Länder weitgehend übereinstimmten: »technischer Fortschritt«, Formen der »Modernisierung«,Vorstellungen von »tarditioneller Rückständigkeit«, die es zu überwinden gelte, nicht zuletzt die Beschwörung »nationaler Einheit und Größe«. Gerade der Primat der Politik zeitigt ja eine übermächtige Tendenz zu Großprojekten auf Basis importierter Technologie, die weniger an Rentabilität und Nutzen als an »Nationaler« Symbolwirkung und Kontrollmöglichkeiten orientiert sind.

Sozialismus und Rückständigkeit.

Die Bilanz der erfolgreichen Revolutionen des 20. Jahrhunderts ist ernüchternd. Alle fanden sie gleichsam »programmwidrig«, in rückständigen Gesellschaften statt. Seit frühen 1920er Jahren war unter dem Eindruck der Oktoberrevolution in zuvor kaum denkbarer Weise das Projekt des Sozialismus mit dem Aufholen von Entwicklungsrückständen verbunden, bis »Einholen und Überholen« geradezu synonym wurden mit Sozialismus. Hatte Engels einmal gemeint, Revolutionären könne nicht schlimmeres geschehen, als daß sie für Brot sorgen müßten, so wurde nun Kargheit, Not und Schufterei für kommende Generationen mit Sozialismus assoziert anstelle von reichen Bedürfnissen und Freiheit. Schlimmer noch: Der despotische, von gesellschaftlicher Kontrolle weitgehend emanzipierte Staatsapperat konkretisierte das Programm unmittelbarer Vergesellschaftung, das einmal höhere Rationalität im Umgang mit Ressourcen und Arbeitskräfte verheißen sollte, in unmittelbaren, brutalen Zwang bis hin zu den Gulags oder den menschlichen Hekatomben des Experiments Kampuchea. Die Ereignisse des Jahres 1989 haben endgültig die Illusion beseitigt, die aus dem bolschewistischen Modell nachholender Entwicklung abgeleiteten Verhältnisse böten eine realistische Entwicklungs-Alternative. Gleichzeitig haben die aus nationalen Befreiungsbewegungen hervorragenden Staaten mit wenigen Ausnahmen gleichsam offiziell ihre Ansprüche auf einen Entwicklungsweg aufgekündigt, der sich von den übrigen postkolonialen Staaten unterscheidet.

Literatur:

Braun, Bärbel 1995: Nationalstaat als politische Fitkion und als Realität. Anti-koloniale Nationalbewegung und postkoloniale Staatsinformation in Indonesien. Frankfurt am Main..
Campell, Horace 1985: »Krieg, Neuaufbau und Abhängigkeit in Mosambik.« PERIPHERIE 18/19, S. 116-142.
Davidson, Basil 1969: The Liberation of Guiné. Aspects of an Afrikan Revolution. Harmondsworth usw.
Elsenhans, Hartmut 1981:Abhängiger Kapitalismus oder bürokratische Entwicklungsgesellschaft. Versuch über den Staat in der Dritten Welt. Frankfurt am Main.
Goldscheid, Rudolf 1976: »Finanzwissenschaft und Soziologie.« In: R. Hickel (hg.), R. Goldscheid/J.

Bürgschaft leistet, was die Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse betrifft, etwas für die Verwirklichung der höchsten allmenschlichen Ideale zu tun.
Und das eigentlich ist der Inhalt, der wesentliche Sinn des Grundsatzes, der vom Internationalen Londoner Kongreß in der angeführten Resolution ausgesprochen wurde. »Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen« wird erst in dem gesellschaftlichen System aufhören, eine Phrase zu sein, in dem auch das »Recht auf Arbeit« aufhört, wohltönende Leerformel zu sein. Ein sozialistisches System, das radikal nicht nur die Herrschaft einer Gesellschaftsklasse über eine andere beseitigt, sondern zugleich auch die Existenz gesellschaftlicher Klassen selbst und ihres Gegensatzes, die Teilung der Gesellschaft in Klassen mit verschiedenen Interessen und Bestrebungen aufhebt, ein solches System erst verwirklicht durch Harmonie und Solidarität der Interessen eine Gesellschaft als Summe vereinigter Individuen und daher als homogenes Ganzes mit gemeinsam organisiertem Willen und der Möglichkeit seiner Erfüllung. Dann erst wird das sozialistische System auch die »Nation« als einheitlichen Willen sowie die materiellen Voraussetzungen ihrer freien Selbstbestimmung in dem Maße verwirklichen, in dem die Nationen in diesem System überhaupt einzelne gesellschaftliche Organismen bilden oder auch, wie Kautsky behauptet, zu einem Organismus verschmelzen werden. Mit einem Wort, die Gesellschaft gewinnt erst dann die faktische Möglichkeit der freien Bestimmung über ihre nationale Existenz, wenn sie die Möglichkeit der bewußten Bestimmung über ihre wirtschaftliche Existenz, über ihre Produktionsbedingungen haben wird. Die »Nationen« werden dann ihr historisches Dasein beherrschen, wenn die menschliche Gesellschaft ihren gesellschaftlichen Prozeß beherrscht. (...)
In der obigen Argumentation, die wir in ganzer Länge anführten, um von verschiedenen Seiten eine Beurteilung zu ermöglichen, fallen einige Punkte auf. Vor allem soll nach den Worten des Autors auf der einen Seite »die gesetzgebende Versammlung Polens entscheiden, ob Polen Bestandteil des neuen Rußlands werden und wie seine Verfassung aussehen soll«, auf der anderen Seite aber »muß das polnische Proletariat alle seine Kräfte anspannen, damit der Klassenwille so fest wie möglich seinen Stempel auf die Entscheidungen des Organs nationaler Selbstverwaltung aufdrückt«. Hier schon ist der Klassenwille des polnischen Proletariats ausdrücklich dem Kollektivwillen des polnischen »Volkes« entgegengesetzt. Der Klassenwille des Proletariats kann Entscheidungen der Warschauer Konstituanten natürlich nur dann seinen Stempel aufdrücken, wenn er klar und ausdrücklich formuliert ist; mit anderen Worten, die Klassenpartei des polnischen Proletariats, die sozialistische Partei, muß ein genau bestimmtes Programm für die nationale Frage haben, das sie in der Warschauer Konstituanten durchsetzen wird, ein Programm, das bereits nicht mehr dem Willen des »Volkes«, sondern nur dem Willen und den Interessen des polnischen Proletariats entspricht. In der polnischen Konstituanten tritt daher in bezug auf die nationale Frage der Wille d.h. die »Selbstbestimmung des Proletariats« gegen den Willen d.h. gegen die »Selbstbestimmung der Nation« auf. Die polnischen Sozialisten geben das »Selbstbstimmungsrecht der Nation« als verpflichtenden Grundsatz praktisch auf und ersetzen es durch ein genau bestimmtes politisches Programm für die nationale Frage.
Daraus resultiert eine ziemlich eigenartige Schlußfolgerung. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands überläßt die Entscheidung der polnischen Frage dem polnischen »Volk«, aber die polnischen Sozialisten sollen nicht so handeln, sondern sich nur mit allen Kräften um die Entscheidung dieser Frage im Geiste der Interessen und des Willens des Proletariats bemühen. Aber die Partei des polnischen Proletariats gehört organisatorisch zur gesamtstaatlichen Partei, so ist z.B., wie bekannt, die SDKPIL Teil der SDAPR. Die ideell und faktisch vereinigte Sozialdemokratie ganz Rußlands hat also zwei verschiedene Standpunkte: als Ganzes steht sie auf dem Standpunkt »der Völker«, in ihren einzelnen Teilen auf dem Standpunkt des entsprechenden Proletariats eines jeden Volkes - die Standpunkte können sich jedoch sehr unterscheiden, können sogar in genauem Gegensatz zueinander stehen. Die verschärften Klassengegensätze in ganz Rußland beweisen eher die Regel, daß, genauso wie bei Fragen der Innenpolitik, auch bei der nationalpolitischen Frage die proletarischen Parteien auf einem völlig anderen Standpunkt stehen als die bürgerlichen und kleinbürgerlichen der entsprechenden Nationalitäten. Welche Haltung wird die Arbeiterpartei Rußlands im Falle einer solchen Kollision einnehmen? (...)
Eins von beiden: Entweder soll das »Selbstbestimmungsrecht der Nationen« für die russische Sozialdemokratie mit der Bestimmung über die nationale Frage des betreffenden Proletariats identisch sein, d.h. mit dem nationalen Programm der betreffenden sozialdemokratischen Partei. Aber in diesem Fall ist die Formel vom »Recht der Nationen« im Programm der russischen Partei nur eine mystifizierende Paraphrasierung des Klassenstandpunktes. Oder aber das russische Proletariat als solches muß tatsächlich einzig und allein den Willen der nationalen Mehrheit der von Rußland unterjochten Nationalitäten anerkennen und in Ehren halten, selbst wenn das Proletariat der betreffenden »Nationen« mit seinem Klassenprogramm sich ausdrücklich gegen diese Mehrheit wenden würde. Und hier stellt man einen eingenartigen Fall von politischem Dualismus fest, der den Mißklang zwischen »nationalem« und Klassenstandpunkt in Gesalt des Konfliktes zwischen dem Standpunkt der gesamtstaatlischen Arbeiterpartei und den Parteien der einzelnen Nationalitäten, aus denen jene sich zusammensetzt, drastisch zum Ausdruck bringt.
Und weiter, die besondere polnische Konstituante soll das Organ sein, das das Selbstbestimmungsrecht des Volkes verwirklicht. Aber in Wirklichkeit wird dies Recht vom Autor stark eingeschränkt, und das in zweierlei Hinsicht. Zum ersten wird die Zuständigkeit der Warschauer gesetzgebenden Versammlung reduziert auf das spezielle Problem der Beziehung Polens zu Rußland und der Verfassung für Polen, zum anderen unterliegen Entscheidungen des »polnischen Volkes« auch in diesem Bereich der Sanktion durch die allrussische gesetzgebende Versammlung. Die Versammlung kann aber, wenn dieser Vorbehalt überhaupt Sinn haben soll, eine Sanktion erteilen oder auch sie verwei-

Bei den Studentendemonstrationen gegen den Folterkönig kam es zu einem Ausbruch staatlicher Gewalt, wie sie die Republik bislang noch nicht bewußt wahrgenommen hatte. Polizisten und rechtsradikale, mit Stahlruten und ähnlichem bewaffnete »Jubelperser« schlugen auf StudentInnen und PassantInnen ein, Benno Ohnesorg wurde von einem Beamten hinterrücks erschossen. Dieser wurde für den Mord nie zur Rechenschaft gezogen. Die Szenen vom 2.Juni 1967 provozierten ein Bild der Gleichförmigkeit staatlicher Gewalt, die Unterschiede zwischen demokratischer oder diktatorischer Herrschaft schienen nicht mehr allzu groß, jedenfalls nicht von dauerhafter Natur zzu sein. Die These einer möglichen Faschisierung der Bundesrepublik machte die Runde. Sie bestimmte nachhaltig Strategie und Taktik des militanten Teils der Neuen Linken. Nach lateinamerikanischen Vorbild begannen sich zahlreiche Guerilla-Gruppen in der Bundesrepublik zu gründen. Diese Gruppen wie die Tupamaros in München und Westberlin oder die Bewegung 2.Juni '67 agierten zunächst recht heftig, lösten sich aber, als sie in ihrem Kampf isoliert blieben, im Gegensatz zur RAF und den späteren Revolutionären Zellen sehr schnell wieder auf.
Auch Hans-Jürgen Krahl, der Theoretiker des Frankfurter SDS, hatte auf dem Vietnam-Kongreß 1968 in West-Berlin erklärt: »Es kommt darauf an, in solidarischer Aktion und in konkreter Solidarität mit der revolutionären Befreiungsbewegung in der dritten Welt, den gigantischen militärischen und staatlichen Machtapparat in den spätkapitalistischen Ländern zu zerschlagen.« Bereits im September 1967 hatten Dutschke und Krahl in ihrem gemeinsam formulierten Organisationsreferat gefodert: »Die 'Propaganda der Schüsse' (Che) in der 'Dritten Welt' muß durch die 'Propaganda der Tat' in den Metropolen vervollständigt werden, welche eine Urbanisierung ruraler Guerilla-Tätigkeit geschichtlich möglich macht.« (rural = ländlich/bäuerlich) Egal, ob die einen in den Untergrund gingen oder die anderen sich auf den Marsch durch die Institutionen begaben: für sämtliche Fraktionen der Neuen Linken war das Selbstverständnis, Teil eines weltweit zu führenden Befreiungskampfes zu sein, Konstitutionselement. In den Staaten der Metropolen wurden die TrägerInnen des revolutionären Kampfes vor allem in den gesellschaftlichen Randgruppen, den Studenten, Fürsorgezöglingen und Internierten, den Künstlern, Jobbern, Intellektuellen und Lehrlingen gesehen; in den Staaten der Peripherie wurde der Kampf von den revolutionären nationalen Befreiungsbewegungen bereits geführt. Bündnisse mit der internatiolen ArbeiterInnenschaft wurden angestrebt, allerdings unter dem Vorbehalt, der sich aus Herbert Marcuses Analysen ergab: Wo die ArbeiterInnenklasse zur Stütze der herrschenden Lebensweise geworden ist, würde ihr Aufstieg zur Kontrolle jene nur verlängern.
Der größere Teil der Neuen Linken vertrat in den siebziger Jahren die Auffassung, daß sich aus den ungleichen Entwicklungen der kapitalistischen Zentren und der Staaten des Trikonts jeweils unterschiedliche Möglichkeiten des Widerstands ergäben. Die Aktionen der RAF wurden oftmals kritisiert, ohne daß dieser gleich die Solidarität gegen ein monströs eingesetztes staatliches Sanktionspotential entzogen wurde. Die meisten militanten Linken vermochten jedoch weder an den Sinn des Märtyrertodes, an den emanzipatorischen Gehalt einer Politik, die zur Kopie des Bekämpften hintendierte, noch an eine sich focusartig ausbreitende Guerilla-Bewegung in der Bundesrepublik zu glauben. Die vorgefundenen Verhältnisse in den kapitalistischen Zentren und die sich daraus ermöglichenden Ansätze für eine direkte revolutionäre Umwälzung wurden als sehr gering eingeschätzt, negativ übertroffen nur noch von denen der Sowjet-Staaten, wo die Niederlage des »Prager Frühlings« jegliche Hoffnung im Keim erstickte.
Die Kapitalismusanalyse der Neuen Linke implizierte, daß jeder Nationalstaat politisch wie ökonomisch nur die untere Ordnungsinstanz eines global sich reproduzierenden kapitalistischen Weltsystems darstellte. An der Spitze des Imperialismus stand die USA, gefolgt von Japan und den Führungsmächten West-Europas. Sie hatten ihre Kettenhunde in den Miltärs der Compradorenbourgeoisien der peripheren Staaten, die zum Nutzen der kapitalistischen Zentren und gegen die Interessen der eigenen Bevölkerung mit den Mitteln der Diktatur die Trikont-Länder in Unterentwicklung hielten. Die geglückte cubanische Revolution (1959) hatte die marxistisch-leninistische Revolutionstheorie erneut ad absurdum geführt. Sie wies, wie zuvor die chinesische Revolution, den Weg für eine mögliche Befreiung der zumeist agrarisch-strukturierten Staaten in der Peripherie. Der bewaffnete nationale Befreiungskampf hatte, wie das Beispiel Vietnams zeigte, nicht nur den nationalen Staatsapparat, sondern auch die USA zum direkten militärischen Gegner. In Vietnam konnte sich die Befreiungsbewegung dennoch militärisch behaupten. Und es schien nur eine Frage der Zeit, bis die nächsten Vietnam folgen würden.
Umstritten blieb allerdings immer, ob die Revolutionen im Trikont die politisch-ökonomische Macht der kapitalistischen Zentren entscheidend zu schwächen vermochten. Auffällig ist die Masse an Beiträgen, die jeweils die enormen ökonomischen Interessen der imperialistischen Zentren am Trikont hervorkehrten. Nach der einfachen ökonomischen Ableitung mußte dies umgekehrt bedeuten, daß jede isolierte Revolution in der Peripherie dem imperialistischen Gesamtsystem schweren Schaden zufügen könnte, daß daher das Zentrum vom Rand her entscheiden zu schwächen sei.
Die Ableitungstheorien trugen zu einem verkürzten Verständnis des Imperialismus bei und führten zu katastophalen Fehlannahmen, bis hin zu reaktionären Positionen. Als ein Beispiel sei die Israel-Debatte in der Fankfurter Studentenzeitschrift »diskus« von 1972 erwähnt. Diese Zeitschrift war in den siebziger Jahren eines der nachdenklicheren Sprachrohre der Neuen Linken und woanders ließen sich sicherlich wüstere Statements finden. Im Leitartikel des »diskus« 5/1972 rief ein »Erwin Erpel« zur »Liquidation des Zionismus, d.h. die Überwindung des rassistischen Staates Israel auf«. Seine Liquidationsabsichten, die auf die »Überwindung der Existenz dieses Staates« zielte, versuchte der Autor wie folgt zu begründen: »Erstens stellen die Juden nur in der zionistischen Phantasie eine Nation dar, in Wirklichkeit sind sie aber eine im Verschwinden begriffene, weil sich sozial auflösende Religionsgemeinschaft; zweitens erfüllt der zionistische Nationalismus nicht die Bedingungen einer antifeudalen oder antiimpe-

Israel-Debatte

rialistischen Zielsetzung, die ihm erst das Prädikat der Progressivität verleihen könnte. Im Gegenteil verbündete er sich mit dem Imperialismus und ist selbst imperialistisch.« Auf den Antisemitismus des Autors wird gleich eingegangen. Zunächst muß die Leckstelle im damals gängigen Antiimperialismus kenntlich gemacht werden, die erklärt, warum sich der Antisemit von dieser Theorie angezogen fühlen konnte. Der Antiimperialismus operierte mit einem dualistischen Weltbild: Auf der einen Seite standen imperialistische Staaten, auf der anderen antiimperialistische Befreiungsbewegungen und die »sozialistischen« Staaten. In dieser Vorstellung wurde die ganze Welt von der Spitze aus regiert, unten waren nur Opfer. Eine Konzeption, die zur Verschwörung geradezu einlud und die innerimperialistische Konkurrenz der Nationalstaaten um die Rangordnung in der »imperialistischen Kette« (ob ganz unten, igendwo dazwischen, oder ganz oben) überhaupt nicht zur Kenntnis nehmen kann. Einen Nationalismus ohne Imperialismus, wie ihn »Erpel« zur Existenzvoraussetzung Israels machte, kann es gar nicht geben. Israel hat, vom Anti-Imperialismus aus betrachtet, genausoviel oder genausowenig Existenzrecht, wie ein jeder der gewaltsam konstruierten und mit Gewalt zusammengehaltenen Nationalstaaten dieser Welt. Daß der zitierte Autor von der »zionistischen Phantasie einer Nation« vor der Staatsgründung als »einer im Verschwinden begriffenen« sprach, ohne dabei die Ermordung der europäischen Juden durch NS-Deutschland zu erwähnen, diskrediert diese Variante linker Theorie von selbst. Zudem: Jede Nationen-Idee ist solange Fiktion, bis sie sich in der Form des Nationalstaats materialisiert, das heißt, eine auf Ausgrenzung und Rassismus beruhende Wirklichkeit wird. Der nationale Befreiungskampf der sich palästinensisch definierende in Israel und den besetzten Gebieten, geht denn auch darum, entweder zum Bestandteil einer sie einschließenden Nationenform zu werden, oder eben einen eigen Nationalstaat durchzusetzen.

Eine Linke, die sich für die Form des Nationalstaats einsetzt, entkommt den sich daraus ergebenden Konsequenzen nicht. Bei dem genannten Beispiel aus dem »diskus« führte der Glaube an den per se imperialistischen oder antiimperialistischen Nationalstaat, angereichert mit Antisemitismus, zur Wahnvorstellung, die »USA benutzen heute Israel zur Unterwanderung des afrikanischen Kontinents und anderer Länder der Dritten Welt«, und nicht zum Internationalismus. In den Statements zum Palästina-Konflikt zeigten sich die Schwächen des Antiimperialismus der (alten) Neuen Linken am deutlichsten. Restbestände der vereinfachten Antiimperialismus-Ideologie sorgen in der Linken bis zum heutigen Tag für Verwirrung, so zuletzt beim Golfkrieg. Die militärisch geführte Auseinandersetzung im Vorderen Orient hatte die klassische Form eines innerimperialistischen Konkurrenz-Krieges. Die gegnerischen Kriegsparteien stritten lediglich um die Rangordnung unter Beibehaltung der sie bedingenden Gewaltverhältnisse. Emanzipatorische Absichten verfolgten weder die USA noch der Irak. Die irakische Führung versuchte ihrem Krieg, durch die Mobilisierung des Pan-Arabismus eine gewisse Legitimität zu verleihen. Der Pan-Arabismus ist wie jeder nationale Mythos eine reaktionäre Ideologie, die nur notdürftig eigene imperiale Interessen verschleiert. Einen »antiimperialistischen Befreiungsnationalismus« kann es immer nur zu Lasten derjenigen geben, die von diesem nicht erfaßt werden und damit der völkischen Ausgrenzung und Verfolgung preisgegeben werden. Diese Ideologie ist die fortdauernde Kopie des vermeintlich Bekämpften und verfestigt auf immer neuer Stufe den Kreislauf der nationalen Mythen, einen damit einhergehenden Rassismus, der nationale Konkurrenz und Kriege als unausweichlich und berechtigt erscheinen lassen soll. Teile der Linken stellten sich in ihrer Staatsfixiertheit während des letzten Golfkrieges auf eine der beiden kriegsführenden Seiten und machten sich wahlweise zu deren SprecherInnen. Die internationalistische Opposition formierte sich hingegen in der Antikriegsbewegung, die die Agressionen des Iraks gegenüber Kuwait und Israel ebenso verurteilte, wie die US-Außenpolitik (und der ihrer Verbündeten), ohne zu vergessen, daß diese den Krieg unbedingt wollten, um durch die Zerstörung der Ökonomie des Iraks und der Massakrierung der irakischen Bevölkerung einen aufmüpfig gewordenen Konkurrenzstaat zu bestrafen; auf daß sich in nächster Zeit kein Nationalstaat der Peripherie noch einmal getrauen sollte, jene politischen Mittel einzusetzen, die ausschließlich den Staaten der kapitalistischen Zentren vorbehalten sind.

Das gängige Antiimperialismus-Konzept der Neuen Linken geriet bereits Mitte der siebziger Jahre in eine tiefe Krise. In der Regel wurde es ersatzlos gestrichen. Die projektiven Erwartungen, die positive Utopie eines »Sieg im Volkskrieg« wenigstens im Trikont, sollten sich nicht bewahrheiten. Einige der so hoffnungsvoll betrachteten »Volkskämpfe« zeigten ihr häßliches Gesicht (Vietnam, Iran...), andere wurden weggeputscht (Chile, Portugal...) oder wie später in Nicaragua einfach abgewählt. Aber vor allem blieb die »antiimperialistische Internationale« von der Bevölkerung in den kapitalistischen Zentren weitgehend isoliert. Die positive Wirkung einstiger antiimperialistischer Positionen bestand darin, überhaupt auf die Dominaz der Staaten der Metropolen gegenüber jenen der Peripherie aufmerksam gemacht zu haben. Eine Dominanz, die den Spielraum für eine politisch-ökonomische Veränderung im Trikont ganz entscheidend einschränkt. Scheitern mußte die Linke in den Metropolen immer da, wo sie eigene Revolutionswünsche auf ferne Staaten projizierte. Abgeprallt ist sie an einer Bevölkerung, die sich der Herrschaft in den kapitalistischen Zentren verbunden weiß und sich im Kleinen bemüht, aus der national vermittelten globalen ökonomischen Ungleichheit Kapital zu schlagen. Anti-Nato-Kampagnen, Kriegsdienstverweigerung, Proteste gegen öffentliche Rekrutenvereidigungen oder gegen den Bau der Stratbahn-18 West hatten noch eine gegen das nationale Dogma opponierende internationalistische Stoßrichtung, doch wurden die nationalistischen Strömungen mit der Friedensbewegung der achtziger Jahre in der Bundesrepublik wieder dominant. Hegemonial wurde auch in der zerfallenden Neuen Linken, eine Position, vor der Militante 1978 noch warnten: »Die Linke darf den Eurozentrismus der 'idealen Revolution' und die Mystifizierung der revolutionären Kämpfer (Che Guevara) nicht durch den Eurozentrismus des idealen Humanismus ersetzen...«.

Linke + Befreiungs-nationalismus

fundamentale Theorie des neuzeitlichen Sozialismus - die Theorie der Klassengesellschaft - völlig ignoriert.
Wenn wir vom »Selbstbestimmungsrecht der Nationen« reden, verstehen wir den Begriff »Nation« als ein Ganzes, als eine homogene gesellschaftliche und politische Einheit. Jedoch ist ein solcher Begriff von »Nation« eigentlich eine jener Kategorien der bürgerlichen Ideologie, welche die Marxsche Theorie einer radikalen Revision unterwarf, indem sie zeigte, daß unter einem solch nebelhaften Schleier wie unter den Begriffen von »bürgerlicher Freiheit«, von »Gleichheit vor dem Gestz« usw. sich jedesmal ein genau bestimmter historischer Inhalt verbirgt.
In der Klassengesellschaft gibt es eine Nation als homogenes gesellschaftliches Ganzes nicht, dagegen bestehen in jeder Nation Klassen mit antagonistischen Interessen und »Rechten«. Es gibt buchstäblich nicht einen gesellschaftlichen Bereich, von den gröbsten materiellen Verhältnissen bis zu den subtilsten moralischen, in dem die besitzenden Klassen und das bewußte Proletariat ein und dieselbe Haltung einnähmen, in dem sie als ein ununterscheidbares »Volksganzes« aufträten. Auf dem Gebiet der ökonomischen Verhältnisse repräsentieren die bürgerlichen Klassen auf Schritt und Tritt die Interessen der Ausbeutung, das Proletariat die Interessen der Arbeit. Auf dem Gebiet der Rechtsverhältnisse ist das Privateigentum Eckpfeiler der bürgerlichen Gesellschaft, das Interesse des Proletariats aber verlangt die Emanzipation des besitzlosen Menschen aus der Herrschaft des Eigentums. Im Bereich der Rechtsprechung repräsentiert die bürgerliche Gesellschaft die Klassen«gerechtigkeit«, die Gerechtigkeit der Satten und Herrschenden, das Proletariat verteidigt die Humanität und den Grundsatz, gesellschaftliche Einflüsse auf das Individuum zu berücksichtigen. In den internationalen Beziehungen vertritt die Bourgeoisie eine Politik des Krieges und der Annexion, in der gegenwärtigen Phase des Systems Zollpolitik und Handelskrieg, das Proletariat aber eine Politik des allgemeinen Friedens und des Freihandels. Auf dem Gebiet der Gesellschaftswissenschaft und der Philosophie stehen die bürgerlichen Schulen und die Schule, die den Standpunkt des Proletariats repräsentiert, in deutlichem Widerspruch zueinander. Idealismus, Metaphysik, Mystizismus, Eklektrizismus sind repräsentativ für die besitzenden Klassen und ihre Weltanschauung, das Proletariat der Neuzeit aber hat eine Schule, den dialektischen Materialismus. Selbst im Bereich der sogenannten allgemeinmenschlichen Beziehungen, der Ethik, den Ansichten über Kunst, über Erziehung - Interessen, Weltanschauung und Ideale der Bourgeoisie auf der einen und des bewußten Proletariats auf der anderen Seite bilden zwei Lager, die durch eine tiefe Kluft von einander getrennt sind. Dort aber, wo die formalen Bestrebungen und die Interessen des Proletariats und der Bourgeoisie in ihrer Gesamtheit oder in ihrem fortschrittlichen Teil identisch oder gemeinsam scheinen, wie zum Beispiel bei der Identität der Formen und Parolen ein völliges Auseinanderklaffen in Inhalt und tatsächlicher Politik.
In einer auf diese Weise zusammengesetzten Gesellschaft kann von einem kollektiven und einheitlichen Willen, von Selbstbestimmung der »Nation« kein Rede sein. Wenn wir in der Geschichte der neuzeitlichen Gesellschaften »National«bewegungen und Kämpfe um »Nationalinteressen« antreffen, so sind das normalerweise Klassenbewegungen der herrschenden bürgerlichen Schicht, die im gegebenen Fall bis zu einem gewissen Grad die Interessen auch anderer Volksschichten repräsentieren kann, und zwar in dem Maße, in dem sie in Gestalt von »Nationalinteressen« fortschrittliche Formen der historischen Entwicklung schützt, und insofern sich die arbeitende Klasse noch nicht aus der Masse des von der Bourgeoisie geleiteten »Volkes« zu einer selbständigen bewußten politischen Klasse herauskristallisiert hat. Die französische Bourgeoisie hatte in diesem Sinne das Recht, während der Großen Revolution im Namen des französischen »Volkes« als dritter Stand aufzutreten, und sogar die deutsche Bourgeoisie konnte sich bis zu einem gewisssen Grade im Jahre 1848 als Repräsentant des deutschen »Volkes« verstehen, wenngleich das »Kommunistische Manifest« und teilweise »Die Neue Rheinische Zeitung« schon Vorposten einer eigenen Klassenpolitik des Proletariats in Deutschland waren. In beiden Fällen bedeutete dies nichts anderes, als daß die revolutionäre Sache der bürgerlichen Klasse im damaligen Stadium der gesellschaftlichen Entwicklung mit derjenigen des gesamten Volkes zusammenfiel, da dieses mit der Bourgeoisie noch eine politisch einheitliche Masse gegen den herrschenden Feudalismus bildete.
Schon dieser Umstand zeigt, daß mit den »Rechten der Nationen« zu operieren für den Standpunkt einer sozialistischen Partei in der Nationalitätenfrage nicht maßgeblich sein kann. Die Existenz einer solchen Partei selbst ist gerade der Beweis, daß die Bourgeoisie aufgehört hat Vertreter der gesamten Volksmasse zu sein, daß die Klasse des Proletariats sich nicht mehr unter dem Schutzmantel der Bourgeoisie versteckt, sondern sich von ihm abgelöst hat, als selbständige Klasse mit eigenen gesellschaftlichen und politischen Zielen. Weil aber die Auffassung von »Volk«, »Rechten« und »Volkswille« als homogenes Ganzes aus Zeiten des unausgereiften und unbewußten Antagonismus zwischen Proletariat und Bourgeoisie übriggeblieben ist, wie wir ausführten, wäre es ein krasser Widerspruch, wenn das klassenbewußte und selbständig organisierte Proletariat sie gebrauchen würde, ein Widerspruch nicht hinsichtlich der Schullogik, sondern ein historischer Widerspruch. Bei der Nationalitätenfrage muß eine sozialistische Partei in der heutigen Gesellschaft vor allem den Klassengegensatz berücksichtigen. (...)
Und nach diesem Prinzip auch verband Herr Limanowski, der spätere Führer der PPS, z.B. den polnischen Sozialismus mit der Aufgabe der Wiederherstellung Polens, auf Grund der Beobachtung, der Sozialismus sei unzweifelhaft eine schöne Idee, der Patriotismus sei das nicht weniger, und also: »warum sollten sich zwei so schöne Ideen nicht verbinden lassen«.
Das einzig wahre Körnchen, das in diesem sentimentalen Sozialismus steckt, ist die utopische Parodie der richtigen Idee, daß das sozialistische System als Endziel der proletarischen Bestrebungen durch die Aufhebung der Klassenherrschaft zum erstenmal in der Geschichte der Klassengesellschaften

Rosa Luxemburg, Nationalitätenfrage und Autonomie, 1908
(Auszüge)

Das Programm der russischen Partei enthält allerdings noch zwei weitere überaus wichtige Postulate, die sich mit der gleichen Materie beschäftigen. Das ist einmal Punkt sieben, der die Aufhebung der Stände und völlige Gleichberechtigung der Bürger, ohne Unterschied des Geschlechts, des Glaubens, der Rasse und der Nationalität fordert, und dann Punkt acht, der aussagt, daß die Bevölkerung des Staates das Recht haben soll, Schulen mit der nationalen Sprache auf Kosten des Staates nach dem Prinzip der schulischen Selbstverwaltung zu besuchen, die jeweilig eigene Sprache auf Versammlungen und, gleichberechtigt neben der staatlichen Sprache, auch an allen staatlichen und öffentlichen Ämtern zu benutzen. In engem Zusammenhang mit der Nationalitätenfrage steht auch Punkt drei des Programms, der eine ausgedehnte Stadt- und Bezirksselbstverwaltung (oblastnoe samoupravlenie) für die Gebiete fordert, in denen spezielle Lebensbedingungen und eine besondere Zusammensetzung der Bevölkerung herrschen. Offensichtlich aber schienen den Autoren des Programms Gleichberechtigung der Bürger, Recht auf die eigene Sprache, sowie Bezirks- und Stadtselbstverwaltung nicht ausreichend für die Lösung der Nationalitätenfrage zu sein, da sie es doch für unerläßlich erachteten, einen besonderen Paragraphen anzufügen, der darüber hinaus jede Nationalität mit dem »Recht auf Selbstbestimmung« ausstattet.
Was an dieser Formel vor allem auffällt, ist der Umstand, daß sie nichts enthält, was spezifisch mit Sozialismus oder Arbeiterpolitik zusammenhängt. »Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen« ist schon auf den ersten Blick eine Paraphrase der in allen Ländern und zu allen Zeiten propagierten Losung des bürgerlichen Nationalismus: »das Recht der Nationen auf Freiheit und Unabhängigkeit«. Bei uns, in Polen, war »das Naturrecht der Nationen auf Freiheit« die klassische Formel der Nationalisten, von der »Demokratischen Gesellschaft« bis zur »Pobudka« Limanowskis und von der sozialistisch-nationalen »Pobudka« bis zur antisozialistischen »Liga Narodowa« in ihrer Phase vor dem Verzicht auf das Unabhängigkeitsprogramm. (...)
In der Tat haben die politischen Programme der modernen Arbeiterparteien nicht das Ziel, abstrakte Prinzipien eines sozialistischen Ideals zu verkünden, sondern nur das, die praktischen gesellschaftlichen und politischen Reformen zu formulieren, deren das aufgeklärte Proletariat bedarf und die es in der bürgerlichen Gesellschaft beansprucht, um den Klassenkampf und seinen Endsieg zu erleichtern. Die Postulate eines politischen Programms sind für dieses bestimmte Ziel formuliert, damit sie auf der Grundlage des bürgerlichen Systems unmittelbar, praktisch und ausführbar eine Lösung der brennenden gesellschaftlichen und politischen Probleme ermöglichen, die in den Bereich des proletarischen Klassenkampfes fallen, damit sie als Anweisung für die tägliche politische Praxis und ihre Bedürfnisse dienen, damit sie die politische Aktion der Arbeiterpartei veranlasen und in die entsprechende Richtung lenken, und damit sie schließlich die revolutionäre Politik des Proletariats von der Politik der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien abgrenzen.
Es ist wohl klar, daß die Formel von »Selbstbestimmungsrecht der Nationen« ganz und gar nicht diesen Charakter besitzt. Sie gibt keine einzige praktische Anweisung zur täglichen politischen Praxis des Proletariats, keinen einzigen praktischen Lösungsvorschlag zu Nationalitätenfragen. Diese Formel zeigt zum Beispiel dem russischen Proletariat nicht, wie es die Klärung der nationalen Sache Polens fordern soll, wie diejenige Finnlands, des Kaukasus, die jüdische usw., sie stellt eher nur eine unbegrenzte Ermächtigung für alle interessierten »Nationen« dar, die nationalen Angelegenheiten nach eigenem Gutdünken zu lösen. Die einzige praktische Folgerung, die sich aus der obigen Formel für die tägliche politische Praxis der Arbeiterklasse ziehen läßt, ist die Anweisung zum verpflichtenden Kampf gegen alle Erscheinungen nationaler Unterdrückung. Wenn wir das Recht einer jeden Nation auf Selbstbestimmung anerkennen, so müssen wir logischerweise natürlich jede Art der Bevormundung einer Nation, das gewaltsame Aufdrängen dieser oder jener nationalen Existenzform durch eine andere Nation, verdammen. Dennoch leitet sich die Verpflichtung zum Protest und zur Bekämpfung der nationalen Unterdrückung für die Klassenpartei des Proletariats durchaus nicht von einem besonderen »Recht der Nationen« her, genausowenig, wie sich z.B. ihre Bestrebung nach einer gesellschaftlichen und politischen Gleichberechtigung der Geschlechter aus einem besonderen »Recht der Frauen« herleitet, auf das sich die Bewegung der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen beruft, die Verpflichtung kann nur abgeleitet werden aus dem allgemeinen Gegensatz zum Klassensystem, zu jeglicher Form von gesellschaftlicher Ungleichheit und Herrschaft, mit einem Wort, aus dem grundsätzlichen Standpunkt des Sozialismus. Aber abgesehen davon ist die erwähnte Anweisung für die praktische Politik schlichtweg von negativem Charkater. Die Verpflichtung, sämtliche Formen von nationaler Unterdrückung zu bekämpfen, beinhaltet durchaus noch keine Aufklärung darüber, nach welchen Verhältnissen und zu welchen politischen Formen das bewußte Proletariat in Rußland zum gegenwärtigen Zeitpunkt streben soll, um die polnischen, lettischen, jüdischen u.a. nationalen Angelegenheiten zu bereinigen, welches Programm im heutigen Kampf der Klassen und Parteien den verschiedenen bürgerlichen, nationalistischen und pseudosozialistischen Programmen entgegengestellt werden soll. Mit einem Wort, die Formel vom »Selbstbestimmungsrecht der Nationen« ist im Grunde kein politischer und programmatischer Hinweis für die Behandlung der Nationalitätenfrage, sondern gewissermaßen ein Ausweichen vor dieser Frage. (...)
Die Formel vom »Recht der Nationen« reicht nicht aus, um die Haltung der Sozialisten in Nationalitätenfragen zu begründen, nicht allein deshalb, weil sie nicht alle die ungleichartigen historischen Bedingungen (des Ortes und der Zeit) in jedem gegebenen Fall berücksichtigt und nicht die allgemeine Entwicklungsrichtung der weltweiten Verhältnisse einbezieht, sondern auch deshalb, weil sie die

Notfalls unter Einsatz des Lebens
ICH-IDENTITÄT UND NATIONALE IDENTITÄT

Der nachfolgende Vortrag wurde erstmals zur Auftaktveranstaltung des Wohlfahrtsauschusses Hamburg im Dezember 1992 gehalten. Damals ging es darum, den in der Formulierung „Etwas Besseres als die Nation" erhobenen Anspruch des WA inhaltlich auszufüllen und auf eine Kritik des nationalen Alltags zu orientieren, aus dem heraus rassistische Positionen und Bewegungen entstehen, die zur Durchsetzung einer imperialistischen nationalen Zwecksetzung benutzt werden. Einige Aspekte dieses Vortrages, die einem Teil des Publikums damals „zu abstrakt" erschienen, wurden inzwischen durch die politische Realität „konkretisiert": Zum einen durch den Einsatz der Bundeswehr in Somalia, mit dem der bürgerliche Staat nicht zuletzt wieder OFFEN seinen Anspruch auch auf das Leben seiner Bürger erhebt. Zum anderen zeigten die Erfahrungen der WAs vor allem während der Veranstaltung in Leipzig, daß im Osten der BRD eine entwickelte regionalpatriotische „Ost-Identität" existiert, deren Bewertung offensichtlich ziemlich unterschiedlich ausfällt. Die Auseinandersetzung darüber berührt letzlich die Frage, ob der antinationale Anspruch auf Kritik der imperialistischen „Normalität" zugunsten einer bündnisorientierten „antifaschistischen Politik" zurückgenommen wird. Die vorliegende Fassung des Vor-trages wurde unter diesen Gesichtspunkten überarbeitet und ergänzt.

„Die militärische Option ist wieder Teil deutscher Politik." („Die Woche")
„Gestern noch in der Bhagwan-Disko, heute schon in der Todeszone. Olaf, 25, gehört zu den ersten deutschen Soldaten in Blutland Jugoslawien. Prinz-Frontbesuch." („Prinz" 10/92)
„Bonn zaudert noch: Rückzug oder offener Kampf?" („Hamburger Morgenpost")
„Der Rückzug wäre eine Katastrophe für die Moral der Soldaten" (Klaus Kinkel)
„Heldentod eines Bundeswehrsoldaten in Somalia – mit aktuellen Fernsehspielen bringt die ARD Schwung ins Programm." („Der Spiegel" über den WDR-Film „Auch Engel können sterben")
„Deutscher in Somalia gelyncht" („Hamburger Abendblatt")
„Es ist passiert: Der erste deutsche Soldat, gefallen für UNO und Vaterland im fernen Somalia, heimgekehrt im Zinksarg, wurde am ...... (Datum bitte selbst ausfüllen und dann ein angemessenes Fest organisieren) mit militärischen Ehren beigesetzt." (dpa)
Liegt es nicht doch an den Afrikanern selbst, wenn sie – so viele Jahre, nachdem Sklavenjagd und Kolonialisierung große Teile Afrikas entvölkert und zerstört hatten – immer noch auf keinen grünen Zweig gekommen sind? Hatten sie denn bisher nicht genügend Zeit, um den Abstand zu Europa zu verkleinern? „Somalia hungert" und Deutschland, das zuvor schon in Somalia und etlichen anderen afrikanischen Staaten mit Waffen, Polizeiausbildung und Geheimdienstaufbau geholfen hat, hilft nun „humanitär" (!) und in selbstloser Risikobereitschaft mit Soldaten aus. Welch ein Bild: Ein deutscher Bundeswehrmachtssoldat im Tropenhut und mit dem Gewehr unter dem Arm inspiziert in Belet Huen die Elendsquartiere. Das „euroamerikanische" Überlegenheitsgefühl und die dazugehörigen „nationalen Identitäten" speisen sich immer noch gerne aus dem Anblick eines hungernden und leidenden Afrikas, und so soll es dann eben passieren, daß aus dem durchschaubaren Wunsch nach „humanitärer Nothilfe" ein richtiger Krieg wird, weil sich eine westliche Armee ja nicht einfach von „afrikanischen Banden" am Helfen hindern lassen kann. Kein Wort darüber, wie die Konkurrenzgesetze dafür sorgen, daß die ökonomisch und militärisch führenden Nationen ihren Vorsprung weiter ausbauen können. Kein Wort darüber, daß das unkritische Einverständnis mit den hier alleine gültigen Kriterien von Funktionalität und Effektivität die Fortsetzung eines alten Krieges mit modernen Mitteln ist. Ein Krieg, der dafür sorgt, daß in den peripheren Zonen des Weltmarktes alles so drunter und drüber geht, daß sich schließlich hervorragende Übungsfelder für die bewaffnete Hilfe auftun – auch in Fällen, in denen nicht einmal das übliche (und meist leicht zu beschaffende) offizielle „Hilfeersuchen" vorliegt. Die Überlegenheitsgefühle, die da – im Kontext ganz handfester Großmachtsinteressen – zur gewalttätigen Praxis drängen, sind gute 500 Jahre alt. Damals wurde nicht nur Amerika „entdeckt", sondern auch die sogen. Reconquista „erfolgreich" beendet – mit der Vertreibung von Moslems, spanischen Juden und schließlich auch der zum Christentum konvertierten Juden und Moslems. Nach dem bis dahin vorherrschenden Weltbild konnten Andersgläubige und „Heiden" durch eine Taufe auf die „richtige Seite" wechseln. Nach der Doktrin der Reconquista hingegen, war das Blut von Moslems und Juden „vergiftet" und ihre religiöse Orientierung somit vererblich. Hier liegen die Anfänge des modernen „ethnisch" begründeten „euroamerikanischen" Rassismus, der schon bald den Massenmord an den native americans und dann die neuzeitliche Sklaverei legitimieren sollte. Dieser Rassismus wurde zum festen Bestandteil aller mit der Expansion Europas einhergehenden „kulturell-zivilisatorischen" Überlegenheits- und Identitätsvorstellungen.
Während sich die Existenz der verschiedenen Varianten des Rassismus (der „wissenschaftlich" vorgetragene Begriff „Rasse" entstand erst im 17.Jahrhundert) heute bis zu 3500 Jahre zurückverfolgen und belegen läßt, ist die moderne „Nation" ein Kind des Kapitalismus.
Die „Nation", so wie wir sie kennen, ist nur wenige hundert Jahre alt. Ihren endgültigen Siegeszug um die Welt trat sie sogar erst nach dem 2. Weltkrieg an. Die traditionalen, vorbürgerlichen Gesellschaften z.B. in Mitteleuropa waren Personenverbände ohne „ethnische" Homogenisierung. Die mittelalterlichen politischen Ordnungen lassen sich noch nicht als Staaten im neuzeitlichen Sinne mit allgemeinem Zuständigkeitsanspruch auf ein bestimmtes Gebiet auffassen. Die mittelalterliche Ständepyramide kannte noch nicht einmal ein gesamtgesellschaftliches Gewaltmonopol. Die Menschen waren nicht unmittelbar von einem Staat abhängig, sondern lebten in persönlichen Abhängigkeitsver-

hältnissen z.B. von Grundbesitzern, die oft auch ihre Richter waren. Erst der fürstliche Absolutismus mit seinen Abgabemonopolen, zentralen Bürokratien und dem ansatzweisen Gewaltmonopol arbeitete dem Nationalstaat und der Zivilgesellschaft zu.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts hatte sich in nahezu ganz Europa (unter anderem als Fortschreibung eines „sprachlichen" Volksnationalismus) der staatsoffizielle, auf die Wahrung imperialer Interessen gerichtete Nationalismus herausgebildet. Nationalismus ist seither der Versuch, einem von oben gestifteten politischen Gemeinwesen zur „Identität" zu verhelfen. Dieser Nationalismus ist an die Trennung von Herrschaftsmacht (Staat) und Ausbeutungsmacht (Kapital) gebunden. Sein Schmiermittel ist die Konkurrenz aller gegen alle, die zur Anrufung des von der bürgerlichen Gesellschaft getrennten Staates führt.

Im Rahmen des „Nationalstaates" sammelt das bürgerliche Individuum seine fundamentalen Erfahrungen im Überlebenskampf und bildet dabei seine „Identität" heraus, also jenes seltsame Ideal, von dem auch im Zusammenhang mit der „Nation" („Die Identität der Deutschen") täglich die Rede ist. Die Suche nach der individuellen Identität und die nach der nationalen Identität fügen sich dabei mehr oder weniger eng zusammen.

Beim Streben nach Identität kommt es vor allem auf das Streben an. Das sicherste Identitäts-Ticket ist letztlich der Paß.

Heute werden alle auf die Suche nach sich selbst geschickt. Der Zauber ist ungebrochen, der seit der Aufklärung von dem Wort „Identität" ausgeht. Hier klingt ein Versprechen auf eine heile Welt an: Für den Fall, daß man seine Identität denn finden sollte, wird man endgültig mit sich im Reinen sein. Dabei fällt auf, daß diese Identität erstmals mit dem „Außen" nicht viel zu tun haben soll. Sie ist eine Angelegenheit, die sich tief im Inneren der Person abspielen soll, in ihrem „Kern" bzw. „Zentrum". Das liegt daran, daß das bürgerliche Individuum durch die Abtrennung von seiner Gesellschaftlichkeit (die trägt es lediglich als Geld in seiner Hosentasche mit sich) zunächst nur sich selbst als Subjekt begreift, alle anderen hingegen als Material seiner egoistischen Bestrebungen. Das bürgerliche Individuum lebt zwar in der Gesellschaft, aber es wirtschaftet darin auf eigene Rechnung, haust darin wie ein NOMADE. Die Gesellschaft erscheint ihm trotz aller unvermeidlichen „Interaktion" mit anderen Menschen äußerlich, denn diese Gesellschaft plant ihre Produktion und Konsumtion nicht selbstbewußt. Das Gesamtergebnis ist von niemandem willentlich angestrebt und es hält deshalb manche Überraschung bereit.

Das bürgerliche Individuum fühlt sich ALLEIN im größten Gedränge und es wünscht sich in seinem Inneren auch allein auf der Welt zu sein, weil es dann die lästige Konkurrenz los wäre. Die für das kapitalistische System konstitutive Konkurrenz weckt beim bürgerlichen Individuum den Wunsch, die Konkurrenten zu überleben, ihnen ihre Handlungsmöglichkeiten zu nehmen. Die Konkurrenzhandlung, das belegt etwa die Sprache der Wirtschaftspresse, ist letztlich die symbolische Realisierung eines Tötungswunsches. Strukturell besteht zwischen der ökonomischen „Ausschaltung" eines Konkurrenten und seiner Tötung kein Unterschied. Der bürgerliche Staat kennt diesen Tötungswunsch und verpflichtet die Individuen im Interesse eines geregelten Geschäftsablaufes auf einheitliche Konkurrenzregeln. Er zwingt sie, sich trotz unterschiedlicher Vorrausetzungen (Lohnarbeiter, Kapitalist, etc.) an die von ihm aufgestellten Spielregeln zu halten. Indem er sie in dieser Hinsicht gleich stellt, verewigt er die Unterschiede zwischen ihnen.

Der Wunsch des zur Konkurrenz gezwungenen bürgerlichen Individuums, allein auf der Welt zu sein, wird schließlich zum Wunsch, daß Deutschland alleine auf der Welt sein sollte – ohne die lästige Konkurrenz anderer Souveräne. Die Nation ist das erste abgesteckte Jagdrevier des vom Kapitalismus wiedersprüchlich freigesetzten Individuums. Damit, daß in diesem Revier auch noch andere jagen, die der selben Staatsmacht unterworfen sind, hat es sich notgedrungen abgefunden. Es mag es aber überhaupt nicht gerne, wenn hier Unbefugte = Fremde jagen. Dann kehrt sich seine grundsätzliche und im Prinzip tödliche Aversion gegen lästige Konkurrenten umso heftiger gegen jene, die nach seiner Auffassung ohne Legitimation mitbieten. Wenigstens die sollen dann ausgegrenzt (und dem geheimen Wunsch nach: ausgelöscht) werden, um eigene soziale und materielle Vorteile zu erlangen und sich darüber besser behaupten zu können. Das war schon vor den Mordanschlägen auf „Asylanten" und „Gastarbeiter" so. Vor allem die Ausländergesetze garantieren dem staatlich anerkannten „Deutschen" gesetzliche Privilegien in seinem Jagdrevier. Darauf basiert sein Herr-im-Hause-Standpunkt und sein Wille zur Selbstethnisierung. Die Frage nach der eigenen Identität ist ihrem Ursprung nach idealistisch. Man fragt nicht: Was die Person A für die Person B ist, sondern was dies für eine Person ist? Das gesellschaftliche Sein-Für-Eines wird zurückgenommen in den einzelnen Menschen selbst, letztlich in eine „in ihm steckende Naturanlage". Identität ist somit eine Kategorie des Stillstandes, eine gewollte Anpassungsleistung und „die falsche Versöhnung mit der unversöhnten Welt" (Adorno). Sie hat mit dem Tod zu tun, denn das LEBENDE Ich bewegt sich notwendig mit jeder Handlung und jedem Gedanken von seinem Ausgangspunkt weg. Der Denkgegenstand „Identität" ist hingegen jeder konkreten Bestimmtheit entkleidet. Mit der Suche nach ihrer Identität bezieht sich die suchende Person auf ein abstraktes System der Moral, in dem die Verpflichtung des Verhaltens (die bürgerliche Soziologie spricht von „Rollen") nicht durchsichtig aus den Erfordernissen des gesellschaftlichen Lebens hergeleitet ist. In der Nachfolge von Freud und Erikson wird der Anspruch auf Identität als das Ensemble der Fähigkeiten begriffen, auf verschiedene Anforderungen der Gesellschaft mit anpassungsfähiger Konsistenz einzugehen. Die Freiheit des Willens bestätigt sich somit in der Fähigkeit, eigenen Vorteil unter Beachtung des Vorgegebenen zu suchen – das meint z.B. die „Erziehung zur Mündigkeit" in der bürgerlichen Pädagogik.

Das erlebte Bewußtsein von persönlicher Identität läuft letztlich auf eine Selbsttäuschung hinaus und

Manche setzen die Realität des kurdischen Volkes mit der Situation in den genannten Ländern gleich. Doch es ist unlogisch anzunehmen, daß ein Volk wie das kurdische, das nie über andere Völker geherrscht, sondern immer ein Sklavenleben geführt hat, zum Nationalismus neigen sollte. Außerdem ist Nationalismus ein Klima, das von einer demokratisch-sozialistischen ideologisch-politischen Kultur wie der PKK geprägt ist, auf keine Fall möglich.
Die PKK-Bewegung hat dem kurdischen Volk niemals die türkischen Menschen als Angriffsziel dargestellt. Sie betrachtet den Staat mit seiner Armee und die kurdischen herrschenden Kräfte als den Feind und kämpft gegen sie. Aus unserer Sichtweise ist es unmöglich, eine andere Nation zum Feind zu erklären. Wir können auch wichtige Schlüsse aus der Tatsache ziehen, daß unter den Gründungsmitgliedern der PKK Türken waren, die auch nie in Kurdistan gelebt und trotzdem diese Partei mitbegründet haben -Kemal Pir und Haki Karer und viele andere. Letztes Jahr haben sich aus den Städten an der türkischen Schwarzmeerküste 50 türkische Studenden der PKK angeschlossen, um nur ein Beispiel zu nennen. Türkische Wissenschaftler wie Dr. Ismail Besikci oder der Dozent Fikret Baskaya sitzen wegen ihrer Meinung zur kurdischen Frage wegen angeblicher »Unterstützung der PKK« im Gefängnis. Wenn die PKK auf einer nationalistischen Basis aufgebaut wäre, gäbe es bis heute in der Türkei ein großes Blutvergießen.
Unsere Bewegung ist sich bewußt, daß manche nationale Befreiungsbewegungen nachdem sie an die Macht gekommen waren, ins Lager der Bourgeoisie übergelaufen sind. Wir erklären, daß wir in unserer Praxis diese Gefahr überwunden haben bzw. sehr sensibel in diesem Zusammenhang sind. Wir legen jetzt bei unserer Strukturierung sehr großen Wert auf die Beteiligung des Volkes und reagieren sehr sensibel gegen Bürokratisierung. Wir messen der Entwicklung der Kommunalen Verwaltung großen Wert bei und sind seit Ende 1993 bis heute damit beschäftigt, regionale Volksparlamente zu gründen. Diese konspirativ geschaffenen Regionalparlamente , die verschiedene Aktivitäten entwickeln, haben bei allen Dingen, die die Region betreffen, das Sagen. Natürlich stehen sie, weil wir im Kriegszustand leben, auch in Vebindung mit den Guerillakommandaturen. Die PKK führt dazu in ihren eigenen Reihen Schulungen durch. Wir betrachten die Revolution nicht nur als einen Vorgang die Macht zu erobern. Unsere Philosophie besteht darin, die Revolution in der Persönlichkeit des Menschen zu vollziehen. Wer es schafft die Perönlichkeit zu verändern, kann die Revolution machen. In diesem Sinne entwickeln wir das Gesellschaftssystem der Zukunft schon heute bei uns.
Wir verteidigen keine schon fertige Nation, sondern wollen eine Nation, deren Vernichtung beabsichtigt ist, wieder zum Leben erwecken. Aus diesem Grund bauen wir die militärischen, politischen, ökonomischen, sozialen, kulturellen und diplomatischen Institutionen Schritt für Schritt auf. Unsere nationale Institutionenbildung steht jetzt immer stärker auf der Tagesordnung. Wir unternehmen Bemühungen, unsere Kader für die Zukunft zu bilden. Natürlich stellen dabei vor allem die im Auslande lebenden KurdInnen langsfristig ein für ihr Land wichtiges Potential dar.
Als sich die Portugiesen aus Mosambique zurückzogen, gab es zum Beispiel niemanden, der die von ihnen zurückgelassenen Lastwagen hätte fahren können. Doch für Kurdistan können wir ohne Übertreibung sagen, daß wir ein qualifiziertes Potential haben. Auch wenn ein gewisser Teil dieses Potentials heute noch seine eigene Realität leugnet und im Dienst des türkischen Staates steht, versuchen wir es zu gewinnen.
Wir haben früher mit den türkischen linken Parteien intensive Diskussionen über die nationale Frage geführt. Die vorherrschende Haltung der türkischen Linken war chauvinistisch und bestand darin, unter dem Deckmantel eines Internationalismus die Existenz der kurdischen Nation zu leugenen. Doch es ist eine klare Tatsache, daß der demokratische Kampf in der Türkei keinen Erfolg erreichen kann, bevor die kurdische nationale Frage nicht gelöst ist. Die türkische Linke hätte deshalb uns gegenüber von Anfang an eine respektvolle solidarische Haltung zeigen müssen. Denn das hätte ihrer eigenen Entwicklung und der Schwächung der türkischen herrschenden Kräften gedient. Aber das hat sie nicht getan. Diejenigen, die uns des Nationalismus bezichtigen und sich gegen die Verwendung von Begriffen wie »kurdisch« und »Kurdistan« stellten, sind heute innerhalb der türkischen Gesellschaft sehr weit zurück geblieben. Dagegen war die kurdische Frage das schwächste Glied in der Kette der Türkei. Wenn sie mit uns gemeinsam daran gearbeitet hätten, dieses Glied zu zerschlagen, wäre die Kette schneller zu zerschlagen gewesen und es hätte eine Befreiung auf der Basis der Gleichheit stattfinden können. Es ist schon sonderbar nachdem die türkische Linke, die früher gegen die Verwendung des Begriffs »Kurdistan« war, gesehen hat, wie sehr sich der Kampf in Kurdistan entwickelt und Massenbasis gewonnen hat, begann sie ihre Namen zu ändern. Zum Beispiel ist die TDKP eine Organisation , die sich in den 70er Jahren am heftigsten gegen die kurdischen Revolutionäre stellte. Und genau diese Organisation stellt sich heute hin und erklärt, daß sie ein »Revolutionäres Kurdistan Komitee« gegründet habe.
Die türkische Revolutionäre, die sich faktisch nicht von der kemalistischen Ideologie getrennt haben, entwickeln sich auch nicht. Der Kemalismus stellt alles in den Dienst des Staates und des türkischen Nationalismus. Mustafa Kemal ließ zum Beispiel mit einem Befehl in einer einzigen Nacht eine türkische »kommunistische Partei« gründen, um die Entwicklung des Bolschewismus in Anatolien aufzuhalten, indem er sie kanalisierte und unter seine Kontrolle stellte. In diesem Zusmmenhang betrachten wir auch einige Herangehensweisen als eigennützig, denn diejenigen, die uns des Nationalismus bezichtigen, betreiben selbst Nationalismus und Chauvinismus gegen eine unterdrückte Nation.

zung. Die Beseitigung der kolonialistischen Besatzung und der Kollaborateursstruktur in Kurdistan schafft die nationale und soziale Befreiung des kurdischen Volkes. Die türkische kolonialistische Herrsacht über Kurdistan stellt einen Unterdrückengs-apparat sowohl im nationalen Sinn als auch unter dem Klassenaspekt dar. Die türkischen herrschenden Kräfte haben in Kurdistan eine kurdische Kolloborateursschicht geschafffen, die sie durch ökonomische Privilegien an sich gebunden haben. Deshalb sind auch die kurdischen Herrschenden dirket vom türkischen Staat abhängig. Diese Realität bestimmt sowohl das revolutionäre Ziel der kurdischen Bewegung als auch die Schichten, auf die sie sich stützen muß.

In den allgemeinen theoretischen Analysen wird die nationale Frage nur als eine Frage des Marktes der nationalen Bourgeoisie dargestellt. Diese Meinung teilen wir nicht. Die nationale Frage ist vor allem eine Problem der Schichten der Gesellschaft, die kein Kapital besitzen. In einer Welt, in der das Kapital sich monopolisiert hat und international geworden ist, ist die Nation für das Kapital kaum mehr von Bedeutung. Auch in Kurdistan stellt sich für die herrschenden Klassen aufgrund ihrer Bourgeoisen Struktur die nationale Frage nicht. Die halbkapitalistische Entwicklung der kurdischen herrschenden Klassen begann mit dem Eindringen des Kapitalismus des türkischen Staates in Kurdistan. In diesem Sinne waren die kurdischen herrschenden Kreise vollkommen vom türkischen Kolonialismus abhängig und ihre Interessen von Ankara gelenkt. So hat sich zum Beispiel in Nordkurdistan bis heute keine Partei gebildet, die die nationalen und politischen Interessen der kurdischen herrschenden Klassen verritt. Auch die PSK (Sozialistische Partei Kurdistans), die wir als kleinbürgerlich bezeichnen, hat in diesen Kreisen keine Basis gefunden. Schließlich stellen diese Kreise die Stütze des türkischen Staates in Kurdistan dar und schützen ihn. Wenn die Verbindung zwischen den herrschenden kurdischen Schichten und des Ankara-Regimes abbrechen, kann sie ihre Existenz nicht mehr schützen. Die PKK bekämpft sei ihrer Gründung diese Kreise. Ihr Kampf begann 1978 mit Kämpfen gegen die Großgrundbesitzer in der Gegend von Urfa und Mardin.

Das nationale Potential, auf das sich die PKK stützt, ist die Arbeiter- und Bauernschaft, sind die armen Schichten. Die Macht der Zukunft stützt sich auf die Basis dieser Schichten bzw. ihrer Ideologie. Wir sehen, daß in den letzten Jahren zunehmend Geschäftsleute und andere kleinbürgerliche Schichten und sogar die Mittelschichten von unserem Kampf beeinflußt werden oder sich ihm anschließen. Denn mit dem zunehmenden Autoritäsverlust des türkischen Staates sind auch diese Schichten den Angriffen stärker ausgesetz. War der türkische Staat anfangs in erster Linie darauf aus, die organisierte Kraft der PKK zu vernichten, betreibt er heute Gewalt und Terror gegen alle Schichten der kurdischen Gesellschaft. Aus diesem Grund erleiden diese Schichten und Klassen immer größeren Schaden und Verluste. Der türkische Staat, der die Ökonomie Kurdistans auf systematische Weise zerstört, verwüstet und verbrennt die Geschäfte tausender kurdischer Ladenbesitzer, weil sie sich an Rolladenschließungsaktionen beteiligen. Diese sich ständig steigernden Angriffe der Kolonialisten lösten bei diesen Schichten eine sich zunehmend entwickelnde, antikoloniale Einstellung und einen Bruch mit dem Staat aus. Das Überlaufen dieser Schichten kann aber den Ursprung der PKK nicht ändern. In Südkurdistan und in Ostkurdistan gibt es feudal geprägte kurdische Parteien. Die bestimmendste unter ihnen, die KDP, hat kein nationales Programm. Sie will vielmehr durch ein Autonomie-Programm ihre eigenen regionalen Interessen sichern. Die südkurdische Regierung spiegelt nicht den Willen der kurdischen Nation und ihrer Basis wider. Außerdem wurde die Macht in Südkurdistan einfach entsprechend der Kräfteverhältnisse unter den beiden südkurdischen feudalen Parteien untereinander aufgeteilt. Wer die kurdische Frage verfolgt, stellt fest, daß es seit Jahren Auseinandersetzungen zwischen der Bewegung der PKK und diesen kurdischen Herrscherparteien gibt, denn die Existenz der PKK steht natürlich im Widerspruch zu ihren Klasseninteressen. Die PKK kämpft sowohl gegen den türksichen Staat und seine Militärkräfte als auch gegen die kurdischen Herrscherkreise. Das nationale Bewußtsein des kurdischen Volkes mit einem demokratischen Charakter entwickelte sich mit der PKK. Die PKK entwickelt eine Nation diese Charakter Schritt für Schritt mit der Organisation ihres Kampfes. Wir arbeiten an der Veränderung der Gesellschaft. Wir versuchen, die gesellschaftliche Struktur der Zukunft im Verlauf unserer Revolution zu entwickeln. In dieser Phase wurden schon viele Dinge durch die Revolution umgestülpt und verändert. So stand zum Beispiel die Frau in einer islamisch geprägten Gesellschat im Hintergrund. Doch heute sind die Frauen in den Reihen der PKK zu 30% auf Führungsebene am Kampf beteiligt und in Kurdistan hat sich eine freie Frauenbewegung demokratischen Charakters entwickelt. Auch die religiösen Kreise beteiligen sich am nationalen Befreiungskampf. Es mag manchen als Widerspruch erscheinen, doch auch die religösen Menschen marschieren unter der Fahne der PKK. ERNK und in den Reihen der ARGK und hören auf ihre Befehle. Vielleicht beteiligen sich einige von ihnen nur aus nationalen Interessen am Kampf, doch durch die Haltung der PKK zur Sozialen- und Klassenfrage erfahren sie eine Veränderung ihrer Einstellung.

PKK, KDP, PUK

Die PKk führt eine Nation Schritt für Schritt an die Macht, durch eine Entwicklung von der Basis aus. Wenn wir hier einen historischen Vergleich ziehen, können wir zum Beispiel feststellen, daß die Türken auf den Trümmern des osmanischen Reichs unter Ausnutzen einiger günstiger Gelegenheiten und mit großem Betrug einen Staat aufgebaut haben. Dieser Staat versuchte durch Massaker an anderen Völkern (dem armenischen, kurdischen, griechischen, assyrischen, chaldäischen u.a.) und Unterdrückung eine türksiche Nationenbildung zu vollziehen. Auch in Deutschland passierte ähnliches. Solche Nationen haben keine Phase der demokratischen Revolution durchlaufen. Weil sie keine oder nur eine sehr schwache demokratische Tradition haben, endeten die nationalen Bestrebungen in solchen Ländern im extremen Nationalismus und Rassismus. Bei ihnen herrschen gierige Expansionsbestrebungen vor, die natürlich eine große Gefahr für die anderen Völker darstellen und ihren Angriffen ausgesetzt sind.

in der Realität zeigt sich dann auch, daß eine Ich-Identität gar nicht dauerhaft erlebt wird, es sei denn als anhaltende „Identitätskrise". Die Idee der Identität hat ihr gesellschaftliches Ausgangsmodell – die heutige Realität ist natürlich komplexer – zunächst im Tauschprinzip, das nichtidentische Einzelwesen und Leistungen grundsätzlich kommensurabel macht.
Während in den vorkapitalistischen, warenproduzierenden Gesellschaften alle einfach waren, was sie sein sollten, geht es heute um eine Anpassungsleistung an etwas, was gar nicht feststeht, an etwas, was sich ständig ändert: an die Dynamik des High Tech-Kapitalismus. Das Problem des bürgerlichen Individuums besteht heute darin, daß es die grundsätzlich bestehende und auch bejahte Anpassungsforderung nicht abschließend erfüllen KANN, weil ihm die Entwicklung immer davon läuft.
Andererseits ist es in strukturell rassistischen Gesellschaften ein Privileg, wenn von einem Individuum die Herausbildung einer Identität überhaupt erwartet wird: Ausgegrenzte, „rassifizierte" Personen werden dazu nicht aufgefordert, sie werden vielmehr auf eine konstruierte „ethnische Identität" festgelegt.
Im dynamischen Kapitalismus werden durch Investitionen und Innovationen permanent alle sozialen Bezugsgrößen umgewälzt – durch Veränderung der betrieblichen und gesellschaftlichen Arbeitsteilung, durch Veränderung der Stadt/Land-Beziehung etc. Dabei werden immer auch Begriffe neu definiert, Symbole umcodiert, neue Stile kreiert. Die Identitätssuche findet also in einem INHOMOGENEN SOZIALEN RAUM statt, und sie findet unter der Bedingung permanenter VERÄNDERUNG der Rahmenbedingungen, der anderen Individuen und der nach Identität suchenden Person selbst statt.
Weil die norminativen Erwartungen der Umwelt nicht stabil sind und weder der Wille zur Anpassung noch der Wunsch nach Unterscheidung einen festen Haltepunkt finden, muß das moderne Individuum auf seiner Suche nach der Identitätsbalance diese anstrengenden Widersprüche lebenslang aushalten.
Daß darüber nicht wenige Menschen ernsthaft krank oder gar schizophren werden, hindert bürgerliche Soziologen aber nicht daran, in Abgrenzung vom psychologischen Identitätsbegriff und ohne jeden kritischen Unterton die heute „offene Identität" pragmatisch als „situationsbedingt" und als „flexiblen und dynamischen Prozeß" zu beschreiben. Die Ursache dieser „Dynamik" ist schon nicht mehr ihr Thema.
Weil die Identität im „Wirtschaftleben" relativ eindeutig (Schlosser, Lehrer) ausfällt, im Nichtarbeitsbereich hingegen relativ beliebig ist, sind in letzterem bestimmte Kompensationsleistungen üblich, z.B. ein rigoroses „Haben-Wollen" oder subkulturelle Inszenierungen von Quasi-Lösungen und imaginären „Befreiungakten". Das bürgerliche Individuum spaltet sich in ein „uneigentliches Selbst", das sich den externen Zwängen anpaßt und ein „eigentliches Selbst", das im Nichtarbeitsbereich seine Identität (über Lebenstile, soziales Geschlecht, „Ethnie" und andere soziale bzw. kulturelle Symbole) selbst definieren möchte und dabei angesichts der Fragmentierung tradierter Sozialmilieus und dem unübersichtlichen Angebot der globalisierten „postmodernen Konsumkultur" auf erhebliche Schwierigkeiten stößt.
Die massenhafte Beschäftigung mit der eigenen Befindlichkeit und mit der Identitätssuche ist ein Phänomen des modernen Kapitalismus – vor allem in dessen Metropolen –, ein Ausdruck der Freisetzung der Marktsubjekte. Diese permanente und notwendig permanent scheiternde Suche nach Identität führt letztlich zu dem, was Marx „zivilisatorische Leistungen" nennt: Die immer wieder enttäuschende und ergebnislose Identitätssuche ist ein Stachel, der die Individuen voran treibt, der die notwendige gesellschaftliche „Grundnervosität" schafft und damit die Menschen der Dynamik und dem Rhythmus des Kapitalismus anpaßt. Eine Anpassung, die oftmals nicht danach ausschaut, denn zu ihr gehört auch, weil ein High-Tech-Kapitalismus auf innovative Kreativität angewiesen ist, die Herausbildung einer gewissen Autonomie bzw. von „Charakterstärke" gegenüber den vielen Fremderwartungen. Dieser Stachel wirkt nach innen und außen „zivilisierend": Außen in einer immer breiteren politisch-sozialen Koordinierung, innen als eine sich steigernde Selbstbeherrschung und Innensteuerung der atomisierten und trotzdem immer dichter vernetzten, immer mehr von einander abhängigen Individuen. Die hauptsächlichen Integrationsinstanzen sind dabei Markt und Staat: Sie steuern die Disziplinierung durch stummen Zwang, durch die zwingende Rationalität der Märkte, die ZEIT-ÖKONOMIE der kapitalistischen Wirtschaft, die gesetzlichen Bestimmungen und die sozialen Normen. Vor allem die allgegenwärtige, Körper und Seele erfassende Disziplinierung durch Zeitdruck und Effizienzanforderungen erzeugt dabei eine Tendenz zur Verrohung, wie sie sich zum Beispiel in instrumentalistischen Umgangsformen und entsprechender Gleichgültigkeit gegenüber anderen offenbart. Die Ausdifferenzierung von Gefühlen und ihre Abstumpfung liegen in dieser Gesellschaft dicht beieinander. Unter anderem darauf beruht auch Adornos These, wonach in der Zivilisation die „Barberei" schlummert. Bei der Entstehung von rassistischen Gefühlen und Haltungen spielt die Wiederkehr des im Prozeß des Selbstzwanges Verdrängten eine zentrale Rolle.

„Deutschland muß leben, und wenn wir sterben müssen"

Auf dem Weltmarkt sind die bürgerlichen Staaten so etwas wie Communities, die gegeneinander konkurrieren, aber auch miteinander auskommen müssen, weil sie sich gegenseitig benutzen wollen. Der Weltzusammenhang einer „Nation" wird von der Staatsmacht hergestellt, um das Geschäft ihrer Bürger von den Schranken ihres Herrschaftsbereiches zu befreien. Dabei stößt sie auf die Schranke, die die Existenz auswärtiger Souveräne darstellt. Mit ihnen muß sie sich irgendwie ins Einvernehmen setzen. Es ist ein Geschäft gegenseitiger Erpressung mit diplomatischen Tricks und ökonomischen Mitteln, mit militärischer Drohung und manchmal auch mit richtigem Krieg.
Innerhalb der einzelnen Staaten findet historisch und aktuell ein Prozeß der Homogenisierung statt, in

dessen Verlauf diese imaginäre Gemeinschaft „Nation" sozial konstruiert wird, etwa durch den einheitlichen Namen („Deutsche/r"), die relativ stabilen staatlichen (Ab-) Grenz(ung)en, die relative Kontinuität eines Staates (und damit einhergehend: das kollektive Gedächtnis als Resultat der Verpflechtung der individuellen Existenz in das Geflecht einer kollektiven Geschichte), die Sprachnormierung zur angeblichen „Muttersprache", das einheitliche Recht, das die Spuren der internen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen dieser Nation trägt (als abgeschlossenes Terrain sozialer Kämpfe), die einheitlichen Zahlungsmittel, die hierarchische soziale und politische Ordnung, vom Regierungsapparat über die Armee und Verwaltung bis zu den sozialen Normen und Codes.
Wir können zur Zeit verfolgen, wie an DDR- und BRD-Untertanen, die 40 Jahre lang unterschiedlichen Staatsmächten unterworfen waren, die soziale Konstruktion eines „Volkes" vollzogen wird. Dieses „Volk" lernt sich nun in seinem als „wiedervereinigte Nation" erscheinenden vergrößerten Staat zu erkennen, ihm Loyalität entgegenzubringen und dabei eine großdeutsche „kollektive Identität" herauszubilden, deren Zentralelement das Anderssein bzw. das Verschiedensein von anderen ist. „Für die vergrößerte Bundesrepublik Deutschland stellt sich nun angesichts der Vereinigung mit neuer Intensität die Frage nach der Identität der Deutschen. Besonders seit dem Umbruch in der DDR wird die Frage nach der zukünftigen Ausprägung eines gesamtdeutschen Nationalbewußtseins reflektiert. Wer sind wir? Woher kommen wir? Wohin gehören wir? Diese Fragen wurden seit Beginn der achtziger Jahre in der Bundesrepublik diskutiert und erhalten durch die friedliche Revolution in Ostdeutschland neue Schubkraft." (Weidenfeld/Korte). Die Konstruktion kann nicht funktionieren ohne eine rückwirkend ausgesponnene kollektive Geschichte: „Deutsch-deutsche Gemeinsamkeiten bezüglich Geschichte und Tradition wurden deutlicher betont. In dem Maße, wie die deutsch-deutsche Ebene an Zuspruch gewann" wurde auch „der aufgesetzte Amerikanismus der Nachkriegszeit (...) kritisch gesehen." (ebd.) Am Ende – in diesem Fall schon am Anfang – steht die Behauptung, daß „Nationalstaat" und „Ethnie" sich decken, wobei vor allem in Deutschland, aber nicht nur dort, der Begriff „Volk" in der Regel „Ethnie" oder „Rasse" meint. Im Alltagsbewußtsein ist die Vorstellung, man müsse die persönliche und nationale Identität vor „Überflutung, Durchmischung und Durchrassung" bewahren, populärer denn je. (2)
Diese imaginäre Gemeinschaft bietet ihren Mitgliedern, sobald sie sich unterworfen haben, eine gewisse Verbindlichkeit und Stetigkeit, ein gewisses, als Mischung aus Konsens und Zwang verfertigtes Schutzversprechen. In diesem Rahmen werden die Staatsbürger als handelnde Subjekte angesprochen, lernen sie sich als Subjekte wechselseitig anzuerkennen und in normierter Weise miteinander umzugehen. Das Individuelle wird auf diese Weise in das staatlich organisierte Kollektive integriert und dabei das herausgebildet, was die bürgerliche Psychologie dann als „Gruppenidentität" bezeichnet.
Aber der bürgerliche Staat, in den das Individuum hineingeboren wird und mit dem es sich daher wie „schicksalhaft" verbunden fühlen möchte, bietet sein Schutzversprechen NICHT UMSONST: Zunächst verwickelt er seine Bürger in sein Geflecht. Die gesamte weltmarktvermittelte Reproduktion des Bürgers, ist, sobald Lohnarbeit die vorherrschende Erwerbsquelle ist, vollkommen vom Funktionieren „seines" Staates abhängig. So wie sich der Lohnarbeiter unter den gegebenen Bedingungen wünschen muß, daß sein Kapitalist gute Geschäfte mit ihm und anderen macht, damit er auch morgen noch Lohnarbeiter sein kann, so muß sich der Bürger wünschen, daß „sein" Staat international durchsetzungsfähig ist und auf „Weltniveau" bleibt.

Damit ist er aber auch in der PFLICHT, wenn diese Mächte einmal keinen Erfolg haben. Dann erweist sich die zunächst hergestellte und dann auch subjektiv gewollte Teilhabe an diesem Zusammenhang als gefährliche und letztlich tödliche FALLE. Der Untertan muß für die Pleiten seiner Herren und seiner „Nation" aufkommen und im Krieg muß er auch seinen Kopf für sie hinhalten. Die persönliche Identität, die er zum Beispiel aus seinem Deutschsein zieht, wird jetzt prekär. Sie wird radikal auf die Probe gestellt: Er muß auch den TOD wollen, wenn er Deutscher sein will und so steht es ja auch auf dem 1936 errichteten Kriegsdenkmal am Hamburger Dammtorbahnhof: „Deutschland muß leben, und wenn wir sterben müssen". (3)
Eine Konsequenz, über die die „wiedervereinigte Nation" am Beispiel Somalia gerade laut nachdenkt und deren Botschaft inzwischen auch im letzten Winkel der BRD angekommen sein dürfte. Auch wenn die Bundeswehrmacht wieder aus Somalia abgezogen werden sollte, so wäre doch ein zentrales Ziel erreicht worden: Der Anspruch des Staates auf das Leben seiner Untertanen ist nun wieder offen ausgesprochen. Diese real abgeforderte und auf der subjektiven Ebene mythisch irrational-rational präsente Todesbereitschaft ist konstitutiv für das Gelingen einer ambitionierten imperialistischen „Nation". Sie spielt im Leben der Bürger eine nicht zu unterschätzende Rolle, wie auch umgekehrt hier der Grund liegt, warum Staaten sich selten für Doppelstaatsbürgerschaften erwärmen bzw. deren Zahl möglichst gering halten: Wer hier als „Gastarbeiter" oder als Mensch mit einem zweiten Paß lebt, gilt aus staatlicher Sicht nicht ohne Grund als unsicherer (und von den Staatsbürgern insgeheim beneideter) Kandidat, denn er kann sich, wenn ihm der Boden hier zu heiß wird, mit seinem Paß schließlich einfach aus dem Staub machen. Weil er nicht gezwungen ist, für diesen Staat zu STERBEN, fehlt ihm, was einen Staatsbürger erst perfekt macht. (4)
Entsprechend grausam ergeht es jenen, die trotz ihres ausländischen Passes im Konfliktfall nicht rechtzeitig entkommen und dann in der Falle sitzen: In beiden Weltkriegen wurden ausländische Arbeiter an der Rückkehr gehindert und als Zivilarbeiter „dienstverpflichtet". Andere wurden als Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene oder KZ-Häftlinge festgehalten. Von den 7,7 Millionen „Fremdarbeitern" und Kriegsgefangenen, die die Faschisten in Deutschland in 20.000 „Ausländerlagern" festhielten, stammte jeder dritte aus der Sowjetunion, jeder fünfte aus Polen und jeder sechste aus Frank-

4. Der Marxismus-Leninismus bekämpft die Ideologie des nationalen Hasses, der Völkerverhetzung, des nationalen Mißtrauens und des nationaen Nihilismus. Er kämpft unermüdlich für die Durchsetzung der Ideologie des sozialistischen Internationalismus und der Solitarität mit den um ihre Befreiung kämpfenden Völkern.
Das nationale Grundproblem in Deutschland besteht seit der Jahrhundertwende im Antagonismus zwischen den nationalen Interessen des deutschen Volkes einerseits und der Herrschaft und Politik des deutschen Imperialismus andererseits, in der geschichtlichen Notwendigkeit der Beseitigung des Imperialismus und der Sicherung einer friedlichen, demokratischen und sozialistischen Entwicklung der deutschen Nation. Nach 1945 wurde die Einheit der deutschen Nation durch die imperialistischen Mächte zerstört. In der DDR vollzog sich eine den geschichtlichen Erfordernissen entsprechende friedliche und demokratische Entwicklung der deutschen Nation. Sie entwickelte sich hier als sozialistische Nation. Das weitere Schicksal der ganzen deutschen Nation hängt ab 1: von der ökonomischen, politischen und kulturellen Stärkung der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung in der DDR; 2. von der Beseitigung des deutschen Imperialismus und von der Sicherung einer wirklich demokratischen und schließlich sozialistischen Entwicklung in Westdeutschland, die nur das Werk der einheitlich handelnden Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten werktätigen und demokratischen Kräfte sein kann.

Mehmet Silopi
Die nationale Frage im Allgemeinen und die nationale Befreiungsbewegung Kurdistans
(Kurdistan Report Nr. 68 - Juni 1994)

Die nationalen Kämpfe und Kriege nehmen heute in verschiedenen Gebieten der ganzen Welt zu. In Ländern, die unter kolonialistischer oder militärischer Besetzung standen und deren nationale Frage nicht gelöst ist, führen diese Probleme in Auseinandersetzungen und Kriege. Die nationale Frage unterscheidet sich in den verschiedenen Ländern entsprechend ihrer Ausprägung, Dimensionen, historischen Entwicklung, Form und der Beschaffenheit der Okkupationskräfte. Auch in Kurdistan geht es um die nationale Frage. Das kurdische Volk ist mit seinen fast 40 Millionen Menschen eines der größten Völker der Welt, dessen nationale Frage noch nicht gelöst ist.
Die Nationen traten mit der Entstehung des Kapitalismus auf die Bühne der Geschichte. Die Gesellschaften, die sich jeweils um einen nationalen Markt zusammenschlossen, auf dem gleichen Boden lebten, eine gemeinsame Sprache sprachen und ähnliche kulturelle Werte besaßen sowie eine gemeinsame Geschichte hatten, brachten eine Nation hervor. Verschiedene Kreise versuchten dieser Definition von Nation weitere Bedingungen hinzuzufügen. So halten es manche Kreise zum Beispiel für eine Voraussetzung, um von einer Nation sprechen zu können, daß diese einen eigenen Staat hat. Das ist natürlich nicht richtig. Denn die Nationen, die unter einem klassischen Kolonialstatus gehalten werden, konnten keine eigenen Regierungen bilden. Wenn die Existenz eines eigenen Staates zur Bedingung für den Begriff Nation gemacht wird, müßten sich die KurdInnen und PalestinenserInnen heute der kolonialistischen Okkupation beugen, weil sie die Gelegenheit verpaßt hatten, eigene Staaten zu gründen.
Die Entwicklungsstufen der verschiedenen Nationen sind aufgrund des ökonomischen und kulturellen Ungleichgewichts nicht gleich. Einige Nationen, vor allem die westlichen, werden als »moderne« und »stabile« Nationen bezeichnet. Im Gegensatz dazu kann über die sich neu bildenden Nationen der östlichen Völker dies nicht gesagt werden. Die KurdInnen haben, obwohl sie schon sehr lange in ihrem Land leben und dort seit frühester Geschichte seßhaft sind, aufgrund innerer und äußerer Faktoren keine starke Nationenbildung erlebt und wurden immer von anderen Völkern unterdrückt. Trotzdem hat das kurdische Volk aber kollektive nationale Besonderheiten bewahrt. Die KurdInnen hatten in der Gescheihte regionale Fürstentümer gegründet, doch sie haben die meiste Zeit unter Fremdherrschaft gelebt und nur sehr selten in Unabhängigkeit oder Autonomie.
Mit dem Lausanner Vertrag von 1923 wurde Kurdistan in vier Teile geteilt. Wenngleich diese Teilung ein Nachteil war, haben die KurdInnen dennoch ihre kollektiven Besonderheiten nicht verloren.
In den Reihen der PKK, die sich nicht als die Partei der KurdInnen nur eines Teils Kurdistans betrachtet, nehmen KurdInnen aus allen Teilen Kurdistans ihren Platz ein. So unterstützen 80 % der KurdInnen aus dem unter syrischer Herrschaft stehenden Südwestkurdistan die PKK. In der Guerilla kämpfen KurdInnen aus allen vier Teilen Kurdistans, aus Europa, der ehemaligen Sowjetunion und sogar aus Australien. Es sind natürlich die nationalen Bedingungen, die dies schaffen, aber an erster Stelle ist es die ideologisch-politische Linie der PKK, weil keine andere kurdische Organisation die Nation so sehr umfaßt wie die PKK.
Die KurdInnen kämpfen für die Lösung ihrer nationalen Frage. Doch es wäre ein großer Irrtum, diesen Kampf dogmatisch nur als einen nationalen Kampf zu verstehen und die Dimensionen der sozialen und Klassenaspekte dieses Kampfes zu übersehen. Der von der PKK entwickelte Widerstand in Kurdistan ist nicht nur ein nationaler. Dieser Kampf ist national motiviert, doch er besitzt einen fortschrittlich-revolutionären Charakter. Die PKK ist keine Bewegung, die sich in engen nationalen Grenzen einsperrt und sie betrachtet das Problem nicht nur als eine nationale Frage. Gleichzeitig vertritt die PKK als weitgehende Perspektive das Ideal einer großen Föderation der Völker des Mittleren Ostens.
Die Ursache der nationalen und der sozialen Widersprüche in Kurdistan ist die kolonialistische Besat-

der alten Arbeiterbewegung (der sich vom Patriotismus der Sozialdemokratie abgrenzte, später aber beim Konzept eines „sozialistischen Vaterlandes“ endete). Beide Kontrahenten existieren in Deutschland nicht (mehr).

Ost-Identität als Sonderanstrengung zur Vollendung der „Einheit“

Die regionalistische Bewegung im Osten – einer „Ostpartei“ wollten dort zeitweise 40 Prozent ihre Stimme geben – betreibt nicht die Separation, sondern sie spielt ganz im Gegenteil eine wichtige Rolle im Prozeß der Homogenisierung von BRD und DDR zu Superdeutschland. Ihr kommt darin vor allem eine rationalisierende und vereinheitlichende FUNKTION zu. Als eine ideologische Strömung, die mit dem Begriff des VOLKES operiert und andere zu zwingen sucht, zwischen „WIR“ und „IHR“ zu unterscheiden, befördert sie zunächst einmal das Denken in kollektiven Identitäten.
Wie jede Regionalbewegung reagiert sie auf die hierarchische Realität des Kapitalismus, auf das von der kapitalistischen Dynamik im nationalen wie auch im internationalen Maßstab produzierte wirtschaftliche und kulturelle Gefälle zwischen den Regionen und die damit einhergehende Unterteilung in florierende Metropolen und marginalisierte Peripherien.
Weil mit der Annexion der DDR durch die BRD die gesamte Volkswirtschaft der DDR plötzlich an kapitalistischen Maßstäben gemessen wurde, für die sie niemand eingerichtet hatte, wurden Land und Leute in weiten Teilen des Osten, ganz entgegen ihren Erwartungen, zunächst der Peripherie des westdeutschen Kapitals zugeschlagen. Dieses Schicksal ist nun keineswegs ungewöhnlich, auch nicht in der „alten“ BRD, in der auch noch andere Landstriche mit einem anhaltenden „Strukturwandel“ konfrontiert sind. Ungewöhnlich ist allerdings der abrupte Absturz und die Diskrepanz zwischen den hohen Erwartungen an den realen Kapitalismus und dem, was er dann gebracht hat. Ungewöhnlich ist auch die weitgehende Ersetzung der bis dahin gültigen Rahmenbedingungen des bisherigen Lebens durch ganz neue. Die BRD hat das komplette Netzwerk ihrer politischen und ökonomischen Struktur über die DDR-Gesellschaft geworfen, obwohl doch von Seiten vieler DDR-Bürger das Angebot bestand, die „positiven Seiten der DDR“ in das gemeinsame Projekt Superdeutschland einzubringen. Das alles tangiert jedoch nicht das grundsätzliche, freie und geheime Ja der Mehrheit der DDR-Bevölkerung zur „deutschen Einheit“ in Form eines „Beitritts“ zur BRD. Genau deshalb kann sich dieser Regionalismus auch nicht zum Separatismus radikalisieren. Das Interesse, das er zum Ausdruck bringt, ist ein ganz anderes. Eine seiner Funktionen besteht darin, eine „Mentalität“ zu konstruieren, die es erlaubt, sich den Realitäten anzupassen, sie politisch und emotional NACHZUVOLLZIEHEN.
In den regionalistischen Sub-Nationalismen manifestiert sich der ambivalente Charakter der Nation-Form (Partikularität versus Homogenität) wie auch der ambivalente Charakter der Bewegung des Kapitals (Zentrum versus Region/Peripherie). Sie fungieren dabei als IDENTITÄTSSTIFTENDES Angebot im Rahmen bereits festgelegter und eingegrenzter staatlicher Verwaltungseinheiten und dies meist in ökonomisch „strukturschwachen“ Gebieten. Sie LEGITIMIEREN mit ihren Verweisen auf die lokalen Eigenarten die hierarchische Realität des Kapitalismus und nehmen mit dem Gestus einer rechtschaffenden Bescheidenheit doch an der Konkurrenz um die Rangordnung teil. Damit lösen sie einen grundsätzlichen Widerspruch der bürgerlichen Gesellschaft subjektiv auf: Den Widerspruch zwischen dem postulierten Gleichheitsversprechen und der realen Ungleichheit.
Indem die regionalistischen Bewegungen ihre „kulturellen Besonderheiten“ betonen, übersetzen sie sich das kapitalistisch hergestellte Gefälle zwischen den Regionen als Mentalitätsgefälle: Die „schweigsamen“ Ostfriesen sitzen nun mal lieber pfeiferauchend am Deich und die neuen Bundesbürger im Osten halten einfach mehr von menschlicher Wärme und solidarischer Nachbarschaft als die vielen egoistischen, dekadenten und arroganten Westler. Dieser Regionalismus ist also nur ein alternativer Weg zur VOLLENDUNG des „Gemeinschaftwerks Deutschland“, eine Art sekundäre Nationalisierung der Gesellschaft im Ideologischen, eine fundamentalistische BEKRÄFTIGUNG der „nationalen Identität“ und schließlich ein Ausgrenzungsdiskurs, der die „kulturelle Differenz“ in den Vordergrund rückt und damit dem differentialistischen Rassismus zuarbeitet. Die „emotionale Gemeinsamkeit der Deutschen“ wurde bisher ja tatsächlich wesentlich über die Ausgrenzung, Verfolgung und Ermordung von „Nicht-Deutschen“ hergestellt.
Wie schon die Losungen „Wir sind DAS Volk“ und „Wir sind EIN Volk“ keinen Gegensatz bildeten, so ist auch die Unterscheidung in „Wessis“ und „Ossis“ KEIN Angriff auf die deutsche „Identität“, sondern die Aufforderung, diese „menschlich, psychologisch und kulturell“ und unter besonderer Berücksichtigung des „östlichen Lebensgefühls“ zu vollenden: Die aus der Perspektive der peripheren Region vorgetragene Klage „Die Wessis verstehen uns nicht“ ist nur eine zeitgemäße Umformulierung von „Wir sind ein Volk“! Sie packt die Westler (im Zentrum) an ihrem eigenen Nationalismus, veranlaßt sie zum Dementi und am Ende betonen alle einhellig, gute Deutsche zu sein: „Wenn die Vereinigung gelingen soll, müssen die Deutschen die Gelegenheit bekommen, den ständig vertagten Familienkrach endlich einmal auszutragen – aufs erste den naheliegenden Ossi-Wessi-Streit. Nichts wäre dümmer, als das Trennende und das Belastende unter den Tisch zu kehren.“ („Die Woche“)
Die Agitation für die „Einheit von unten“ erfolgt vor dem Hintergrund der bereits DURCHGESETZTEN staatlichen „Einheit“. Wir haben es in West und Ost mit den selben Formen der Vergesellschaftung der Individuen zu tun, mit den selben Zahlungsmitteln und den selben Markenartikeln, auch wenn der Sinn der an letzteren klebt, und dies ist dann wieder Thema der Mentalitäts-Forscher, vielleicht unterschiedlich entziffert wird. Die Empörung der vorgeblich „betrogenen“ Ostdeutschen über ihre „Vereinnahmung durch den Westen“ ist eine Variante des Verteilungskampfes und führt schon

Sprache nicht unbedingt eforderlich ist. Die tschechische Nation in Österreich und die polnische in Rußland wären ohne eine für jede von ihnen gemeinsame Sprache unmöglich, während die Integrität Rußlands und Österreichs nicht dadurch beeinträchtigt wird, daß es in ihnen eine ganze Reihe Sprachen gibt. Es handelt sich natürlich um Sprachen, die das Volk spricht, und nicht um die offiziellen Kanzleisprachen.
Also Gemeinschaft der Sprache als eines der charakteristischen Merkmale der Nation.
Das bedeutet natürlich nicht, daß veschiedene Nationen immer und überall verschiedene Sprachen sprechen, oder daß alle, die ein und dieselbe Sprache sprechen, unbedingt eine Nation bilden. Gemeinsame Sprache für jede Nation, aber nicht unbedingt verschiedene Sprachen für verschiedene Nationen! Es gibt keine Nation, die gleichzeitig verschiedene Sprachen spräche, das bedeutet aber noch nicht, daß es nicht zwei Nationen geben kann, die eine Sprache sprechen! Die Engländer und die Nordamerikaner sprechen eine Sprache, und doch bilden sie nicht ein Nation. Dasselbe gilt von den Norwegern und Dänen, von den Engländern und Iren.
Aber warum bilden beispielsweise die Engländer und die Nordamerikaner, trotz der gemeinsamen Sprache, nicht eine Nation?
Vor allem deswegen, weil sie nicht zusammen, sondern auf getrennten Territorien leben. Eine Nation bildet sich nur im Ergebnis eines lang andauernden und regelmäßigen Verkehrs, im Ergebnis eines Zusammenlebens der Menschen von Generation zu Generation. Ein lang andauerndes Zusammenleben ist aber ohne gemeinsames Territorium unmöglich. Die Engländer und die Amerikaner bevölkerten früher ein und dasselbe Territorium, England, und bildeten eine Nation. Dann siedelte ein Teil der Engländer aus England nach einem neuen Territorium, nach Amerika, über und bildet hier, auf dem neuen Territorium, im Laufe der Zeit eine neue, die nordamerikanische Nation. Die verschiedenen Territorien haben zur Bildung von verschiedenen Nationen geführt.
Also Gemeinschaft des Territoriums als eines der charakteristischen Merkmale der Nation.
Das ist aber noch nicht alles. Gemeinschaft des Territoriums ergibt an sich noch keine Nation. Dazu ist außerdem noch eine innere wirtschftliche Bindung nötig, die die einzelnen Teile der Nation zu einem Ganzen vereinigt. Zwischen England und Nordamerika besteht keine solche Bindung, und darum bilden sie zwei verschiedene Nationen. Aber auch die Nordamerikaner selbst würden nicht den Namen einer Nation verdienen, wenn die einzelnen Ecken und Enden Nordamerikas nicht untereinander durch die Entwicklung der Verkehrswege usw. zu einem wirtschaftlichen Ganzen verbunden wären.
Man nehme etwa die Georgier. Die Georgier aus der Zeit vor der Reform lebten auf gemeinsamem Territorium und sprachen eine Sprache, und dennoch bildeten sie, streng genommen, nicht eine Nation, denn, zerfallen in eine ganze Anzahl voneinander getrennter Fürstentümer, konnten sie kein gemeinsames Wirtschaftsleben führen, bekriegten sich jahrhundertelang, ruinierten einander, hetzten einander die Perser und die Türken auf den Hals. Die kurzlebige und zufällige Vereinigung von Fürstentümern, die herzustellen manchmal irgendeinem vom Glück begünstigten Herrscher gelang, berührte bestenfalls nur die administrative Oberfläche, sie zerschlug sich bald an den Launen der Fürsten und der Gleichgültigkeit der Bauern. Anders konnte es bei der wirtschaftlichen Zersplitterung Georgiens gar nicht sein... Georgien trat als Nation erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Erscheinung, als die Aufhebung der Leibeigenschaft und die Entfaltung des Wirtschaftslebens des Landes, die Entwicklung der Verkehrswege und das Aufkommen des Kapitalismus eine Arbeitsteilung unter den einzelnen Gebieten Georgiens herbeiführten, die wirtschaftliche Abgeschlossenheit der Fürstentümer endgültig durchbrachen und sie zu einem Ganzen zusammenfügten.
Dasselbe muß auch von den anderen Nationen gesagt werden, die das Stadium des Feudalismus durchgemacht und den Kapitalismus in ihrem Lande entwickelt haben.
Also Gemeinschaft des Wirtschaftslebens, wirtschaftliche Verbundenheit als eine der charakteristischen Besonderheiten der Nation. Aber auch das ist noch nicht alles. Außer allem Gesagten müssen noch die Besonderheiten der Geistesprägung der zu einer Nation vereinigten Menschen berücksichtigt werden. Nationen unterscheiden sich voneinander nicht nur durch ihre Lebensbedingungen, sondern auch durch ihre Geistesprägung, die in den Besonderheiten der nationalen Kultur ihren Ausdruck findet. Wenn England, Nordamerika und Irland, die eine Sprache sprechen, nichtsdestoweniger drei verschiedene Nationen bilden, so spielt hierbei keine geringe Rolle die spezifische psychische Wesensart, die sich bei ihnen infolge ungleicher Existenzbedingungen von Generation zu Generation herausgebildet hat.
Natürlich ist die psychische Wesensart, oder, wie sie anders genannt wird, der »Nationalcharakter«, an und für sich für den Beobachter etwas Ungreifbares, insofern sie aber in der einer Nation gemeinsamen Eigenart der Kultur ihren Ausdruck findet, ist sie greifbar und darf nicht ignoriert werden.
Es erübrigt sich zu sagen, daß der »Nationalcharakter« nicht etwas ein für allemal Feststehendes ist, sondern sich mit den Lebensbedingungen ändert; aber da er in jedem gegebenen Augenblick existiert, drückt er der Physiognomie der Nation seinen Stempel auf.
Also Gemeinschaft der psychischen Wesensart, die in einer Gemeinschaft der Kultur ihren Ausdruck findet, als eines der charakteristischen Merkmale der Nation.
Damit haben wir alle Merkmale der Nation erschöpft.
Eine Nation ist eine historisch entstandene stabile Gemeinschaft von Menschen, enstanden auf der Grundlage der Gemeinschaft der Sprache, des Territoriums, des Wirtschaftslebens und der sich in der Gemeinschaft der Kultur offenbarenden psychischen Wesensart.
Dabei versteht sich von selbst daß die Nation, wie jede historische Erscheinung überhaupt, dem Gesetz der Veränderung unterworfen ist, ihre Geschichte, ihren Angang und ihr Ende hat.

Es muß hervorgehoben werden, daß keines der angeführten Merkmale, einzeln genommen, zur Begriffsbestimmung der Nation ausreicht,. Mehr noch: Fehlt nur eines dieser Merkmale, so hört die Nation auf, eine Nation zu sein.
Man kann sich Menschen mit gemeinsamen »Nationalcharakter« vorstellen, ohne jedoch deshalb sagen zu können, daß sie eine Nation bilden, wenn sie wirtschaftlich voneinander getrennt sind, auf verschiedenen Territorien leben, verschiedene Sprachen sprechen usw. Das gilt beispielsweise für die russischen, die galizischen, die amerikanischen, die georgischen Juden und die Bergjuden, die unseres Erachtens keine einheitliche Nation bilden.
Man kann sich Menschen mit gemeinsamen Territorium und Wirtschaftsleben vorstellen, aber ohne gemeinsame Sprache und gemeinsamen »Nationalcharakter« werden sie dennoch keine Nation bilden. Das gilt z.B. für die Deutschen und die Letten im Ostseegebiet.
Schließlich sprechen die Norweger und die Dänen eine Sprache, aber sie bilden nicht eine Nation, weil die anderen Merkmale fehlen.
Nur das Vorhandensein aller Merkmale zusammen ergibt eine Nation.

Stichwort: Nation
(aus Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie, hsg. von Eichhorn, Hahn u.a.. Berlin 1969)

Nation: eine der Formen der menschlichen - Gemeinschaft, die sich mit der Entwicklung des Kapitalismus gesetzmäßig herausbildet, als Entwicklungsform der Produktivkräfte und der Kultur der Völker eine bedeutende Rolle spielt und ihre historische Bedeutung erst lange nach dem Weltsieg des Sozialismus gesetzmäßig allmählich verlieren wird. Die Nation als Form der Gemeinschaft wird charakterisiert durch den wirtschaftlichen Zusammenschluß der Bevölkerung großer Territorien auf der Grundlage der Entwicklung eines inneren Marktes, durch die besonderen geschichtlichen Traditionen eines Volkes, durch die Gemeinsamkeit der Lebensweise und Sprache, d.h. der - Kultur eines Volkes. Die Nation ist also stets eine konkret-historische Erscheinung, deren Charakter und Rolle durch die Konstellation und die Wirksamkeit der verschiedenen Klassenkräfte geprägt ist.
Vor allem sind bürgerliche und sozialistische Nationen zu unterscheiden. Die bürgerliche Nation kann nur als stabile nationale Gemeinschaft angesehen werden, solange es Bourgeoisie und Proletriat, umfassende, historische Aufgaben bei der Zerschlagung des Feudalismus oder im Kampf gegen den ausländischen Imperialismus gibt. Mit der Entwicklung der dem Kapitalismus eigenen Klassenantagonismen, vor allem im Imperialismus, zersetzt sich die bürgerliche Nation; die Interessen des geschichtlichen Fortschritts der Weiterentwicklung der Produktivkräfte im Dienste des Volkes, der Höherentwicklung der Kultur - also die Sache der Nation - verbinden sich mehr und mehr mit dem Klassenkampf der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten. Im Rahmen der bürgerlichen Nation entwickeln sich die Elemente einer neuen Nation. Auf der Grundlage der sozialistischen Gesellschaftsordnung bildet sich unter Führung der Arbeiterklasse eine neue, sozialistische Nation heraus, die vor allem durch politisch-moralische Einheit der von Ausbeutung befreiten Werktätigen gekennzeichnet ist und eine wirkliche Gemeinschaft darstellt, die bei der Entwicklung der Wirtschaft und Kultur der sozialistischen Völker eine bedeutende Rolle spielt.
Theorie und Politik des Marxismus-Leninismus in der nationalen Frage gehen von der Einsicht in den sozialen und Klasseninhalt aller nationalen Probleme aus. Die nationale Frage ist der sozialen und Klassenfrage untergeordnet. Daher läßt sich der Marxismus-Leninismus in Bezug auf die nationale Frage von folgenden Grundsätzen leiten: 1. Alle die Nation betreffenden Probleme, Maßnahmen usw. müssen den Interessen des geschichtlichen Fortschritts in der ganzen Welt, untergeordnet werden. Der erste und entscheidende Gesichtspunkt bei der Beurteilung beliebiger nationaler Probleme ist daher der Gesichtspunkt des proletarischen und sozialistischen Internationalismus. 2. Die für die Zukunft wichtigste geschichtliche Tatsache der Gegenwart auf dem Gebiet der nationalen Entwicklung ist die Herausbildung und Festigung des sozialistischen Weltsystems, der Prozeß der kameradschaftlichen Zusammenarbeit und der friedlichen Annäherung sozialistischer Nationen. Dieser Prozeß entspricht den Interessen der sozialistischen Völker und dient dem Kampf gegen das imperialistische System. Die weitere Festigung des sozialistischen Systems ist daher in marxistisch-leninistischer Sicht die grundlegende Aufgabe in Bezug auf die nationale Frage in der Gegenwart. Dabei unterstützt der Marxismus-Leninismus das im Rahmen des sozialistischen Weltsystems erfolgende Aufblühen der nationalen Wirtschaft und der nationalen Kultur der sozilistischen Völker. Der Prozeß des Zusammenschlusses der sozialistischen Nationen im sozialistischen Weltsystem vollzieht sich durch die Lösung von Widersprüchen, die sich vor allem was den historisch ererbten Entwicklungsunterschieden der sozialistischen Nationen ergeben. 3. Der Marxismus-Leninismus verficht konsequent das Recht der Nationen afu Selbstbestimmung. Er bekämpft Konflikte und Kriege zwischen Nationen sowie alle Formen der nationalen - insbesondere der kolonialistischen und neokolonialistischen - Unterdrückerpolitik der ausbeutenden Klassen gegen die
werktätigen und ausgebeuteten Klassen. Daher stellt er an die Spitze aller Bemühungen um die Herstellung demokratischer Beziehungen zwischen den Nationen die Vereinigung der Arbeiter und überhaupt der Werktätigen aller Länder zum gemeinsamen Kampf für den Frieden, für den sozialen Fortschritt und für den Sozialismus. Mit der Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen im Innern der Nationen werden auch die Antagonismen zwischen den Nationen verschwinden.

reich; die restlichen zwei Millionen kamen aus weiteren neunzehn Ländern. Im Arbeitsamtsbereich Stuttgart beispielsweise betrug 1944 der Anteil der bei Daimler-Benz beschäftigten „ausländischen Beschäftigten", von denen etliche sogar über (unter Druck abgeschlossene) Arbeitsverträge verfügten, 15 Prozent – ohne statistische Berücksichtigung von Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen. Vor diesem Erfahrungshintergrund läßt sich dann auch eine Beobachtung des Ausländerbeauftragten des Berliner Senats einordnen. Der Mann, der schon in den 70er Jahren gezielt für Einbürgerungen warb – die Frontstadt mußte aufgefüllt werden – bedauert die geringe Resonanz auf seine Angebote: „Die Türken haben wenig Neigung, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erlangen. Jene, die sie erlangen wollten, sind durch die Ereignisse von Mölln und Solingen verunsichert worden." („FAZ" 5.6.93) (5)
Der bürgerliche Staat, und selbst ein Staat wie Kanada beweist das, kann nicht unbedroht existieren, wenn es ihm nicht gelingt, sein Staatsvolk in irgendeiner Weise zu homogenisieren. Ein Zugang zu diesem Volkskörper von außen wird in der Regel nur in der Form der Integration bzw. Assimilation erlaubt und das meistens nur in geringem und genau kontrolliertem Umfang. Auch der in dieser Hinsicht liberale, nach dem Territorialprinzip verfahrende „Nationalstaat" (Staatsbürger ist, wer auf dem Territorium geboren ist), dringt auf diese Homogenisierung bzw. auf die Förderung eines nationalen, scheinbar „natürlichen" und somit zumindestens diffus „ethnisch" verstandenen Identitätsgefühls. So ist es dann auch nicht verwunderlich, daß für die Erlangung der Staatsbürgerschaft in der Mehrheit der westlichen Staaten (übrigens auch in Frankreich) die ABSTAMMUNG von mindestens einem zur jeweiligen „Nation" zählenden Elternteil die Regel ist. Bei den großen Ausnahmen, zu denen vor allem die USA zu zählen sind, weil jede in den USA geborene Person die amerikanische Staatsangehörigkeit erwerben kann, selbst die Kinder von „illegal immigrants", wird die Loyalität auf andere Weise hergestellt: Ausländer, die eingebürgert werden wollen, dürfen ihren bisherigen Paß behalten, müssen aber einen TREUEEID gegenüber den USA leisten.
Weil es dem bürgerlichen Staat darum gehen muß, daß ihm sein Untertanenmaterial auch in zugespitzten Situationen fraglos zur Verfügung steht, ist er auch stets bestrebt, die regionalen, lokalen, „ethnischen", kulturellen, religiösen, etc. Besonderheiten tendenziell einzuebenen oder wenigstens zur Mentalität oder Folklore zu neutralisieren, um sie so benutzen zu können.
Die Geschichte der „bio-politischen" Homogenisierung ist eine Geschichte von Mord, Sklaverei, Plünderung, Eroberung und Kolonialisierung, von blutigen Eingrenzungen und Ausgrenzungen. Ein bedeutendes Symbol dieser Geschichte ist der Paß. Was es vereinzelt schon in alten Reichen gab, wird im bürgerlichen Staat erst zur Norm: Er gibt an seine Untertanen Personalpapiere aus, die seine Zugehörigkeit festschreiben und zugleich die Fremden exakt definieren.
Das Modell „Nationalstaat" und damit auch die Frage nach der individuellen und kollektiven Identität ist heute einer der erfolgreichsten Exportartikel des Westens. Er ist das Vorbild aller „nationalstaatlichen" Neuschöpfungen im Osten und er hat diese Entwicklung auch aktiv gefördert. Dabei hat Deutschland durch die Eingliederung der DDR unter der Losung „Wir sind ein Volk" weltweit als Stichwortgeber für das „ethnische" Prinzip gewirkt.

Regionalismus: Die Übersetzung kapitalistisch hergestellter Unterschiede in Mentalitätsunterschiede.

Heimat! Seit Mitte der 70er Jahre wurde der überschaubare lokale und regionale Raum in der alten BRD zum positiven Bezugspunkt der sogen. neuen sozialen Bewegungen. Große Teile der Anti-AKW-Bewegung, der Friedensbewegung, der Grünen sowieso, und auch so manches „militante" Stadtteilprojekt betrieben eine „alternative", als Widerstand gegen „den universalistischen Industrialismus" und „großräumigen Zentralismus" ausgegebene Renaissance des Heimatgefühls. An dieser aktiven Suche nach Geborgenheit, Überschaubarkeit und Identität fand auch der Mainstream Gefallen. In diese Zeit fällt die Ausbreitung von Mundarten (die auch in der deutschen Popmusik bis heute – neuerdings auch im deutschsprachigen Rap – einen „Heimatbezug" herstellen), kommerziellen Stadtteilfesten, Traditionsfesten aller Art, eines „Schützt den deutschen Wald"-Öko-Gemeinschaftsgefühls und eines Aufschwungs des deutschen Vereinslebens. Neun von zehn Deutschen fühlen sich dort besonders wohl, wo sie gerade leben. Nachbarschaft, Gemeinsinn, Recycling-Tonnen etc. stehen hoch im Kurs. Selbst für einen neuen identitätsstiftenden Landespatriotismus („Wir Hamburger", „Hessen vorn", etc.) ist sich kaum jemand zu schade, zumal es dabei nicht zuletzt um industrielle Standortpolitik geht. Heimat, Region usw. bedeuteten in der alten BRD nicht etwa eine Relativierung der „nationalen Identität", sondern bildeten deren untere Ebenen, auf denen in ideologischer Verkleidung die Konkurrenz um ökonomische Ressourcen ausgefochten wurde. Die beliebte Interpretation der neuen Lust am Lokalen als widerständig gemeinten Anspruch auf ein „authentisches Erlebnisfeld" und als – im Sinn von „Differenz versus Universalismus" – kritische Reaktion auf die „Entfremdungserfahrung in der Moderne" ist pure Ideologie. Die Heimat, die da propagiert wird und in der die neue Identität gefunden werden soll, ist auch nur ein Alptraum der besonderen Art. Der Raum, in dem Natur, Arbeit, Architektur und soziales Leben noch nicht zerstört sind, ist angesichts der strukturellen Dominanz des Kapitalverhältnisses eine Fiktion. Zu den Resultaten von Heimatbewegung und Regionalismus zählt dann auch nicht die Aufhebung irgendeiner Entfremdung, dafür aber ein größerer Konsenszwang für die Einzelnen und die Stärkung eines konservativen Gemeinsinns. Letzteren versprach man sich übrigens auch von der landsmannschaftlichen Aufteilung der DDR in fünf neue Bundesländer.
Der bürgerliche „Nationalstaat" hatte bisher nur zwei ernsthafte Gegner: den separatistischen Regionalismus (der dem Nationalismus symmetrisch ist) und den Inter-Nationalismus des radikalen Flügels

Land der Welt priesen, als die Heimat liberaler Prinzipien, den Verfechter religiöser Toleranz. Religiöse Toleranz - hier war das fehlende Wort, womit man Polen den Garaus machen konnte. Polen ist in religiösen Dingen stets äußerst liberal gewesen; davon zeugt, daß die Juden dort Asyl fanden, als sie in allen anderen Teilen Europas verfolgt wurden. Der größte Teil der Bevölkerung in den östlichen Provinzen gehörte dem griechisch-orthodoxen Glauben an, während die eigentlichen Polen römisch-katholisch waren. Ein erheblicher Teil dieser Griechisch-Orthodoxen war im sechzehnten Jahrhundert gezwungen worden, das Supremat des Papstes anzuerkennen; man nannte sie unierte Griechen; doch viele von ihnen hielten in jeder Beziehung an ihrem alten griechisch-orthodoxen Glauben fest. In der Hauptsache waren das die Leibeigenen, während ihre adligen Herren fast alle römisch-katholisch waren; der Nationalität nach waren die Leibeigenen Kleinrussen. Diese russische Regierung nun, die zu Hause keine andere Religion als die griechisch-orthodoxe duldete und Abtrünnigkeit als Verbrechen bestrafte; die fremde Nationen eroberte und links und rechts fremde Provinzen annektierte; die zu jener Zeit dabei war, die Ketten des russischen Leibeigenen noch fester anzuziehen - diese selbe russiche Regierung fiel bald im Namen der religiösen Toleranz über Polen her, weil angeblich Polen die Griechisch-Orthodoxen unterdrückte; im Namen des Nationalitätsprinzips, weil die Bewohner dieser östlichen Provinzen Kleinrussen waren und daher Großrußland einverleibt werden mußten; und im Namen des Rechts der Revolution, indem sie die Leibeigenen gegen ihre Herren bewaffnete. Rußland kennt keine Skrupel bei der Wahl seiner Mittel. Man sagt, daß der Krieg Klasse gegen Klasse etwas äußerst Revolutionäres sei; Rußland brach in Polen einen solchen Krieg schon vor ungefähr 100 Jahren vom Zaun, und es war ein schönes Muster von Klassenkrieg, als russische Soldaten und kleinrusssiche Leibeigene gemeinsam darangingen, die Schlösser der polnischen Adligen niederzubrennen, nur um die russsiche Annexion vorzubereiten, sobald diese vollbracht war, führten dieselben russichen Soldaten die Leibeigenen unter das Joch ihrer Herren zurück.
Das alles geschah im Namen der religiösen Toleranz, weil das Nationalitätsprinzip damals in Westeuropa noch nicht in Mode war. Doch es wurde den kleinrussischen Bauern schon damals vor Augen geführt und hat seitdem in polnischen Angelegenheiten eine bedeutende Rolle gespielt. Erstes und vorrangiges Bestreben Rußlands ist die Einigung aller russischen Stämme unter dem Zaren, der sich selbst Herrscher aller Reußen (Samodergesetz vseckh Rossyikikh) nennt, wobei es auch Weiß- und Kleinrußland einbezieht. Um zu beweisen, daß seine Bestrebungen nicht darüber hinausgehen, achtete es sehr genau darauf, während der drei Teilungen nur weiß- und kleinrusssiche Provinzen zu annektieren, und überließ seinen Komplizen das von den Polen bewohnte Gebiet, ja sogar einen Teil Kleinrußlands (Ostgalizien). Doch wie stehen die Dinge jetzt? Der größte Teil 1793 und 1794 von Österreich und Preußen annektierten Provinzen befindet sich jetzt unter russischer Herrschaft und trägt die Bezeichnung Königreich Polen, und von Zeit zu Zeit erwachen unter den Polen Hoffnungen, daß sie sich nur der russsichen Oberhoheit zu unterwerfen und alle Ansprüche auf die alten litauischen Provinzen aufzugeben hätten, um eine Wiedervereinigung aller anderen polnischen Provinzen und eine Wiederherstellung Polens mit dem russischen Kaiser als König erwarten zu können. Und sollten alle Preußen und Österreich unter den jetzigen kritischen Umständen ins Handgemenge geraten, so ist mehr als wahrscheinlich, daß dieser Krieg in letzter Instanz nicht um die Annexion Schleswig-Holsteins durch Preußen oder Venedigs durch Italien gehen wird, sondern eher um die Annexion eines österreichischen Teils, doch mindestens eines Teils von preußisch-Polen durch Rußland.
Soviel zum Nationalitäsprinzip in polnischen Angelegenheiten.
Geschrieben Ende Januar
bis 6.April 1866

Josef W. Stalin, Marxismus und nationale Frage, 1913 /Auszüge),
Stalin Werke Bd. 2, Berlin 1950

I. Die Nation
Was ist eine Nation?
Eine Nation ist vor allem eine Gemeinschaft, eine bestimmte Gemeinschft von Menschen.
Diese Gemeinschaft ist keine Rassen- und keine Stammesgemeinschaft. Die heutige italienische Nation hat sich aus Römern, Germanen, Etruskern, Griechen, Arabern usw. gebildet. Die französische Nation ist aus Galliern, Römern, Briten, Germanen usw. entstanden. Dasselbe muß von den Engländern, Deutschen usw. gesagt werden, die sich aus Menschen verschiedener Rassen und Stämme zu Nationen formierten.
Also ist die Nation keine Rassen- und keine Stammesgemeinschaft, sondern eine historisch entstandene Gemeinschaft von Menschen. Andererseits steht es außer Zweifel, daß die großen Staaten eines Cyrus oder Alexander nicht als Nation bezeichnet werden konnten, obgleich sie historisch entstanden waren, sich aus verschiedenen Stämmen und Rassen gebildet hatte. Das waren keine Nationen, sondern zufällige und lose Konglomerate von Gruppen, die je nach den Erfolgen auseinanderfielen oder sich vereinigten.
Also ist die Nation kein zufälliges und kein ephermeres Konglomerat, sondern eine stabile Gemeinschaft von Menschen. Aber nicht jede stabile Gemeinschaft ergibt eine Nation. Auch Österreich und Rußland sind stabile Gemeinschaften, jedoch nennt sie niemand Nation. Wodurch unterscheidet sich die antionale Gemeinschaft von der Staatsgemeinschaft? Unter anderem dadurch, daß die nationale Gemeinschaft ohne gemeinsame Sprache undenkbar ist, während für den Staat eine gemeinsame

deshalb niemals zu einer Kapitalismuskritik. Es ist die Wut von Leuten, die mit aller Macht zu den Weltmarktgewinnern zählen wollten und die deshalb alle Weltmarktverlierer hassen. Obwohl es ihnen, gemessen an den Standards dieser Weltmarktordnung so schlecht nicht geht, sehen sie sich als Verlierer in einem Spiel, dessen Regeln sie jedoch prinzipiell anerkannt haben.
Dieser mitleidsheischende Regionalnationalismus funktioniert im Osten wie im Westen als Schmiermittel bei der Herstellung von Opferbereitschaft und der DURCHSETZUNG des gesamtdeutschen Solidarpaktes. Dabei geht das Beharren auf „spezifische Besonderheiten" allerdings über den „normalen" politischen Nationalismus deutlich hinaus. Es ist eine nationalistische SONDERANSTRENGUNG, die den an „rationalen" kapitalistischen Maßstäben orientierten bürgerlichen Nationalismus völkisch und rechtspopulistisch auflädt. Als zusätzliches partikulares Element stellt sich dieser besondere, erst nach der „Wiedervereinigung" zustande gekommene „DDR-Nationalismus" als ein labiler, auf aggressive Ausgrenzung angelegter Populismus dar, vor dem der „sachlich" am imperialistischen Anliegen orientierte bürgerliche Nationalismus – völlig zu Unrecht – als eine schwache und versöhnlerische Position im Universum der Konkurrenz erscheint.

Literaturhinweise:
Anderson „Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines erfolgreichen Konzeptes" (FFM 1988); Balibar/Wallerstein „Rasse, Klasse, Nation – Ambivalente Identitäten" (Hamburg 1990); Cohen/Taylor „Ausbruchsversuche. Identität und Widerstand in der modernen Lebenswelt" (FFM 1977); De Levita „Der Begriff der Identität" (FFM 1971); Erikson „Dimensionen einer neuen Identität" (FFM 1975); Goffman „Stigma. Über die Techniken der Bewältigung beschädigter Identität" (FFM 1967); Redaktion Granta „Krauts!" (London 1992); Habermas „Können komplexe Gesellschaften eine vernünftige Identität herausbilden?" (FFM 1974); Hacke „Weltmacht wider Willen" (Stuttgart 1989); Heckmann „Ethnische Minderheiten, Volk und Nation" (Stuttgart 1992); Marquard/Stierle „Identität" (München 1979); Mead „Geist, Identität und Gesellschaft" (FFM 1978); Korte „Der Standort der Deutschen. Akzentverlagerungen der deutschen Frage in der BRD seit den 70er Jahren" (Köln 1990); Marsh „Deutschland im Aufbruch" (Wien 1990); Richter „Erlangte Einheit – Verfehlte Identität" (Berlin 1991); Sana „Das vierte Reich. Deutschlands später Sieg" (Hamburg 1990); Strauss „Spiegel und Masken. Die Suche nach Identität" (FFM 1974); Unseld „Politik ohne Projekt? Nachdenken über Deutschland" (FFM 1993); Weidenfeld/Korte „Die Deutschen. Profil einer Nation" (Stuttgart 1991) Bittermann „Der rasende Mob – Die Ossis zwischen Selbstmitleid und Barbarei" (Berlin 1993); Ebermann/Trampert „Volkssturm im Wasserglas. Zur Gründung der Komitees für Gerechtigkeit" („Konkret" 8/1992); Ebermann „Keine Buchung ohne Beleg. Über den 3. Parteitag der PDS" („Konkret" 3/1993); Greverus „Auf der Suche nach Heimat" (München 1979); Habermas „Der DM-Nationalismus" („Die Zeit" 14/1990); Klages „Das regionale Entwicklungsgefälle" (Tübingen 1982); Lipp „Heimatbewegung, Regionalismus. Pfade aus der Moderne?" (Opladen 1986); Krosigk „Aufstand der Provinz. Regionalismus in Westeuropa" (FFM 1980); Maaz „Der Gefühlsstau. Ein Psychogramm der DDR" (Berlin 1990); Runge „Ausland DDR. Fremdenhaß" (Berlin 1990); Siegler „Auferstanden aus Ruinen. Rechtsextremismus in der DDR" (Berlin 1991); Schilling-Kaletsch „Wachstumspole und Wachstumszentren. Untersuchungen zu einer Theorie sektoral und regional polarisierter Entwicklung (Hamburg 1976))

Fußnoten:
1 Erinnert sei auch an den bundesweiten „Tag für Afrika" am 23. Januar 1985. Damals, als die weltpolitischen Kräfteverhältnisse eine westdeutsche Militäraktion in anderen Ländern noch nicht erlaubten, verkaufte die Hamburger Polizei zum Wohle Afrikas Erbsensuppe auf dem Rathausmarkt, widmeten die Rundfunkanstalten landesweit ihr Programm dem Thema „Hunger in Afrika", mahnten Kirchenglocken zum Spenden und forderte die Bundeswehr ihre Soldaten in einem Tagesbefehl dazu auf, Geld für die „Hungerhilfe" zu sammeln. Erste Erfahrungen mit Afrikaeinsätzen sammelte die Luftwaffe aber schon 1973 und 1985, als sie sich an den „Hunger-Luftbrücken" in die Sahel-Zone und nach Äthiopien beteiligte.
2 Daß „die Natur ihre Huld (sic!) innerhalb der Rassen (!) wie auch zwischen ihnen (!) nicht so gleichmäßig verteilt hat wie eine Firma ihre Postwurfsendung" darf – in „kapitalismuskritischer Absicht" – auch Christoph Türcke in „konkret" 8/93 verbreiten. „Menschenrassen", so der inzwischen in Leipzig für die Einheit des deutschen Universitätswesens wirkenden Professor, „sind keine Erfindung des Rassismus, sondern ein Produkt der Naturgeschichte". Türcke bedauert, nicht „GENAU" (!) angeben zu können, wie sich z.B. „schwarze" (ab welcher Hautschattierung gilt ihm ein Mensch als „schwarz"?) Hautfarbe (was ist mit der Augenfarbe und der Nasenform?) auf „Temperament, Neigung, Begabung, Charakter" auswirkt? Gerade solche „Problemstellungen" zählen zu den typischen rassistischen Erfindungen.
3 Vgl. hierzu Benedict Anderson, der seine Erörterung der kulturellen Wurzeln des Nationalismus in „Die Erfindung der Nation" mit dem Tod und seiner Symbolisierung in den Ehrenmäler der Unbekannten Soldaten beginnen läßt. Zum Kriegsdenkmal am Hamburger Dammtorbahnhof vgl. die 1979 im Tutor Verlag erschienene Broschüre „Ein Kriegsdenkmal in Hamburg". Einen Bezug zu dem 1992 auf der „Documenta IX" ausgestellten „Block" des Künstlers Gerhard Merz stellt Roberto Ohrt in der Kölner Zeitschrift „Texte zur Kunst" (9/1993) her.
4 Wenn „Grünalternative" diesen Zusammenhang bestreiten, dann sprechen sie nur aus, daß sie vom

Charakter des bürgerlichen Staates einfach nichts wissen wollen. So heißt es z.B. in einer Beilage der „taz" zum „Referendum doppelte Staatsbürgerschaft": „Die Argumentation, wonach niemand „zwei Vaterländer lieben" kann, „geht von einem Obrigkeitsstaat aus, dem seine Untertanen, notfalls unter Einsatz ihres Lebens, zu dienen haben. Diese Vorstellung aus dem 19. Jahrhundert hat mit einer modernen Republik, wie sie auch die BRD sein will, nichts zu tun." Das schreibt eine Zeitung, die die Soldaten dieser „modernen Republik" nach Bosnien und Somalia schicken will!)
5 In der Bundestagsdebatte über die doppelte Staatsbürgerschaft am 29.April 1993 forderte ein CDU-Abgeordneter mit dem typisch deutschen Namen Marschewski: „Jedes Volk ist eine Schicksalsgemeinschaft, in die man nicht nach Belieben eintreten und aus der man NICHT NACH BELIEBEN AUSTRETEN KANN." Auch die SPD, die einen Gesetzentwurf zur „Erleichterung der Einbürgerung und Hinnahme der Doppelstaatsangehörigkeit" vorlegte, sprach von einer „gleichberechtigten Teilhabe des ENDGÜLTIG eingewanderten ausländischen Bevölkerungsteils". Ausdrücklich um „Integration", und d.h. um LOYALITÄT, geht es auch in dem Aufruf zum „Referendum doppelte Staatsbürgerschaft")

Selbst im gegenwärtigen Augenblick läßt die russische Regierung Agenten unter den Lappen im nördlichen Norwegen und in Schweden umherreisen, um unter diesen nomadisierenden Wilden den Gedanken einer »großen finnischen Nationalität zu propagieren, die im äußersten Norden Europas, selbstverständlich unter russischem Protektorat, wiederhergestellt werden soll. Der »Verzweiflungsschrei« der unterdrückten Lappländer ertönt sehr laut in den russischen Zeitungen, doch nicht diese unterdrückten Nomaden stoßen ihn aus, sondern die russsichen Agenten. Es ist wahrlich eine fürchterliche Unterdrückung, diese armen Lappländer zu zwingen, sie auf ihre eigene barbarische Halbeskimo-Mundart zu beschränken! Das Nationalitätsprinzip konnte in der Tat nur in Osteuropa erfunden werden, über das sich tausend Jahre hindurch wieder und wieder die Flut der asiatischen Invasion ergoß, die am Ufer jene Häuflein vermengter Trümmer von Nationen zurückließ, die selbst heute noch der Ethnologe kaum entwirren kann, und wo der Türke, der finnische Magyar, der Rumäne, der Jude und etwa ein Dutzend slawischer Stämme in grenzenlosem Drucheinadner vermengt sind. Das war der Boden, auf dem man das Nationalitätsprinzip entwickeln konnte, und wie es Rußland entwickelt hat, werden wir bald am Beispiel Polens sehen.

III

Die Anwendung der Nationalitätsdoktrin auf Polen

Polen wird, wie fast alle europäischen Länder, von Menschen verschiedener Nationalitäten bewohnt. Die Masse der Bevölkerung, ihren Kern, bilden zweifellos die eigentlichen Polen, die polnisch sprechen. Doch seit 1390 schon war das eigentliche Polen mit dem Großherzogtum Litauen vereinigt, das bis zur letzten Teilung von 1794 einen integrierenden Teil der polnischen Republik bildete. Dieses Großherzogtum Litauen war von den verschiedenen Stämmen bewohnt. Die nördlichen baltischen Provinzen an der Ostsee waren im Besitz der eigentlichen Litauer, eines Volkes, das eine andere Sprache als seine slawischen Nachbarn sprach. Diese Litauer waren zu einem großen Teil von deutschen Einwanderern unterworfen worden, die sich wiederum nur mit Mühe gegen die litauischen Großherzöge verteidigten. Weiter südlich und östlich des jetzigen Königreichs Polen saßen die Weißrussen, die eine Sprache sprechen, die ein Mittelding zwischen Polnisch und Russisch ist, dabei aber dem letzteren näher steht; und die südlichen Provinzen schließlich waren von den sogenannten Kleinrussen bewohnt, von deren Sprache die meisten Autoritäten heute sagen, daß sie sich völlig vom Großrussischen unterscheide (der Sprache, die wir gewöhnlich Russisch nennen). Leute, die da sagen, die Wiederherstellung Polens fordern heiße, sich auf das Nationalitätsprinzip berufen, beweisen daher nur, daß sie nicht wissen, was sie reden, denn die Wiederherstellung Polens bedeutet die Wiedererrichtung eines aus wenigstens vier verschiedenen Nationaliäten zusammengesetzten Staates.

Doch was war mit Rußland, als durch die Union mit Litauen der alte polnisch Staat gebildet wurde? Es wand sich unter dem Joch des mongolischen Eroberers, den 150 Jahre zuvor die Polen und Deutschen vereint nach Osten hinter den Dnepr zurückgejagt hatten. Ein langer Kampf war nötig, bis die Großfürsten von Moskau das mongolische Joch endlich abgeschüttelt hatten und darangingen, die vielen verschiedenen Fürstentümer Großrußlands in einem Staat zu vereinigen. Aber dieser Erfolg scheint ihren Ehrgeiz nur angestachelt zu haben. Konstantinopel war kaum an die Türken gefallen, als der Großfürst von Moskau den doppelköpfigen Adler der Byzanistischen Kaiser in sein Wappenschild einsetzte und damit seine Ansprüche als deren Nachfolger und künftiger Rächer geltend machte. Seitdem haben die Russen bekanntlich das Ziel verfolgt, Zargrad, die Stadt des Zaren, wie sie Konstantinopel in ihrer Sprache nennen, zu erobern. Dann reizten die reichen Ebenen Kleinrußlands ihre Annexionslust; aber die Polen waren schon immer ein tapferes und damals auch starkes Volk, das sich nicht nur zu behaupten verstand, sondern auch Vergeltung zu üben wußte: Anfang des siebzehnten Jahrhunderts hielten sie sogar Moskau einige Jahre lang besetzt.

Die allmähliche Demoralisierung der herrschenden Aristokratie, der Mangel an Kraft, eine Bourgeoisie zu entwickeln, und die ständigen, da Land verwüstenden Kriege, brachen shließlich Polens Macht. Ein Land, das beharrlich an der feudalen Gesellschaftsordnung festhielt, während alle seine Nachbarn vorwärtsschritten, eine Bourgeoisie bildeten, Handel und Industrie entwickelten und große Städte schufen - ein solches Land war zum Untergang verurteilt. Die Aristokratie führte Polen wahrlich in den Untergang, in den völligen Untergang; und nachdem die Aristokraten dies getan hatten, huben sie an, dies einander vorzuwerfen und sich und ihr Land an die Ausländer zu verkaufen. Die polnische Geschichte von 1700-1772 ist nichts ale eine Chronik russischer Usurpation der Herrschaft in Polen, die durch die Bestechlichkeit des Adels ermöglicht wurde. Russische Soldaten hielten das Land fast ständig besetzt, und die polnischen Könige gerieten, wollten sie selbst auch keine Verräter sein, mehr und mehr in die Gewalt des russischen Botschafters. Dieses Spiel verlief so erfolgreich und wurde so lange fortgestzt, daß nicht ein einziger Protest in Europa laut wurde, als Polen schließlich vernichtet war, und sich nur alles darob verwunderte, wie Rußland so edelmütig sein konnte, Österreich und Preußen einen derart großen Teil des Gebietes abzutreten.

Besonders interessant ist die Art und Weise, wie diese Teilung vorgenommen wurde. Es gab zu jener Zeit bereits eine aufgeklärte »öffentliche Meinung« in Europa. Wenn auch noch nicht die »Times« mit der Fabrikation dieses Artikels begonnen hatte, so gab es doch jene Art der öffentlichen Meinung, die sich unter dem gewaltigen Einfluß von Diderot, Voltäre, Rousseau und den anderen französischen Schriftstellern des achtzehnten Jahrhunderts gebildet hatte. Rußland wußte stets, wie wichtig es ist, die öffentliche Meinung möglichest auf seiner Seite zu haben, und es verfehlte nicht, sich diese dienstbar zu machen. Der Hof Katharinas II. wurde zum Stabsquartier der aufgeklärten Männer jener Tage, besonders der Franzosen; die Kaiserin und ihr Hof bekannten sich zu den höchsten Prinzipien der Aufklärung, und es gelang ihr, die öffentliche Meinung so trefflich zu täuschen, daß Voltaire und viele andere das Lob der »Semiramis des Nordens« sangen und Rußland als das fortgeschrittenste

wurde die Befreiung und Einigung der unterdrückten und zerrisssenen Nationen ihre gemeinsame Losung. So war es auch 1848, als die Zahl der unterdrückten Nationen um eine Nation vermehrt wurde, nämlich Ungarn. Es konnte wirklich nicht zwei Meinungen geben über das Recht jeder der großen nationalen Gebilde Europas, in allen inneren Angelegenheiten, unabhängig von ihren Nachbarn, selbst zu bestimmen, solange dies nicht die Freiheit der andern beeinträchtigte. Dieses Recht für alle. Wie könnte z.B. Deutschland nach Freiheit und Einheit streben, wenn es zur selben Zeit Österreich beistünde, Italien entweder direkt oder durch seine Vasallen in Knechtschaft zu halten? Ist doch die völlige Zerschlagung der österreichischen Monarchie die erste Bedingung der Einigung Deutschlands!

Dieses Recht der großen nationalen Gebilde Europas auf politische unabhängigkeit, anerkannt von der europäischen Demokratie, mußte natürlich die gleiche Anerkennung insbesondere von seiten der Arbeiterklasse finden. Das bedeutete in der Tat nichts anderes als die Anerkennung des gleichen Rechts auf eigene nationale Existenz für andere große, zweifellos lebensfähige Nationen, das die Arbeiter jedes einzelnen Landes für sich beanspruchten. Doch diese Anerkennung und die Sympathie mit den nationalen Bestrebungen beschränkten sich auf die großen und genau definierten historischen Nationen Europas; das waren Italien, Polen, Deutschland und Ungarn, Frankreich, Spanien, England, Skandinavien, die weder geteilt waren noch unter ausländischer Kontrolle standen, waren nur indirekt an der Sache interessiert; und was Rußland betrifft, so kann man seiner nur Erwähnung tun als dem Besitzer einer ungeheuren Menge gestohlenen Eigentums, das es am Tag der Abrechnung wieder herausrücken muß.

Nach dem Coup 'état von 1851 mußte Louis Napoleon, der Kaiser »von Gottes Gnaden und durch den Willen des Volkes« einen demokratisierten und volkstümlich klingenden Namen für seine Außenpolitik finden. Was konnte besser sein, als auf sein Panier das »Nationalitätsprinzip« zu schreiben? Jede Nationalität der Schiedsrichter ihres eigenen Schicksals; jeder abgetrennte Teil einer Nationalität berechtigt, sich seinem großen Mutterlande anzuschließen - was hätte liberaler sein können? Nur beachte man - nicht von Nationen mehr war jetzt die Rede, sondern von Nationalitäten.

Es gibt kein Land in Europa, in dem es nicht verschiedene Nationalitäten unter einer Regierung gäbe. Die Hochland-Gälen und die Waliser unterscheiden sich zweifellos der Nationalität nach von den Engländern, doch niemandem fiele ein, diese Reste längst verschwundener Völker - oder gar die keltischen Bewohner der Bretagne in Frankreich - als Nationen zu bezeichnen. Überdies stimmt keine Staatsgrenze, überein. Es gibt viele Menschen außerhalb Frankreichs, deren Muttersprache Französisch ist, ebenso wie es außerhalb Deutschland viele Menschen deutscher Zunge gibt; und aller Wahrscheinlichkeit nach wird das auch immer so bleiben. Es ist ein natürliches Resultat der verworrenen und allmählichen historischen Entwicklung Europas während der letzten tausend Jahre, daß sich fast jede größere Nation von einigen Randteilen ihres Körpers trennen mußte, die sich vom nationalen Leben losgelöst haben und meistenteils dem nationalen Leben eines anderen Volkes anschlossen; und dies so gründlich, daß sie kein Bedrüfnis haben, sich ihrem Hauptstamm wieder anzuschließen. Die Deutschen in der Schweiz und im Elsaß verlangen nicht danach, mit Deutschland wiedervereint zu werden, und ebensowenig wünschen die Franzosen in Belgien und in der Schweiz, Frankreich politisch angegliedert zu werden. Und schließlich ist es von nicht geringem Vorteil, daß die verschiedenen Nationen, weil sie sich politisch konstituiert haben, zumeist einige fremdländische Elemente in sich aufgenommen haben, die Verbindungsglieder zu ihren Nachbarn bilden und Abwechslung in die sonst zu monotone Gleichartigkeit des nationalen Charakters bringen.

Hier sehen wir nun den Unterschied zwischen dem »Nationalitätsprinzip« und dem alten Grundsatz der Demokratie und der Arbeiterklasse über das Recht der großen europäischen Nationen auf selbständige und unabhängige Existenz. Das »Nationalitätsprinzip« läßt die große Frage des Rechts auf nationale Existenz für die historischen Völker Europas völlig unberührt; und wenn es sie berührt, so nur, um sie zu verwirren. Das Nationalitätsprinzip wirft zwei Arten von Fragen auf: erstens Fragen nach den Grenzen zwischen diesen großen historischen Völkern und zweitens Fragen des Rechts der zahlreichen kleinen Überbleibsel jener Völker auf unabhängige nationale Existenz, die nachdem sie längere oder kürzere Zeit auf dem Schauplatz der Geschichte aufgetreten sind, schließlich als Bestandteile in diese oder jene mächtigere Nation eingingen, welche vermöge ihrer größeren Lebenskraft imstande war, größere Hindernisse zu überwinden. Die europäische Bedeutung eines Volkes, seine Lebenskraft bedeuten nichts vom Standpunkt des Nationalitätsprinzips; für dieses Prinzip bedeuten die Rumänen in der Walaehei, die niemals eine Geschichte hatten noch die hierzu erfoderliche Energie, ebensoviel wie die Italiener mit ihrer zweitausendjährigen Geschichte und ungeschwächten nationalen Lebenskraft: die Waliser und die Bewohner der Insel Man hätten, wenn sie es wünschten, das gleiche Recht auf unabhängige politsiche Existenz wie die Engländer, so absurd das auch erscheinen mag. Das Ganze ist eine Absurdität, in ein volkstümliches Gewand gekleidet, um einfältigen Leuten Sand in die Augen zu streuen, die man als bequeme Phrase benutzen oder beiseite werfen kann, wenn dies die Umstände erfordern.

So einfältig diese Erfindung ist, bedurfte es doch eines klügeren Kopfes als den Louis-Napoleons, um sie zu ersinnen. Das Nationalitätsprizip ist nicht etwa eine bonapartistische Erfindung zur Wiedergeburt Polens, sondern lediglich eine russsiche Erfindung, die ausgeheckt wurde, um Polen zu vernichten. Rußland hat den größeren Teil des alten Polens unter dem Vorwand des Nationalitätenprinzips verschluckt, wie wir noch sehen werden. Schon über hundert Jahre existiert diese Idee, deren sich Rußland jetzt ständig bedient. Was anderes ist Panslawismus als die Anwendung des Nationalitätenprinzips durch Rußland in russischem Interesse auf die serbischen, kroatischen, ruthenischen, slowakischen, tschechischen und anderen Überreste früherer Völker in der Türkei, in Ungarn und Deutschland?

Eric J. Hobsbawm, Nation und Nationalsozialismus, Mythos und Realität seit 1780, Frankfurt 1992

Was ist eine (oder die) Nation? Denn die Eigentümlichkeit dieser Form einer Einordnung menschlicher Individuen oder Gruppen besteht darin, daß sich ungeachtet der Ansprüche derer, die ihr zugehören - die Nation sei in mancher Hinsicht für die gesellschaftliche Existenz oder gar die individuelle Indentifikation ihrer Mitglieder etwas Ursprüngliches und Fundamentales -, kein befriedigendes Kriterium angeben läßt, um zu entscheiden, welche der vielen menschlichen Gemeinschaften mit diesem Begriff bezeichnet werden sollen. Das ist an sich nicht überraschend, denn wenn wir »die Nation« als einen sehr jungen Neuankömmling in der Geschichte betrachten und als das Produkt besonderer und zwangsläufig lokal oder regional beschränkter historischer Umstände, dann wäre eigentlich zu erwarten, daß sie ursprünglich nur in einigen wenigen Ansiedlungen auftritt, statt ganz allgemein in einer Population, die auf dem Territorium der ganzen Erde verstreut lebt. Das Problem ist jedoch, daß es keine Möglichkeit gibt, einem Beobachter zu sagen, wie er a priori eine Nation von anderen Gruppen unterscheiden kann, so wie wir ihm beispielsweise sagen könnten, was einen Vogel ausmacht oder was eine Maus von einer Eidechse unterscheidet. Das Studium der Nationen wäre ein leichtes, wenn es wie die Ornithologie betrieben werden könnte.

Versuche der Festlegung objektiver Kriterien für eine nationale Zugehörigkeit oder einer Erklärung, warum bestimmte Gruppen zu »Nationen« wurden und andere nicht, sind häufig angestellt worden und stützten sich auf einzelne Merkmale wie Sprache oder ethnische Zugehörigkeit oder auf eine Kombination von Merkmalen wie Sprache, gemeinsames Territorium, gemeinsame Geschichte, kulturelle Eigenarten oder was auch immer. Stalins Definition dürfte hier wohl die bekannteste sein, aber keineswegs die einzige. Alle derartigen Definitionen sind aus dem einen offensichtlichen Grund untauglich: Da nur einige Mitglieder der großen Klasse von Gebilden, die solchen Definitionen genügen, jederzeit als »Nationen« beschrieben werden können, sind immer Ausnahmen möglich. Entweder gibt es menschliche Gemeinschaften, auf die die Definition zwar zutrifft, die aber offensichtlich keine (oder noch keine) »Nation« oder nicht von nationalem Ehrgeiz beseelt sind, oder wir haben es mit unzweifelhaften »Nationen« zu tun, die dennoch das geforderte Merkmal oder die Merkmalskombination nicht aufweisen. Wie könnte es auch anders sein, wenn man sich bemüht, historisch neuartige, in der Entstehung begriffene, sich verändernde und auch heute noch keineswegs universelle Gebilde in einen auf Dauer und Universalität gerichteten Bezugsrahmen einzuspannen?

Wie wir überdies noch sehen werden, sind die Kriterien, die diesen Zweck erfüllen sollen - Sprache, ethnische Zugehörigkeit usw.-, ihrerseits so verschwommen, wandelbar und mehrdeutig und als Anhaltspunkte zur Orientierung ebenso nutzlos wie Wolkenformationen zur Orientierung von Reisenden im Vergleich zu Wegzeichen. Das macht sie natürlich außerordentlich brauchbar für propagandistische und programmatische Zwecke - im Unterschied zu deskriptiven. Ein anschauliches Beispiel für den nationalistischen Gebrauch einer solchen »objektiven« Definition aus der jüngsten südostasiatischen Politik macht diesen Punkt deutlich:

Die tamilsprachige Bevölkerung Ceylons bildet eine Nation, die sich in jedem grundlegenden Merkmal einer Nation von den Singhalesen unterscheidet, zuerst und vor allem in dem einer eigenen historischen Vergangenheit auf der Insel, die zumindest ebenso alt und ruhmreich wie die der Singhalesen ist, zweitens durch die Tatsache, daß sie eine eigene Sprachgruppe ist, die sich von der singhalesischen grundlegend unterscheidet, mit einem unübertroffenen klassischen Erbe und einer modernen Entwicklung der Sprache, so daß das Tamil sämtlichen Erfordernissen von heute genügt, und schließlich aufgrund der territorialen Besiedlung genau umgrenzter Gebiete (Kadschi 1951, zit. n. Kearny 1985, S. 904).

Der Zweck dieser Ausführungen liegt auf der Hand: Die Forderung nach Autonomie oder Unabhängigkeit für ein Gebiet, das als »über ein Drittel der Insel« Sri Lanka beschrieben wird, im Interesse eines tamilischen Nationalismus. Etwas anderes scheint zunächst nicht dahinterzustecken. Verschleiert wird die Tatsache, daß die territoriale Ansiedlung aus zwei geographisch voneinander getrennten Gebieten besteht, die von tamilsprechenden Gruppen unterschiedlicher Herkunft bewohnt werden (alteingesessenen Einheimischen und in jüngster Zeit von aus Indien eingewanderten Arbeitern); daß das Gebiet einer ununterbrochenen Besiedlung durch Tamilen in manchen Zonen außerdem bis zu einem Drittel von Singhalesen und bis zu 41 Prozent von tamilsprechenden Gruppen bewohnt wird, die sich keineswegs als Tamilen im nationalen Sinne, sondern weit eher als Muslime (»Mohammedander«) verstehen. Aber selbst wenn man einmal die von eingewanderten Arbeitern besiedelte Zentralregion außer acht läßt, ist höchst fraglich, ob man das Territorium einer nennenswerten ununterbrochenen Besiedlung durch Tamilen, zu dem Gebiete einer durchgehend tamilischen Besiedlung (von 71 bis 95 Prozent - Batticaloa, Mullaitivu, Jaffna) ebenso gehören wie Gebiete, in denen die sich selbst als Tamilen bezeichnenden Gruppen nur 20 bis 33 Prozent der Bevölkerung ausmachen (Amparal, Trinconmalee), auch in einem anderen als einem rein kartographischen Sinne als ein einziges Gebiet begreifen kann. In den Verhandlungen, die 1987 zur Beendigung des Bürgerkriegs in Sri Lanka geführt haben, war die Entscheidung, dies tatsächlich zu tun, ein bloßes politisches Zugeständnis an die Forderungen der tamilischen Nationalisten. Wie wir bereits gesehen haben, verschleiert die »eigene Sprachgruppe« die unbezweifelbare Tatsache, daß eingeborene Tamilen, eingewanderte Inder und Mohammedaner in keinem anderen als einem philologischen Sinne und, wie wir noch sehen wer-

den, wahrscheinlich nicht einmal in diesem eine homogene Bevölkerung darstellen. Was die »eigene historische Vergangenheit« angeht, so ist diese Wendung fast mit Sicherheit ein Anachronismus; sie umgeht das eigentliche Problem oder ist bis zur Sinnlosigkeit unbestimmt. Natürlich läßt sich dagegen einwenden, daß offensichtlich zu propagandistischen Zwecken verfaßte Erklärungen nicht so kritisch untersucht werden sollten, als wären sie ein Beitrag zu den Sozialwissenschaften, aber es geht darum, daß sich fast jede Klassifizierung einer Gemeinschaft als eine »Nation« aufgrund solch angeblich objektiver Kriterien ähnliche Einwände gefallen lassen muß, sofern sich die Behauptung, es handle sich um eine »Nation«, nicht mit anderen Gründen belegen läßt.
Aber mit welchen Gründen? Die Alternative zu einer objektiven ist eine subjektive Definition, ob kollektiv (etwa nach Renans Ausspurch: »eine Nation ist ein tägliches Plebizit«) oder individuell nach dem Vorbild der Austromarxisten, für die sich »Nationalität« mit Personen verbinden konnte, wo immer und mit wem immer diese lebten, sofern sie diese nur für sich selbst in Anspruch nahmen. Beides sind unverhüllte Versuche, den Zwängen eines Objektivismus a priori zu entgehen, indem beide Male, wenn auch mit unterschiedlichen Mitteln, versucht wird, die Definition einer »Nation« auch solchen Territorien anzupassen, auf denen Personen gemeinsma miteinander leben, die sich in ihrer Sprache oder in anderen »objektiven« Kriterien unterscheiden, wie dies etwa in Frankreich oder in der Donaumonarchie der Fall war. Beide setzen sich dem Einwand aus, daß die Defintion einer Nation durch das Bewußtsein ihrer Mitglieder, ihr anzugehören, tautologisch ist und lediglich a posteriori angeben kann, was eine Nation ausmacht. Außerdem kann sie den Unbedachten zu den Extremen eines Voluntarismus verleiten, der behauptet, alles, wessen es zu einer Nation, zu deren Schöpfung oder Neuschöpfung, bedürfe, sei der Wille, einer zu sein: Wenn genügend viele Bewohner der Insel Sylt eine Sylter Nation sein wollten, dann gäbe es diese auch.
Zwar hat dieser Voluntarismus insbesondere seit den sechziger Jahren zu einigen Versuchen geführt, eine Nation durch Bewußtseinsbildung zu begründen, doch kann er keine Kritik an so differenzierten Beobachtern wie Otto Bauer und Renan rechtfertigen, die sehr wohl wußten, daß Nationen auch objektive Elemente gemeinsam hatten. Wie auch immer, das Herausstellen des Bewußtseins oder der persönlichen Entscheidung als Kriterium für die Nation bedeutet unausgesprochen, die komplizierten und vielfältigen Weisen, wie Menschen sich als Mitglieder von Gruppen definieren und ständig neu definieren, einer einzigen Option unterzuordnen: der Entscheidung für die Zugehörigkeit zu einer »Nation« oder »Nationalität«. Auf der politischen oder der administrativen Ebene muß heute eine solche Wahl getroffen werden, da wir in Staaten leben, die Pässe ausgeben oder bei einer Volkszählung Fragen zur Sprachzugehörigkeit stellen. Dennoch ist es auch heute noch für jemanden, der z.B. in Slough lebt, durchaus möglich, sich je nach den Umständen als - sagen wir - britischer Staatsbürger zu fühlen oder (gegenüber anderen britischen Bürgern anderer Hautfarbe) als Inder oder (in Gesellschaft anderer Inder) als Gudschar oder (gegenüber Hindus und Muslimen) als Dschaina oder als Angehöriger einer bestimmten Kaste oder einer Sippe oder als einer, der in den eigenen vier Wänden Hindi und nicht Gudscharati spricht usw. Und ebensowenig ist es möglich, »Nationalität« auf eine einzige Dimension zu reduzieren, ob politisch, kulturell oder sonstwie (es sei denn, man wird durch die höhere Gewalt von Staaten dazu genötigt). Menschen können sich als Juden bezeichnen, auch wenn sie weder dieselbe Religion, Sprache, Kultur, Tradition, Geschichte, Blutgruppe noch die Einstellung zum jüdischen Staat miteinander gemeinsam haben. Und auch daraus resultiert keine rein subjektive Definition der »Nation«.
Weder subjektive noch objektive Definitionen sind demnach befriedigend, und beide führen in die Irre. In jedem Fall ist eine agnostische Haltung für den an diesem Thema Interessierten wohl die beste Ausgangsposition, und deshalb wird auch in diesem Buch nicht vorweg eine Definition von dem gegeben, was eine Nation ausmacht. Als vorläufige Arbeitshypothese wird darunter jede ausreichend große Gemeinschaft von Menschen verstanden, deren Mitglieder sich als Angehörige einer »Nation« betrachten. Ob sich allerdings eine solche Gemeinschaft auch selbst so versteht, läßt sich nicht einfach feststellen, indem man Autoren oder politische Wortführer von Organisationen befragt, die für die Gemeinschaft den Status einer »Nation« beanspruchen. Daß es Fürsprecher einer »nationalen Idee« gibt, ist nicht irrelevant doch wird das Wort »Nation« heute so allgemein und ungenau verwendet, daß der Gebrauch des Vokabulars des Nationalismus wirklich kaum noch etwas zu bedeuten hat.
Dennoch ist es für einen Zugang zur »nationalen Frage« ertragreicher, mit dem Begriff »Nation« zu beginnen (d.h. mit dem »Nationalismus«) als mit der Wirklichkeit, für die er steht. Denn »die 'Nation', wie sie vom Nationalismus verstanden wird, läßt sich von vornherein erkennen; die reale 'Nation' läßt sich erst im nachhinein ausmachen« (Hobsbawn 1972, S. 387). Das ist der Ansatz des vorliegenden Buches. Besondere Beachtung schenkt es den Veränderungen und Umgestaltungen des Begriffs, vor allem gegen Ende des 19. Jahrhunderts. Begriffe sind natürlich nicht Bestandteile eines freischwebenden philosophischen Diskurses, sondern gesellschaftlich, historisch und geographisch verankert, und sie müssen im Kontext dieser Realitäten erklärt werden.
Im übrigen läßt sich meine Position folgendermaßen zusammenfassen.
1. Ich gebrauche den Begriff »Nationalismus« im Sinne Gellners: Er sei »vor allem ein politisches Prinzip, das besagt, politische und nationalale Einheiten sollten deckungsgleich sein« (Gellner 1991, S. 8). Ich möchte hinzufügen, daß dieses Prinzip außerdem bedeutet, daß die politische Pflicht der Fantasier gegenüber dem Gemeinwesen, das die fantasische Nation umfaßt und repräsentiert, vor allen übrigen politischen Pflichten und im Extremfall (z.B. in einem Krieg) auch vor allen anderen Verpflichtungen den Vorrang hat. Diese Folgerung unterscheidet den modern Nationalismus von anderen und weniger anspruchsvollen Formen einer nationalen oder Gruppenidentifikation, der wir ebenfalls begegnen werden.

ihrer Außenpolitik. Die Proudhonisten, die über das unterdrückte Polen zu Gericht sitzen, fällen dasselbe Urteil über dieses Land wie die Stalybridge Jury. »Geschieht ihm recht.« Sie bewundern Rußland als das große Land der Zukunft, als die fortschrittlichste Nation auf Erden, neben dem ein so armseliges Land wie die Vereinigten Staaten nicht wert ist, genannt zu werden. Sie haben den Rat der Internationalen Arbeiterassoziation beschuldigt, er wende das bonapartistische Nationalitätsprinzip an und erkläre das großmütige russische Volk für außerhalb der Grenzen des zivilisierten Europas stehend; das sei eine schwere Sünde gegen die Prinzipien der allgemeinen Demokratie und der Brüderlichkeit aller Nationen. So sehen ihre Anschuldigungen aus. Wenn man von ihrer demokratischen Phraseologie absieht, wird sofort offenbar, daß sie in Wort und Schrift wiederholen, was die extremen Tories aller Länder über Polen und Rußland zu sagen haben. Derartige Anschuldigungen verdienten keine Widerlegung; da sie aber von einem Teil der Arbeiterklasse stammen, mag dieser auch noch so klein sein, halten wir es für angebracht, noch einmal die russisch-polnische Frage zu untersuchen und das zu begründen, was hinfort als die Außenpolitik der vereinigten Arbeiter Europas bezeichnet werden kann.
Doch warum nennen wir, wenn von Polen die Rede ist, Rußland immer allein? Haben nicht zwei deutsche Mächte, Österreich und Preußen, an dem Raum teilgenommen? Halten sie nicht gleichfalls Teile von Polen in Knechtschaft, und trachten sie nicht im Bunde mit Rußland danach, jede nationale polnische Bewegung zu unterdrücken?
Es ist nachgerade bekannt, wie sehr sich Österreich gewunden hat, um sich aus dem polnischen Geschäft herauszuhalten, und wie lange es sich den Teilungsplänen Rußlands und Preußens widersetzte. Polen war ein natürlicher Verbündeter Österreichs gegen Rußland. Als Rußland dann zu einer furchtbaren Macht wurde, konnte nichts mehr im Interesse Österreichs liegen, als Polen zwischen sich und dem aufstrebenden Kaiserreich am Leben zu erhalten. Erst als Östereich sah, daß Polens Schicksal besiegelt war, daß die anderen beiden Mächte, mit oder ohne Österreich, entschlossen waren, es zu vernichten, erst dann schloß Österreich sich ihnen aus Gründen der Selbsterhaltung an, um bei der Aufteilung des Territoriums nicht leer auszugehen. Doch schon 1815 trat es für die Wiederherstellung eines unabhängigen Polen ein; 1831 und 1863 war es bereit, für diese Ziel in den Krieg zu ziehen und auf seinen Anteil an Polen zu verzichten, vorausgesetzt, daß England und Frankreich sich dazu verstünden, Österreich zu unterstützen. Während des Krimkrieges war es nicht anders. Dies alles soll nicht die allgemeine Politik der österreichischen Regierung rechtfertigen. Österreich hat oft genug bewiesen, daß die Unterdrückung einer schwächeren Nation zu den Gewohnheiten seiner Herrscher zählt. Doch im Falle Polens war der Selbsterhaltungstrieb stärker als die Gier nach neuen Gebieten oder die Gewohnheiten der Regierung. Deshalb scheidet Österreich zunächst aus unseren Betrachtungen aus.
Was Preußen anbelangt, so ist sein Anteil an Polen zu geringfügig, um ins Gewicht zu fallen. Sein Freund und Verbündeter Rußland hat es fertiggebracht, Preußen um neun Zehntel dessen zu erleichtern,was es bei den drei Teilungen erhalten hatte. Das wenige aber, was ihm geblieben ist, lastet auf ihm wie ein Alpdruck. Es hat Preußen vor den Triumphwagen Rußlands gespannt; es hat seine Regierung in den Stand gesetzt, selbst 1863 und 1864 unangefochten Gesetzesverletzungen, Verstöße gegen die persönliche Freiheit, das Versammlungsrecht und die Preßfreiheit in Preußisch-Polen zu praktizieren und bald darauf auch im ganzen übrigen Lande; es hat die ganze liberale Bewegung der Bourgeoisie entstellt, die aus Furcht, ein paar Quadratmeilen Land an der Ostgrenze zu riskieren, der Regierung erlaubte, die Polen außerhalb des Gesetzes zu stellen. Vor allen anderen Arbeitern haben die Arbeiter nicht nur Preußen, sondern ganz Deutschlands ein besonderes Intereesse an der Wiederherstellung Polens, und sie haben in jeder revolutionären Bewegung bewiesen, daß sie sich dessen bewußt sind. Wiederherstallung Polens heißt für sie Befreiung ihres eigenen Landes von russischer Knechtschaft. Und deshalb, meinen wir, scheidet auch Preußen aus unseren Betrachtungen aus. Wenn die Arbeiterklasse Rußlands (vorausgesetzt, daß es in diesem Lande etwas derartiges in dem Sinne gibt, was man in Westeuropa darunter versteht) ein politisches Programm aufstellen wird und dieses Programm die Befreiung Polens enthält - dann, aber erst dann, wird auch Rußland als Nation aus unseren Betrachtungen ausscheiden, und allein die zaristische Regierung wird weiter unter Anklage stehen.

II

An den Redakteur der »Commonwealth«

Sir,
es wird behauptet, die Unabhängigkeit Polens zu fordern bedeute, das »Nationalitätsprinzip« anzuerkennen, und das Nationalitätsprinzip sei eine bonapartistische Erfindung, die ausgeheckt wurde, um den napoleonischen Despotismus in Frankreich zu stützen. Was ist nun dieses »Nationalitätsprinzip«?
Durch die Verträge von 1815 wurden die Grenzen der verschiedenen europäischen Staaten allein nach dem Belieben der Diplomatie gezogen und hauptsächlich nach dem Belieben der damals stärksten Kontinentalmacht - Rußlands. Man trug weder den Wünschen und Interessen noch den nationalen Unterschieden der Bevölkerung Rechnung. Auf diese Weise wurde Polen geteilt, Deutschland geteilt, Italien geteilt, ganz zu schweigen von den vielen kleineren Nationlitäten, die Südosteuropa bewohnen und von denen zu jener Zeit nur wenige etwas wußten. Infolgedessen war für Polen, Deutschland und Italien der allererste Schritt jeder politischen Bewegung das Streben nach Wiederherstellung der nationalen Einheit, ohne die nationales Leben nur ein Schatten war. Und als nach der Niederschlagung der revolutionären Versuche in Italien und Spanien 1821-1823 und wiederum nach der Julirevolution von 1830 in Frankreich die radikalen Politiker des größeren Teils des zivilisierten Europa miteinander in Verbindung traten und versuchten, eine Art gemeinsames Programm auszuarbeiten,

gewissen Bissigkeit zu einem vergleichbaren Schluß: >> Nationalismus ist keineswegs das Erwachen von Nationen zu Selbstbewußtsein: man erfindet Nationen, wo es sie vorher nicht gab.<< (Gellner 1964, S. 169; meine Hervorhebung) Diese Formulierung hat jedoch einen Nachteil: Gellner bemüht sich so sehr um den Nachweis. Der Nationalismus spiegelte falsche Tatsachen vor, daß er jene >>Erfindung<< mit >>Herstellung>> von >>Falschem<< assoziiert , anstatt mit >>Vorstellen<< und >>Kreieren<<. Auf diese Weise legt er nahe, daß es >>wahre<< Gemeinschaften gebe, die sich von Nationen vorteilhaft absetzen. In der Tat sind alle Gemeinschaften, die größer sind als die dörflichen mit ihren Face-to-face-Kontakten, vorgestellte Gemeinschaften. Gemeinschaften sollten nicht durch ihre Authentizität voneinander unterschieden werden, sondern durch die Art und Weise, in der sie vorgestellt werden. Javanische Dorfbewohner haben immer gewußt, daß sie mit Menschen in Verbindung stehen, die sie niemals gesehen haben, doch wurden diese Bindungen lange als Sonderfall angesehen - als unendlich dehnbare Netze von Verwandschaft und Klientismus. Bis vor kuzer Zeit gab es in der javanischen Sprache kein Wort für den abstrakten Begriff >>Gesellschaft<<. Wir können heute die französische Aristokratie des ancien régime als Klasse begreifen; doch selbst hat sie sich nicht als solche verstanden. Auf die Frage >>Wer ist der Comte de X<< hätte die normale Antwort nicht gelautet >>ein Mitglied der Aristokratie<< sondern >>der Graf von X<<, >>der Onkel der Baronne de Y<< oder >>ein Schützling des Duc de Z<<.

Die Nation wird als begrenzt vorgestellt, weil selbst die größte von ihnen mit vielleicht einer Milliarde Menschen in genau bestimmten, wenn auch variablen Grenzen lebt, jenseits derer andere Nationen liegen. Keine Nation setzt sich mit der Menschheit gleich. Selbst die glühendsten Nationalisten träumen nicht von dem Tag, da alle Mitglieder der menschlichen Rasse ihrer Nation angehören werden - anders als es in vergangenen Zeiten Christen möglich war, von einem ganz und gar 'christlichen' Planeten zu träumen.

Die Nation wird als souverän vorgestellt, weil ihr Begriff in einer Zeit geboren wurde, als Aufklärung und Revolution die Legitimität der als von Gottes Gnaden gedachten hierarchisch-dynastischen Reiche zestörten. Dieser Begriff erlangte seine Reife in einem historischen Moment, als selbst die frommsten Anhänger jegliche Universalreligionen und dem Auseinamdertreten von ontologischen Ansprüchen jeden Glaubens und seiner territorialen Ausdehnung konfrontiert waren. Deshalb träumen Nationen davon, frei zu sein und dies unmittelbar - wenn auch unter Gott. Maßstab und Symbol diese Freiheit ist der souveräne Staat.

Schließlich wird die Nation als Gemeinschaft vorgstellt, weil sie, unabhängig von raler Ungleichheit und Ausbeutung, als >>kameradschaftlicher<< Verbund von Gleichen vestanden wird. Es war diese Brüderlichkeit, die es in den letzten zwei Jahrhunderten möglich gemacht hat, daß Millionen von Menschen für so begrenzte Vorstellungen weniger getötet haben als vielmehr bereitwillig gestorben sind.

Dieses Sterben konfrontiert uns mit dem zentralen Problem, vor das uns der Nationalismus stellt: Wie kommt es, daß die kümmerlichen Einbildungen der jüngeren Geschichte (von kaum mehr als zwei Jahrhunderten) so ungeheure Blutopfer gefordert haben? Ich bin der Überzeugung, daß die Antwort in den kulturellen Wurzeln des Nationalismus liegt.

Friedrich Engels
Was hat die Arbeiterklasse mit Polen zu tun?
Laus: MEW 16, Berlin 1962

I

An den Redakteur der »Commonwealth«

Sir, wo immer die Arbeiterklasse in politischen Bewegungen selbständig aufgetreten ist, läßt sich ihre Außenpolitik von Anfang an in den wenigen Worten ausdrücken: Wiederherstellung Polens. Das galt für die Christenbewegung, so lange sie existierte; das galt für die französischen Arbeiter schon lange vor 1848 wie auch im denkwürdigen Jahr 1848, als sie am 15. Mai zur Nationalversammlung zogen mit dem Ruf: »Vive la Pologne!« - Es lebe Polen! Das galt für Deutschland, als 1848 und 1849 die Organe der Arbeiterklasse Krieg mit Rußland forderten zur Wiederherstelliung Polens als einen wesentlichen Bestandteil ihres politischen Programms, als umfassendsten Ausdruck ihrer Außenpolitik. Auch die Bourgeoisie hat »Sympathien » für Polen gehabt und hat sie noch; diese Sympathien haben sie jedoch nicht gehindert, die Polen 1831, 1846 und 1863 im Stich zu lassen, ja sie haben sie noch nicht einmal gehindert, während sie mit Worten für Polen eintraten, den ärgsten Feind Polens, Leuten wie Lord Palmerston, die faktisch Rußland unterstützen, freie Hand zu lassen. Anders die Arbeiterklasse. Sie will Einmischung und keine Nichteinmischung; sie will Krieg mit Rußland, solange Rußland Polen nicht in Ruhe läßt; und sie hat das bewiesen, sooft die Polen sich gegen ihre Unterdrücker erhoben. Erst kürzlich hat die Internationale Arbeiterassoziation diesem allumfassenden instinktiven Gefühl der Klasse, als deren Repräsentant sie auftritt, noch stärkeren Ausdruck verliehen, indem sie auf ihr Banner schrieb; »Widerstand gegen russische Übergriffe in Europa - Wiederherstellung Polens!«

Dieses Programm der Außenpolitik der Arbeiter West- und Mitteleuropas hat die einmütige Zustimmung der Klasse gefunden, an die es gerichtet war, bis es eine kleine Minderheit von Anhängern der Schule des seeligen P.-J. Proudhon. Diese Schule unterscheidet sich in Toto von der Mehrzahl der fortgeschrittenen und denkenden Arbeiter, sie erklärt diese für unwissende Narren und vertritt in den meisten Fragen Meinungen, die den ihrigen völlig entgegengesetzt sind. Das bestätigt sich auch in

2. Wie die meisten ernsthaften Forscher betrachte ich die »Nation« nicht als eine ursprüngliche oder unveränderliche soziale Einheit. Sie gehört ausschließlich einer bestimmten und historisch jungen Epoche an. Sie ist eine gesellschaftliche Einheit nur insofern, als sie sich auf eine bestimmte Form des modernen Territorialstaates bezieht, auf den »Nationalstaat«, und es ist sinnlos, von Nation und Nationalität zu sprechen, wenn diese Beziehung nicht mitgemeint ist. Außerdem schließe ich mich Gellner an, wenn er das Element des Künstlichen, der Erfindung des Social engineering betont, das in die Bildung von Nationen mit einfließt. »Das Nationen als eine natürliche, gottgegebene Art der Klassifizierung von Menschen gelten - als ein (...) politisches Geschick - ist ein Mythos. Der Nationalismus, der manchmal bereits bestehende Kulturen in Nationen umwandelt, erfindet manchmal Kulturen und vernichtet häufig tatsächlich Kulturen: Das ist eine Realität« (Gellner 1991, S. 77). Kurz, aus Gründen der Analyse kommt der Nationalismus vor der Nation. Nicht die Nationen sind es, die Staaten und Nationalismen hervorbringen, sonder umgekehrt.
3. Die »nationale Frage«, wie die Altmarxisten sie genannt haben, ist in jenem Bereich angesiedelt, in dem sich Politik, Technik und sozialer Wandel überschneiden. Nationen existieren nicht nur als Funktionen einer bestimmten Form des Territorialstaats oder des Strebens nach seiner Verwirklichung - grob gesagt des bürgerlichen Staates der Französischen Revolution -, sondern auch im Kontext einer bestimmten Phase der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung. Die meisten Forscher stimmen heute darin überein, daß - gesprochene und geschriebene - nationale Hochsprachen als solche erst aufkommen konnten, nachdem es Druckerpressen, eine Volksbildung und damit auch Volksschulen gab. Man hat sogar die These vertreten, daß sich das heutige alltagsitalienisch als das Idiom, mit dem sich das ganze Spektrum dessen zum Ausdruck bringen läßt, was eine Sprache des 20. Jahrhunderts außerhalb der häuslichen und persönlichen Kommunikationssphäre benötigt, lediglich als Reflex auf die Bedürfnisse des nationalen Fernsehprogramms entwickelt (Sorella 1982). Nationen und die damit zusammenhängenden Phänomene müssen deshalb im Hinblick auf die politischen, technischen, administrativen, wirtschaftlichen und sonstigen Bedingungen und Erfordernisse analysiert werden.
4. Aus diesem Grund sind Nationen nach meinem Dafürhalten Doppelphänomene, im wesentlichen zwar von oben konstruiert, doch nicht richtig zu verstehen, wenn sie nicht auch von unten analysiert werden, d.h. vor dem Hintergrund der Annahmen, Hoffnungen, Bedürfnisse, Sehnsüchte und Interessen der kleinen Leute, die nicht unbedingt national und noch weniger nationalistisch sind. Wenn es für mich einen wesentlichen Kritikpunkt an Gellners Arbeiten gibt, dann den, daß seine bevorzugte Perspektive einer Modernisierung von oben zu sehr den Blick von unten verstellt.
Dieser Blick auf die Nation von unten - das heißt nicht aus dem Blickwinkel der Regierungen und der Wortführer und Aktivisten nationalistischer (oder nicht-nationalistischer) Bewegungen, sondern aus der Sicht normaler Menschen, die Objekte der Handlungen und Propaganda des ersteren sind - ist überaus schwer zu rekonstruieren. Glücklicherweise haben die Sozialhistoriker gelernt, die Geschichte der Ideen, Meinungen und Empfindungen unterhalb des literarischen Ausdrucks zu erforschen, so daß wir heute weit weniger als frühere Historikergenerationen versucht sind, Leitartikel in ausgewählten Zeitungen mit der öffentlichen Meinung zu verwechseln. Vieles liegt noch im Ungewissen, aber über drei Dinge gibt es keinen Zweifel.

Erstens bieten offizielle Ideologien von Staaten und Bewegungen keine Anhaltspunkte für das, was in den Köpfen selbst ihrer loyalsten Bürger oder Anhänger vorgeht. Zweitens haben wir insbesondere keinen Grund zu der Annahme, daß für die meisten Menschen die Identifikation mit der Nation - sofern sie existiert - alle anderen Identifikationen, die ein gesellschaftliches Wissen ausmachen, ausschließt oder ihnen immer oder überhaupt überlegen ist. Tatsächlich verbindet sie sich immer mit der Identifikationen anderer Art, auch wenn sie diesen gegenüber als vorrangig empfunden wird. Und drittens kann eine nationale Identifikation samt allen ihren Weiterungen sich im Lauf der Zeit, ja selbst innerhalb sehr kurzer Perioden verändern und verlagern. Das ist in meinen Augen jener Bereich der Forschung über Nation und Nationalismus, in dem heute der dringendste Bedarf an theoretischem Denken und praktischer Forschungsarbeit besteht.
5. Die Entwicklung von Nationen und Nationalismen in seit langem bestehenden Staaten wie England und Frankreich ist nicht sehr eingehend untersucht worden, obwohl das Interesse daran in jüngster Zeit steigt. Daß hier eine Lücke zu schließen ist, zeigt sich etwa daran, daß in England alle Probleme vernachlässigt werden, die mit dem englischen Nationalismus zusammenhängen - an sich schon eine Begriff, der vielen fremd in den Ohren klingt -, verglichen mit der Aufmerksamkeit, die dem Nationalismus der Schotten, Waliser oder erst recht der Iren entgegengebracht wird. Auf der anderern Seite hat es in den letzten Jahren beachtliche Fortschritte in der Untersuchung von nationalen Bewegungen gegeben, die nach staatlicher Unabhängigkeit streben, hauptsächlich in der Nachfolge von Hrochs bahnbrechenden komparativen Studien über kleine europäische Nationalbewegungen. Zwei Punkte in der Analyse dieses hervorragenden Wissenschaftlers sind in meine eigene Untersuchung eingegangn. Erstens entwickelt sich ein »Nationalbewußtsein« unter den gesellschaftlichen Gruppen und Regionen eines Landes ungleichmäßig; diese regionalen Unterschiede und deren Gründe sind bisher weitesgehend vernachlässigt worden. Die meisten Forscher würden übrigens der These zustimmen, daß unabhängig davon, welche gesellschaftlichen Gruppen als erste von einen »Nationalbewußtsein« erfaßt werden, die Masse der Bevölkerung - Arbeiter, Dienstboten, Bauern - als letzte von ihm ergriffen werden. Zweitens und daraus folgend übernehme ich Hrochs sinnvolle Aufteilung der Geschichte nationaler Bewegungen in drei Phasen. Im Europa des 19. Jahrhunderts, für das diese Einteilung entwickelt wurde, war die Phase A rein kulturell, literarisch und volkskundlich, ohne daß sich daraus besonders politische oder gar nationale Folgerungen ergeben hätten, so wenig wie die Forschungen

etwa der endlichen Gypsy Lore Society (durch Forscher, die weder Roma noch Sinti sind) Folgen für die Objekte ihres Interesses haben. In der Phase B finden wir eine Gruppe von Vorkämpfern und militanten Wortführern der »nationalen Idee« und die Anfänge eines politischen Werbens für diese Idee. Der Hauptteil der Arbeiten Hrochs befaßt sich mit dieser Phase und der Analyse der Herkunft, Zusammensetzung und Verteilung dieser minorité agissante. Mein eigenes Interesse in diesem Buch gilt mehr der Phase C; erst hier - und nicht schon vorher - gewinnen nationalistische Programme die Unterstützung der Massen oder zumindest eines Teils jener Massen, deren Repräsentanten zu sein sie immer behaupten. Der Übergang von Phase B zu Phase C ist offensichtlich ein entscheidender Augenblick in der Chronologie nationaler Bewegungen. In manchen Fällen, wie in Irland, geschieht er vor der Schaffung eines Nationalstaats; vermutlich wesentlich häufiger liegt er jedoch später, als folge eben dieses Aktes. Und wieder in anderen Fällen, wie in den Ländern der sogenannten Dritten Welt, kommt es nicht einmal dann dazu.
Zum Schluß kann ich nur noch anmerken, daß kein ernsthafter Historiker, der über Nationen und Nationalismus arbeitet, ein überzeugter politischer Nationalist sein kann, ausgenommen in einer Weise, wie Bibelgläubige zwar niemals ernstzunehmende Evolutionstheoretiker sein werden, aber durchaus einen wissenschaftlichen Beitrag zur Archäologie oder zur semitischen Philologie leisten können. Nationalismus erfordert zuviel Glauben an etwas, das offensichtlich in dieser Form nicht existiert. Oder wie Renan gesagt hat: »Keine Nation ohne Fälschung der eigenen Geschichte«. Historiker sind von Berufs wegen verpflichtet, sie nicht zu fälschen oder sich zumindest darum zu bemühen. Ein Ire und ein stolzer Anhänger Irlands zu sein - selbst ein stolzer katholischer Ire oder ein Ulster-Protestant - ist nicht von vornherein unvereinbar mit einer wissenschaftlichen Beschäftigung mit irischer Geschichte. Ein Fenier oder Orangist zu sein ist nach meinem Dafürhalten in dieser Hinsicht nicht ganz so unproblematisch, so wie ein Zionist nicht ohne weiteres eine wirklich ernsthafte Geschichte der Juden schreiben könnte, sofern er als Historiker seine Überzeugung nicht ablegt, bevor er sich in die Bibliothek oder an seine Studie begibt. Einige nationalistische Historiker waren dazu nicht in der Lage. Als ich mich daran machte, dieses Buch zu schreiben, brauchte ich meine außerhistorischen Überzeugungen glücklicherweise nicht abzulegen.

Benedict Anderson
Die Erfindung der Nation, Frankfurt 1993 (Auszug)

Ohne daß es bis jetzt große Beachtung gefunden hätte, sind wir heute mit einem fundamentalen Wandel des Marxismus und der marxistischen Bewegungen konfrontiert. Seinen sichtbarsten Ausdruck fand dieser Wadnel in den Kriegen zwischen Vietnam, China und Kambodscha zu Ende der siebziger Jahre. Diese Kriege sind von welthistorischer Bedeutung, weil sie die ersten waren, die zwischen Systemen stattgefunden haben, deren Eintreten für nationale Selbständigkeit und die Revolution nicht zu leugnen ist, und weil keiner der kriegführenden Staaten den Versuch gemacht hat, das Blutvergießen mit Hlfe eines erkennbaren marxistischen Theoriekonzepts zu rechtfertigen - sieht man einmal von höchst formalen Bekundungen ab. Während es gerade noch möglich war, die chinesisch-sowjetischen Grenzauseinandersetzungen 1969 und die militärischen Interventionen der Sowjetunion in der DDR (1953), Ungarn (1956), der Tschecheslowakai (1968) und Afghanistan (1980) - je nach Geschmack - als >>sozialimperialistisch< oder als >> Verteidigung des Sozialismus<< etc. zu interpretieren, kann ich mir niemanden vorstellen, der ernsthaft der Überzeugung wäre, daß ein solches Vokabular für die Ereignisse in Indochina wirklich angemessen sei.
Die vietnamesische Invasion und Besetzung Kambodschas im Dezember 1978 und Januar 1979 stellte den ersten groß angelegten konventionellen Krieg dar, den ein marxistisch-revolutionäres Regime gegen ein anderes führte, und Chinas Angriff auf Vietnam im Februar bestätigte diesen Prädenzfall. Es ist kaum vorstellbar, daß, wann immer noch in diesem Jahrhundert zwischenstaatliche Feindseligkeiten ausbrechen weden, die Sowjetunion und die Volksrepublik China, geschweige denn die kleineren sozialistischen Staaten, immer dieselbe Seite unterstützen oder für sie kämpfen werden. Und könnte es nicht eines Tages auch zu kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Jugoslawien und Albanien kommen? Kalte Krieger, westliche Linke und östliche Dissidenten, die den Rückzug der Roten Armee aus Osteuropa erreicken wollen, sollten sich vergegenwärtigen, daß deren erdrückende Präsenz seit 1945 einen bewaffneten Konflikt zwischen den marxistischen Systemen dieser Region unmöglich gemacht hat.
Diese Überlegungen unterstreichen die Tatsache, daß sich seit dem zweiten Weltkrieg jede erfolgreiche Revolution in nationalen Begriffen definiert - und sich damit gleichzeitig fest in einem territorialen und sozialen Raum verankert hat, der ein Erbe der vorrevolutionären Vergangenheit ist. Daß umgekehrt die Sowjetunion mit dem Vereinigten Königreich die seltene Eigenschaft gemein hat, in ihrer Bezeichnung die Nationalität zu unterschlagen; deutet darauf hin, daß sie das Erbe der vornationalen Dynastien des 19. Jahrhunderts übernommen hat und zugleich der Vorläufer einer internationalistischen Ordnung des 21. Jahrhunderts werden könnte.
Eric Hobsbawm stelle zu Recht fest:>>... marxistische Bewegungen und Staaten (neigen) seit jeher dazu, sich nicht nur der Form nach national zu organisieren, sondern auch dem Inhalt nach, also nationalistisch zu werden. Nichts spricht dagegen, daß sich dieser Trend fortsetzen wird.<< (Hobsbawm 1978, S.61f.) Diese Tendenz ist nicht auf die sozialistische Welt beschränkt. Fast jedes Jahr nimmt die UNO neue Mitglieder auf. Und viele >>alte Nationen<<, die sich für konsolidiert hielten,

sehen sich innerhalb der eigenen Grenzen von verschiedenen >>Sub- nationalismen herausgefordert - eine Form des Nationalismus, die natürlich davon träumt, eines glücklichen Tages das Präfix abzuwerfen. Die Realität ist ganz simpel: Das so lange verkündete >> Ende des Zeitalters des Nationalismus<< ist nicht im entferntesten in Sicht. Das Nation-Sein ist vielmehr der am universellsten legitimierte Wert im politischen Leben unserer Zeit.
Die Tatsachen sind klar, ihre Erklärung bedarf jedoch einer langen Diskussion. Nation, Nationalität, Nationalismus - die Definition dieser Begriffe hat sich als notorisch schwierig erwiesen, von ihrer Analyse ganz zu schweigen. Im Gegensatz zu dem immensen Einfluß, den der Nationalismus auf die moderne Welt ausübt, steht es um seine theoretische Bewältigung auffallend schlecht. Hugh Seton-Watson, der in der breiten Tradition liberaler Geschichts- und Sozialwissenschaft stehende Autor des weitaus besten und umfassendsten Werkes über den Nationalismus in englischer Sprache, stellt betrübt fest:>>So hat sich mir der Schluß aufgedrängt, daß man keine 'wissenschaftliche Definition' der Nation geben kann; das Phänomen hingegen existiert seit langem und es wird es auch in Zukunft geben.<< (Seton-Watson 1977, S.5) Tom Nairn, der in kaum weniger breiten Tradition marxistischer Geschichts- und Sozialwissenschaft stehende Autor des bahnbrechenden Buches The Break-up of Britain, bemerkt: >>Das Problem einer Theorie des Nationalismus steht für das große historische Versagen des Marxismus.<< (Narin 1978, s. 7) Doch sogar dieses Bekenntnis führt insoweit in die Irre, als es den Eindruck erweckt, es handle sich dabei um das bedauerliche Resultat einer langen und bewußten Suche nach theoretischer Klarheit. Genauer formuliert müßte man sagen, daß sich der Nationalismus als ein Anomalie des Marxismus erwiesen hat, weshalb man ihn großenteils vernaschlässigte. Schon Marx hat es versäumt, das entscheidende Pronomen in seiner denkwürdigen Formulierung aus dem Jahre 1848 zu erklären: >>Das Proletariat eines jeden Landes muß natürlich zuerst mit seiner eigenen Bourgeoisie fertig werden.<< (Marx/Engels 1848; meine Hervorhebung) Wie kann man den über ein Jahrhundert andauernden Gebrauch des Begriffs >nationale Bourgeoisie<< erklären, ohne daß irgendein ernsthafter Versuch unternommen worden wäre, die Relevanz des Adjektivs theoretisch zu bestimmen? Warum ist diese Eineinteilung der Bourgeoisie -einer internationalen Klasse insoweit, als sie über Produktionsverhältnisse bestimmt wird - theoretisch von Bedeutung?
Es ist das Ziel dieses Buches, einige Vorschläge für eine befriedigende Interpretation der >>Anomalie<< des Nationalismus zu machen. Ich habe den Eindruck, daß bei diesem Gegenstand sowohl die marxistische als auch die liberale Theorie in ihrem polemischen Bemühen, >>das Phänomen zu retten<<, an Kraft eingebüßt haben. Eine neue Perspektive in einem gleichsam kopernikianischen Geiste ist dringend erforderlich. Ich gehe davon aus, daß Nationalität - oder, wie man angesichts der vielfältigen Bedeutungen im Laufe der Zeit verändert haben und warum sie heute eine so starke innere Legitimität genießen. Ich werde zu zeigen versuchen, daß sich diese Produkte Ende des 18. Jahrhunderts spontan aus einer komplexen >>Kreuzung<< verschiedener historischer Kräfte destillierten. Einmal entstanden, bekamen sie Modellcharakter und konnten, mehr oder minder bewußt, auf eine Vielzahl von gesellschaftlichen Bereichen übertragen werden, verschmelzen und verschmolzen werden mit einer entsprechend großen Zahl von politischen und ideologischen Konstellationen. Ebenso möchte ich zeigen, warum genau diese kulturellen Kunstprodukte seitdem ausgesprochen anziehend wirken.

Begriffe und Definitionen

Es ist ratsam, zunächst den Begriff >>Nation<< kurz zu erörtern und eine praktikable Definiton zu geben. Nationalismustheoretiker sind oft von drei Paradoxa irritiert: 1. Der objektiven Neuheit von Nationen aus dem Blickwinkel des Historikers steht das subjektive Alter in den Augen der Nationalisten gegenüber. 2. Der formalen Universität von Nationalität als soziokulturelle Begriff - in der modernen Welt kann, sollte und wird jeder eine Nationalität >>haben<<, so wie man ein Geschlecht >>hat<< -steht die marginale Besonderheit ihrer jeweiligen Ausprägungen gegenüber, wie zum Beispiel die definierte Einzigartigkeit der Nationalität >>Griechisch<<. 3. Der >>politischen<< Macht des Nationalismus steht seine philosophische Armut oder gar Widersprüchlichkeit gegenüber. Mit anderen Worten: Anders als andere Ismen hat der Nationalismus nie große Denker hervorgebracht - keinen Hobbes, keinen Marx und keinen Weber. Diese >>Leere<< gibt kosmopolitischen und Polyglotten Intellektuellen gerne zu einer gewissen Herablassung Anlaß. Wie Gertrude Stein angesichts von Oakland kann man recht schnell zu dem Schluß kommen, dort gebe es kein >>Da<<. Es ist kein Zufall, daß selbst ein wohlwollender Nationalismusforscher wie Tom Nairn dennoch schreiben kann: >>Nationalismus<< ist... die Pathologie der neueren Entwicklungsgeschichte und genauso >>unvermeidlich<< wie die >>Neurose<< beim einzelnen Menschen. Im Nationalismus ist viel von derselben grundsätzlichen Zweideutigkeit angelegt, ein ähnliche Tendenz zum Abgleiten in den Wahnsinn, deren Wurzeln in der Situation der Hilflosigkeit (gleichsam in de Infantilphase von Gesellschaften) praktisch auf der ganzen Welt liegen und die als weitgehend unveränderbar erscheint.<< (Narin 1978, S. 40)
Ein Problem besteht auch darin, daß man unbewußt dazu neigt, die Existenz des Nationalismus zu hypostasieren und >>ihn<< als eine Weltanschauung unter vielen einordnet. Es würde die Angelegenheit leichter machen, wenn man ihn begrifflich nicht wie >>Liberalismus<< oder >>Faschismus<< behandelte, sondern wie >>Verwandschaft<< oder >>Religion<<.
In einem solchermaßen anthropologischen Sinne schlage ich folgende Definition von Nation vor. Sie ist eine vorgestellte politische Gemeinschaft - vorgestellt als begrenzt und souverän.
Vorgestellt ist sie deswegen, weil die Mitglieder selbst der kleinsten Nation die meisten anderen niemals kennen, ihnen begegnen oder auch nur von ihnen hören werden, aber im Kopf eines jeden die Vorstellung bezogen: >>Das Wesen einer Nation ist, daß alle einzelnen vieles gemeinsam und daß sie alle vieles vergessen haben.<< (Renan 1947-1961, Bd. 1, S. 892) Ernest Gellner kommt mit einer

Unterdrückung, für die Souveränität des Volkes, für die Souveränität der Nation. Daher die unbedingte Pflicht des Marxisten, auf allen Teilgebieten der nationalen Frage den entschiedensten und konsequentesten Demokratien zu verfechten. Das ist in der Hauptsache eine negative Aufgabe. Weiter aber darf das Proletariat in der Unterstützung des Nationalismus nicht gehen, denn dann beginnt die »positive« (bejahende) Tätigkeit der nach Stärkung des Nationalismus strebenden Bourgeoisie.
Jedes feudale Joch, jede nationale Unterdrückung, jedwede Privilegien einer der Nationen oder Sprachen abzuschütteln ist die unbedingte Pflicht des Proletariats als einer demokratischen Kraft, ist das unbedingte Interesse des proletarischen klassenkampfes, der durch den nationalen Hader verdunkelt und gehemmt wird. Aber den bürgerlichen Nationalismus über diese streng gezogenen, durch einen bestimmten historischen Rahmen gegebenen Grenzen hinaus zu fördern heißt das Proletariat verraten und sich auf die Seite der Bourgeoisie schlagen. Hier gibt es eine Grenze, die oft sehr fein gezogen ist und die die bundistischen und die ukrainischen Nationalsozialen völlig außer acht lassen.
Kampf gegen nationale Unterdrückung - unbedingt ja. Kampf für jede nationale Entwicklung, für die »nationale Kultur« schlechthin - unbedingt nein. Die wirtschaftliche Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft liefert uns in der ganzen Welt Beispiele nicht voll entwickelter nationaler Bewegungen, Beispiele für die Bildung großer Nationen aus einer Reihe kleiner oder zum Nachteil einiger kleiner Nationen, Beispiele der Assimilation von Nationen. Der Grundsatz des bürgerlichen Nationalismus ist die Entwicklung der Nationalität schlechthin, daher die Ausschließlichkeit des bürgerlichen Nationalismus, daher der ausweglose nationale Hader. Das Proletariat dagegen übernimmt es keineswegs, die nationale Entwicklung jeder Nation zu verteidigen, sondern im Gegenteil, es warnt die Massen vor solchen Illusionen, setzt sich für die vollste Freiheit des kapitalistischen Verkehrs ein und begrüßt jede Assimilation von Nationen mit Ausnahme der gewaltsam durchgeführten oder auf Privilegien gestützten.
Den Nationalsimus in einer bestimmten, »gerecht« abgegrenzten Sphäre verankern, den Nationalismus »konstituieren«, alle Nationen mit Hilfe einer besonderen staatlichen Institution fest und dauerhaft voneinander absondern - das ist die ideologische Grundlage und der Inahlt der national-kulturellen Autonomie. Dieser Gedanke ist durch und durch bürgerlich und durch und durch falsch. Das Proletariat kann keinerlei Verankerung des Nationalismus unterstützen, im Gegenteil, es unterstützt alles, was dazu beiträgt, die nationalen Unterschiede zu verwischen, die Schranken zwischen den Nationen niederzureißen, alles, was den Zusammenhalt zwischen den Nationalitäten immer enger gestaltet, alles, was zur Verschmelzung der Nationen führt. Anders handeln heißt sich auf die Seite des reaktionären nationalistischen Spießertums zu schlagen.

Lenin, Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, 1914
(Auszüge)

4. Der »Praktizismus« in der nationalen Frage
Mit besonderem Eifer haben die Opportunisten das Argument Rosa Luxemburgs aufgegriffen, daß der Paragraph 9 unseres Programms nichts »Praktisches« enthalte. Rosa Luxemburg selbst ist von diesem Argument so entzückt, daß wir in ihrem Artikel mitunter auf Seiten stoßen, wo diese »Losung« an die achtmal wiederholt ist.
Sie schreibt: Der Paragraph 9 »gibt keinerlei praktischen Hinweis für die Tagespolitik des Proletariats, keinerlei praktische Lösung der nationalen Probleme.«
Untersuchen wir dieses Argument, das auch so formuliert wird, daß der Paragraph 9 entweder überhaupt nichts ausdrücke oder daß er verpflichte, alle nationalen Bestrebungen zu unterstützen.
Was bedeutet die Forderung nach dem »Praktischen« in der nationalen Frage?
Entweder die Unterstützung aller nationalen Bestrebungen; oder die Beantwortung der Frage nach der Lostrennung jeder Nation mit »Ja oder Nein«; oder überhaupt die unmittelbare »Erfüllbarkeit« der nationalen Forderungen.
Untersuchen wir jede dieser drei möglichen Deutungen der Forderung nach dem »Praktischen«.
Die Bourgeoisie, die am Anfang jeder nationalen Bewegung natürlicherweise als deren Hegemon (Führer) auftritt, bezeichnet als praktische Angelegenheit die Unterstützung aller nationalen Bestrebungen. Die Politik des Proletariats in der nationalen Frage (wie auch in den übrigen Fragen) unterstützt die Bourgeoisie jedoch nur in einer bestimmten Richtung, stimmt aber niemals mit der Politik der Bourgeoisie völlig überein. Die Arbeiterklasse unterstützt die Bourgeoisie nur im Interesse des nationalen Friedens (den die Bourgeoisie niemals ganz herzustellen vermag und der nur nach Maßgabe der völligen Demokratisierung verwirklicht werden kann), um der Gleichberechtigung, um möglichst günstiger Bedingungen für den Klassenkampf willen. Deshalb gerade stellen die Proletarier dem Praktizismus der Bourgeoisie eine prinzipielle Politik in der nationalen Frage entgegen und unterstützen die Bourgeoisie stets nur bedingt. Jede Bourgeoisie will in der nationalen Frage entweder Privilegien für ihre eigene Nation oder exklusive Vorteile für sie; das nennt man eben »praktisch«. Das Proletariat ist gegen jedes Privileg, gegen jede Exklusivität. Von ihm »Praktizismus« zu verlangen heißt im Fahrwasser der Bourgeoisie segeln, heißt dem Opportunismus verfallen.
Soll man bei jeder Nation auf die Frage nach der Lostrennung mit »Ja oder Nein« antworten? Das scheint eine eminent »praktische« Forderung zu sein. In Wirklichkeit aber ist sie töricht; metaphysisch in theoretischer Hinsicht, führt sie in der Praxis zur Unterordnung des Proletariats unter die Politik der Bourgeoisie. Die Bourgeoisie stellt stets ihre eigenen nationalen Forderungen in den Vorder-

grund. Sie stellt sie bedingungslos. Für das Proletariat sind sie den Interessen des Klassenkampfes untergeordnet. Theoretisch läßt sich nicht im voraus mit Sicherheit sagen, ob die Lostrennung einer Nation die bürgerlich-demokratische Revolution abschließen wird; für das Proletariat ist in beiden Fällen wichtig, die Entwicklung seiner Klasse zu sichern; für die Bourgeoisie ist wichtig, diese Entwicklung zu erschweren, indem sie deren Aufgaben zugunsten der Aufgaben der »eigenen« Nation in den Hintergrund schiebt. Deshalb beschränkt sich das Proletariat auf die sozusagen negative Forderung nach Anerkennung des Rechts auf Selbstbestimmung, ohne einer Nation irgend etwas auf Kosten einer anderen Nation zu garantieren, zu gewährleisten.

Das mag nicht »praktisch« sein, garantiert aber in der Praxis am sichersten die demokratischste aller möglichen Lösungen; das Proletariat braucht nur diese Garantien, die Bourgeoisie jeder Nation dagegen braucht Garantien für ihre Vorteile ohne Rücksicht auf die Lage (die möglichen Nachteile) anderer Nationen.

Die Bourgeoisie ist vor allem an der »Erfüllbarkeit« einer gegebenen Forderung interessiert; daher die ewige Politik des Kuhhandels mit der Bourgeoisie anderer Nationen auf Kosten des Proletariats. Für das Proletariat aber ist das Erstarken seiner Klasse gegenüber der Bourgeoisie, die Erziehung der Massen im Geiste der konsequenten Demokratie und des Sozialismus wichtig.

Das mag für die Opportunisten nicht »praktisch« sein, aber es ist die einzige wirkliche Garantie, eine Garantie maximaler nationaler Gleichberechtigung umd maximalen nationalen Friedens sowohl entgegen den Feudalen als auch entgegen der nationalistischen Bourgeoisie.

Die ganze Aufgabe der Proletarier in der nationalen Frage ist vom Standpunkt der nationalistischen Bourgeoisie jeder Nation aus gesehen »unpraktisch«, denn die Proletarier fordern »abstrakte« Gleichberechtigung, grundsätzliche Aufhebung selbst der geringsten Privilegien, sind sie doch Feinde jedweden Nationalismus. Da Rosa Luxemburg das nicht begriffen hat, hat sie durch ihre unvernünftigen Lobpreisungen des Praktizismus gerade den Opportunisten, insbesondere opportunistischen Zugeständnissen an den großrussischen Nationalismus, Tür und Tor geöffnet.

Warum an den großrussischen? Weil die Großrussen in Rußland die unterdrückende Nation sind und sich der Opportunismus in nationaler Hinsicht in unterdrückten und unterdrückenden Nationen natürlich verschieden äußert.

Die Bourgeoisie der unterdrückten Nationen wird im Namen des »praktischen« Sinns ihrer Forderungen das Proletariat zur bedingungslosen Unterstützung ihrer Bestrebungen aufrufen. Am praktischsten ist es, einfach »ja« zu sagen, sich für die Lostrennnung einer bestimmten Nation, nicht aber für das Recht der Lostrennung aller und jedweder Nationen zu erklären!

Das Proletariat ist gegen einen derartigen Praktizismus: Bei Anerkennung der Gleichberechtigung und des gleichen Rechts auf einen Nationalstaat schätzt und stellt es die Vereinigung der Proletarier aller Nationen über alles andere, wobei es jede nationale Forderung, jede nationale Lostrennung unter dem Gesichtspunkt des Klassenkampfes der Arbeiter wertet. Die Losung des Praktizismus ist in Wirklichkeit nur die Losung eines unkritischen Übernehmens der bürgerlichen Bestrebungen.

Man sagt uns: Durch die Unterstützung des Rechts auf Lostrennung unterstützt ihr den bürgerlichen Nationalismus der unterdrückten Nationen. Das sagt Rosa Luxemburg, und das plappert ihr der Opportunist Semkowski nach - übrigens der einzige, der in der Liquidatorenzeitung in dieser Frage die liquidatorischen Ideen vertritt!

Wir antworten: Nein, gerade für die Bourgeoisie ist hier eine »praktische« Lösung wichtig, für die Arbeiter aber ist es wichtig, zwei Tendenzen prinzipiell hervorzuheben. Insofern die Bourgeoisie einer unterdrückten Nation gegen die unterdrückende kämpft, insofern sind wir stets und in jedem Fall entschlossener als alle anderen dafür, denn wir sind die kühnsten und konsequentesten Feinde der Unterdrückung. Sofern die Bourgeoisie einer unterdrückten Nation ihren bürgerlichen Nationalismus vertritt, sind wir dagegen. Kampf gegen die Privilegien und die Gewaltherrschaft der unterdrückenden Nation und keinerlei Begünstigung des Strebens nach Privilegien bei der unterdrückten Nation.

Wenn wir die Losung des Rechts auf Lostrennung nicht aufstellen und in der Agitation nicht vertreten, so werden wir nicht nur der Bourgeoisie, sondern auch den Feudalen und dem Absolutismus der unterdrückenden Nation in die Hände arbeiten. Dieses Argument hat Kautsky seit langem gegen Rosa Luxemburg vergebracht, und dieses Argument ist unanfechtbar. Aus Furcht, der nationalistischen Bourgeoisie Polens zu »helfen«, unterstützt Rosa Luxemburg dadurch, daß sie das Recht auf Lostrennung im Programm der Marxisten Rußlands verneint, in Wirklichkeit die großrussischen Schwarzhunderter. Sie trägt in Wirklichkeit zur opportunistischen Aussöhnung mit den Privilegien (und mit Schlimmerem als den Privilegien) der Großrussen bei.

Hingerissen vom Kampf gegen den Nationalismus in Polen, hat Rosa Luxemburg den Nationalismus der Großrussen vergessen, obwohl gerade dieser Nationalismus jetzt am gefährlichsten ist, denn gerade er ist weniger ein bürgerlicher, sondern mehr ein feudaler Nationalismus, denn gerade er ist das Haupthemmnis für die Demokratie und den proletarischen Kampf. Jeder bürgerliche Nationalismus einer unterdrückten Nation hat einen allgemein demokratischen Inhalt, der sich gegen die Unterdrückung richtet, und diesen Inhalt unterstützen wir unbedingt, wobei wir das Streben nach eigener nationaler Exklusivität streng ausschalten, das Bestreben des polnischen Bourgeois, den Juden zu unterdrücken usw. usf., bekämpfen.

Das ist »unpraktisch« vom Gesichtspunkt des Bourgeois und des Kleinbürgers aus. Das ist aber die einzig praktische und prinzipielle, die Demokratie, die Freiheit und den proletarischen Zusammenschluß tatsächlich fördernde Politik in der nationalen Frage.

Anerkennung des Rechts auf Lostrennung für alle; Bewertung jeder konkreten Frage einer Lostren-

nung unter einem Gesichtspunkt, der jede Rechtsungleichheit, jedes Privileg, jede Exklusivität ausschließt.
Nehmen wir die Stellung einer unterdrückenden Nation. Kann ein Volk frei sein, das andere Völker unterdrückt? Nein. Die Interessen der Freiheit, der großrussischen Bevölkerung erfordern den Kampf gegen eine derartige Unterdrückung. Die lange, Jahrhunderte umfassende Geschichte der Niederhaltung der Bewegungen der unterdrückten Nationen, die durch die »oberen« Klassen betriebene systematische Propagierung dieser Niederhaltung schufen für die Sache der Freiheit des großrussischen Volkes selbst gewaltige Hindernisse in seinen Vorurteilen usw.
Von den großrussischen Schwarzhunderten werden diese Vorurteile bewußt gepflegt und geschürt. Die großrussische Bourgeoisie findet sich mit diesen Vorurteilen ab oder paßt sich ihnen an. Das großrussische Proletariat kann seine Ziele nicht erreichen, kann sich den Weg zur Freiheit nicht bahnen, ohne systematisch gegen diese Vorurteile zu kämpfen.
Die Schaffung eines selbständigen und unabhängigen Nationalstaates bleibt in Rußland bis jetzt das Privileg allein der großrussischen Nation. Wir großrussischen Proletarier, die wir keinerlei Privilegien verteidigen, verteidigen auch dieses Privileg nicht. Wir kämpfen auf dem Boden des gegebenen Staates, vereinigen die Arbeiter aller Nationen des gegebenen Staates, wir können uns nicht für diesen oder jenen Weg der nationalen Entwicklung verbürgen, wir verfolgen auf allen möglichen Wegen unser Klassenziel.
Aber dieses Ziel kann man nicht verfolgen, ohne gegen jeden Nationalismus zu kämpfen und ohne die Gleichheit der verschiedenen Nationen zu verfechten. Ob es zum Beispiel der Ukraine beschieden sein wird, einen selbständigen Staat zu bilden, das hängt von 1000 Faktoren ab, die im voraus nicht bekannt sind. Und ohne zu versuchen, ins Blaue hinein zu »raten«, treten wir entschieden für das ein, was außer Zweifel steht: das Recht der Ukraine auf einen solchen Staat. Wir achten dieses Recht, wir unterstützen nicht die Privilegien der Großrussen gegenüber den Ukrainern, wir erziehen die Massen im Geiste der Anerkennung dieses Rechts, im Geiste der Ablehnung staatlicher Privilegien einer Nation, welche es auch sei.
Bei den Sprüngen, die alle Länder in der Epoche der bürgerlichen Revolution durchgemacht haben, sind Konflikte und Kämpfe wegen des Rechts auf den Nationalstaat möglich und wahrscheinlich. Wir Proletarier erklären uns von vornherein als Gegner der großrussischen Privilegien und betreiben in dieser Richtung unsere gesamte Propaganda und Agitation.
Auf der Jagd nach dem »Praktizismus« hat Rosa Luxemburg die wichtigste praktische Aufgabe sowohl des großrussischen als auch des Proletariats der anderen Nationalitäten übersehen: die Aufgabe der tagtäglichen Agitation und Propaganda gegen alle nationalen staatlichen Privilegien, für das Recht, das gleiche Recht aller Nationen auf einen eigenen Nationalstaat. Diese Aufgabe ist (gegenwärtig) unsere wichtigste Aufgabe in der nationalen Frage, denn nur auf diese Weise verfechten wir die Interessen der Demokratie und des auf Gleichberechtigung beruhenden Zusammenschlusses aller Proletarier aller Nationen. (...)

8. Der Utopist Karl Marx und die praktische Rosa Luxemburg
Rosa Luxemburg, die die Unabhängigkeit Polens für eine »Utopie« erklärt und dies bis zum Überdruß oft wiederholt, ruft dabei ironisch aus: Warum sollte man nicht die Forderung nach der Unabhängigkeit Irlands stellen?
Offenbar ist der »praktischen« Rosa Luxemburg unbekannt, wie sich Karl Marx zur Frage der Unabhängigkeit Irlands verhalten hat. Es lohnt sich, darauf einzugehen, um die Analyse einer konkreten Forderung nach nationaler Unabhängigkeit vom wirklich marxistischen und nicht opportunistischen Standpunkt aus zu zeigen.
Marx hatte die Gewohnheit, seinen Bekannten unter den Sozialisten, wie sich ausdrückte, »auf den Zahn zu fühlen«, sie auf ihre Zielklarheit und Überzeugungstreue zu prüfen. Nachdem er Lopatin kennengelernt hat, schreibt er am 5. Juli 1870 an Engels ein im höchsten Grade schmeichelhaftes Urteil über den jungen russischen Sozialisten, fügt dem jedoch hinzu:
»Schwacher Punkt: Polen. Hier spricht er ganz wie ein Engländer - say an english chartist of the old school« [etwa wie ein englischer Chartist der alten Schule] »- von Irland.«
Marx fragt einen Sozialisten, der einer Unterdrückernation angehört, über seine Stellung zu der unterdrückten Nation aus und legt sofort den Fehler bloß, der den Sozialisten der herrschenden Nation (der englischen und der russischen gemeinsam ist: das Unverständnis für ihre sozialistischen Pflichten gegenüber den unterdrückten Nationen, das Widerkäuen von Vorurteilen, übernommen von der »Großmacht«-Bourgeoisie.
Ehe wir uns den positiven Erklärungen von Marx über Irland zuwenden, muß vorausgeschickt werden, daß sich Marx und Engels zur nationalen Frage allgemein streng kritisch verhielten, sie als historisch bedingt einzuschätzen wußten. So schrieb Engels am 23. Mai 1851 an Marx, daß er durch das Studium der Geschichte zu pessimistischen Schlüssen hinsichtlich Polens gekommen sei, daß Polen zeitweilig, nur bis zur Agrarrevolution in Rußland, von Bedeutung sei. Die Rolle der Polen in der Geschichte sei, »tapfre krakeelsüchtige Dummheit« zu spielen. »Auch nicht ein einziger Moment ist anzugeben, wo Polen, selbst nur gegen Rußland, den Fortschritt mit Erfolg repräsentierte und irgendetwas von historischer Bedeutung tat.« In Rußland gebe es viel mehr Elemente der Zivilisation, der Bildung, der Industrie, des Bürgertums als in dem »chevaleresk-bärenhäuternden Polen«. »Was ist Warschau und Krakau gegen Petersburg, Moskau, Odessa usw.!« Engels glaubt nicht an den Erfolg polnischer Adelsinsurrektionen.
Aber aller diese Gedanken, in denen so viel genialer Weitblick steckt, haben Engels und Marx nicht

im geringsten gehindert, zwölf Jahre später, als Rußland immer noch schlief, Polen aber brodelte, den tiefsten und glühendsten Anteil an der polnischen Bewegung zu nehmen.
Im Jahre 1864, als Marx die Inauguraladresse für die Internationale verfaßte, schrieb er an Engels (am 4. November 1864), daß man gegen den Nationalismus Mazzinis kämpfen müsse. Marx schreibt: »Soweit in der Adresse International politics« [internationale Politik] »vorkommt, spreche ich von countries« [Ländern], »nicht von nationalities.« [Nationalitäten] » und denunziere Rußland, nicht die minores gentium« [kleineren Länder]. es unterlag für Marx keinem Zweifel, daß im Vergleich mit der »Arbeiterfrage« die nationale Frage von untergeordneter Bedeutung ist. Aber von einer Ignorierung der nationalen Bewegung ist seine Theorie himmelweit entfernt.
Es kam das Jahr 1866. Marx schreibt an Engels über die »Proudhonclique« in Paris: Sie »erklärt... Nationalitäten für Unsinn, attackiert Bismarck und Garibaldi usw. Als Polemik gegen den Chauvinismus ist ihr Treiben nützlich und erklärlich. Aber als Proudhongläubige (meine hiesigen sehr guten Freunde Lafague und Longuet gehören auch dazu), die meinen, ganz Europa müsse und werde still auf dem Hintern sitzen, bis die Herren in Frankreich 'La misère et l'ignorance'« [»Das Elend und die Unwissenheit«] »abgeschafft,... sind sie grotesk.« (Brief von 7. Juni 1866.)
»Gestern«, schreibt Marx am 20. Juni 1866, »war im International Council« [Internationalen Rat] »Debatte über die jetzige Kriegssache... Die Diskussion was wound up« [schloß ab], »wie vorherzusehn, mit der 'question of nationality' [Nationalitätenfrage] »überhaupt und der Stellung, die wir dazu einzunehmen... Übrigens rückten die (Nichtarbeiter) Repräsentanten der 'jeune France' [des »jungen Frankreich«] »damit heraus, daß alle Nationalität und Nationen selbst 'des préjugés surannés'« [veraltete Vorurteile] »sind. Proundhonisierter Stirnerianismus... die ganze Welt wartet, bis die Franzosen reif sind, eine soziale Revolution zu machen... die Engländer lachten sehr, als ich meinen speech« [Rede] »damit eröffnete, daß unser Freund Lafargue etc., der die Nationalitäten abgeschafft hat, uns 'französisch', i.e. in einer Sprache angeredet, die 9/10 des Auditoriums nicht verstand. Ich deutete weiter an, daß gänzlich unbewußt er unter Negation der Nationalitäten ihre Absorption in die französische Musternation zu verstehn scheine.«
Die Schlußfolgerung aus allen diesen kritischen Bemerkungen von Marx ist klar: Die Arbeiterklasse darf am allerwenigsten aus der nationalen Frage einen Fetisch machen, denn die Entwicklung des Kapitalismus erweckt nicht unbedingt alle Nationen zu selbständigem Leben. Sich aber, wenn nationale Massenbewegungen einmal entstanden sind, von ihnen abwenden, auf eine Unterstützung des Fortschrittlichen in ihnen verzichten, hieße in Wirklichkeit nationalistischen Vorurteilen unterliegen, nämlich: in der »eigenen« Nation die »Musternation« sehen (oder, fügen wir von uns aus hinzu, die Nation, die das ausschließliche Privileg auf staatliche Konstituierung besitzt).
Aber kehren wir zur Frage Irland zurück.
Am klarsten kommt die Stellungnahme von Marx zu dieser Frage in folgenden Auszügen aus seinen Briefen zum Ausdruck:
»Diese Demonstration der englischen Arbeiter für Fenianismus habe ich auf alle Art zu provozieren gesucht... Ich habe früher Trennung Irlands von England für unmöglich gehalten. Ich sie jetzt für unvermeidlich, obgleich nach der Trennung Föderation kommen mag.« Das schreib Marx im Brief an Engels vom 2 November 1867.
im Brief vom 30 November desselben Jahres fügte er hinzu:
»... was sollen wir den englischen Arbeiter raten? Nach meiner ansicht müssen sie Repeal« [Aufhebung] »der Union« (Irlands mit England, d.h. die Lostrennung Irlands von England), »kurz den Witz von 1783, nur demokratisiert und den Zeitumständen angepaßt zu einem Artikel ihres Pronunzuamento« [Kampfprogramms] »machen. Es ist dies die einzig legale und daher einzig mögliche Form der irischen Emanzipation, die in das Programm einer englischen Partei aufgenommen werden kann. Die Erfahrung muß später zeigen, ob die bloße Personalunion zwischen den 2 Ländern fortexistieren könnte...

Was die Irländer brauchen, ist:
1. Selbstregierung und Unabhängigkeit von England.
2. Agrarische Revolution...«
Marx, der der irischen Frage ungeheure Wichtigkeit beimaß, hielt in einem Londoner deutschen Arbeiterverein einen anderthalbstündigen Vortrag über dieses Thema. (Brief vom 17. Dezember 1867.)
Engels erwähnt in seinem Brief vom 20. November 1868 den »Haß gegen die Irländer unter den englischen Arbeitern«, und faßt ein Jahr später (24. Oktober 1869) schreibt er, auf dasselbe Thema zurückkommend:
»Von Irland nach Rußland il n'y a qu'un pas« [ist es nur ein Schritt] »... An der irischen Geschichte kann man sehen, welch ein Pech es für ein Volk ist, wenn es ein anderes unterjocht hat. Alle englischen Schweinereien haben ihren Ursprung in der irischen Pale. Die Cromwellsche Zeit muß ich noch ochsen, so viel aber scheint mir gewiß, daß die Sache auch in England eine ander Wendung genommen, wenn nicht in Irland die Notwendigkeit gewesen, militärisch zu herrschen und eine neue Aristokratie zu schaffen.«
Erwähnen wir beiläufig noch den Brief von Marx an Engels vom 18. August 1869:
»in Posen... haben die polnischen Arbeiter... siegriech einen strike beendet durch Hilfe ihrer Berliner Kollegen. Dieser Kampf gegen Monsieur le Capital - selbst in der untergeordneten Form des strike - wird anders mit den nationalen Vorurteilen fertig als die Firedensdeklamationen der Herrn Bourgeois.«

Die von Marx in der Internationale vertretene Politik in der irischen Frage läßt sich aus folgendem ersehen:
Am 18. November 1869 schreibt Marx an Engels, daß er im Generalrat der Internationale eine Rede von ungefähr fünf Viertelstunden über das Verhalten des britischen Ministeriums zur irischen Amnestiefrage gehalten und dazu die folgende Resolution vorgeschlagen habe:
»Es wird erklärt,
daß Herr Gladstone in seiner Antwort auf die irischen Forderungen nach Freilassung der eingekerkerten irischen Patrioten... die irische Nation bewußt beleidigt;
daß er die politische Amnestie an Bedingungen knüpft, die gleicherweise erniedrigend für die Opfer der Mißregierung wie für das Volk sind, dem sie angehören;
daß er, der trotz seiner verantwortlichen Stellung der Rebellion der amerikanischen Sklavenhalter öffentlich und begeistert Beifall gespendet hat, jetzt auftritt, um dem irischen Volk die Doktrin der passiven Unterwerfung zu predigen;
daß sein ganzes Verhalten in der irischen Amnestiefrage das wahre und echte Produkt jener 'Eroberungspolitk' ist, durch deren leidenschaftliche Brandmarkung Herr Gladstone seine Tory-Rivalen aus dem Amt gedrängt hat;
daß er Genarlrat der Internationalen Arbeiterassoziation seiner Bewunderung Ausdruck gibt für die tapfere, entschlossene und hochherzige Art, in der das irische Volk seine Amnestiebewegung führt;
daß diese Resolution allen Sektionen der Internationalen Arbeiterassoziation und allen mit ihr in Verbindung stehenden Arbeitergesellschaften in Europa und Amerika zur kenntnis gebracht werden sollen.«
Am 10. Dezember 1869 schreibt Marx , er werde die irische Sache im Genralrat der Internationale in folgender Art vorbringen:
»... daß, ganz abgesehn von aller 'internationalen' und 'humanen' justice for Ireland-Phrase« [Gerechtigkeit für Irland] - » die sich im international council« [Internationalen Rat] »von selbst versteht -, es das direkte absolute Interesse der English Working Class ist, to get rid of their present connexion with Ireland« [von ihrer gegenwärtigen Verbindung mit irland loszukommen]. »Und dies it meine vollste Überzeugung, und aus Gründen, die ich teilweise den englischen Arbeitern selbst nicht mitteilen kann. Ich habe lange geglaubt, es sei möglich, das irische Regime durch English working Class ascendancy! [Aufstieg der englischen Arbeiterklasse] »zu stürzen. Ich stets diese Ansicht in der New York Tribune« (amerikanische Zeitung, an der Marx lange Zeit mitarbeitete) »vertreten. Tieferes Studium hat mich nun vom Gegenteil überzeugt. Die englische Working Class wird nie was ausrichten, before it has got rid of Ireland« [ehe sie sich von Irland gelöst hat] »... die englische Reaktion in England wurzelt in der Unterjochung Irlands.«
Jetzt dürfte den Lesern die Marxsche Politik in der irischen Frage völlig klar sein.
Der »Utopist« Marx ist so »unpraktisch«, für die Lostrennung Irlands einzutreten, die auch ein halbes Jahrhundert später nicht verwirklicht ist.
Wodurch wurde nun diese Marxsche Politik hervorgerufen, und war sie nicht ein Fehler?
Anfangs hatte Marx geglaubt, daß nicht die nationale Bewegung der unterdrückten Nation, sondern die Arbeiterbewegung in der unterdrückenden Nation Irland befreien werde. Marx macht aus den nationalen Bewegungen nichts absolutes, denn er weiß, daß nur der Sieg der Arbeiterklasse die volle Befreiunmg aller Nationalitäten bringen kann. Im voraus alle möglichen Wechselbeziehungen zwischen den bürgerlichen Befreiungsbewegungen der unterdrückten Nationen und der proletarischen Befreiungsbewegung in der unterdrückenden Nation in Betracht zu ziehen (gerade das Problem, das die nationale Frage im heutigen Rußland so schwierig macht), ist ein Ding der Unmöglichkeit.
Die Umstände fügten sich jedoch so, daß die englische Arbeiterklasse auf recht lange Zeit unter den Einfluß der Liberalen geriet, ihr Nachtrab wurde und sich durch eine liberale Arbeiterpolitik selbst enthauptete. Die bürgerliche Befreiungsbewegung in Irland erstarkte und nahm revolutionäre Formen an. Marx überprüft seine Auffasssung und berichtigt sie. »Welch ein Pech ist es für ein Volk, wenn es ein andres unterjocht hat.« Die Arbeiterklasse Englands wird sich nicht befreien, solange Irland nicht von der englischen Unterdrückung befreit ist. Die Reaktion in England wird gestärkt und genährt durch die Versklavung Irlands (wie die Reakton in Rußland durch die Versklavung einer Reihe von Nationen genährt wird!).
Marx, der in der Internationale eine Sympathieresolution für die »irische Nation«, das »irische Volk« zur Annahme bringt (der kluge L.Wl. hätte den armen Marx wegen Vergessens des Klassenkampfes wahrscheinlich in Grund und Boeden gedonnert!), propagiert die Lostrennung Irlands von England, »obgleich nach der Trennung föderation kommen mag.«
Welches sind die theoretischen Prämissen dieser Marxschen Schlußfolgerung? In England ist die bürgerliche Revolution im allgemeinen längst abgeschlossen. In Irland aber ist sie noch nicht beendet; sie wird erst jetzt, ein halbes Jahrhundert später, durch die Reformen der englischen Liberalen zu Ende geführt. Wäre der Kapitalismus in England so rasch gestürzt worden, wie Marx anfänglich erwartete, so wäre in Irland für eine bürgerlich-demokratische, gesamtnationale Bewegung kein Raum gewesen. Nachdem sie aber einmal entstanden ist, gibt Marx den englischen Arbeitern den Rat, sie zu unterstützen, ihr einen revolutionären Anstoß zu geben und sie im Interesse ihrer eigenen Freiheit zu Ende zu führen.
Die ökonomische Bedingungen Irlands mit England in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts waren gewiß noch enger als die Bindungen Rußlands mit Polen, der Ukraine usw. Das »Unpraktische« und die »Undurchführbarkeit« einer Lostrennung Irlands (allein schon infolge der geographischen Verhältnisse und infolge der unermeßlichen kolonialen Macht Englands) waren augenfällig.

Obwohl grundsätzlicher Gegner des Föderalismus, will Marx in diesem Falle sogar einer Föderation zustimmen, wenn nur die Befreiung Irlands nicht auf reformistischem, sondern auf revolutionärem Wege erfolge, kraft der Bewegung der Volksmassen in Irland, unterstützt von der englischen Arbeiterklasse. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß nur eine solche Lösung der geschichtlichen Aufgabe für die Interessen des Proletariats und für eine schnelle gesellschaftliche Entwicklung am günstigsten wäre.
Es kam anders. Sowohl das irische Volk als auch das englische Proletariat erwiesen sich als zu schwach. Erst jetzt wird die irische Frage in einem kläglichen Schacher der englischen Liberalen mit der irischen Bourgeoisie gelöst (und das Beispiel Ulsters zeigt, wie schwer das geht) durch eine Bodenreform (mit Loskauf) und eine (bis jetzt noch nicht eingeführte) Autonomie. Was heißt das? Folgt daraus etwa, daß Marx und Engels »Utopisten« waren, daß sie »undurchführbare« nationale Forderungen stellten, daß sie dem Einfluß der irischen kleinbürgerlichen Nationalisten unterlagen (der kleinbürgerliche Charakter der Bewegung der »Fenier« ist nicht zu bezweifeln) u.dgl.m.?
Nein. Marx und Engels betrieben auch in der irischen Frage eine konsequent proletarische Politik, die die Massen wirklich im Geist des Demokratismus und Sozialismus erzog. Nur diese Politik war geeignet, es sowohl Irland als auch England zu ersparen, daß die notwendigen Umgestaltungen ein halbes Jahrhundert verschleppt und durch die Liberalen der Reaktion zuliebe verunstaltet wurden.
Die Politik von Marx und Engels in der irischen Frage hat ein höchst bedeutsames Beispiel, das bis auf den heutigen Tag gewaltige praktische Bedeutung bewahrt hat, dafür gegeben, wie sich das Proletariat der unterdrückenden Nationen zu nationalen Bewegungen zu verhalten hat; sie hat gewarnt vor jener »knechtischen Eilfertigkeit«, mit der die Spießbürger aller Länder, Hautfarben und Sprachen bereit sind, jede Veränderung der Staatsgrenzen, die durch die Gewalttaten und die Privilegien der Gutsbesitzer und der Bourgeoisie einer Nation gezogen worden sind, als »utopisch« zu bezeichnen.
Hätte das irische und das englische Proletariat die Marxsche Politik nicht angenommen, die Lostrennung Irlands nicht als ihre Losung aufgestellt, so wäre das ihrerseits der schlimmste Opportunismus, ein Vergessen der Aufgaben eines Demokraten und Sozialisten, eine Konzession an die englische Reaktion und Bourgeoisie gewesen.

Josef W. Stalin, Über die Grundlagen des Leninismus, 1924
Stalin Werke Bd. 6, Berlin 1952

Früher pflegte man die nationale Frage reformistisch zu behandeln, als eine gesonderte, selbständige Frage, ohne Zusammenhang mit der allgemeinen Frage der Herrschaft des Kapitals, des Sturzes des Imperialismus, der proletarischen Revolution. Stillschweigend wurde vorausgesetzt, daß der Sieg des Proletariats in Europa möglich sei ohne direktes Bündnis mit der Befreiungsbewegung in den Kolonien, daß die nationale und koloniale Frage im stillen, »ganz von selbst«, gelöst werden könne, abseits von der breiten Heerstraße der proletarischen Revolution, ohne revolutionären Kampf gegen den Imperialismus. Jetzt muß dieser antirevolutionäre Standpunkt als entlarvt angesehen werden. Der Leninismus hat den Beweis erbracht, und der imperialistische Krieg und die Revolution in Rußland haben bestätigt, daß die nationale Frage nur im Zusammenhang mit der proletarischen Revolution und auf dem Boden der proletarischen Revolution gelöst werden kann, daß der Weg zum Siege der Revolution im Westen über das revolutionäre Bündnis mit der Befreiungsbewegung der Kolonien und der abhängigen Länder gegen den Imperialismus führt. Die nationale Frage ist Teil der allgemeinenn Frage der proletarischen Revolution, ein Teil der Frage der Diktatur des Proletariats. Die Frage ist die: Sind die im Schoße der revolutionären Befreiungsbewegung der unterdrückten Länder vorhandenen revolutionären Möglichkeiten bereits erschöpft oder nicht, und falls sie nicht erschöpft sind, besteht begründete Hoffnung darauf, diese Möglichkeiten für die proletarische Revolution nutzbar machen, die abhängigen und kolonialen Ländern aus einer Reserve der imperialistischen Bourgeoisie zu einer Reserve des revolutionären Proletariats, zu seinem Bundesgenossen machen zu können?
Der Leninismus bejaht diese Frage, er vertritt die Ansicht, daß im Schoße der nationalen Befreiungsbewegung der unterdrückten Länder revolutionäre Potenzen vorhanden sind, und hält es für möglich, diese für den Sturz des gemeinsamen Feindes, für den Sturz des Imperialismus nutzbar zu machen. Die Mechanik der Entwicklung des Imperialismus, der imperialistische Krieg und die Revolution in Rußland bestätigen völlig die Schlußfolgerungen des Leninismus in dieser Hinsicht.
Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, daß das Proletariat der »beherrschenden« Nationen die nationale Befreiungsbewegung der unterdrückten und abhängigen Völker unterstützen, entschieden und aktiv unterstützen muß.
Das bedeutet natürlich nicht, daß das Proletariat jede nationale Bewegung, immer und überall, in allen einzelnen konkreten fällen unterstützen muß. Es handelt sich um die Unterstüzung der nationalen Bewegungen, die auf die Schwächung, auf den Sturz des Imperialismus und nicht auf seine Festigung und Erhaltung gerichtet sind. Es gibt Fälle, wo die nationalen Bewegungen einzelner unterdrückter Länder mit den Interessen der Entwicklung der proletarischen Bewegung in Konflikt geraten. Es ist selbstverständlich, daß in solchen Fällen von einer Unterstützung keine Rede sein kann. Die Frage nach den Rechten der Nationen ist keine isolierte, in sich abgeschlossene Frage, sondern ein Teil der allgemeinen Frage der proletarischen Revolution, der dem Ganzen untergeordnet ist und vom Standpunkt des Ganzen aus betrachtet werden muß. In den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts war Marx für die nationale Bewegung der Polen und Ungarn und gegen die nationale Bewegung der

Tschechen und Südslawen. Warum? Weil die Tschechen und Südslawen damals »reaktionäre Völker«, russische Vorposten« in Europa, Vorposten des Absolutismus waren, während die Polen und Ungarn »revolutionäre Völker« waren, die gegen den Asolutismus kämpften. Weil die Unterstützung der nationalen Bewegung der Tschechen und Südslawen damals eine indirekte Unterstützung des Zarismus, des gefährlichsten Feindes der revolutionären Bewegung in Europa, bedeutete.
»Die einzelnen Forderungen der Demokratie«, sagt Lenin, »darunter das Selbstbestimmungsrecht, sind nichts Absolutes, sondern ein kleiner Teil der allgemein-demokratischen (jetzt: allgemein-sozialistischen) Weltbewegung. Es ist möglich, daß in einzelnen konkreten Fällen der Teil dem Ganzen widerspricht, dann muß man den Teil verwerfen.« (Siehe 4. Ausgabe, Bd. 22, s. 326, russ.)
So verhält es sich mit der Frage der einzelnen Charakter der nationalen Bewegungen überhaupt. Die zweifellos revolutionäre Natur der gewaltigen Mehrzahl der nationalen Bewegungen ist ebenso relativ und eigenartig, wie die mögliche reaktionäre Natur mancher einzelner nationaler Bewegungen relativ und eigenartig ist. Der revolutionäre Charakter einer nationalen Bewegung unter den Verhältnissen der imperialistischen Unterdrückung setzt keinesfalls voraus, daß an der Bewegung ein revolutionäres beziehungsweise republikanisches Programm, eine demokratische Grundlage haben muß. Der Kampf des Emirs von Afghanistan für die Unabhängigkeit Afghanistans ist objektiv ein revolutionärer Kampf, trotz der moarchistischen Anschauungen des Emirs und seiner Kampfgefährten, denn dieser Kampf schwächt, zersetzt, unterhöhlt den Imperialismus, während der Kampf solcher , »verbissenen« Demokraten und »Sozialisten«, »Revolutionäre« und Republikaner wie, sagen wir, Kerenski und Zereteli, Renaudel und Scheidemann, Tschernow und Dan, Henderson und Clynes während des imperialistischen Krieges ein reaktionärer Kampf war, denn er hatte die Beschönigung, die Festigung und den Sieg des Imperialismus zur Folge. Der Kampf der ägyptischen Kaufleute und bürgerlichen Intellektuellen für die Unabhängigkeit Ägyptens ist aus denselben Gründen objektiv ein revolutionärer Kampf, obgleich die Führer der ägyptischen nationalen Bewegung bürgerlicher Herkunft und bürgerlichen Standes sind, obgleich sie gegen den Sozialismus sind, wohingegen der Kampf der englischen »Arbeiter«regierung für die Aufrechterhaltung der abhängigen Stellung Ägyptens aus denselben Gründen ein reaktionärer Kampf ist, obgleich die Mitglieder dieser Regierung proletarischer Herkunft und proletarischen S tandes sind, obgleich sie »für« den Sozialismus sind. Schon gar nicht zu reden von der nationalen Bewegung anderer, größerer kolonialer und abhängier Länder, wie Indien und China, bei denen jeder Schritt auf dem Wege zur Befreiung, auch wenn er gegen die Forderungen der formalen Demokratie verstößt, ein wuchtiger Hammerschalg gegen den Imperialismus, das heißt zweifellos ein revolutionärer Schritt ist.
Lenin hat recht, wenn er sagt, daß man die nationale Bewegung der unterdrückten Ländern nicht vom Standpunkt der formalen Demokratie, sondern vom Standpunkt der wirklichen Resultate in der Gesamtbilanz des Kampfes gegen den Imperialismus einschätzen muß, das heißt »nicht isoliert, sondern im Weltausmaß« (siehe 4. Ausgabe, Bd. 22, S. 326, russ.).
2. Die Befreiungsbewegung der unterdrückten Völker und die proletarische Revolution. Bei der Lösung der nationalen Frage geht der Leninismus von folgenden Sätzen aus:
a) Die Welt ist in zwei Lager geteilt: in das Lager einer Handvoll zivilisierter Nationen, die über das Finanzkapital verfügen und die die gewaltige Mehrheit der Bevölkerung des Erdballs ausbeuten, und in das Lager der unterdrückten und ausgebeuteten Völker der Kolonien und der abhängigen Länder, die diese Merhheit bilden;
b) die Kolonien und die abhängigen Länder, die vom Finanzkapital unterdrückt und ausgebeutet werden, bilden eine gewaltige Reserve und ein überaus wichtige Kraftquelle des Imperialismus;
c) der revolutionäre Kampf der unterdrückten Völker in den abhängigen und kolonialen Ländern gegen den Imperialismus ist der einzige Weg zu ihrer Befreiung von Unterdrückung und Ausbeutung;
d) die wichtigsten kolonialen und abhängigen Länder haben bereits den Weg der nationalen Befreiungsbewegung beschritten, die zur Krise des Weltkapitalismus führen muß;
e) die Interessen der proletarischen Bewegung in den entwickelten Ländern und der nationalen Befreiungsbewegung in den Kolonien erheischen die Vereinigung dieser beiden Arten der revolutionären Bewegung zu einer gemeinsamen Front gegen den gemeinsamen Feind, gegen den Imperialismus;
f) der Sieg der Arbeiterklasse in den entwickelten Ländern und die Befreiung der unterdrückten Völker vom Joch des Imperialismus sind unmöglich ohne die Bildung und Festigung einer gemeinsamen revolutionären Front;
g) die Bildung einer gemeinsamen revolutionären Front ist unmöglich ohne direkte und entschiedene Unterstützung der Befreiungsbewegung der unterdrückten Völker durch das Proletariat der unterdrückenden Nationen gegen den »vaterländischen« Imperialismsus, denn »ein Volk, das andere Völker unterdrückt, kann nicht frei sein« (Engels);
h) diese Unterstützung bedeutet die Verfechtung, Verteidigung und Verwirklichung der Losung: Recht der Nationen auf Lostrennung, auf selbständige Existenz;
i) ohne Verwirklichung dieser Losung ist es unmöglich, die Vereinigung und das Zusammenwirken der Nationen in einer einheitlichen Weltwirtschaft in die Wege zu leiten, die die materielle Basis für den Sieg des Sozialismus in er ganzen Welt bildet;
j) diese Vereinigung kann nur eine freiwillige Vereinigung sein, die auf der Grundlage des gegenseitigen Vertrauens und der brüderlichen Beziehungen der Völker zustande kommt.
Hieraus ergeben sich zwei Seiten, zwei Tendenzen in der nationalen Frage: die Tendenz zur politischen Befreiung von den imperialistischen Fesseln und zur Bildung eines selbständigen Nationalstaates, eine Tendenz, die auf der Grundlage der imperialistischen Unterdrückung und kolonialen Aus-

beutung entstanden ist, und die Tendenz zur wirtschaftlichen Annäherung der Nationen, die sich aus der Bildung des Weltmarkts und der Weltwirtschaft ergeben hat.
»Der in der Entwicklung begriffene Kapitalismus«, sagt Lenin, »kennt in der nationalen Frage zwei historische Tendenzen. Die erste Tendenz. Erwachen des nationalen Lebens und der nationalen Bewegungen, Kampf gegen jede nationale Unterdrückung, Schaffung von Nationalstaaten. Die zweite Tendenz: Entwicklung und Vervielfachung der verschiedenartigen Beziehungen zwischen den Nationen, Niederreißung der nationalen Schranken, Schafffung der internationalen Einheit des Kapitals, des Wirtschaftslebens überhaupt, der Politik, der Wissenschaft, usw.
Beide Tendenzen sind ein Weltgesetz des Kapitalismus. Die erste überwiegt im Anfangsstadium seiner Entwicklung, die zweite kennzeichnet den reifen, seiner Umwandlung in die sozialistische Gesellschaft entgegengehenden Kapitalismus.« (Siehe 4. Ausgabe, Bd. 20, S. 11, russ.)
Für den Imperialismus sind diese beiden Tendenzen unversöhnliche Widersprüche, denn der Imperialismus kann nicht leben, ohne Kolonien auszubeuten und sie gewaltsam im Rahmen des »einheitlichen Ganzen« festzuhalten, denn der Imperialismus kann nur durch Annexionen und koloniale Eroberungen, ohne die er, allgemein gesprochen, undenkbar ist, die Nationen einander näherbringen.
Für den Kommunimus dagegen sind diese Tendenzen nur zwei Seiten ein und derselbsen Sache, der Sache der Befreiung der unterdrückten Völker vom Joch des Imperialismus, denn der Kommunismus weiß, daß die Vereinigung der Völker in einer einheitlichen Weltwirtschaft nur auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens und freiwilligen Übereinkommens möglich ist, er weiß, daß der Weg zur Bildung einer freiwilligen Vereinigung der Völker über die Lostrennung der Kolonien von dem »einheitlichen« imperialistischen »Ganzen«, über ihre Umwandlung in selbständige Staaten führt.
Daher die Notwendigkeit eines hartnäckigen, ununterbrochenen, entschlossenen Kampfes gegen den Großchauvinismus der »Sozialisten« der herrschenden Nationen (England, Frankreich, Amerika, Italien, Japan usw.), die nicht gewillt sind, gegen ihre eigenen imperialistischen Regierungen zu kämpfen, nicht gewillt sind, den Kampf der unterdrückten Völker »ihrer« Kolonien für die Befreiung von der Unterdrückung und für die staatliche Lostrennung zu unterstützen.
Ohne diesen Kampf wäre es undenkbar, die Arbeiterklasse der herrschenden Nationen im Geiste des wahren Internationalismus, im Geiste der Annäherung an die werktätigen Massen der abhängigen Länder und der Kolonien, im Geiste der wirklichen Vorbereitung der proletarischen Revolution zu erziehen. Die Revolution in Rußland hätte nicht gesiegt und Koltschak und Denikin wären nicht geschlagen worden, wenn das russische Proletariat nicht die Sympathien und die Unterstützung der unterdrückten Völker des ehemaligen Russischen Reiches genossen hätte. Um aber Sympathien und die Unterstützung dieser Völker zu erwerben, mußte es vor allem die Ketten des russischen Imperialismus sprengen und diese Völker von der nationalen Unterdrückung befreien.
Sonst wäre es unmöglich gewesen, die Sowjetmacht zu festigen, den wirklichen Internationalismus durchzusetzen und jene großartige Organisation der Völkergemeinschaft zu schaffen, die den Namen Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken trägt und das lebendige Vorbild der künftigen Vereinigung der Völker in einer einheitlichen Weltwirtschaft ist.
Daher die Notwendigkeit des Kampfes gegen die nationale Abgeschlossenheit, Beschränktheit und Isoliertheit der Sozialisten der unterdrückten Länder, die nicht über ihren nationalen Kirchturm hinaussehen wollen und den Zusammenhang zwischen der Befreiungsbewegung ihres Landes und der proletarischen Bewegung der herrschenden Länder nicht begreifen.
Ohne diesen Kampf wäre es undenkbar, seine selbständige Politik des Proletariats der unterdrückten Nationen und seine Klassensolidarität mit dem Proletariat der herrschenden Länder im Kampf für den Sturz des gemeinsamen Feindes, im Kampf für den Sturz des Imperialismus durchzusetzen.
Ohne diesen Kampf wäre der Internationalismus unmöglich.
Das ist der Weg zur Erziehung der werktätigen Massen der herrschenden und der unterdrückten Nationen im Geiste des revolutionären Internationalismus.

Karl Korsch, Die Chinesische Revolution, Kommunistische Politik, 15. 4. 1927
(aus:Karl Korsch, Frankfurt 1974, Politische Texte)

»Die Weltgescichte wäre allerdings sehr bequem zu machen, wenn der Kampf nur unter der Bedingung unfehlbar günstiger Chancen aufgenommen würde. Sie wäre andererseits sehr mystischer Natur, wenn »Zufälligkeiten« kein Rolle spielten...
Der entscheidend ungüngstige »Zufall« ist diesmal keineswegs in den allgemeinen Bedingungen der französischen Gesellschaft zu suchen, sondern in der Anwesenheit der Preußen in Frankreich und iher Stellung dicht vor Paris. Das wußten aber auch die bürgerlichen Kanaillen von Versailles. Eben darum stellten sie die Pariser in die Alternative, den Kampf aufzunehmen, oder ohne Kampf zu unterliegen. Die Demoralisation der Arbeiterklasse in dem letzteren Falle wäre ein viel größeres Unglück gewesen, als der Untergang einer beliebigen Anzahl von »Führern«. Der Kampf der Arbeiterklasse mit der Kapitalistenklasse und ihrem Staate ist durch den Pariser Kampf in eine neue Phase getreten. Wie die Sache auch unmittelbar verlaufe, ein neuer Ausgangspunkt von welthistorischer Wichtigkeit ist gewonnen.«
(Karl Marx an Kugelmann 17.4.1871)
Die ungeheure revolutionäre Bewegung, die China im Vorwärtsstoßen, Rückdrängen, Stillstand und wieder kraftvollen Vorwärtsdrängen seit 1911 erfaßt hat, tritt jetzt in eine neue Phase ein: Das chine-

sische Proletariat, druch die besonderen chinesischen Verhältnisse des nebeneinander des ausländischen und einheimischen Kapitals, der bevorzugten Stellung des ausländischen Kapitals, vor dem einheimischen, bisher ganz in den Bannkreis der bürgerlichen Revolution und des Kampfes der einheimischen Kapitalisten gegen die ausländischen einbezogen, erwacht in diesem Kampfe zum selbständigen Leben, beginnt seine eigenen Forderungen auch gegen die einheimischen Kapitalisten zu stellen, stößt hier sofort auf den erbitterten Widerstand, beginnt so sein Illusion über den Charakter seiner eigenen Bourgeoisie zu verlieren und lernt in grausamer Erfahrung an sich selbst, daß der Kampf des Proletariats um seine Befreiung nicht ein nationaler, sondern ein sozialer Kampf ist. In den heftigen Auseinandersetzungen, die - trotz der nach bewährter Lügenmethode von der KI und KPD verbreiteten Ableugnungen - auch gegenwärtig unvermindert und stetig sich steigernd in der national-revolutionären bürgerlichen Partei der Kuo-Min-Tang vor sich gehen, kommt gerade diese Wendung zum Ausdruck. Während die KI noch den Nationalheld Tschiang Kai-Schek mit allen Tönen als Revolutionär feierte, während Thälmann noch die komischsten, in den Spalten der Roten Fahne illustrierten Verbrüderungsszenen mit chinesischen Generalen im Sportpalast feierte, schrieben wir:
»Die Folgen des Verrats der chinesischen Bourgeoisie sind noch nicht zu übersehen. Wahrscheinlich wird sie, von sich aus, es zu einer Sprengung der Kuo-Min-Tang treiben. Diese wird so nicht gesprengt durch die Vertreter des Proletariats zur Weitertreibung der Revolution, als ein Fanal zur Sammlung der Arbeiterklasse, sondern die Auflösung geschieht in der Zerbröckelung, im Zurückweichen der Revolution.«
Heute gibt man - in dem »Gemeinsamen Aufruf« der Chinesischen Kommunistischen Partei und der Kuo-Min-Tang - bereits zu, daß »Differenzen und Meinugnsverschiedenheiten« bestehen, die nur »nicht unlösbar« sind. Diese Differenzen und Meinungsverschiedenheiten sind wahrlich nicht von Seiten der chinesischen Kommunistischen Partei aus eingeleitet, die sich erst jetzt wieder in diesem Dokument des Aufgebens jeder selbständigen proletarischen Bewegung offiziell dazu verpflichtet, die »Aufrechterhaltung der Ordnung in den befreiten Gebieten« anzustreben, die erst jetzt wieder die Behauptung, sie schicke sich an, eine Arbeiterregierung zu organisieren« als »böswilliges Gerücht« brandmarkt, die »mit Bestimmtheit anerkennt«, Kuo-Min-Tang und ihrer Grundsätze im Verlauf der Revolution anzuzweifeln«. Diese Differenzen und Meinungsverschiedenheiten entspringen vielmehr dem Kampf der chinesischen Bourgeoisie, die, je mehr die ausländischen Kapitalisten sich gezwungen sehen, ihre Sondervorrechte aufzugeben, um so mehr sich diesen hingeneigt fühlen, mit diesen viel enger verbunden erscheinen als mit dem chinesischen Proletariat; es ist doch gerade die Frage, wer das chinesische Proletariat ausbeuten soll, für wen die chinesischen Bauern den Markt abgeben sollen, für die chinesischen Kapitalisten oder für die ausländischen, die den Inahlt der nationalen Revolution bildet. Richtete sich in den bisher durchlaufenen Etappen der Kampf gegen die Hemmungen der Entfaltung der chinesischen Bourgeoisie und des Proletariats, gegen die feudalistischen Reste wie die Likien-Binnenzölle, die die chinesischen Kapitalisten konkurrenzunfähig machten gegen die ausländischen, gegen die Verschiedenartigkeit der Besteuerung usw., so richtet sich inder jetzt angebrochenen Etappe immer mehr der Kampf des chinesischen Proletariats gegen die ungeheuerliche Ausbeutung durch das fremdländische und das einheimische Kapital. War es in der bisherigen Phase des Kampfes notwendig, die Ideologie, die chinesische Bourgeoisie sei bereit, dem Proletariat ganz andere Lebensmöglichkeiten zu geben, falls die ausländische Konkurrenz besiegt sei, zu zerstören, dadurch, daß die chinesische revolutionäre Bourgeoisie zur Herrschaft kam, so zeigen eben die jetzigen Maßnahmen der Kantonregierung gegen das Proletariat - Streikverbot, Einführung obligatorischer Schiedsgerichte, Massenaussperrungen usw. - die unvermeidliche Notwendigkeit des proletarischen Massenkampfes auch gegen die einheimische Bourgeoisie. Diese Kämpfe beginnen jetzt dank der ungemeinen Aufweckung und Aufstachelung des Proletariats in der und durch die Revolution, obwohl auch hier die Kommunistische Partei hemmend überall eingreift. Dank ihr vollziehen sich die Kämpfe noch unter dem falschen Bewußtsein der Druchsetzung des »wirklichen«, des »richtigen« Sun-Yat-Senismus - obwohl dieser den Klassenkampf leugnet. (Ausrücklcih heißt es bei Sun-Yat-Sen: »Der Klasenkampf, den Karl-Marx gepredigt hat, ist eine Krankheitserscheinung und nicht die natürliche Entwicklung der menschlichen Gesellschaft.«) Aber je weiter sich der Prozeß in China entwickelt, desto mehr muß auch diese Ideologie, die gemeinsame theoretische und politische Plattform der chinesischen Bourgeoisie und des Proletariats im Kampf durchstoßen werden.
Hier ist die Frage nach den perspektiven der chinesischen Revolution von ungeheurer Wichtigkeit. Sieht man von jenen Labour Party, jetzt zur Konservativen Partei Englands gehörenden Dr. Haden Guest ab, der die Intervention in China begünstigt, dann ergibt sich eine überraschende prinzipielle Übereinstimmugn der II. und der III. Internationale in der Beurteilung der perspektiven der chinesischen Revolution.
Nach Bucharin ist die »Hauptaufgabe und das Hauptproblem der chinesischen Revolution heute der Sieg über den imperialistischen Feind«, nach der in Paris am 3. April 1927 gemeinsam von der Sozislistischen Arbeiterinternationale (II. Internationale) und dem Internationalen Gewerkschaftsbund (Amsterdem) gefaßten Resolution die »Beseitigung des Feudalismus« und die »nationale Unabhängigkeit Chinas«. Beide sind für die Geschlossenheit, Einheit und Kampffähigkeit der revolutionären Einheitsfront«, wobei darunter die Einheitsfront mit der - Bourgeoisie verstanden wird, bzw. die »nationale Einheit des chinesischen Volkes«; beide sind für den Demokratismus als Grundlage des kommenden chinesischen Staates, wobei die Komintern ganz konsequent von der II. Internationale das »Hineinwachsen in den Staat«, die »mehr und mehr zunehmende Erstarkung des staatlichen Einflusses der Arbeiterklasse« (Bucharin) übernimmt.
Die sich zeigenden Verschiedenheiten in den Auffassungen sind 2. Grades, sie entspringen den Ver-

schiedenheiten in den historischen Erscheinungsformen des Reformismus der beiden Internationalen. Die II. Internationale als Agent der Kapitalisten aller Länder vertritt prinzipiell auch in China die Wahrung des Eigentums aller ausländischen Kapitalisten, verlangt daher nur die »Zurückziehung der zur Verteidigung der ungerechten Privilegien entsandten Truppen und Kriegsschiffe« aus China, während die III. Internationale, als Agent des russischen Staatskapitalismus, natürlich nur gegen die Privilegien, gegen die Konzessionen der andern ausländischen Mächte sich richtet, während sie für die des russischen Staatskapitalismus eintritt. Die ostchinesischen Eisenbahnen z.B. werden von ihr verteidigt als russischer Besitz mit genau der gleichen Begründung, mit der auch der britische Imperialismus seine Konzessionen beschützen will, nämlich, weil »Millionen russisches Volksvermögen darin investiert sind.«

Der wirkliche Inhalt der gegenwärtigen Chinapolitik der KI tritt am klarsten hervor in den »indiskreten« Spekulationen Bucharins, die wir in unserer Beilage (Artikel »Der Aufmarsch der Gruppierungen«) zitiert haben, wie der »marxistische« Theoretiker der Komintern sich an den großen Gewinnen Rußlands nach China, an einer gemeinsamen Ausbeutung Chinas durch Deutschland und Rußland berauscht. Der Konkurrenzkampf des russischen Staatskapitalismus mit den westeuropäischen und amerikanischen Kapitalisten in China, der nur in besonderer Weise ideologisch verbrämt ist, wie auch alle anderen ihren Konkurrenzkampf dort ideologisch zu verbrämen pflegen, (vgl. z.B. den ideologischen Kampf der USA mti ihrer Hay-Doktrin der »offenen Tür«!) ist der wirkliche Inhalt all der Hemmungen, die von russischer und Komintern-Seite aus dem chinesischen Klassenkampf heute auferlegt werden.

Das bedingt auch die Fragestellung nach dem internationalen Charakter der chinesischen Revolution. Bucharin sieht als wesentliche internationale Faktoren lediglich »die Existenz der Sowjetunion und die Tatsache der bedeutenden Erschütterung des Kapitalismus, vor allem des englsichen«. Er stellt ganz ebenso, wie die II. Internationale, die Frage der Perspektiven der chinesischen Revolution ganz eng national chinesich bzw. - da er von der Ausbreitung des Kampfes gegen den Imperialismus immerhin spricht - asiatisch; er überträgt ganz wie die II. Internationale dem europäischen Proletariat lediglich die Aufgabe der Verhinderung von Truppen- und Munitionstransporten nach China.

In Wirklichkeit liegt hier, in der Frage des internationalen Charakters, die Grundfrage der chinesischen Revolution. Die Komintern kann sie nicht lösen. Mit dem Verlassen der marxistischen Auffassung über den Charakter der russischen Revolution, mit dem Verlassen der Erkenntnis von der Internationalität der proletarischen Verbundenheit der Revolution in den entwickelten kapitalistischen und in den rückständigen Ländern, mit der Verkündung des isolierten sozialistischen Aufbaus Rußland, opfert sie in der Konsequenz auch den internationalen Charakter der chinesischen Revolution. Niemals ist die Verwendung des Sozialismus als Ideologie charmloser zum Ausdruck gekommen als gerade hier, wo bei zwei Ländern mit einer prinzipiell gleichartigen ökonomischen und sozialen Struktur von dem einen behauptet wird, es fände dort der Aufbau des Sozialismus statt, während bei dem anderen zur gleichen Zeit die Möglichkeit des sozialistischen Aufbaus geleugnet wird.

Gegen diese schändlichen Betrugsmanöver ist gerade in dieser wichtigsten Frage die marxistische Klarheit vonnöten. Genau wie für Rußland sagen wir für China auf die Frage, ob dort der sozialistische Aufbau möglich, die proletarische Revolution durchführbar ist?

Jawohl die proletarische Revolution in China ist möglich, wenn sie den Anstoß bildet zur Revolution in wenigstens einigen fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern.

Diese Verbindung herzustellen, das europäische und amerikanische Proletariat mit der chinesischen Revolution in diese Verbindung herzustellen, das europäische und amerikansiche Proletariat mit der chinesischen Revolution in diese Verbindung zu bringen, nicht nur passiv Abwehr der imperialistischen Manöver, sondern aktiv die Revolution in Europa zu verbinden mit der in China, diese Aufgabe hat die KI längst vergessen. Dabei darf man nicht vergessen, welche ungeheure Energiemenge gerade dann diese Revolution auslösen würde, wenn ihr proletarischer Charakter dem Weltproletriat bewußt wird. Man denke an die Marx'sche These über die »Sturmglocken«-Bedeutung des amerikanischen Bürgerkriegs der sechziger Jahre für die europäische Arbeiterklasse, man denke an den Pariser Kommuneaufstand, man denke an die russische Revolution des Oktober 1917!

Alle Auffassungen aus der russischen Revolution von 1905, deren Ergebnisse ganz ebenso wie die der von 1917 lange noch nicht genügend ausgewertet worden sind, treten uns in dieser Revolution erneut entgegen. Damals war der verräterische Standpunkt der Menschewisten der, daß die Bourgeoisie die Führung in der Revlolution behalten solle, da es doch eine »bürgerliche Revolution« sei, daß man den Block mit der Bourgeoisie bilden müsse, daß das Proletariat »nicht zu den Waffen hätte greifen sollen«. Es ist kein Zufall, daß der gleiche Menschewist Martynow, gegen den Lenin in und nach der russichen Revolution von 1905 so erbittert ankämpfte, heute die »Theorie« der Chinapolitik der KI führt, sie genauso menschewistisch führt wie 1905. Ausdrücklich erklärt auch im letzten Gemeinsamen Aufruf der Chinesischen Kommunistischen Partei und der Kuo-Min-Tang vom 6. April 1927 die KP Chinas: »Nur wer an dem Fortschritt der chinesichen Revolution zweifelt, kann an einen Sturz der Kuo-Min-Tang denken.«

Und Bucharin stellt fest, daß »die Arbeiterklasse Chinas(...) nicht imstande (ist), selbständig ein Land zu regieren, das wirtschaftlich rückständiger ist, als unsere jetzige Union«. Er empfiehlt daher dem chinesischen Proletariat, ganz wie die Menschweisten 1905 , gar nicht erst den Versuch zu machen, aktiv einzugreifen, gar nicht erst die Macht zu erobern zu versuchen, gar nicht erst hier einen mächtigen Punkt zur Weitertreibung der internationalen proletarischen Revolution zu gewinnen. Ganz wie die Menschewisten innerhalb der Regierung der Bourgeoisie Einfluß gewinnen wollen, wie sie »den Staat« erobern wollen, wie sie durch »Eroberung von Positionen« den Einfluß der Arbeiterklasse auf

»den Staat« vergrößern wollen, anstatt die von Marx immer und immer wieder verkündete Notwendigkeit der Zerschlagung des Staates der Bourgeoisie zu begreifen, ganz ebenso rät Bucharin und mit ihm die KI dem chinesischen Proletariat, »den staatlichen Einfluß der Arbeiterklasse mehr und mehr zu verstärken«, durch eine »vorsichtige, weise und richtige Taktik« die Stärkung des Einflusses der Arbeiter, Bauern und Kleinbürger »in allen Organisationen, in Armee, Regierung und Kuo-Min-Tang« herbeizuführen.
Ganze Welten trennen diesen klassenverräterischen Standpunkt unserer heutigen »Leninisten« von dem Lenins, der in der russischen Revolution von 1905 und gar von 1917 immer wieder als erstes die absolute politische und organisatorische Unabhängigkeit der proletarischen revolutionären Bewegung von der bürgerlichen forderte, der sich auf energischste für den Kampf des Proletariats, für dessen Machtergreifung einsetzte, der das Proletariat keinen Augenblick im Zweifel darüber ließ, daß der Kampf gegen die Bourgeoisie die Hauptaufgabe bildet. Trotzdem finden sich auch in dem Leninschen Standpunkt schon einige Verschiebungen des wirklichen marxistischen-proletarischen Standpunktes, die wahrscheinlich im Zusammenhang stehen mit der damals bereits begonnenen reformistischen Entartung der westeuropäischen Arbeiterbewegung, und die er mit der (von der wirklichen marxistischen Theorie ebenfalls nach rechts abweichenden, aber in allen darüber bisher geführten Diskussionen bis jetzt immer nur von rechts angegriffenen!) Trotzkischen Theorie der »permanenten Revolution« gemeinsam hat. Diese Verschiebung des marxistischen Standpunktes bei Lenin und Trotzki liegt in ihrer Auffassung von dem Verhältnis der bürgerlichen und der proletarischen Revolution. Sie sehen sie beide wesentlich im Verhältnis des Nacheinander. Daher resultiert der Leninsche Standpunkt von der Durchführung der bürgerlichen Revolution durch das Proletariat, wie er ihn in seinem von der KI in Deutschland bisher immer noch unterdrückten Buche zwei Taktiken in der demokratischen Revolution im Jahre 1906 vertrat. In Wirklichkeit - und das wurde damals am deutlichsten von Rosa Luxemburg vertreten - ist es wesentlich ein Nebeneinander. Dies tritt gegenwärtig, in der 3. Phase der Weltrevolution, noch viel, viel deutlicher, als jemals früher, in Erscheinung. Von vornherein ist der Weg der Bourgeoissie und es Proletariats getrennt. Von vornherein ist es Aufgabe des Proletariats - nicht nur im stets durchgeführten Klassenkampf, den Lenin gegen die Menschewisten von damals und von heute immer vertrat - sondern auch im Ziele von Anfang an nur die proletarische Revolution, die Diktatur des Proletariats zu verfechten und zu erkämpfen.
Von hier aus bestimmt sich auch die eigentümliche Konstruktion der KI von einer »nichtkapitalistischen Entwicklung« Chinas, die keineswegs identisch ist mit einer sozialistischen. Auch hier zeigt der Bucharinsche Artikel am deutlichsten, was damit gemeint ist:
»Will es das 'historische Geschick', daß China den ganzen Zyklus der kapitalistischen Entwicklung durchmacht, um nach Jahrzehnten (!) oder vielleicht auch nocht später (!), durch eine proletarische Revolution hindurch, im Kampfe gegen einen vollentwickelten chinesischen Kapitalismus, zu den Aufgaben der sozialistischen Aufbauarbeit zu kommen, oder aber ist es unbedingt notwendig und gibt es solche geschichtliche Verhältnisse, die China ein Überspringen des Stadiums der großkapitalistischen (!) Entwicklung ermöglichen?«
Nicht die Preisgabe der Perspektive der Weltrevolution für »Jahrzehnte oder vielleicht auch noch später« ist hier das Interessante, nirgends ist bisher so wie hier, der kleinbürgerliche Charakter der Komintern zum Ausdruck gekommen. Was hier als »nichtkapitalistisch« auftaucht, ist die Vermeidung des Großkapitalismus, ist der utopische Kampf des Kleinbürgers gegen die »großen« Trusts. Es besagt, daß zwar kapitalistische Verhältnisse herrschen sollen » in weit größerem Maße als in der Sowjetunion«, daß aber »ein erheblicher Teil (!) der Großindustrie, die Zölle, die Banken, die Kreditinstitute« in einer »rein bürgerlichen Naionalisierung« »ganz originell« verstaatlicht werden sollen. Diese »Verstaatlichung« ist tatsächlich möglich. Sie entspräche dem bürgerlichen Charakter der chinesischen Revolution, sie wäre so »sozialistisch«, wie - nach Engels - auch die »Königliche Seehandlung« und die »Königliche Porzellanmanufaktur« und jeder Kompagnieschneider »eine sozialistische Einrichtung« ist, nämlich gar nicht. Aber die Vorspiegelung solcher »ganz origineller« Farcen ist notwendig, um den Klassenkampf in China aufzuhalten, um die Möglichkeit für gute »Dienste« an den deutschen Imperialismus, in seinem Bestreben, »auf dem Wege des Transitverkehrs Zusatzmärkte zu erobern«, zu verwirklichen.
Dieser verräterischen Haltung gegenüber, der Praxis der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, der Streikabwürgung, des kommunistsichen Ministerialismus, ergeben sich ganz andere Aufgaben für das chinesische Proletariat. Nicht allein die selbstverständliche Sprengung der Kuo-Min-Tang, der selbstverständliche Kampf gegen die eigene Bourgeoisie für die primitivsten Rechte - Koalitsionsrecht, Lohnerhöhungen, Achtstundentag, Arbeitslosenunterstützungen, rücksichtslose Unterstützung der armen Bauern in der Frage der sofortigen Beseitigung aller Pachtzahlungen, des Kampfes gegen den Großgrundbesitz, der Nationalisierung des Landes, der gemeinschaftlichen Bearbeitung des Landes, - sondern darüber hinaus erwächst dem chinesischen Proletariat die große Aufgabe der Vorbereitung der »zweiten Revolution« auch in China. Gelingt es dem Proletariat in China nicht, die Macht zu ergreifen, - und die KI tut heute alles, um es daran zu hindern, - bleibt es wie bisher auch ohne die Unterstpützung des europäischen und des amerikanischen Proletariats, dann setzt sich auch in China der leidensvolle Weg der kapitalistischen Entwicklung unvermeidlich fort. Nicht die Parole der Menschewisten, die heute von derKI übernommen worden ist: Man hätte nicht zu den Waffen greifen sollen, darf heute dem kämpfenden chinesischen Proletariat zwischen die Beine geworfen werden, sondern die sofortige Sprengung des Blockes mit der Bourgeoisie und der Kampf gegen sie, und die Perspektive auf die Vorbereitung der Alleinherrschaft der Arbeiterklasse ist die große Aufgabe der chinesischen und der internationalen Arbeiterklasse.

»den Staat« vergrößern wollen, anstatt die von Marx immer und immer wieder verkündete Notwendigkeit der Zerschlagung des Staates der Bourgeoisie zu begreifen, ganz ebenso rät Bucharin und mit ihm die KI dem chinesischen Proletariat, »den staatlichen Einfluß der Arbeiterklasse mehr und mehr zu verstärken«, durch eine »vorsichtige, weise und richtige Taktik« die Stärkung des Einflusses der Arbeiter, Bauern und Kleinbürger »in allen Organisationen, in Armee, Regierung und Kuo-Min-Tang« herbeizuführen.
Ganze Welten trennen diesen klassenverräterischen Standpunkt unserer heutigen »Leninisten« von dem Lenins, der in der russischen Revolution von 1905 und gar von 1917 immer wieder als erstes die absolute politische und organisatorische Unabhängigkeit der proletarischen revolutionären Bewegung von der bürgerlichen forderte, der sich auf energischste für den Kampf des Proletariats, für dessen Machtergreifung einsetzte, der das Proletariat keinen Augenblick im Zweifel darüber ließ, daß der Kampf gegen die Bourgeoisie die Hauptaufgabe bildet. Trotzdem finden sich auch in dem Leninschen Standpunkt schon einige Verschiebungen des wirklichen marxistischen-proletarischen Standpunktes, die wahrscheinlich im Zusammenhang stehen mit der damals bereits begonnenen reformistischen Entartung der westeuropäischen Arbeiterbewegung, und die er mit der (von der wirklichen marxistischen Theorie ebenfalls nach rechts abweichenden, aber in allen darüber bisher geführten Diskussionen bis jetzt immer nur von rechts angegriffenen!) Trotzkischen Theorie der »permanenten Revolution« gemeinsam hat. Diese Verschiebung des marxistischen Standpunktes bei Lenin und Trotzki liegt in ihrer Auffassung von dem Verhältnis der bürgerlichen und der proletarischen Revolution. Sie sehen sie beide wesentlich im Verhältnis des Nacheinander. Daher resultiert der Leninsche Standpunkt von der Durchführung der bürgerlichen Revolution durch das Proletariat, wie er ihn in seinem von der KI in Deutschland bisher immer noch unterdrückten Buche zwei Taktiken in der demokratischen Revolution im Jahre 1906 vertrat. In Wirklichkeit - und das wurde damals am deutlichsten von Rosa Luxemburg vertreten - ist es wesentlich ein Nebeneinander. Dies tritt gegenwärtig, in der 3. Phase der Weltrevolution, noch viel, viel deutlicher, als jemals früher, in Erscheinung. Von vornherein ist der Weg der Bourgeoissie und es Proletariats getrennt. Von vornherein ist es Aufgabe des Proletariats - nicht nur im stets durchgeführten Klassenkampf, den Lenin gegen die Menschewisten von damals und von heute immer vertrat - sondern auch im Ziele von Anfang an nur die proletarische Revolution, die Diktatur des Proletariats zu verfechten und zu erkämpfen.
Von hier aus bestimmt sich auch die eigentümliche Konstruktion der KI von einer »nichtkapitalistischen Entwicklung« Chinas, die keineswegs identisch ist mit einer sozialistischen. Auch hier zeigt der Bucharinsche Artikel am deutlichsten, was damit gemeint ist:
»Will es das 'historische Geschick', daß China den ganzen Zyklus der kapitalistischen Entwicklung durchmacht, um nach Jahrzehnten (!) oder vielleicht auch nocht später (!), durch eine proletarische Revolution hindurch, im Kampfe gegen einen vollentwickelten chinesischen Kapitalismus, zu den Aufgaben der sozialistischen Aufbauarbeit zu kommen, oder aber ist es unbedingt notwendig und gibt es solche geschichtliche Verhältnisse, die China ein Überspringen des Stadiums der großkapitalistischen (!) Entwicklung ermöglichen?«
Nicht die Preisgabe der Perspektive der Weltrevolution für »Jahrzehnte oder vielleicht auch noch später« ist hier das Interessante, nirgends ist bisher so wie hier, der kleinbürgerliche Charakter der Komintern zum Ausdruck gekommen. Was hier als »nichtkapitalistisch« auftaucht, ist die Vermeidung des Großkapitalismus, ist der utopische Kampf des Kleinbürgers gegen die »großen« Trusts. Es besagt, daß zwar kapitalistische Verhältnisse herrschen sollen » in weit größerem Maße als in der Sowjetunion«, daß aber »ein erheblicher Teil (!) der Großindustrie, die Zölle, die Banken, die Kreditinstitute« in einer »rein bürgerlichen Naionalisierung« »ganz originell« verstaatlicht werden sollen. Diese »Verstaatlichung« ist tatsächlich möglich. Sie entspräche dem bürgerlichen Charakter der chinesischen Revolution, sie wäre so »sozialistisch«, wie - nach Engels - auch die »Königliche Seehandlung« und die »Königliche Porzellanmanufaktur« und jeder Kompagnieschneider »eine sozialistische Einrichtung« ist, nämlich gar nicht. Aber die Vorspiegelung solcher »ganz origineller« Farcen ist notwendig, um den Klassenkampf in China aufzuhalten, um die Möglichkeit für gute »Dienste« an den deutschen Imperialismus, in seinem Bestreben, »auf dem Wege des Transitverkehrs Zusatzmärkte zu erobern«, zu verwirklichen.
Dieser verräterischen Haltung gegenüber, der Praxis der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, der Streikabwürgung, des kommunistsichen Ministerialismus, ergeben sich ganz andere Aufgaben für das chinesische Proletariat. Nicht allein die selbstverständliche Sprengung der Kuo-Min-Tang, der selbstverständliche Kampf gegen die eigene Bourgeoisie für die primitivsten Rechte - Koalitsionsrecht, Lohnerhöhungen, Achtstundentag, Arbeitslosenunterstützungen, rücksichtslose Unterstützung der armen Bauern in der Frage der sofortigen Beseitigung aller Pachtzahlungen, des Kampfes gegen den Großgrundbesitz, der Nationalisierung des Landes, der gemeinschaftlichen Bearbeitung des Landes, - sondern darüber hinaus erwächst dem chinesischen Proletariat die große Aufgabe der Vorbereitung der »zweiten Revolution« auch in China. Gelingt es dem Proletariat in China nicht, die Macht zu ergreifen, - und die KI tut heute alles, um es daran zu hindern, - bleibt es wie bisher auch ohne die Unterstpützung des europäischen und des amerikanischen Proletariats, dann setzt sich auch in China der leidensvolle Weg der kapitalistischen Entwicklung unvermeidlich fort. Nicht die Parole der Menschewisten, die heute von derKI übernommen worden ist: Man hätte nicht zu den Waffen greifen sollen, darf heute dem kämpfenden chinesischen Proletariat zwischen die Beine geworfen werden, sondern die sofortige Sprengung des Blockes mit der Bourgeoisie und der Kampf gegen sie, und die Perspektive auf die Vorbereitung der Alleinherrschaft der Arbeiterklasse ist die große Aufgabe der chinesischen und der internationalen Arbeiterklasse.

ZK der KP China, Die Polemik über die Generallinie der internationalen Kommunistischen Bewegung, 14. Juni 1963 (Berlin 1970)

8. In den weiten Gebieten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas konzentrieren sich die verschiedenen Arten von Widersprüchen in der gegenwärtigen Epoche, hier sind die schwächsten Kettenglieder in der Herrschaft des Imperialismus, hier sind heute die wichtigsten Sturmzentren der Weltrevolution, wo dem Imperialismus direkte Schläge versetzt werden.
Die national-demokratische revolutionäre Bewegung in diesen Gebieten und die internationlae sozialistische revolutionäre Bewegung sind die zwei gewaltigen historischen Strömungen unserer Zeit.
Die national-demokratisch Revolution in diesen Gebieten bildet einen wichtigen Bestandteil der gegenwärtigen proletarischen Weltrevolution.
Die antiimperialistischen revolutionären Kämpfe der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas haben die Grundlagen der Herrschaft des Imperialismus und des Kolonialismus, alt und neu, angeschlagen und erschüttert, sie stellen eine gawaltige Kraft für die Verteidigung des Weltfriedens in der gegenwärtigen Epoche dar.
In einem gewissen Sinne hängt daher die ganze Sache der internationalen proletarischen Revolution letztlich von den revolutionären Kämpfen der Völker in diesen Gebieten, der überwältigenden Mehrheit der Weltbevölkerung, ab.
Die antiimperialistischen revolutionären Kämpfe der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sind daher keinesfalls lediglich von lokaler Bedeutung, sondern von allgemeiner Bedeutung für die Weltrevolution des ganzen internationalen Proletariats.
Es gibt heute Leute, die sogar die große internationale Bedeutung der anitimperitalistischen revolutionären Kämpfe der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas leugnen und, unter dem Vorwand, die Schranken von Nationalität, Hautfarbe und geographischen Grenzen niederreißen zu wollen, bemüht sind, die Trennungslinien zwischen unterdrückten und unterdrückenden Staaten zu verwischen, die revolutionären Kämpfe der Völker in diesen Gebieten niederzuhalten und die Politik des alten und neuen Kolonialismus zu vertreiben. In der Tat zielt diese neue »Theorie« gar nicht darauf ab, die Schranken von Nationalität, Hautfarbe und georgraphischen Grenzen niederzureißen, sondern die Herrschaft der sogenannten »überlegenen Nationen« über die unterjochten Nationen zu verewigen. Es ist nur zu verständlich, daß eine solch lügnerische »Theorie« auf den Widerstand der Völker in diesen Gebieten stößt.
Die Arbeiterklasse in jedem sozialistischen wie in jedem kapitalistischen Land muß die kämpferischen Losungen »Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!« getreulich in die Tat umsetzen. Sie muß die revolutionären Erfahrungen der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas studieren, deren revolutionäre Aktionen entschlossen unterstützen und deren Befreiung als die zuverlässige Hilfe für ihre eigene Sache und als direkt in ihrem eigenen Interesse betrachten. Nur auf diese Weise werden die Schranken von Nationalität, Hautfarbe und geographischen Grenzen in Wahrheit niedergerissen, nur das ist echter proletarischer Internationalismus. Ohne ein Bündnis mit den unterdrückten Nationen, ohne die Befreiung der unterdrückten Nationen wird es der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern Europas und Amerikas unmöglich sein, ihre eigene Befreiung zu erreichen. Lenin sagte mit Recht: »Ohne den vollständigen und engen Zusammmenschluß der in Europa und Amerika gegen das Kapital kämpfenden Arbeiter mit den von diesem Kapital unterdrückten Hunderten und aber Hunderten Millionen von »Kolonial«-sklaven, wäre die revolutionäre Bewegung der fortgeschrittenen Länder in Wahrheit ein glatter Betrug.«
Heute gibt es in den internationalen kommunistischen Reihen gewisse Leute, die dem Befreiungskampf der unterdrückten Nationen gegenüber sogar eine passive, verächtliche oder negative Haltung einnehmen, die in Wirklichkeit die Interessen der Monopolbourgeoisie wahren, die Interessen des Proeletariats verraten und zu Sozaildemokraten herabgesunken sind.
Welche Haltung man den revolutionären Kämpfen der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gegenüber zeigt, ist ein wichtiges Kennzeichen dafür, um diejenigen, die die Revolution wollen, von denen zu unterscheiden, die sie nicht wollen, um zu unterscheiden, wer wirklich den Weltfrieden verteidigt und wer den Aggressions- und Kriegskräften in die Hände arbeitet.
9. Die unterdrückten Nationen und geknechteten Volksmassen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sehen sich vor die dringende Aufgabe gestellt, gegen den Imperialismus und seine Lakaien anzukämpfen.
Die Geschichte hat den proletarischen Parteien dieser Gebiete die ruhmreiche Aufgabe gestellt, im Kampf gegen Imperialismus, gegen den alten und neuen Kolonialismus, im Kampf um nationale Unabhängigkeiten und Volksdemokratie das Banner voranzutragen, in den ersten Reihen zu stehen und für eine sozialistische Zukunft zu kämpfen.
In diesen Gebieten weigern sich die breitesten Kreise, das Sklavenjoch des Imperialismus hinzunehmen. Nicht nur Arbeiter, Bauern, Intellektuelle und Kleinbourgeoisie, sondern auch die patriotisch gesinnte Nationalbourgeoisie und sogar manche Fürsten und Aristokraten, die ihr Land lieben.
Das Proletariat und seine Partei müssen auf die Stärke der Volksmassen vertrauen, sie müssen vor allem mit den Bauern zusammengehen und ein festes Arbeiter-Bauern-Bündnis schließen. Es ist von größter Wichtigkeit, daß die fortschrittlichen Vertreter des Proletariats auf dem Land arbeiten, den Bauern helfen, ihre Organisation aufzubauen, ihr Klassenbewußtsein, ihren Nationalstolz und ihr Selbstvertrauen zu heben.
Das Proletariat und seine Partei müssen, auf der Grundlage des Bündnisses zwischen Arbeitern und Bauern, alle Schichten, mit denen Einheit möglich ist, zur breiten Einheitsfront gegen den Imperialis-

mus und seine Lakaien zusammenschließen. Um diese Einheitsfront zu festigen und zu entwickeln, muß die proletarische Partei ihre ideologische, politische und organisatorische Unabhängigkeit bewahren und auf dem Recht der Führung in der Revolution bestehen.
Die proletarische Partei und das revolutionäre Volk müssen alle Formen des Kampfes, den bewaffneten Kampf mit einbegriffen, beherrschen lernen. Wenn der Imperialismus und seine Lakaien zur bewaffneten Unterdrückung schreiten, muß die konterrevolutionäre Waffengewalt durch revolutionäre Waffengewalt niedergeworfen werden.
Die nationalistischen Staaten, die eben erst politische Unabhängikeit erlangt haben, sehen sich nach wie vor der schwierigen Aufgabe gegenüber, ihre politische Unabhängigkeit zu festigen, das Land von imperialistischen Kräften und Reaktionären zu säubern, eine Bodenreform und andere soziale Refomen durchzuführen, ihre nationale Wirtschaft und Kultur zu entwickeln. Für diese Länder ist es von großer aktueller Bedeutung, gegenüber der neokolonialistischen Politik, die die alten Kolonialisten zur Wahrung ihrer Interessen anwenden, wachsam zu bleiben und dagegen anzukämpfen, vor allem gegen den Neokolonialismus der USA.
In manchen der erst kürzlich unabhängig gewordenen Länder steht die patriotisch gesinnte Nationalbourgeoisie auch weiterhin mit dem Volk zusammen im Kampf gegen Imperialismus und Kolinialsimus und führt gewisse Maßnahmen für sozialen Fortschritt druch. Das erfordert, daß die proletarische Partei die fortschrittliche Rolle der patriotischen nationalbourgeoisie in vollem Umfang einschätzt und die Einigkeit mit ihr festigt.
mit der Verschärfung der inneren sozialen Widersprüche undd es internationalen Klassenkampfes baut die Bourgeoisie, und vor allem die Großbourgeoisie, in manchen jungen unabhängigen Ländern immer mehr auf Unterstützung von seiten des Imperialismus und betreibt eine volksfeindliche, antikommunistische und konterrevolutionäre Politik. Für die proletarische Partei ist es unerläßlich, entschlossen gegen eine solch reaktionäre Politik aufzutreten.
Allgemein gesprochen, hat die Bourgeoisie in diesen Ländern Doppelcharakter. Bildet die Partei des Proletariats eine Einheitsfront mit der Bourgeoisie, dann muß ihre Politik sowohl auf Einheit wie auch auf Kampf aufgebaut sein. Wo die Bourgeoisie fortschrittliche, antiimperialistische und antifeudale Neigungen zeigt, muß eine Politik der Einigkeit mit ihr eingeschlagen werden; gegen ihre reaktionäre Tendenz, mit dem Imperialismus und den Kräften des Feudalismus Kompromisse einzugehen und sich zu verschwören, muß eine Politik des Kampfes eingeschlagen werden.
in der nationalen Frage vertritt die Partei des Proletariats weltanschaulich den Internationalismus, nicht Naitonalismus. Im revolutionären Kampf, unterstützt die Partei des Proletariats den fortschrittlichen Nationalismus und kämpft gegen den reaktionären Nationalismus. Die Partei des Proletariats muß immer eine klare Trennungslinie zwischen sich selbst und dem bürgerlichen Nationalismus ziehen, sie darf sich ihm niemals gefangengeben.
In der Erklärung von 1960 heißt es: »Die Kommunisten enthüllen die Versuche des reaktionären Flügels der Bourgeoisie, seine rein egoistischen Klasseninteressen als Interessen der ganzen Nation hinzustellen, sowie den demagogischen Mißbrauch sozialistischer Losungen durch die bürgerlichen Politiker, womit sie den gleichen Zweck verfolgen.«
Wird das Proeletriat in der Revolution zum Anhängsel der Großgrundbesitzer und der Bourgeoisie, dann ist es für die national-demokratische Revolution unmöglich, einen wirklichen, durchgreifenden Sieg zu erringen. Und selbst wenn irgendeine Art von Sieg errungen wird, ist es unmöglich, ihn zu konsolidieren.
Im Verlauf der revolutionären Kämpfe der unterjochten Ntaionen und geknechteten Volksmassen muß die proletarische Partei ihr unabhängiges Programm des entschlossenen Kampfes gegen den Imperialismus und gegen die Reaktionäre im Lande, für die Erringung der nationalen Unabhängigkeit und der Volksdemokratie aufstellen, sie muß unabhängige Arbeit unter den Volksmassen leisten, stets die Kräfte isolieren. Nur so kann sie die national-demokratische Revolution zu Ende fürhen und die Revolution auf den Weg zum Sozialismus leiten.

Frantz Fanon, Gegenseitige Begründung von National-Kultur und Befreiungskampf. Rede vor dem Zweiten Kongreß der Schwarzen Schriftsteller und Künstler, Rom 1959 (aus: Fanon, Die verdammten dieser Erde, Frankfurt 1981)

Da die Kolonialherrschft total und nivellierend ist, hat sie es in kurzer Zeit geschafft, die kulturelle Existenz des unterdrückten Volkes gründlich zu zerrütten. Die Negation der nationalen Realität, die durch die Besatzungsmacht eingeführten neuen juristischen Verhältnisse, die Verdrängung der Eingeborenen und ihrer Gebräuche an die Peripherie der kolonialen Gesellschaft, die Enteignung, die systematische Unterjochung der Männer und Frauen machen dieses Verbleichen der Kultur möglich.
Vor drei Jahren habe ich auf unserem ersten Kongreß dargelegt, wie in der kolonialen Situation jede Dynamik sehr schnell einer Erstarrung weicht. Der kulturelle Bereich wird abgeteilt durch Schutzgitter und Wegweiser. Es sind Abwehrmechanismen elementarster Art, die sich in mehr als einer Hinsicht auf einen bloßen Selbsterhaltungstrieb beschränken. Das Kennzeichen dieser Periode ist, daß sich der Unterdrücker nicht mehr mit der objektiven Nichtexistenz der unterdrückten Nation und Kultur zufriedengibt. Er macht alle Anstrengungen, um den Kolonisierten dazu zu bringen, die Minderwertigkeit seiner in instinktive Verhaltensweisen abgesunkenen Kultur einzugestehen, die Unwirklichkeit seiner Nation zuzugeben und, im äußersten Fall, den unorganisierten und unvollendeten Cha-

rakter seiner eigenen biologischen Struktur.
Die Reaktion der Kolonisierten ist nicht einhellig. Während die Massen der kolonialen Situation die heterogensten Traditionen entgegenstellen, während sich der handwerkliche Stil in einem immer stereotyperen Formalismus verfestigt, stürzt sich der Intellektuelle frenetisch in die krampfhafte Aneignung der Kultur des Okkupanten, wobei er es nicht unterläßt, seine nationale Kultur abzuwerten, oder er verschanzt sich in der ausführlichen, methodischen, leidenschaftlichen und bald steril werdenden Aufzählungen der Werte seiner eigenen Kultur.
Beide Versuche laufen auf unerträgliche Widersprüche hinaus. Ob Überläufer oder Konsolidierer, der Kolonisierte bleibt immer wirkungslos, eben weil keine strenge Analyse der kolonialen Situation vorgenommen wird. Die koloniale Situation bringt fast die gesamte nationale Kultur zum Erliegen. Im Rahmen einer Kolonialherrschaft wird und kann es keine nationale Kultur, kein nationales Kulturleben, keine nationalen kulturellen Erfindungen oder Veränderungen geben. Hier und da tauchen mutige Versuche auf, die kulturelle Dynamik wieder in Schwung bringen, den Themen, Formen und Klangfarben eine neue Orientierung zu geben. Das unmittelbare, greifbare, evidente Ergebnis dieser vereinzelten Wiederbelebungsversuche ist jedoch gleich Null. Aber wenn man ihre Nachwirkungen bis zu äußersten Grenze verfolgt, kann man erkennen, daß sich eine Erhellung des nationalen Bewußtseins, ein Infragestellen der Unterdrückung, eine Öffnung auf den Befreiungskampf hin vorbereitet.
Unter der Kolonialherrschaft ist die Nationalkultur eine bestrittene Kultur, deren Zerstörung systematisch betrieben wird, und sehr bald eine zur Illegalität verurteilte Kultur. Dieser Begriff der Illegalität wird unmittelbar in den Reaktionen des Okkupanten erkennbar, der die Vorliebe für die Traditionen als Treue zum Geist der Nation, als Ablehnung der Unterwerfung deutet. Schon dieses Festhalten an den von der Kolonialherrschaft verurteilten Formen der Kultur ist eine nationale Demonstration. Aber sie gehorcht dem Gesetz der Trägheit. Es kommt zu keiner Offensive, zu keiner Neubestimmung der Verhältnisse. Es kommt nur zu einer krampfhaften Anklammerung an den Kern, der immer dürftiger, immer träger, immer leerer wird.
Nach ein oder zwei Jahrhunderten der Ausbeutung kann man einen regelrechten Schwund im Panorama der nationalen Kultur feststellen. Sie wird zu einem Reservat motorischer Gewohnheiten, alter Traditionen der Kleidung, zerfallener Institutionen. Sie ist unbeweglich, unschöpferisch, steril. Verelendung des Volkes, nationale Unterdrückung und Hemmung der Kultur sind ein und dasselbe. Nach einem Jahrhundert Kolonialherrschaft findet man nur noch eine äußerst erstarrte, abgelagerte, versteinerte Kultur vor. Der Verfall der nationalen Realität und die Agonie der nationalen Kultur sind voneinander abhängig. Deshalb wird es entscheidend, die Entwicklung dieser Abhängigkeitsverhältnisse während des Befreiungskampfes zu verfolgen. Die Verneinung der Kultur, die Verachtung motorischer oder emotionaler nationaler Demonstrationen, die Illegalität jeder Organisation tragen dazu bei, beim Kolonisierten aggressive Verhaltensweisen entstehen zu lassen. Aber diese Verhaltensweisen sind wenig differenzierte, anarchistische, unwirksame Reflexe. Die koloniale Ausbeutung, das Elend, die ständige Hungersnot treiben den Kolonisierten mehr und mehr zum offenen und organisierten Kampf. Nach und nach und unmerklich verdichtet sich die Notwendigkeit einer entscheidenden Auseinandersetzung und wird von der großen Mehrheit des Volkes empfunden. Immer neue voher nicht existierende Spannungen treten auf. Die internationalen Ereignisse, der um sich greifende Zusammenbruch der Kolonialreiche, die Widersprüche innerhalb des kolonialistischen Systems unterhalten und verstärken die Kampfbereitschaft, lassen ein nationales Bewußtsein entstehen und geben ihm Kraft.
Diese auf allen Stufen der kolonialen Realität vorhandenen neuen Spannung haben Rückwirkungen auf die Kultur. In der autochthonen Literatur zum Beispiel kommt es zu einer relativen Überproduktion. Sie differenziert sich und wird aus einer minderwertigen Replik auf die Beherrschung, die sie früher war, zu einem partikularisierenden Willen. Die Intelligenz, die während der Unterdrückungsperiode wesentlich rezeptiv war, wird jetzt produktiv. Diese Literatur beschränkt sich zunächst gern auf das lyrische und tragische Genre. Später bringt die Romanze, Erzählungen und Essays hervor. Es scheint eine Art innere Organisation, ein Ausdrucksgesetz zu sein, daß sich die lyrischen Äußerungen in dem Maße verringern, wie sich die Ziele und Methoden des Freiheitskampfes präzieren. Die Themen werden von Grund auf erneuert. Tatsächlich stößt man immer weniger auf jene bitteren und verzweifelten Anklagen, jene Ausbrüche einer tönenden Gewalt, die den Okkupanten, allen in allem, beruhigen. Die Kolonialisten haben in der vorhergehenden Perioden diese Versuche ermutigt und erleichtert. Tatsächlich werden beißende Anklagen, Schilderungen des Elends, Ausbrüche der Leidenschaft vom Okkupanten einer kathartischen Operation gleichgesetzt. Sie erleichtern heißt in gewisser Weise, die Dramatisierung vermeiden, die Atmosphäre entspannen.
Aber das kann nur eine Übergangssituation sein. Der Fortschritt des nationalen Bewußtseins im Volk verändert und präzisiert nämlich die literarischen Äüßerungen des kolonisierten Intellektuellen. Das Zusammenwachsen des Volkes ist für ihn eine Aufforderung, über den bloßen Aufschrei hinauszukommen. Die Klage stellt sich der Anklage, dann dem Appell. In der folgenden Periode taucht die Losung auf. Die Kristallisation des nationalen Bewußtseins revolutioniert die literarischen Genres und Themen und schafft gleichzeitig ein vollständige neues Publikum. Während der kolonisierte Intellektuelle sich anfahgs ausschließlich an die Adresse des Unterdrückten wandte, entweder um ihn zu bezirzen oder um ihn im Namen ethnischer oder subjektivistischer Kategorien anzuklagen, richtet es sich jetzt mehr und mehr an sein Volk.
Erst von diesem Moment an kann man von einer nationalen Literatur sprechen. Jetzt werden typisch nationalen Themen aufgegriffen und verdeutlicht. Es ist eine wirkliche Kampfliteratur, insofern sie ein ganzes Volk zum Kampf für die nationale Existenz aufruft. Eine Kampfliteratur, weil sie das nationale Bewußtsein schult, ihm Form und Konturen verleiht, ihm neue und unbegrenzte Perspekti-

ven eröffnet. Eine Kampfliteratur, weil sie sich verantwortlich fühlt, weil sie verzeitlichter Wille ist. Auch die mündliche Literatur, die Märchen, Heldengesänge, Volkslieder von früher beginnen sich zu verändern. Die Märchenerzähler beleben ihr bisher starres Repertoire von Episoden, führen immer entscheidendere Neuerungen ein, um die Konflikte zu akutalisieren, die besungenen Kampfformen, Heldennamen und Waffenarten zu modernisieren. Die Technik der Anspielung verbreitet sich. Die Formel >>Vor langer, langer Zeit ...>> wird ersetzt durch die zweideutige Formel >> Was wir erzählen wollen, hat sich irgendwo abgespielt, aber es könnte sich auch hier abspielen, heute oder morgen>>. Das algerische Beispiel ist in dieser Hinsicht bezeichnend. Von 1952/53 an revolutionierten Märchenerzähler ihre stereotypen und langweiligen Vortragsmethoden und den Inhalt ihrer Erzählungen von Grund auf. Das früher nur spärliche Publikum wird kompakt. Das Heldenlied mit seinen alten Typisierungskategorien taucht wieder auf. Es ist ein wirkliches Schauspiel, das wieder einen kulturellen Wert gewinnt. Der Kolonialismus hat sehr wohl gewußt, warum es diese Märchenerzähler von 1955 an systematisch verhaften ließ.

Die Anteilnahme des Volkes an dem neuen Heldenepos ruft einen neuen Atemrhythmus, vergessene Muskelspannungen hervor und bereichert die Vorstellungswelt. Jedesmal, wenn der Erzähler seinem Publikum eine neue Episode darbietet, kann man einer regelrechten Anrufung beiwohnen. Dem Publikum wird die Existenz eines neuen Menschentyps offenbart. Die Gegenwart ist nicht mehr über sich selbst geschlossen, sondern offengelegt. Der Erzähler läßt seiner Phantasie freien Lauf, erfindet, wird schöpferisch. Es kommt sogar vor, daß Figuren, die sich für eine solche Veränderung schlecht eignen, die Straßenräuber oder mehr oder weniger asoziale Wegelagerer, aufgegriffen und umgemodelt werden. In einem kolonisierten Land muß man Schritt für Schritt das Auftauchen der Phantasie, die Neuschöpfung in den Volksliedern, Balladen und Sagen verfolgen. Der Erzähler nähert sich allmählich der Erwartung des Volkes und gelangt, scheinbar allein, in Wirklichkeit aber von den Anwesenden unterstützt, zur Suche neuer Vorbilder, nationaler Vorbilder. Komödie und Farce verschwinden oder verlieren ihren Reiz. Die Dramatisierung spielt sich nicht mehr im krisenhaften Bewußtsein des Intellektuellen ab. Da sie den Charakter der Verzweiflung und der Revolte verloren hat, ist sie zum gemeinsamen Schicksal des Volkes geworden: Teil einer sich vorbereitenden oder schon ablaufenden Aktion.

Auch im Kunsthandwerk geraten die abgelagerten und erstarrten Formen in Bewegung. Die Holzschnitzerei zum Beispiel, die in Tausenden von Exemplaren immer wieder bestimmte Gesichter oder bestimmte Posen dargestellt hatte, wird differenzierter. Die ausdruckslose oder bedrückte Maske belebt sich, die Arme zeigen die Neigung, sich vom Körper zu lösen, eine Aktion anzudeuten. Kompositionen mit zwei, drei oder fünf Personen tauchen auf. Das lawinenhafte Auftreten von Amateuren oder Dissidenten zwingt die traditionellen Schulen, wieder schöpferisch zu werden. Die neue Kraft in diesem Bereich des kulturellen Lebens wird sehr oft übersehen. Dennoch ist ihr Beitrag zum nationalen Kampf entscheidend. Durch die Belebung von Gesichtern und Körpern, durch die Darstellung einer Gruppe auf demselben Sockel fordert der Künstler zu einer organisierten Bewegung auf.

Wenn man die Auswirkung des erwachenden Nationalbewußtseins auf die Keramik untersucht, kann man die gleichen Feststellungen treffen. Auch sie gibt ihren Formalismus auf. Krüge, Schalen und Teller verändern sich zunächst in ganz unmerklicher, dann aber in auffälliger Weise. Die früher auf eine kleine Zahl beschränkte Einfärbungen, die traditionellen Gesetzen der Harmonie gehorchten, vermehren sich unter der Auswirkung des revolutionären Aufschwungs. Bestimmte Ockerfarben, bestimmte Blaus, die von aller Ewigkeit her innerhalb eines vorgegebenen kulturellen Bereichs verboten schienen, setzen sich ohne Skandal durch. Ebenso wird die Nichtdarstellung des menschlichen Gesichts, die, den Ethnologen zufolge, für manche Gebiete charakteristisch ist, plötzlich zu einem ganz relativen Prinzip. Die Spezialisten des Mutterlandes entdecken diese Veränderungen sehr rasch und verurteilen sie insgesamt im Namen eines kodifizierten Stils, eines kulturellen Lebens, wie es sich im Rahmen der Kolonialsituation entwickelt hatte. Sie erkennen die neuen Formen nicht an sie kommen den Traditionen der autochthonen Gesellschaft zu Hilfe. Die Kolonialisten sind es, die sich zu Verteidigern des Eingeborenenstils aufwerfen. Man erinnert sich noch gut daran (und das Beispiel hat eine gewisse Bedeutung, weil es sich hier nicht um eine rein koloniale Realtität handelt), wie die weißen Jazz-Spezialisten reagierten, als sich nach dem zweiten Weltkrieg neue Stile, wie der Bebop, herauskristallisierten. Der Jazz durfte nämlich nur die gebrochene und verzweifelte Wehmut eines alten Negers zwischen zwei Whiskies sein, die Verfluchung seiner selbst und der Rassenhaß der Weißen. Sobald der Neger sich und die Welt anders wahrnimmt, die Hoffnung aufkeimen läßt und von der rassistischen Welt Abstand gewinnt, verliert seine Trompete natürlich den gestopften Klang und seine Stimme die Heiserkeit. Die neuen Stile des Jazz sind nicht nur ein Produkt der wirtschaftlichen Konkurrenz; man muß in ihnen ganz zweifellos auch eine der Folgen der unvermeidlichen, wenn auch langsamen Niederlage der Welt der Südstaaten in den USA sehen. Und es ist keine Utopie, wenn man annimmt, daß in etwa 50 Jahren der Jazz als abgehackter Aufschrei eines armen verfluchten Negers nur noch von den Weißen verteidigt werden wird, die als einzige an dem erstarrten Bild einer bestimmten Verhaltensweise, einer bestimmten Form der Négritude festhalten werden.

Im Tanz, im Lied, in den traditionellen Riten und Zeremonien entdeckt man denselben Aufschwung, dieselben Veränderungen, dieselbe Ungeduld. Lange vor der politischen oder bewaffneten Phase des nationalen Kampfes kann ein aufmerksamer Leser also spüren und sehen, wie sich die neue Kraft, der bevorstehende Kampf ankündigt. Ungewohnte Formen des Ausdrucks, neue Themen, denen nicht mehr nur die Macht der Anrufung eignet, sondern die der Versammlung, der Zusammenrufung »im Hinblick auf... » Alles trägt dazu bei, die Sensibilität des Kolonisierten zu wecken, die kontemplativen oder verzweifelten Haltungen unaktuell und unannehmbar zu machen. Indem der Kolonisierte die

Intentionen und die Dynamik des Kunsthandwerks, des Tanzes und der Musik, der Literatur und des mündlich überlieferten Heldengesanges erneuert, gewinnt auch seine Wahrnehmung eine andere Struktur. Die Welt verliert ihren Fluch. Alle Bedingungen für die unvermeidliche Auseinandersetzung treten zusammen.
Wir haben das Auftauchen der Bewegung in den Äußerungen der Kultur erlebt. Wir haben gesehen, daß diese Bewegung, diese neuen Formen mit der Reifung des Nationalbewußtseins zusammenhingen. Sie streben indessen mehr und mehr danach, sich zu objektivieren, sich zu institutionalisieren. Daher die Notwendigkeit einer nationalen Existenz um jeden Preis.
Es ist ein übrigens schwer erträglicher Fehler, im Rahmen der Kolonialherrschaft kulturelle Erfindungen zu versuchen die autochthone Kultur aufzuwerten. Daher kommen wir zu einer parodox wirkenden Behauptung: in einem kolonisierten Land ist der elementarste, brutalste, undifferenzierteste Nationalismus die glühendste und wirksamste Form einer Verteidigung der Nationalkultur. Die Kultur ist zunächst Ausdruck einer Nation, ihre Vorlieben, ihrer Tabus, ihrer Vorbilder. Auf jeder Stufe der Gesellschaft entstehen andere Tabus, andere Werte, andere Vorbilder. Die nationale Kultur ist die Summe aller dieser Wertungen, die Resultante der inneren und äußeren Spannungen der gesamten Gesellschaft und ihrer verschiedenen Schichten. Da die Kultur in der Kolonialsituation der doppelten Unterstützung der Nation und des Staates beraubt ist, gerät sie in Verfall und Agonie. Die Existenzbedingung der Kultur ist also die nationale Befreiung, die Wiedergeburt des Staates.
Die Nation ist nicht nur Bedingung der Kultur, ihres Aufschwungs, ihrer ständigen Erneuerung, ihrer Vertiefung. Sie ist auch eine Notwendigkeit. Der Kampf für die nationale Existenz gibt zunächst die Kultur frei, öffnet ihrer Produktion die Türen. Später wird dann die Nation der Kultur die Existenzbedingungen und den Rahmen für ihren Ausdruck sichern. Die Nation vereinigt die verschiedenen, unentbehrlichen Elemente, die als einzige der Kultur Glaubwürdigkeit, Gültigkeit, Dynamik und Schöpfungskraft verleihen können. Und es ist ihr nationaler Charakter, der die Kultur auch für andere Kulturen zugänglich macht und es ihr ermöglicht, andere Kulturen zu beeinflussen und in sie einzudringen. Was nicht existiert, kann kaum auf das Reale einwirken. Zunächst muß die Wiederherstellung der Nation der nationalen Kultur das Leben geben, und zwar im biologischen Sinne des Ausdrucks.
Wir haben die immer stärkere Sprengung der alten kulturellen Ablagerungen verfolgt und die Erneuerung des Ausdrucks, das Ankurbeln der Phanatasie am Vorabend des entscheidenden Kampfes um die nationale Befreiung erlebt.
Hier stellt sich jedoch eine entscheidende Frage. Welche Wechselwirkungen bestehen zwischen dem Kampf, dem politischen oder bewaffneten Konflikt, und der Kultur? Kommt während des Konflikts das kulturelle Leben zum Erliegen? Ist der nationale Kampf eine Äußerung der Kultur? Oder muß man sagen, daß der Befreiungskampf, mag es auch nachträglich für die Kultur fruchtbar sein, in sich selbst die Kultur negiert? Ist der Befreiungskampf ein kulturelles Phänomen oder nicht?
Wir sind der Meinung, daß der organisierte und bewußte Kampf eines kolonisierten Volkes um die Wiederherstellung der nationalen Souveränität die stärkste Äußerung einer Kultur ist, die es überhaupt gibt. Nicht allein der Erfolg des Kampfes verleiht der Kultur Gültigkeit und Kraft; sie wird auch während des Kampfes nicht einfrieren. Der Kampf selbst entwickelt in seinem Ablauf und seinem inneren Prozeß die verschiedenen Richtungen der Kultur und deutet neue an. Der Befreiungskampf gibt der nationalen Kultur nicht ihren alten Wert und ihre früheren Konturen wieder: er strebt eine grundsätzliche Neuordnung der Beziehungen zwischen den Menschen an und kann daher weder die Formen noch die Inhalte der Kultur unberührt lassen. Nach dem Kampf verschwindet nicht nur der Kolonialismus, sondern auch der Kolonisierte.
Diese neue Menschlichkeit - für sich selbst und für die anderen - kann nicht umhin einen neuen Humanismus zu definieren, der in den Zielen und den Methoden des Kampfes vorgezeichnet ist. Ein Kampf, der alle Schichten des Volkes mobilisiert, der die Absichten und ungeduldigen Bestrebungen des Volkes ausdrückt, der nicht zögert, sich fast ausschließlich auf dieses Volk zu stützen, muß zwangsläufig siegen. Sein Wert besteht darin, daß er ein Höchstmaß von günstigen Bedingungen für die Entwicklung der Kultur schafft. Wenn die nationale Freiheit unter diesen Bedingungen erkämpft worden ist, kann nicht jene so qualvolle kulturelle Unentschlossenheit herrschen, die man in einigen neuerlich unabhängig gewordenen Ländern antrifft, weil die Nation durch die Art und Weise ihrer Entstehung und ihrer Existenz die Kultur fundamental beeinflußt. Eine aus der bewußten Aktion des Volkes hervorgegangene Nation, die die realen Bestrebungen des Volkes verkörpert und den Staat verändert, kann nur in den Formen einer außergewöhnlichen kulturellen Fruchtbarkeit existieren.
Die Kolonisierten, die sich um die Kultur ihres Landes Sorgen machen und ihr eine universale Dimension geben wollen, dürfen sich nicht einfach auf das Prinzip der umvermeidlich eintreffenden Unabhängigkeit verlassen, das dem Bewußtsein des Volkes nicht eingezeichnet ist. Nationale Befreiung als Ziel ist etwas anderes als die Methode des Kampfes und der Inhalt, den das Volk ihm gibt. Auch die Zukunft der Kultur, auch der Reichtum einer Nationalkultur scheint uns eine Funktion der Werte zu sein, die den Befreiungskampf geprägt haben.
Hier nun gibt es, das Pharisäertum gewisser Leute zu verurteilen. Der Anspruch auf Nationalität, hört man öfters sagen, gehört einer Phase an, die die Menschheit schon hinter sich hat. Die Stunde der großen Blöcke hat geschlagen, die Nachzügler des Nationalismus müssen ihre Fehler korrigieren. Wir sind vielmehr der Meinung, daß es ein folgenschwerer Fehler ist, die nationale Etappe überspringen zu wollen. Wenn die Kultur eine Äußerung des Nationalbewußtseins ist, so zögere ich für unseren Fall nicht, zu sagen, daß das Nationalbewußtsein die am meisten entwickelte Form der Kultur ist.
Das Selbstbewußtsein ist kein Sichabschließen gegenüber der Kommunikation. Die philosophische

Überlegung lehrt uns vielmehr, daß es deren Voraussetzung ist. Nur das Nationalbewußtsein, das kein Nationalismus ist, vermag uns eine internationale Dimension zu geben. In Afrika nimmt dieses Problem heute besondere Formen an. Die Geburt eines Nationalbewußtseins läuft hier mit der Entstehung eines afrikanischen Bewußtseins parallel. Die Verantwortlichkeit des Afrikaners gegenüber seiner Nationalkultur ist zugleich eine Verantwortlichkeit gegenüber einer negro-afrikanischen Kultur. Diese Koppelung ist kein metaphysisches Prinzip, sie ist das Bewußtsein von einem banalen Gesetz, demzufolge jede unabhängige afrikanische Nation, die dem Kolonialismus verhaftet bleibt, eine umzingelte, gebrechliche und ständig gefährdete Nation ist.
Wenn der Mensch das ist, was er tut, dann besteht die dringlichste Aufgabe des afrikanischen Intellektuellen im Aufbau seiner Nation. Wenn dieser Aufbau wahr ist, das heißt, wenn er den ausdrücklichen Willen des Volkes darstellt, die afrikanischen Völker in ihrer Ungeduld offenbart, dann ist er notwendig von der Entdeckung und Schaffung universalisierender Werte begleitet. Anstatt die Nation von den anderen Nationen zu entfernen, führt der nationale Befreiungskampf sie auf der Bühne der Geschichte ein. Innerhalb des Nationalbewußtseins entwickelt und belebt sich das internationale Bewußtsein. Und diese doppelte Entwicklung ist letzlich der Nährboden jeder Kultur.

Karl Radek, Leo Schlageter, der Wanderer ins Nichts
Rote Fahne, 26.6.1923 (aus: Hermann Weber, Der deutsche Kommunismus, Dokumente, Köln 1963)

Der Komintern-Verantwortliche für Deutschland, Karl Radek, hielt diese Rede vor der Sitzung der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale am 20. Juni 1923.

Wir haben das weitausgreifende und tiefeindringende Referat der Gen. Zetkin angehört über den internationalen Faschismus, diesen Hammer, der - bestimmt, auf das Haupt des Proletariats zerschmetternd niederzufallen - in erster Linie die kleinbürgerlichen Schichten treffen wird, die ihn im Interesse des Großkapitals schwingen. Ich kann diese Rede unserer greisen Führerin weder erweitern noch ergänzen. Ich konnte sie nicht einmal gut verfolgen, weil mir immerfort vor den Augen der Leichnam des deutschen Faschisten stand, unseres Klassengegners, der zu Tode verurteilt und erschossen wurde von den Schergen des französischen Imperialismus, dieser starken Organisation eines anderen Teils unserer Klassenfeinde. Während der ganzen Rede der Gen. Zetkin über die Widersprüche des Faschismus schwirrte mir im Kopfe der Name Schlageter herum und sein tragisches Geschick. Wir wollen seiner gedenken hier, wo wir politisch zum Faschismus Stellung nehmen. Die Geschicke dieses Märtyrers des deutschen Nationalismus sollen nicht verschwiegen, nicht mit einer abwerfenden Phrase erledigt werden. Sie haben uns, sie haben dem deutschen Volke vieles zu sagen.
Wir sind keine sentimentalen Romantiker, die an der Leiche die Feindschaft vergessen, und wir sind keine Diplomaten, die sagen: am Grabe Gutes reden oder schweigen. Schlageter, der mutige Soldat der Konterrevolution, verdient es, von uns Soldaten der Revolution männlich-ehrlich gewürdigt zu werden. Sein Gesinnungsgenosse Freska hat im Jahre 1920 einen Roman veröffentlicht, in dem er das Leben eines im Kampfe gegen Spartakus gefallenen Offiziers schildert. Freska nannte den Roman: Der Wanderer ins Nichts. Wenn die Kreise der deutschen Faschisten, die ehrlich dem deutschen Volke dienen wollen, den Sinn der Geschicke Schlageters nicht verstehen werden, so ist Schlageter umsonst gefallen, und dann sollten sie auf sein Denkmal schreiben: der Wanderer ins Nichts.
Deutschland lag auf dem Boden, geschlagen. Nur Narren glaubten, daß die siegreiche kapitalistische Entente das deutsche Volk anders behandeln wird, als das siegreiche Kapital das russische, das rumänische Volk behandelt hat. Nur Narren oder Feiglinge, die die Wahrheit fürchteten, konnten an die Verheißungen Wilsons, an die Erklärungen glauben, daß nur der Kaiser, nicht das deutsche Volk für die Niederlage zu zahlen haben wird. Im Osten stand ein Volk im Kampfe, hungernd, frierend rang es gegen die Entente an 14 Fronten: Sowjetrußland. Eine dieser Fronten war gebildet von deutschen Offizieren und deutschen Soldaten. Im Freikorps Medem, das Riga stürmte, kämpfte Schlageter. Wir wissen nicht, ob der junge Offizier den Sinn seiner Tat verstanden hat. Der damalige deutsche Regierungskommissar, der Sozialdemokrat Winnig, und der General von der Goltz, der Leiter der Baltikumer, wußten, was sie taten. Sie wollten durch Schergendienste gegen das russische Volk der Entente Wohlwollen erobern. Damit die besiegte deutsche Bourgeoisie keine Kriegstribute den Siegern zahle, vermietete sie junges deutsches Blut, das von der Kugel des Weltkrieges verschont worden ist, als ententistische Söldlinge gegen das russische Volk. Wir wissen nicht, was Schlageter über diese Zeit dachte. Sein Führer Medem hat später eingesehen, daß er durchs Baltikum ins Nichts wanderte. Haben das alle deutschen Nationalisten verstanden? Bei der Totenfeier Schlageters in München sprach General Ludendorff, derselbe Ludendorff, der sich bis auf heute England wie Frankreich als Obrist im Kreuzzug gegen Rußland anbietet. Schlageter wird beweint von der Stinnes-Presse. Herr Stinnes wurde eben in der Alpina Montana der Kompagnon von Schneider-Creusot, des Waffenschmiedes der Mörder Schlageters. Gegen wen wollen die Deutschvölkischen kämpfen: gegen das Ententekapital oder das russische Volk? Mit den russischen Arbeitern und Bauern zur gemeinsamen Abschüttelung des Joches des Ententekapitals, oder mit dem Ententekapital zur Versklavung des deutschen und russischen Volkes?
Schlageter ist tot. Er kann die Frage nicht beantworten. An seinem Grabe haben seine Kampfgenossen

die Fortführung seines Kampfes geschworen. Sie müssen antworten: gegen wen, an wessen Seite? Schlageter ging vom Baltikum nach dem Ruhrgebiet. Nicht erst im Jahre 1923, schon im Jahre 1920. Wißt ihr, was das bedeutet? Er nahm Teil an dem Überfall auf die Ruhrarbeiter durch das deutsche Kapital, er kämpfte in den Reihen der Truppen, die die Ruhrbergleute den Eisen- und Kohlenkönigen zu unterwerfen hatten. Watters Truppen, in deren Reihen er kämpfte, schossen mit denselben Bleikugeln, mit denen General Degoutte die Ruhrarbeiter beruhigt. Wir haben keine Ursache anzunehmen, daß Schlageter aus egoistischen Gründen die hungernden Bergarbeiter niederwerfen half.
Der Weg der Todesgefahr, den er wählte, spricht und zeugt für ihn, sagt, daß er überzeugt war, dem deutschen Volke zu dienen. Aber Schlageter glaubte, daß er am besten dem Volke dient, wenn er hilft, die Herrschaft der Klassen aufzurichten, die bisher das deutsche Volk geführt und in dieses namenlose Unglück gebracht haben. Schlageter sah in der Arbeiterklasse den Pöbel, der regiert werden muß. Und er war ganz gewiß einer Meinung mit dem Grafen Reventlow, der da gelassen sagt, jeder Kampf gegen die Entente sei unmöglich, solange der innere Feind nicht niedergeschlagen ist. Der innere Feind aber war für Schlageter die revolutionäre Arbeiterklasse. Schlageter konnte mit eigenen Augen die Folgen dieser Politik sehen, als er ins Ruhrgebiet im Jahre 1923 während der Ruhrbesetzung kam. Er konnte sehen, daß, wenn auch die Arbeiter gegen den französischen Imperialismus einig dastehen, kein einiges Volk an der Ruhr kämpft und kämpfen kann. Er konnte sehen das tiefe Mißtrauen, das die Arbeiter zu der deutschen Regierung, zu der deutschen Bourgeoisie haben. Er konnte sehen, wie der tiefe Zwiespalt der Nation ihre Verteidigungskraft lähmt. Er konnte mehr sehen. Seine Gesinnungsgenossen klagen über die Passivität des deutschen Volkes. Wie kann eine niedergeschlagene Arbeiterklasse aktiv sein? Wie kann eine Arbeiterklasse aktiv sein, die man entwaffnet hat, von der man fordert, daß sie sich von Schiebern und Spekulanten ausbeuten läßt? Oder sollte die Aktivität der deutschen Arbeiterklasse vielleicht durch die Aktivität der deutschen Bourgeoisie ersetzt werden? Schlageter las in den Zeitungen, wie dieselben Leute, die als Gönner der völkischen Bewegung auftreten, Devisen ins Ausland schieben, um das Reich arm, sich aber reich zu machen. Schlageter hatte ganz gewiß keine Hoffnung auf diese Parasiten, und es war ihm erspart, in den Zeitungen zu lesen, wie sich die Vertreter der deutschen Bourgeoisie, wie sich Dr. Lutterbeck an seine Henker mit der Bitte wandte, sie sollen doch den Königen von Stahl und Eisen erlauben, die hungernden Söhne des deutschen Volkes, die Männer, die den Widerstand an der Ruhr durchführen, mit Maschinengewehren zu Paaren zu treiben.
Jetzt, wo der deutsche Widerstand durch den Schurkenstreich Dr. Lutterbecks und noch mehr durch die Wirtschaftspolitik der besitzenden Klassen zu einem Spott geworden ist, fragen wir die ehrlichen, patriotischen Massen, die gegen die französische imperialistische Invasion kämpfen wollen: Wie wollt ihr kämpfen, auf wen wollt Ihr Euch stützen? Der Kampf gegen den ententischen Imperialismus ist Krieg, selbst wenn in ihm die Kanonen schweigen. Man kann keinen Krieg an der Front führen, wenn man das Hinterland in Aufruhr hat. Man kann im Hinterlande eine Minderheit niederhalten. Die Mehrheit des deutschen Volkes besteht aus arbeitenden Menschen, die kämpfen müssen gegen die Not und das Elend, das die deutsche Bourgeoisie über sie bringt. Wenn sich die patriotischen Kreise Deutschlands nicht entscheiden, die Sache dieser Mehrheit der Nation zu der ihrigen zu machen und so eine Front herzustellen, gegen das ententistische und das deusche Kapital, dann war der Weg Schlageters ein Weg ins Nichts, dann würde Deutschland angesichts der ausländischen Invasion, der dauernden Gefahr seitens der Sieger zum Felde blutiger innerer Kämpfe, und es wird dem Feinde ein Leichtes sein, es zu zerschlagen und zu zerstückeln.
Als nach Jena Gneisenau und Scharnhorst sich fragten, wie man das deutsche Volk aus seiner Erniedrigung hinausbringen kann, da beantworteten sie die Frage: Nur, indem man den Bauern frei macht - aus der Hörigkeit und Sklaverei der Freien. Nur der freie Rücken des deutschen Bauern kann die Grundlage bilden für eine Befreiung Deutschlands. Was die deutsche Bauernschaft am Anfang des 19. Jahrhunderts war, das ist für die Geschicke der deutschen Nation am Anfang des 20. Jahrhunderts die deutsche Arbeiterklasse. Nur mit ihr zusammen kann man Deutschland von den Fesseln der Sklaverei befreien, nicht gegen sie.
Vom Kampf sprechen die Genossen Schlageters an seinem Grabe. Den Kampf weiterzuführen, schwören sie. Der Kampf richtet sich gegen einen Feind, der bis auf die Zähne bewaffnet ist, während Deutschland zermürbt ist. Soll das Wort vom Kampfe keine Phrase sein, soll er nicht in Sprengkolonnen bestehen, die Brücken zerstören, aber nicht den Feind in die Luft sprengen können, die Züge zum Entgleisen bringen, aber nicht den Siegeszug des Entetekapitals aufhalten können, so erfordert dieser Kampf die Erfüllung einer Reihe von Vorbedingungen. Er fordert von dem deutschen Volke, daß es bricht mit denen, die es nicht nur in die Niederlage hineingeführt haben, sondern die diese Niederlage, die Wehrlosigkeit des deutschen Volkes verewigen, indem sie die Mehrheit des deutschen Volkes als den Feind behandeln. Er erfordert den Bruch mit den Leuten und Parteien, deren Gesicht wie ein Medusengesicht auf die anderen Völker wirkt und sie gegen das deutsche Volk mobilisiert. Nur, wenn die deutsche Sache die des deutschen Volkes ist, nur wenn die deutsche Sache im Kampfe um die Rechte des deutschen Volkes besteht, wird sie dem deutschen Volke tätige Freunde werben. Das stärkste Volk kann nicht ohne Freunde bestehen, desto weniger ein geschlagenes, von Feinden umgebenes Volk. Will Deutschland imstande sein, zu kämpfen, so muß es eine Einheitsfront der Arbeitenden darstellen, so müssen die Kopfarbeiter sich mit den Handarbeitern vereinigen zu einer eisernen Phalanx. Die Lage der Kopfarbeiter erfordert diese Einigung. Nur alte Vorurteile stehen ihm im Wege. Vereinigt zu einem siegreichen, arbeitenden Volk, wird Deutschland imstande sein, große Quellen der Energie und Widerstandes zu entdecken, die jedes Hindernis überwinden werden. Die Sache des Volkes zur Sache der Nation gemacht, macht die Sache der Nation zur Sache des Volkes.

Geeinigt zu einem Volk der kämpfenden Arbeit, wird es Hilfe anderer Völker finden, die um ihre Existenz kämpfen. Wer in diesem Sinne den Kampf nicht vorbereitet, der ist fähig zu Verzweiflungstaten, nicht fähig aber zum wirklichen Kampfe.
Dies hat die Kommunistische Partei Deutschlands, dies hat die Kommunistische Internationale an dem Grabe Schlageters zu sagen. Sie hat nichts zu verhüllen, denn nur die volle Wahrheit ist imstande, sich den Weeg zu den tief leidenden, innerlich zerrissenen, suchenden nationalen Massen Deutschlands zu bahnen. Die Kommunistische Partei Deutschlands muß offen den nationalistischen kleinbürgerlichen Massen sagen: Wer im Dienste der Schieber, der Spekulanten, der Herren von Eisen und Kohle versuchen will, das deutsche Volk zu versklaven, es in Abenteuer zu stürzen, der wird auf den Widerstand der deutschen kommunistischen Arbeiter stoßen. Sie werden auf Gewalt mit Gewalt antworten. Wer aus Unverständnis sich mit den Söldlingen des Kapitals verbinden wird, den werden wir mit allen Mitteln bekämpfen. Aber wir glauben, daß die große Mehrheit der national empfindenden Massen nicht in das Lager des Kapitals, sondern in das Lager der Arbeit gehört. Wir wollen und wir werden zu diesen Massen den Weg suchen und den Weg finden. Wir werden alles tun, daß Männer wie Schlageter, die bereit waren, für eine allgemeine Sache in den Tod zu gehen, nicht Wanderer ins Nichts, sondern Wanderer in eine bessere Zukunft der gesamten Menschheit werden, daß sie ihr heißes, uneingennütziges Blut nicht verspritzen um die Profite der Kohlen- und Eisenbarone, sondern um die Sache des großen arbeitenden deutschen Volkes, das ein Glied ist in der Familie der um ihre Befreiung kämpfenden Völker. Die Kommunistische Partei wird diese Wahrheit den breitesten Massen des deutschen Volkes sagen, denn sie ist nicht die Partei des Kampfes um ein Stückchen Bort allein der industriellen Arbeiter, sie ist die Partei der kämpfenden Proletarier, die um ihre Befreiung kämpfen, um die Befreiung, die identisch ist mit der Freiheit ihres gesamten Volkes, mit der Freiheit all dessen, was arbeitet und leidet in Deutschland. Schlageter kann nicht mehr Wahrheit vernehmen. Wir sind sicher, daß Hunderte Schlageters sie vernehmen und sie verstehen werden. (Allgemeiner Beifall der Erweiterten Exekutive).

KPD: Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes, Rote Fahne, 24.8.1930 (aus: Zur Geschichte der KPD, Berlin 1954)
Proklamation des ZK der KPD

Die deutschen Faschisten (Nationalsozialisten) unternehmen gegenwärtig die schärfsten Vorstöße gegen die deutsche Arbeiterklasse. In einer Zeit der Knechtung Deutschlands durch den Versailler Frieden, der wachsenden Krise, der Arbeitslosigkeit und Not der Massen versuchen die Faschisten durch zügellose Demagogie und schreiende radikale Phrasen, unter der Flagge des Widerstands gegen die Erfüllungspolitik und den Youngplan, bedeutende Schichten des Kleinbürgertums, deklassierter Intellektueller, Studenten, Angestellter, Bauern sowie einige Gruppen rückständiger, unaufgeklärter Arbeiter für sich zu gewinnen. Die teilweisen Erfolge der national-sozialistischen Agitation sind das Resultat der zwölfjährigen verräterischen Politik der Sozialdemokratie, die durch Niederhaltung der revoltuionären Bewegung, Beteiligung an der kapitalistischen Rationalisierung und völlige Kapitulation vor den Imperialisten (Frankreich, Polen) der nationalsozialistischen Demagogie den Boden bereitet hat.
Dieser nationalsozialistischen Demagogie stellt die Kommunistische Partei Deutschlands ihr Programm des Kampfes gegen den Faschismus, ihre Politik der wirklichen Vertretung der Interessen der werktätigen Massen Deutschlands entgegen.
Die Faschisten (Nationalsozialisten) behaupten, daß sie für die nationale Befreiung des deutschen Volkes kämpfen. Sie erwecken Anschein, als seien sie gegen den Youngplan, der den werktätigen Massen Deutschlands Not und Hunger bringt.
Diese Beteuerungen der Faschisten sind bewußte Lügen. Die deutsche Bourgeoisie hat den räuberischen Youngplan angenommen in der Absicht, alle seine Lasten auf die Werktätigen abzuwälzen.
Die Faschisten helfen praktisch an der Durchführung des Youngplans mit, indem sie die Abwälzung seiner Lasten auf die werktätigen Massen dulden und fördern, indem sie an der Durchführung der vom Youngplan diktierten Zoll- und Steuergesetze mithelfen (Zustimmung der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion zu allen Vorlagen für Zoll- und Steuererhöhung, Fricksche Negersteuer in Thüringen), indem sie alle Streikbewegungen gegen den Lohnabbau zu verhindern und abzuwürgen versuchen.
Die Regierungsparteien und die Sozialsdemokratie haben Hab und Gut, Leben und Existenz des werktätigen deutschen Volkes meistbietend an die Imperialisten des Auslands verkauft. Die sozialdemokratischen Führer, die Hermann Müller, Severing, Grzesinksi und Zörgiebel, sind nicht nur die Henkersknechte der deutschen Borgeoisie, sondern gleichzeitig die freiwilligen Agenten des französischen und polnischen Imperialismus.
Alle Handlungen der verräterischen, korrupten Sozialdemokratie sind fortgesetzter Hoch- und Landesverrat an den Lebensinteressen der arbeitenden Massen Deutschlands.
Nur wir Kommunisten kämpfen sowohl gegen den Youngplan als auch gegen den Versailler Raubfrieden, den Ausgangspunkt der Versklavung aller Werktätigen Deutschlands, ebenso wie gegen alle internationalen Verträge, Vereinbarungen und Pläne (Locarnovertrag, Dawesplan, Youngplan, deutsch-polnisches Abkommen usw.), die aus dem Versailler Friedensvertrag hervorgehen. Wir Kommunisten sind gegen jede Leistung von Reparationszahlungen, gegen jede Bezahlung internationaler

Schulden.
Wir erklären feierlich vor allen Völkern der Erde, vor allen Regierungen und Kapitalisten des Auslandes, daß wir im Falle unserer Machtergreifung alle sich aus dem Versailler Frieden ergebenden Verpflichtungen für null und nichtig erklären werden, daß wir keinen Pfennig Zinszahlungen für die imperialistischen Anleihen, Kredite und Kapitalanlagen in Deutschland leiten werden.
Wir führen und organisieren den Kampf gegen Steuern und Zölle, gegen die Versteuerung der Mieten und Gemeindetarife, gegen Lohnabbau, Erwerbslosigkeit und alle Versuche, die Lasten des Youngplans auf die werktätige Bevölkerung in Stadt und Land abzuwälzen.
Die Faschisten (Nationalsozialisten) behaupten, sie seinen gegen die vom Versailler Frieden gezogenen Grenzen, gegen die Abtrennung einer Reihe deutscher Gebiete von Deutschland. In Wirklichkeit aber unterdrückt der Faschismus überall, wo er an der Macht steht, die von ihm unterworfenen Völker (in Italien die Deutschen und Kroaten, in Polen die Ukrainer, Weißrussen und Deutschen, in Finnland die Schweden usw.). Die Führer der deutschen Faschisten, Hitler und seiner Helfershelfer, aber erheben nicht ihre Stimme gegen die gewaltsame Angliederung Südtirols an das faschistische Italien. Hitler und die deutschen Nationalsozialisten schweigen über die Nöte der deutschen Bauernbevölkerung Südtirols, die unter dem Joch des italienischen Faschismus stöhnt. Hitler und seine Partei haben hinter dem Rücken des deutschen Volkes einen schmutzigen Geheimvertrag mit der italienischen Faschistenregierung abgeschlossen, auf Grund dessen sie die deutschen Gebiete Südtirols bedingungslos den ausländischen Eroberern ausliefern. Mit dieser schändlichen Tat haben Hitler und seine Partei die nationalen Interessen der werktätigen Massen Deutschlands in gleicher Weise an die Versailler Siegermächte verkauft, wie es die deutsche Sozaildemokratie seit zwölf Jahren unausgesetzt getan hat.
Wir Kommunisten erklären, daß wir keine gewaltsame Angliederung eines Volkes oder einen Volksteiles an andere nationale Staatsgebilde, daß wir keine einzige Grenze anerkennen, die ohne Zustimmung der werktätigen Massen und der wirklichen Mehrheit der Bevölkerung gezogen ist. Wir Kommunisten sind gegen die auf Grund des Versailler Gewaltfriedens durchgeführte territoriale Zerreißung und Ausplünderung Deutschlands.
Die Faschisten (Nationalsozialisten) behaupten, ihre Bewegung richte sich gegen den Imperialismus. In Wirklichkeit aber treffen sie Abkommen mit den Imperialisten (England, Italien). Sie wenden sich gegen den Freiheitskampf der Kolonialvölker (Indien, China, Indochina), verlangen für Deutschland Kolonien und hetzen zu neuen Kriegen, vor allem zur Intervention gegen die Sowjetunion, das einzige Land, dessen siegreiche Arbeiterklasse sich gegen alle Überfälle des Weltkapitlas, gegen alle Raubzüge der Versailler Imperialisten siegreich mit Waffengewalt verteidigt hat. Überall, wo der Imperialismus unterdrückte Volksmassen knechtet, würgt und niederschießt, wirken die deutschen Faschisten durch ihre Vertreter mit: in China durch die Kapp-Putschisten Wetzel und Kriebel, in Südamerika durch die Militärmission des General Kuntz, in Österreich durch den Liebknecht-Mörder Pabst.
Wir Kommunisten sind die einzige Partei, die sich den Sturz des Imperialismus und die Befreiung der Völker von der Macht des Finanzkapitals zum Ziele setzt. Deshalb fordern wir die werktätigen Massen Deutschlands auf, vor allem gegen den Feind im eigenen Lande, für den Sturz der kapitalistischen Herrschaft und für die Aufrichtung der Sowjetmacht in Deutschland zu kämpfen, um den Versailler Friedensvertrag zu zerreißen und seine Folgen zu beseitigen.
Die Faschisten (Nationalsozialisten) behaupten, sie seien eine »nationale«, eine »sozialistische« und eine »Arbeiter«partei. Wir erwidern darauf, daß sie eine volks- und abeiterfeindliche, eine antisozialistische, eine Partei der äußersten Reaktion, der Ausbeutung und Versklavung der Werktätigen sind. Eine Partei, die bestrebt ist, den werktätigen alles das zu nehmen, was ihnen selbst die bürgerlichen und sozialdemokratischen Regierungen noch nicht nehmen konnten. Eine Partei der mörderischen, faschistischen Diktatur, eine Partei der Wiederaufrichtung des Regimes der Junker und Offiziere, eine Partei der Wiedereinsetzung der zahlreichen deutschen Fürsten in ihre »angestammten« Rechte, der Offiziere und hohen Beamten in ihre Titel und Posten.
Die Faschisten (Nationalsozialisten) behaupten, sie seien Gegner der heutigen staatlichen uns sozialen Ordnung. Zugleich aber beteiligen sie sich neben den Parteien des Großkapitals an der Regierung der Weimarer Republik in Thüringen. Sie teilen sich die Ministersessel mit der kapitalistischen Volkspartei und mit den Hausbesitzern der Wirtschaftspartei. Sie verhandeln in Sachsen mit allen Unternehmerparteien bis zur »Volksnationalen Vereinigung« über die Bildung einer gemeinsamen Regierung. Sie erklären sich zur Teilnahme an einer Reichsregierung mit allen bürgerlichen Youngparteien bereit. Sie bekleiden Polizeiämter in Thüringen. Sie werden von den Kapitalisten subventioniert. Sie dulden in ihren eigenen Reihen nicht nur Hohenzollernprinzen, Coburger Herzöge, adlige Herrschaften, sondern auch zahlreiche Rittergutsbesitzer, Industrieunternehmer, Millionäre, wie den Ausbeuter Kirchdorff und andere Scharffmacher, wie den Textilfabrikanten Mutschmann.
Alle Parteien in Deutschland, mit der einzigen Ausnahme der Kommunistischen Partei, treiben Koalitionspolitik im Reiche, in Preußen, in Thüringen und den anderen Einzelstaaten. Alle Parteien außer den Kommunisten sind Koalitionsparteien, Regierungsparteien, Ministerparteien.
Nur wir Kommunisten sind gegen jede Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, für den revolutionären Sturz der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung, für die Aufhebung aller Rechte und Vorrechte der herrschenden Klassen, für die Abschaffung jeder Ausbeutung.
Die Nationalsozialisten behaupten, Wirtschaftskrise und Ausplünderung der Massen seien lediglich folgen des Youngplans; die Überwindung der Krise sei bereits gesichert, wenn Deutschland die Fesseln des Versailler Vertrages abstreift. Das ist ein grober Betrug. Um das deutsche Volk zu befreien, genügt es nicht, die Macht des Auslandskapitals zu brechen, sondern die Herrschaft der eigenen Bour-

geoisie im eigenen Lande muß gleichzeitig gestürzt werden. Die Krise wütet nicht nur im Deutschland des Youngplans, sondern auch in den siegreichen imperialistischen Ländern mit Amerika an der Spitze. Überall, wo die Kapitalisten und ihre Agenten, die Sozialdemokraten, am Ruder sind, werden die Massen in der gleichen Weise ausgebeutet. Nur in der Sowjetunion bewegen sich Industrie und Landwirtschaft in aufsteigender Linie. Nur in der Sowjetunion wird die Erwerbslosigkeit beseitigt, werden die Löhne erhöht, werden die sozialpolitischen Errungenschaften der Werktätigen zu beispielloser Höhe ausgebaut. In allen kapitalistischen Ländern, in allen Ländern des Faschismus und der Sozialdemokratie wachsen Elend und Hunger, Lohnabbau und Erwerbslosigkeit, Reaktion und Terror. Die Kommunistische Partei Deutschalnds entfaltet den schärfsten politischen und wehrhaften Massenkampf gegen den nationalverräterischen, antisozialistischen, arbeiterfeindlichen Faschismus.
Wir kämpfen für die Rettung der werktätigen Massen vor der drohenden Katastrophe. Wir Kommunisten erklären, daß wir nach dem Sturz der Macht der Kapitalisten und Großgrundbesitzer, nach der Aufrichtung der proletarischen Diktatur in Deutschland, im brüderlichen Bündnis mit den Proletariern aller anderen Länder din erster Linie folgendes
Programm
durchführen werden, das wir der nationalsozialistischen Demagogie entgegenstellen:
Wir werden den räuberischen Versailler »Friedensvertrag« und den Youngplan, die Deutschland knechten, zerreißen, werden alle internationalen Schulden und Reparationszahlungen, die den Werktätigen Deutschlands durch die Kapitalisten auferlegt sind, annulieren.
Wir Kommunisten werden uns für das volle Selbstbestimmungsrecht aller Nationen einsetzen und im Einvernehmen mit den revolutionären Arbeitern Frankreichs, Englands, Polens, Italiens, der Tschecheslowakai usw. denjenigen deutschen Gebieten, die den Wunsch danach äußern werden, die Möglichkeit des Anschlusses an Sowjetdeutschland sichern.
Wir Kommunisten werden zwischen Sowjetdeutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ein festes politisches und Wirtschaftsbündnis schließen, auf Grund dessen die Betriebe Sowjetdeutschlands Industrieprodukte für die Sowjetunion liefern werden, um dafür Lebensmittel und Rohstoffe aus der Sowjetunion zu erhalten. (...)
Wir Kommunisten bringen den Werktätigen das Programm ihrer sozialen Befreiung vom Joche des Kapitals. Wir werden die Begeisterung der Massen zum Siege über die Bourgeoisie, zur sozialen und zugleich zur nationalen Befreiung des werktätigen deutschen Volkes entfachen. Nur der Hammer der proletarischen Diktatur kann die Ketten des Youngplans und der nationalen Unterdrückung zerschlagen. Nur die soziale Revolution der Arbeiterklasse kann die nationale Frage Deutschlands lösen.
Wenn sich alle Arbeiter, alle armen Bauern, alle Angestellten, alle werktätigen Mittelständler, Männer wie Frauen, Jugendliche wie Erwachsene, alle unter der Krise, Arbeitslosigkeit, Not und Ausbeutung Leidenden um die Kommunistische Partei Deutschlands zusammenschließen, dann werden sie eine Macht von so unüberwindlicher Stärke bilden, daß sie nicht nur die Herrschaft des Kapitals zu stürzen vermögen, sondern jeder Widerstand gegen sie - sowohl im Innern wie von außen - gänzlich aussichtslos wird.
Daher rufen wir alle Werktätigen, die sich noch im Banne der abgefeimten faschistischen Volksbetrüger befinden, auf, entschlossen und endgültig mit dem Nationalsozialismus zu brechen, sich in das Heer des proletarischen Klassenkampfes einzureihen. Daher fordern wir Kommunisten alle Arbeiter, die noch mit der verräterischen Sozialdemokratie gehen, auf, mit dieser Partei der Koalitionspolitik, des Versailler Friedens, des Youngplans, der Knechtung der werktätigen Massen Deutschlands zu brechen, die revolutionäre Millionenfront mit den Kommunisten zum Kampf für die proletarische Diktatur zu bilden.
Nieder mit dem Youngplan!
Nieder mit der Regierung der Kapitalisten und Junker!
Nieder mit Faschismus und Sozialdemokratie!
Es lebe die Diktaur des Proletriats!
Es lebe Sowjetdeutschland!

Programm der nationalen Wiedervereinigung Deutschland, (aus: Einheit, 12/1952)
Beschlosen vom Parteivorstand der Kommunistischen Partei Deutschlands am 2. November 1952

I. Die Notlage in Westdeutschland
Die Bevölkerung Westdeutschlands befindet sich in schwerer Not. Schon der verbrecherische Krieg Hitler-Deutschlands und die Niederlage, die ihm folgte, brachten Millionen Todespopfer und große Zerstörungen. Nach dem Krieg aber geriet Westdeutschland - von Ostdetuschland abgeschnitten - in die Sklaverei der amerikanischen, englischen und französischen Imperialisten.
Es erwies sich, daß die drei kapitalistischen Staaten - die USA, England und Frankreich - den vergangenen Krieg nicht mit dem Ziel geführt haben, Deutschland von der Hitlerherrschaft zu befreien, wie sie das während des Krieges erklärt hatten. Ihr Ziel war, Deutschland als Staat zu vernichten, als Konkurrenten auszuschalten, seine Reichtümer an sich zu reißen und auszubeuten und unser Volk und Land für die Vorbereitung eines neuen Krieges um die Weltherrschaft zu mißbrauchen. Es ist ihnen jedoch nicht gelungen, ganz Deutschland ihrer Herrschaft unterzuordnen. Ostdeutschland hat sich mit Hilfe der Sowjetarmee vom Hitlerregime und jeder imperialistischen Knechtschaft befreit und den

neuen Weg der demokratischen und friedlichen Entwicklung beschritten, den das Postdamer Abkommen eröffnete.
Da sie ihr Ziel, das ganze Deutschland zu unterjochen, nicht erreichten, haben die Westmächte auf Initiative der Vereinigten Staaten von Amerika Deutschland gespalten, um sich seinen reichen westlichen Teiles zu bemächtigen. Sie entzogen sich ihrer Verpflichtungen zur Wahrung der Einheit Deutschlands, seiner Demokratisierung und Entmilitarisierung, die ihnen das Potsdamer Abkommen auferlegt. Sie verhindern den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und den Abzug der Besatzungstruppen. Sie stellen sich jedem Versuch einer Verständigung zwischen den Deutschen in Ost- und Westdeutschland entgegen.
Sie benutzen die zeitweilige Schwäche Westdeutschlands, zwingen ihm den Generalvertrag und das Pariser Abkommen auf, durch die die Spaltung Deutschlands, die Versklavung und Ausplünderung Westdeutschlands und die Aufrechterhaltung der fremdländischen Okkupation auf 50 Jahre vertraglich verankert werden sollen.
Dabei versuchen die amerikanischen, englischen und französischen Imperialisten den Anschein zu erwecken, als sei Westdeutschland nicht in der Lage, sich auch aus eigener Kraft aufzurichten. Sie faseln von de »Führung«, die es brauche, und der amerikanischen »Hilfe« und Besatzung, ohne die es angeblich nicht leben könne. Aber es ist noch nicht lange her, daß die Herrschaft amerikanischen, englischen und französischen Imperialisten sogar in ihren eigenen Ländern durch den deutschen Imperialismus erschüttert wurde, und daß nur der heldenhafte Kampf der Völker der Sowjetunion die Welt vor Hitler-Deutschland einen verbrecherischen imperialistischen Krieg der folgerichtig mit der Niederlage endete. Aber es kann kein Zweifel daran bestehen, daß Deutschland, wenn es eine Politik des Friedens und des Fortschritts betreibt, imstande ist sich aus eigeneer Kraft aufzurichten, und daß ein vereinigtes, friedliebendes und demokratisches Deutschland eine bedeutende und unabhängige Rolle in de Weltpolitik und Weltwirtschft spielen kann und wird.Die Westmächte benutzen das Besatzungsregime, um aus Westdeutschland Maximalprofite herauszupressen. Sie zwingen Westdeutschland Verträge auf, die - wie der Marshall-Plan, der Schuman-Plan, der Grüne Plan und andere Abkommen - den deutschen Interessen völlig zuwiderlaufen und gegen das Potsdamer Abkommen der vier Mächte gerichet sind. Sie haben sich in der Kohlen-, Stahl- und chemischen Industrie festgesetzt, nisten sich in immer weiteren Zweigen der deutschen Industrie ein, verfügen anmaßend über die deutsche Ein- und Ausfuhr, setzen entsprechend ihren Interessen die Preise fest, lenken die Rohstoffe entsprechend ihrer Kriegsplanung und hemmen auf jede Weise die Entwicklung der deutschen Friedensindustrie. Sie haben den innerdeutschen Handel zum Erliegen gebracht, verbieten Westdeutschland den Handel auf seinen natürlichen Märkten. Zugleich verstricken sie die westdeutsche Bevölkerung in immer größere finanzielle Verschuldung. Die Besatzungs- und Rüstungskosten betragen nach dem Pariser Militär-Abkommen jährlich mehr als 10 Millionen D-Mark. Die sogenannten Auslandsschulden, deren Tilgung die Adenauer Regierung auf Forderung der Amerikaner zugesagt hat betragen 21. Miliarden D-Mark. Die innere Verschuldung hat bereits 23 Milliarden D-Mark ereicht. Die westdeutsche Wirtschaft ist als Folge der imperialistsichen »Hilfe« von Grund auf überfremdet und desorganisiert.
Das ganze Leben der Bundesrepublik wird heute von den amerikanischen, englischen und französischen Besatzungsbehörden gelenkt. Nicht nur die Wirtschaft, auch die gesamte Innen- und Außenpolitik, die ganze Lebensweise Westdeutschlands sind durch das amerikanische Besatzungsregime in Fesseln geschlagen. (...)
Zugleich führt der amerikanische Imperialismus einen systematischen Kampf gegen die deutsche Nationalkultur. Er möchte sie vernichten, damit die Deutschen vergessen, daß sie Deutsche sind und daß sie eine große Vergangenheit als selbständige und begabte Nation besitzen. Er möchte das deutsche Volk dazu eziehen, auf einen einheitlichen deutschen Nationalstaat und auf die deutsche Nationalkultur zu verzichten und die »amerikanische Lebensweise« mit ihrer äußerlichen und primitiven »Kultur« anzunehmen. Die amerikanischen und englischen Machthaber wollen nur für ihr eigenes imperialistisches Land das Recht auf selbständige nationale Existenz gelten lassen, dem deutschen Volk und den anderen Völkern Europas aber dieses Recht nehmen, indem sie ihnen das »Europäertum«, die »Integration Europas«, den »Kosmopolitismus« usw. aufzwingen.
Die imperialistischen Besatzungstruppen üben die Frunktion von Gendarmeriebataillonen aus. Deutsche Frauen und Mädchen gelten den Okkupanten als Freiwild.
Die amerikanischen Imperialisten geben sich nicht damit zufrieden, die westdeutsche Bevölkerung zu versklaven, auszurauben und zu erniedrigen. Sie wollen Westdeutschland in den neuen Aggressionskrieg hineinzerren, den sie vorbereiten. Das amerikanische Rüstungskapital liebt es, mit fremden Händen Krieg zu führen. Daher ist es entschlossen, für die Verwirklichung seiner Angriffspläne gegen die Sowjetunion, die volksdemokratischen Länder und die Deutsche Demokratische Republik Westdeutschland mit seiner starken Industrie, seinen Menchenreserven und seinen Militärkadern einzusetzen. Aus diesem Grunde wird mit allen Mitteln die Schaffung einer deutschen Söldnerarmee organisiert, Westdeutschland in einen Exerzierplatz verwandelt, die Errichtung militärischer Bauten, Flugplätze, Waffenlager und Kasernen betrieben, daher werden Gebäude, Brücken, Straßen, Staudämme und Wälle mit Sprengkammern versehen. so werden Vorbereitungen getroffen, um Westdeutschland in das Abenteuer eines neuen Eroberungskrieges zu stürzen.
Gerade wir Deutschen kennen aus eigener Erfahrung den Ausgang von Eroberungskriegen. Den vorigen Krieg führte der deutsche Imperialismus im Bündnis mit dem kaiserlichen Japan, dem faschistischen Italien und einer Reihe anderer Staaten. Er endete mit der vollen Niederlage. Nicht anders würde ein neuer Angriffskrieg enden. Zeigen nicht die Niederlagen der USA in Korea und China, die

Niederlagen Englands in Malaya und im Iran, die Niederlagen Frankreichs in Vietnam die tiefe innere Schwäche des Lagers der großsprecherischen Imperialisten. (...)
Westdeutschland muß sich von allen ihm aufgezwungenen militärischen Bündnissen und Verpflichtungen frei machen, es muß den Weg der Demokratie und friedlichen Zusammenarbeit mit allen Staaten beschreiten, welche die nationalen Interessen des deutschen Volkes anerkennen. Nur auf diesem Wege wird Deutschland zur nationalen Vereinigung und Unabhängigkeit, zu wirtschaftlicher Blüte und kulturellen Gedeihen gelangen. Vom Besatzungsregime befreit und in friedlicher Zusammenarbeit mit anderen Staaten wird das einheitliche Deutschland alles besitzen, was es für den Wiederaufstieg braucht: Rohstoffe für seine Industrie, Absatzmärkte für seine Waren, Freiheit im Inneren und Friede nach außen.

II. Die Rolle des Bonner Regimes und die Notwendigkeit der Bildung einer Regierung der nationalen Wiedervereinigung

Ohne Existenz des Adenauer-Systems wäre es den amerikanischen, englischen und französischen Imperialisten unmöglich, ihr Regime der nationalen Knechtschaft und Erniedrigung weiter aufrechtzuerhalten.
Würden die amerikanischen, englischen und französischen Imperialisten offen, ohne sich hinter der Regierung Adenauer zu verstecken, in ihrem eigenen Namen durch eigene Befehle die Politik der Spaltung Deutschlands betreiben, die Verhandlung zwischen Vertretern Ost- und Westdeutschlands verhindern, die unerträglichen Steuern für Rüstungszwecke festsetzen, Ausnahmegesetze usw. durchführen, so würden sie zweifellos die Empörung und den geschlossenen Widerstand der ganzen Bevölkerung Westdeutschlands hervorrufen und zur Aufhebung ihrer Verordnungen gezwungen werden. Darum tun sie dies alles mit Hilfe der Adenauer-Regierung, die mit Billigung des Bundestages gebildet wurde.
Das Adenauer-Regime schützt und behütet die Interessen des amerikanischen, englischen und französischen Kapitals und ihre Privilegien in Westdeutschland durch die Zustimmung zur Aufrechterhaltung der Besatzung. Es nimmt die Befehle der amerikanischen Imperialisten entgegen und zwingt sie in Form deutscher Verordnungen und Gesetze der Bevölkerung Westdeutschlands auf. Es ermöglicht dadurch den amerikanischen, englischen und französischen Urhebern dieser Gesetze und Verordnungen, im Schatten zu bleiben und das von ihnen errichtete Regime der Knechtung Westdeutschlands auch weiterhin zu erhalten. Der Generalvertrag bestimmt direkt und unumwunden, daß die Bonner Regierung verpflichtet ist, alle Maßnahmen der USA, Englands und Frankreichs durchzuführen und ihre Privilegien und Interessen in Westdeutschland zu verteidigen. Das Adenauer-Regime ist daher ein Regime des nationalen Verrats.
Hundertfach ist der nationale Verrat, den das Adenauer-Regime beging und begeht. Es unterzeichnete das Ruhrstatut. Es liefert mit der Zustimmung zum Schuman-Plan das Verfügungsrecht über Kohle und Stahl den amerikanischen Imperialisten aus. Es verschachert die deutsche Saar an das ausländische Monopolkapital.
Das Adenauer-Regime unterstützt durch die Unterzeichnung des Generalvertrages die Errichtung des amerikanischen Protektorats über Westdeutschland und die Umwandlung Westdeutschlands in den Hauptaufmarschplatz und Hauptschauplatz der größten Niederlage des geplanten amerikanischen Angriffskrieges. Es betreibt gemäß dem Pariser Militärabkommen die Einführung der allgemeinen Militärdienstpflicht und des Dienstes in Truppenteilen, die unter amerikanischem Oberkommando stehen und nicht den Interssen einer deutschen Friedenspolitik und dem Schutz der deutschen Grenzen, sondern den amerikanischen Interessen der Entfachung eines neuen Weltkrieges und der Versklavung der Völker Europas dienen.
Das Adenauer-Regime bekämpft haßerfüllt und unter Einsatz der verwerflichsten Mittel die Verständigung der Deutschen aus Ost und West über die Durchführung gesamtdeutscher freier Wahlen und den Abschluß eines Friedensvertrages. Es sät Feindschaft und Haß im deutschen Volk und wiegelt die Deutschen gegeneinander auf. Es entsendet nach Ostdeutschland Spione und Terroristen, um deutsche Betriebe der Friedensproduktion, deutsche Eisenbahnen, Schleusen deutscher Kanäle zu sprengen, die Versorgung der friedlichen deutschen Bevölkerung zu sabotieren und Teile der friedlichen deutschen Bevölkerung selbst unter Verwendung von Sprengstoff und Gift zu vernichten. Zynisch bezeichnet es jeden Versuch Ostdeutschlands, sich gegen diese verbrecherischen Aktionen zu verteidigen, als »Spaltung«.
Das Adenauer-Regime fordert an Stelle der Verständigung der Deutschen untereinander die »Angliederung Ostdeutschlands« durch »militärische Stärke«, das heißt, es fordert Krieg und Bruderkrieg, die Verwandlung Deutschlands in ein neues Korea.
Wie erklärt sich dieser nationale Verrat, der in der deutschen Geschichte nicht seinesgleichen findet?
Das Adenauer-Regime ist die Herrschaft der deutschen Monopolherren und Großgrundbesitzer, der Revanchepolitiker und Militaristen. Ebenso wie die amerikanischen Imperialisten sind diese reaktionären Kräfte daran interessiert, die nationale Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlicher demokratischer Grundlage nicht zuzulassen, den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages und die Aufhebung der Besetzung Westdeutschlands zu verhindern. Sie sind der Meinung, daß die Spaltung Deutschland und die Aufrechterhalung des amerikanischen Okkupationsregimes in Westdeutschland das beste Mittel ist, um die Bevölkerung Westdeutschlands niederzuhalten. Deshalb ist die Regierung Adenauer eine Regierung der Spaltung Deutschlands und der Versklavung Westdeutschlands durch den amerikanischen Imperialismus.
Die reaktionären und militaristischen Kräfte, die die Regierung Adenauer stützen, sind ebenso an der Einbeziehung Westdeutschlands in einen neuen Krieg, den die Amerikaner vorbereiten, interessiert,

da sie den Krieg als das für sie profitreichste Unternehmen betrachten, da sie durch ein neues Kriegsabenteuer die den deutschen Imperialisten verlorengegangenen Positionen wiederzuerringen und erneut die Möglichkeit zur Versklavung anderer Völker zu erhalten hoffen. Die Regierung Adenauer ist daher eine Regierung des Krieges und der Zerstörung Deutschlands.
Wenn wir von der Regierung Adenauer sprechen, so verstehen wir darunter das Regime, das von den imperialistischen Okkupanten und der westdeutschen Reaktion in Westdeutschland errichtet wurde. Selbstverständlich können diese reaktionären Kräfte eine andere Person an die Stelle Adenauers setzen, die die gleiche Politik durchführen wird.
Zur Durchführung der Befehle der ausländischen und deutschen Imperialisten geht das Adenauer-Regime, das in zunehmendem Maße an Einfluß im Volke verliert, immer mehr zu terroristischen Methoden über. Unter einem Schwall verlogener Worte über »Freiheit« und »Rechtsicherheit« beseitigt es die bürgerlich-demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes.
Daher muß man sagen: Das Adenauer-Regime regiert gegen das Volk. es tritt das von ihm selbst ausgearbeitete Bonner Grundgesetz mit Füßen. Jeder Paragraph dieses Grundgesetzes kann von den Besatzungsbehörden der imperialistischen Mächte unter Bezugnahme auf den Generalvertrag oder die Pariser Militärabkommen, oder mit Hilfe außerordentlicher Dekrete des Adenauer-Regimes außer Kraft gesetzt werden.
Um den Arbeitern die ständig steigenden Lasten der Okkupation und Kriegsvorbereitung und des Besatzungsregimes aufbürden zu können, schuf das Adenauer-Regime ein Anti-Gewerkschaftsgesetz, das Betriebsverfassungsgesetz, das die Gewerkschaften zu Ohnmacht verdammen und die Arbeiter zu Sklaven der Rüstungsproduktion machen soll.
Das Adenauer-Regime macht die westdeutsche Justiz und Polizei zu Bütteln gegen ihre eigenen Landsleute, die für die natürlichsten Rechte des deutschen Volkes, für die Verständigung der Deutschen, für die nationale Einheit und für den Abschluß eine gerechten Friedensvertrages eintreten. Das Adenauer-Regime bereitet die Errichtung der Militärdiktatur vor.
Das Adenauer-Regime ist der Feind der Volksrechte und jeder Demokratie.
Wenn die Bevölkerung Westdeutschlands leben will, muß sie das Adenauer-Regime stürzen.
Nur der unversöhnliche und revolutionäre Kampf aller deutschen Patrioten kann und wird zum Sturz des Adenauer-Regimes und damit zur Beseitigung der entscheidenden Stürze der Herrschaft der amerikanischen Imperialisten in Westdeutschland führen.
Der Sturz des Adenauer-Regimes macht den Weg frei für eine Regierung der nationalen Wiedervereinigung, die sich auf alle patriotischen Kräfte in Westdeutschland stützt. (...)
III. (...)
Starke Kräfte sind erforderlich, um den gewaltigen Kampf des deutschen Volkes für Einheit, Frieden und Unabhängigkeit zum Sieg zu führen. Diese Kräfte sind vorhanden.
Die Arbeitsgemeinschaft, die mehr als die Hälfte der gesamten Bevölkerung Westdeutschlands ausmacht, ist die mächtige Kraft der deutschen Nation.
Die Bauernschaft ist der engste Verbündete der Arbeiterschaft im nationalen Befreiungskampf. Das Bündnis der Arbeiter und Bauern stellt jene unüberwindliche Kraft dar, die allein befähigt ist, den Triumph der Sache der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands zu sichern. Dabei werden die Arbeiter die Bauern, als ihre Bundesgenossen, im Kampf für Boden, Senkung der Steuern und Verbesserung der Lebenslage der Bauern unterstützen.
Die Bauern werden ihrerseits den Arbeitern, als ihren Bundesgenossen, im Kampf für grundlegende Verbesserung der Lebenslage der Arbeiterklasse helfen.
Die Ziele des Kampfes für die nationale Wiedervereinigung entsprechen den ureigensten Lebensinteressen auch der anderen Schichten der Bevölkerung Westdeutschlands. Deshalb schließen sich dem Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft die Angestellten und Beamten, die Freischaffenden, die Handwerker und Kleinhändler, die kleineren und mittleren Unternehmer sowie ein bedeutender Teil der westdeutschen Industriellen und Kaufleute an, das heißt die Mehrheit der nicht am Krieg und an der Kriegsproduktion interessierten Menschen, deren Existenz durch die Maßnahmen der westlichen Besatzungsmächte und Adenauer und durch die Politik der Kriegsvorbereitung bedroht ist.
Diesem Bündnis schließt sich die gesamte patriotisch eingestellte Intelligenz an: die Wissenschaftler, die Kultur- und Kunstschaffenden, alle Menschen der geistigen Arbeit. Sie wissen, daß die Entwicklung der deutschen Kultur und das freie schöpferische Schaffen der Wissenschaftler und Kulturschaffenden zum Wohle des Volkes nur in einem einheitlichen und unabhängigen Deutschland möglich ist.
Diesem Bündnis schließen sich alle fortschrittlichen Kräfte in Westdeutschland an, unabhängig von ihrer sozialen Lage und ihrer Weltanschauung, denn sie alle wollen Deutschland einheitlich, frei, unabhängig und in wirtschaftlichen und kultureller Blüte sehen.
Daher ist erforderlich, die Verständigung aller Patrioten, aller Deutschen guten Willens in West- und Ostdeutschland herzustellen und ihre gemeinsamen Aktionen zu organisieren. Dem Bündnis des Verräters Adenauer mit den amerikanischen Unterdrückern wird das Bündnis aller ehrlichen Deutschen im Westen und Osten unseres Vaterlandes entgegengestellt. Die Werktätigen in West und Ost müssen sich in ihrem Kampf für ein einheitliches, friedliebendes und demokratisches Deutschland brüderlich die Hände reichen und sich zu der großen nationalen Front des demokratischen Deutschland zusammenschließen. (...)
Unzweifelhaft wird unser Kampf Opfer fordern. Aber für jeden im Kampf gefallenen oder aus dem Kampf herausgerissenen Patrioten werden Tausende neue aufstehen. Auch Mißerfolge und Rückzüge wird es geben, und dann werden die Imperialisten mit ihren vermeintlichen Erfolgen triumphieren.

Wir erwidern ihnen schon heute: der Sieg der nationalen Befreiungsbewegung ist sicher, denn ihre Sache ist gerecht. (...)

Deutschlandplan des Volkes. Offener Brief des Zentralkomitees der SED an die Arbeiterschaft Westdeutschlands vom 17.4.1960 (Auszug)
Aus: Neues Deutschland Nr. 107 vom 17.4.1960

Deutsche Arbeiter in Ost und West sind Brüder
Manche Leute sagen, es gäbe keine Gemeinsamkeiten mehr zwischen den Arbeitern in Ost und West und zwischen den Arbeiterparteien und Gewerkschaften in beiden Teilen Deutschlands. Das könnte den Feinden der Arbeiterklasse so passen. Aber das ist nicht so. Ihr seid deutsche Arbeiter, und wir sind deutsche Arbeiter. Wir sind Brüder und Schwestern aus der großen Familie des deutschen Arbeitervolkes. Wir haben eine lange gemeinsame Geschichte des Klassenkampfes, des Leidens, des Kampfes um Frieden, Freiheit, Menschenrechte und Demokratie. Es kann gar nicht anders sein, als daß wir Brüder bleiben, gemeinsam unseren Kampf vollenden und gemeinsam an der Spitze des deutschen Volkes eine glückliche, friedliche und reiche Zukunft aufbauen. Denn außer der Arbeiterklasse, die von der geschichtlichen Entwicklung berufen ist, die Führung der Nation zu übernehmen, gibt es keine Kraft mehr in unserem Deutschland, die in der Lage wäre, alle friedliebenden demokratischen Kräfte der verschiedenen Klassen und Schichten zusammenzufassen. Wenn wir es nicht gemeinsam tun, dann wäre es schlecht um die Zukunft unseres Vaterlandes bestellt.
Die fünf Gemeinsamkeiten der Arbeiter ganz Deutschlands
Die Aktionsgemeinschaft der Arbeiterklasse ist die Lebensfrage unseres Volkes. Ihr fühlt das auch? Hier ist also unsere erste Gemeinsamkeit, ein großes gemeinsames Interesse. Gibt es Meinungsverschiedenheiten über den einzuschlagenden Weg? Die gibt es noch. Gerade deshalb müssen wir uns beraten und verständigen.
Was den Frieden betrifft, der ebenso eure Sache ist, sind wir, die Arbeiter deutscher Staaten, untrennbar voneinander abhängig. Die Arbeiterklasse in der Deutschen Demokratischen Republik hat im Bündnis mit den Bauern und übrigen Werktätigen den deutschen Militarismus mit der Wurzel beseitigt. Der kommt niemals zu uns zurück. Doch wir Arbeiter der DDR allein können den Frieden in ganz Deutschland nicht sichern, noch könnt ihr es allein, Arbeiter Westdeutschlands. Wenn einer von uns versagt, ist der Friede auch für den anderen in Gefahr. Wir Arbeiter dürfen also einfach nicht versagen. Diese gegenseitige Abhängigkeit zwingt uns zum Zusammenschluß und zu gemeinsamem Handeln. Hier ist unsere zweite große Gemeinsamkeit. In der Erhaltung des Friedens treffen wir uns auch mit den Interessen breitester Schichten der Bauern, des Kleinbürgertums, der Intelligenz und des Bürgertums bis hinein in die Reihen der Kapitalisten.
Als Arbeiter können wir uns niemals damit abfinden, daß unsere Klasse und unser Detuschland für alle Ewigkeit gespalten bleibt. Aber da wir Bruderkrieg und Revanchenkrieg hassen und den Frieden sichern müssen, ist die Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten für uns nationale Pflicht. Und das ist die dritte große Gemeinsamkeit zwischen uns.
Ihr seid ebenso wie wir entschlossen, für die Arbeiterklasse und alle ehrlich arbeitenden Menschen, den höchsten Wohlstand und größte soziale Sicherheit zu erkämpfen. Wir haben das leichter, weil unser Staat ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern ist. Ihr habt es schwerer, weil Westdeutschland ein kapitalistischer Staat ist. Aber gemeinsam ist uns allen der Wunsch nach besserem Leben und ungehemmten sozialen und kulturellen Aufstieg aller Arbeiter und aller ehrlich arbeitenden Menschen. Das ist unsere vierte große Gemeinsamkeit.
Gegenüber diesen großen Gemeinsamkeiten und gemeinsamen Interessen der Rettung der Nation, der Sicherung des Friedens und der Völkerfreundschaft, der Wiedervereinigung Deutschlands und der sozialen Sicherheit und dem Wohlstand des Volkes haben - so meinen wir - alle anderen Fragen in den Hintergrund zu treten. Worauf wir nur ständig achten müssen, ist, daß wir es den Gegnern der Arbeiterklasse nicht gestatten dürfen, zwischen uns künstliche Hindernisse zu errichten. Denn die Gegener der Arbeiterklasse waren und sind immer dafür, daß die Arbeiter untereinander raufen, damit sie die lachenden Dritten bleiben können. Wie steht es denn eigentlich mit den vermeintlichen Gegensätzen zwischen uns? Um es gleich vorweg zu sagen: Wir sind der Ansicht, daß es keinerlei Gegensätze zwischen den Arbeitern in Westdeutschland und den Arbeitern in der DDR gibt, die uns hindern könnten zusammenzugehen. (...)
Der große nationale Kompromiß
Es gibt in Westdeutschland ernsthafte und gutwillige Leute, die sagen: »Aber mit den zwei gesellschaftlichen Systemen kommen wird doch nicht zusammen. Wie soll da eine Wiedervereinigung möglich sein?« Das Problem liegt ja nicht in dem Vorhandensein zweier gesellschaftlicher Systeme in Deutschland, sondern in der Tatsache, daß der heutige westdeutsche Staat ein militaristischer Staat mit aggressiven Plänen ist, während die DDR ein sozialistischer Friedensstaat ist, dem jede aggressive Absicht und Handlung grundsätzlich fern liegt. Natürlich ist die Frage des Vorhandenseins zweier gesellschaftlicher Systeme in Deutschland ein Problem, das nicht einfach zu lösen ist.
Aber wenn wir nicht auf die Wiedervereinigung verzichten oder miteinander Krieg führen wollen, bleibt doch gar keine andere Möglichkeit, als trotz der Verschiedenheit unserer Gesellschaftsordnungen in einer deutschen Konföderation die maximale Annäherung der beiden deutschen Staaten und ihre friedliche Zusammenarbeit zur Überwindung der Spaltung zu sichern. Im Rahmen dieser friedli-

chen Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten werden die beiden gesellschaftlichen Systeme miteinander wetteifern und zeigen, welches am meisten für das deutsche Volk zu leisten vermag.
Dieser friedliche Wettbewerb wird nicht nur für die Arbeiter in beiden deutschen Staaten, sondern auch für alle anderen Schichten unseres Volkes sehr viel Gutes und Nützliches bringen.
Wir versichern euch, daß wir gerade im Interesse des ganzen deutschen Volkes und seiner friedlichen Wiedervereinigung alles tun werden, um durch die Entfaltung des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik den Beweis zu erbringen, daß das ganze deutsche Volk in Frieden, Wohlstand und Glück leben und einen geachteten Platz im leben der Völker einnehmen wird, wenn es auf Revanchepolitik und Militarismus verzichtet, wenn es die großen schöpferischen Kräfte der deutschen Arbeiterklasse und aller anderen Schichten der Nation nur der Arbeit für Frieden und Wohlstand weiht. Der Sieg des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik wird so auch den großen nationalen Kompromiß, den wir anstreben, erleichtern.
Der Weg der friedlichen demokratischen Entwicklung bei euch in Westdeutschland ist kompliziert. Wir wissen, daß es neben der Arbeiterklasse auch in Westdeutschland viele Kräfte der Intelligenz, der Bauernschaft, des übrigen Kleinbürgertums bis hinein in die Reihen der Unternehmerschaft gibt, die in den vergangenen Jahren bereits bewiesen haben, daß sie Frieden gekämpft und auch Opfer gebracht. Denken wir nur an den Kampf westdeutscher Wissenschaftler gegen atomare Aufrüstung und den Kampf vieler Bauern gegen Beschlagnahme ihres Landes zugunsten der Aufrüstung. Viele sind in ihrer Denkweise an alte Traditionen gebunden. Aber sie fühlen doch, daß es so wie bisher nicht weitergehen kann. Sie sind gegen die sture Politik Adenauers und seiner Militaristen und auch bereit, an der Schaffung eines friedliebenden, demokratischen Deutschland mitzuarbeiten. Sie fürchten aber auch die Zukunft. Sie haben Zweifel, ob nicht ihre Existenz und soziale Lage gefährdet sei, wenn die Politik der Bonner Regierung geändert (!) wird. Sie sind enttäuscht über den Wortbruch Adenauers, der ihnen versichert hatte, >>keine Experimente<< zu dulden, dann aber Westdeutschland in das abenteuerliche und lebensgefährliche >>Experiment<< der Revanchepolitik und Atomkriegsvorbereitung stürzte.
Die Arbeiterklasse muß der Intelligenz, den Bauern, dem Mittelstand, dem Bürgertum mit gutem Beispiel vorangehen und ihnen den Weg zur Sicherung des Friedens und der friedlichen Wiedervereinigung Deutschland zeigen. Das kann nur die Arbeiterklase. Wir können und wollen ehrlich mit allen diesen Schichten zusammenarbeiten. Die Areiterklasse wird dann aber auch deren Interessen in Rechnung stellen, das heißt einem großen nationalen Kompromiß könnte im Sinne dieses Deutschlandsplans erreicht werden.
Der Deutschlandplan des Volkes - das ist:
Niemal Bruderkrieg und Krieg, niemals Drohung, Erpressung und Gewaltanwendung gegeneinander!
Der Deutschlandplan des Volkes - das ist:
Verständigung zwischen den Deutschen!
Verständigung - das bedeutet:
Verständigung der deutschen Arbeiter und ihrer Organisationen;
Verständigung der Bauern, der Intelligenz und aller friedliebenden Deutschen!
Der Deutschlandplan des Volkes - das ist:
Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten mit dem Ziel ihrer friedlichen Verständigung;
Vereinbarung über den Verzicht der beiden deutschen Staaten auf Gewaltanwendung;
Verständigung über die Bildung eines gesamtdeutschen paritätisch zusammengesetzten Ausschusses!
Der Deutschlandplan des Volkes - das ist:
Verständigung über die nächsten Schritte zur Sicherung des Friedens durch Verzicht beider deutscher Staaten auf Atomrüstung und Anlage von Raketenbasen;
Verständigung über die Abrüstung und den Bestand der militärischen Streitkräfte;
Verständigung über den gemeinsamen Kampf für eine allgemeine und vollständige Abrüstung;
Verständigung über unsere deutschen Vorschläge zum Abschluß eines Friedensvertrages;
Verständigung über die Annäherung beider Teile Deutschlands durch wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit!
Das Ziel des Deutschlandplans des Volkes ist die Wiedervereinigung Deutschlands zu einem friedliebenden, demokratischen Staat auf dem Wege der deutschen Konföderation.
Liebe sozialdemokratische, christliche und parteilose Arbeiter! Sammeln wir uns hüben und drüben um den Deutschlandplan des deutschen Volkes! Besprecht in euren Zusammenkünften den Deutschlandplan! Möge das große Gespräch über den Deutschlandplan zur Verständigung zwischen der Arbeiterschaft und allen friedliebenden Kräften führen! Kommt zu uns! Wenn auch einige eurer Führer nicht damit einverstanden sind, dann sind sie doch auch nicht in der Lage, das zu verhindern. Wir werden miteinander sprechen. Wir werden miteinander beraten. Wir werden gemeinsam nachdenken und gemeinsam für unser gemeinsames Ziel kämpfen. Wenn wir deutschen Arbeiter das zusammen tun, dann wird die Sache des Friedens und der friedlichen Wiedervereinigung in ganz Deutschland siegen.
Der Deutschlandplan des Volkes, das ist der Plan zur Rettung der deutschen Nation!